

Titelblatt

Inhalt

1. Grundlagen, Methoden, Begriffe

<i>Udo E. Simonis</i> Sechs Thesen über die „Zukunftsfähigkeit“	6
<i>Hans-Böckler-Stiftung</i> Zukunftsgestaltung als Politikaufgabe	7
<i>Agenda 21, Kap. 30</i> Stärkung der Rolle der Privatwirtschaft	10
<i>Dr. Hans-Joachim Menzel</i> Das Konzept der „nachhaltigen Entwicklung“ Herausforderung an Rechtssetzung und Rechtsanwendung (Auszüge: Kap.1-3 / Kap.6)	14
<i>Ludwig Karg</i> Nachhaltiges Wirtschaften	22
<i>Dr. M. Gege; M. Oldeland</i> Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit. Zeitreise von 1978 ins Jahr 2050 – Vision einer umweltorientierten Gesellschaft	27
<i>A. Köppl; H. Bauer; O. Fritz; D. Kanatschnig; H.P. Wallner</i> Nachhaltige regionale Wirtschaftsentwicklung und Umsetzungsstrategien (Kurzfassung)	30
<i>C. Empacher; T. Kluge</i> Das Nachhaltigkeitsaudit als Instrument für nachhaltiges Wirtschaften. Von der Umwelt- zur Nachhaltigkeitsberichtserstattung	33
<i>Thomas Loew</i> Unternehmen auf dem Weg zur Nachhaltigkeit	38
<i>Armin von Gleich; M. Gottschick; D. Jepsen</i> Wettbewerbsfähigkeit durch Nachhaltigkeitsorientierung	41
<i>Stefan Zundel</i> Alles easy mit der Nachhaltigkeit? Zum Bedeutungswandel der Leitbilder ökologischen Wirtschaftens	45
<i>Ulla Simshäuser</i> Kann der Staat nachhaltiges Konsumverhalten steuern?	48
<i>Hermann E. Daly</i> Unwirtschaftliches Wachstum. Einige Bemerkungen über Wirtschaftstheorie und Globalisierungspraxis	51
<i>Frank Figge; Stefan Schaltegger</i> Erfolgreich enttäuschend. Nachhaltigkeitsindex auf dem Prüfstand	56
<i>Beate Hollbach-Grömig; Jens Libbe</i> Nachhaltiges Wirtschaften in Kommunen	59

<i>Hans-Böckler-Stiftung</i> Das Verbundprojekt „Arbeit und Ökologie“	67
2. Praktische Ansätze	
<i>Hamburger Abendblatt</i> Neue Zukunftsziele. Regierung beschließt Nachhaltigkeitsstrategie	71
<i>Bayrisches Landesamt für Umweltschutz</i> Netzwerk für nachhaltige kommunale Entwicklung. Beteiligung der Wirtschaft an kommunalen Agenda-Prozessen (KommA21 Bayern)	72
<i>Wolfgang Gubler</i> EMAS als Nachhaltigkeits-Wegweiser in der wirtschaftlichen Praxis	76
<i>Rainer Grobe; Dr. Klaus Mittelbach</i> Unternehmen - Grünes Miteinander der Global Player	90
Entwicklung eines Bonusmodells zur Förderung sicherer und umweltfreundlicher Schifffahrt	92
<i>„Zukunft bauen“</i> Österreichs Zukunft nachhaltig gestalten. Dialogkonferenz Wirtschaftsstandort Österreich	93
<i>Verlagsgruppe Bauer in Köln</i> Umweltschutz in der Verlagsgruppe Bauer	95
<i>„Punkt.um“</i> Mehr wirtschaftlichen Erfolg durch Nachhaltigkeit	96
<i>System Consulting GmbH</i> Marktlücke Nachhaltigkeit - Professionelle Beratung gefragt (Otto-Group)	98
<i>Joachim Milberg</i> Nachhaltiges Wirtschaften als Erfolgsmodell (BMW-Group)	100
3. Nachhaltiges Wirtschaften in Hamburg	
<i>Senat der Freien und Hansestadt Hamburg, Senatskanzlei</i> Beitritt Hamburgs zur Aalborg-Charta. Auftaktveranstaltung zur Erarbeitung einer Kommunalen Agenda 21	105
<i>Ole von Beust</i> Nachhaltiges Wirtschaften	107
<i>Zukunftsrat Hamburg</i> 21 Fragen unseres Zukunftsrates zur Agenda 21 an die in der Hamburgischen Bürgerschaft vertretenen Parteien (Auszüge)	109
<i>Umweltbehörde Hamburg/ Initiative Arbeit und Klimaschutz</i> Drei Jahre Initiative Arbeit und Klimaschutz in Hamburg	116

<i>Behörde für Umwelt und Gesundheit, Pressemitteilung</i> „Unternehmen für Ressourcenschutz“ - Das ist die Zukunft.“ Meilenstein in Hamburgs Umweltpolitik	125
<i>www.green-shipping.de</i> Ermäßigung der Hafengebühren für umweltfreundliche Schiffe	126
<i>www.hamburger-bildungserver.de</i> Das Energiesparprojekt „fifty/fifty“. Vom Modellversuch zum Dauerprojekt	127
<i>www.nachhaltige-metallwirtschaft.de</i> Kupfer, Cluster, Kommunikation. Nachhaltige Metallwirtschaft am Beispiel der Wirtschaftsregion Hamburg	129
<i>Umweltbehörde Hamburg und Zukunftsrat Hamburg</i> Kommunale Entwicklungszusammenarbeit am Beispiel León. Direkt, belastbar, ausbaufähig	131
<i>www.hagenbeck.de</i> „Hagenbeck - eine saubere Sache.“	133
<i>Peter Cordes</i> Wie können wirtschaftliche Interessen und Nachhaltigkeit in Einklang gebracht werden?	135
Verwendete Literatur	141
Weiterführende Hinweise – Kontakte – Internetadressen	143

Vorwort

Nachhaltiges Wirtschaften ist eine Schlüsselaufgabe für eine zukunftsfähige Entwicklungsstrategie ins 21. Jahrhundert. Eine langfristig verantwortbare Wirtschaftsweise soll neben ökonomischen gleichberechtigt und dauerhaft auch ökologische und soziale Belange berücksichtigen. Eine nachhaltige und zukunftsfähige Wirtschaft investiert in die Erhaltung und bestmögliche Entwicklung der menschlichen sowie natürlichen Produktivität. Wirtschaftlicher Erfolg misst sich so auch am Erfolg für Umwelt- und Lebensqualität.

Erfreulicherweise folgen zunehmend mehr Akteure in Wirtschaft, Politik, Behörden oder in Forschung und Wissenschaft dem Leitbild nachhaltigen Wirtschaftens.

So erlebt die Nachhaltigkeits-Berichterstattung einen deutlichen Aufschwung: Bereits 45 Prozent der 250 führenden Unternehmen weltweit ergänzen ihre wirtschaftlichen Geschäftsberichte um Angaben über ihr Engagement im ökologischen, sozialen und kulturellen Bereich. Dennoch ist diese Thematik immer noch zu wenig in der Öffentlichkeit bekannt.

Von daher hat sich die Arbeitsgruppe ‚Nachhaltiges Wirtschaften‘ im Zukunftsrat Hamburg zum Ziel gesetzt, anlässlich des Weltgipfels zur Nachhaltigkeit in Johannesburg das Thema „Nachhaltiges Wirtschaften“ einer größeren Öffentlichkeit nahe zu bringen.

In der vorliegenden Dokumentation wurden unterschiedliche Texte verschiedener Autorinnen und Autoren unkommentiert zusammengestellt. Diese Texte beinhalten sowohl begriffliche Grundlagen und methodische Ansätze als auch praktische Ansätze mit Beispielcharakter. Die Dokumentation gibt einen Überblick über die aktuelle Diskussion zum Thema Nachhaltiges Wirtschaften, sie erhebt aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Für zukünftige geplante Auflagen sind wir dankbar für Hinweise auf weitere Texte, Beispiele und Ergänzungen.

Die Dokumentation gliedert sich in folgende Teile: Zunächst werden Grundlagen, Methoden und Begriffe zum Nachhaltigen Wirtschaften vorgestellt. Es folgen beispielhafte praktische Ansätze, des weiteren in einem dritten Teil Beiträge zum Nachhaltigen Wirtschaften in Hamburg und schließlich Literatur und weitere Hinweise.

Wir danken insbesondere Silke Kracht und Thomas Godehus aus der Arbeitsgruppe Nachhaltiges Wirtschaften für die inhaltliche Mitbearbeitung und Katharina Regenstein für die technische Gestaltung.

Hamburg, August 2002

Margit Bonacker

Dr. Ulf Skirke

1. Grundlagen, Methoden, Begriffe

Sechs Thesen

Udo E. Simonis (1999)

1. Eine Gesellschaft, in der „Zukunftsfähigkeit“ (sustainable development) separat - aus der Sicht eines Unternehmens, des Umweltschutzes, der Wissenschaft - diskutiert wird (B.A.U.M.-Tagung 1999), ist im Grunde nicht zukunftsfähig. (Dazu müsste - um im Bild zu bleiben - das Unternehmen sein Tun auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnis und in sozialer und ökologischer Verantwortung für zukünftige Generationen definieren).
2. Das Konzept der „Zukunftsfähigkeit“ ist solange strittig (wird separat diskutiert), wie sein konstitutives Zieldreieck (ökonomisches, soziales, ökologisches Zielelement) asymmetrisch rezipiert und propagiert wird: Die einen (über-) betonen das ökonomische Element („Wachstumsfetischisten“), die anderen das soziale Element („Sozialromantiker“), die dritten das ökologische Element („Ökofreaks“). Die Aufgabe der Politik liegt in (die Zukunftsfähigkeit Deutschlands hängt ab von) der Suche nach der Gewährleistung von der Symmetrie der drei Zielelemente.
3. Angesichts des strukturellen Konservatismus vieler (der meisten) Unternehmen und der immanenten Kurzsichtigkeit der Politik liegt eine zentrale Aufgabe der Wissenschaft darin, die Gefahren einer asymmetrischen Entwicklung (Zielverfolgung) frühzeitig aufzuzeigen, die im überhöhten Ressourcendurchsatz ("ökologischer Fußabdruck") und der übermäßigen Naturbelastung („ökologischer Rucksack“) liegt - insbesondere in der dadurch bedingten irreversiblen Schädigung ökologischer Systeme (auf der lokalen, nationalen und globalen Ebene).
4. Deutschland ist (noch) nicht zukunftsfähig, weil und solange wie sein ökologischer Fußabdruck (viel) zu groß, sein ökologischer Rucksack (viel) zu schwer ist und damit sein Beitrag zu irreversiblen ökologischen Schädigungen. Zwei solcher irreversibler Prozesse haben (auch in Deutschland) erhebliches wissenschaftliches Interesse erfahren und teils beunruhigende Evidenzen gezeitigt: Die Veränderung des Klimas und der Verlust an Biodiversität. Zwei andere, möglicherweise irreversible Prozesse kommen zunehmend in den Blick: Die Verknappung des Wassers und der (quantitative wie qualitative) Verlust an Boden.
5. Der Beitrag der deutschen Wirtschaft und Politik zur Eindämmung beziehungsweise Vermeidung dieser (gravierenden) globalen Schädigungen ist (zu) bescheiden, der der Wissenschaft dagegen eher beachtlich (wenn auch noch wenig erkannt). Das selbstgesteckte Ziel in der internationalen Klimapolitik (bis zum Jahr 2005) wird nicht erreicht, die Position in der Biodiversitätspolitik ist weiterhin unklar, in der Wasser- und Bodenpolitik noch nicht formuliert.
6. Das Thema Umweltschutz ist (wie ja auch die B.A.U.M.-Tagung zeigt) keineswegs am Ende. Vielmehr gilt (in Anlehnung an ein Wort von Nietzsche): „Ein Leben ohne Umweltschutz ist ein Irrtum“. Und wer glaubt, dass der in Deutschland erreichte Umweltstandard der Erde als Ganzes Zukunftsfähigkeit garantiere, irrt ein zweites Mal.

Zukunftsgestaltung als Politik-Aufgabe

Hans-Böckler-Stiftung (2001)

Wie wir in Zukunft leben werden, ist zweifellos eine der interessantesten Fragen der Gegenwart. Unabhängig davon, ob wir uns diese Frage überhaupt stellen, tragen wir alle zur Antwort bei: Indem wir täglich Entscheidungen treffen, Vorlieben ausleben und Wünsche artikulieren. Indem wir uns heute - bewußt oder unbewußt - für einen bestimmten Lebensstil, für ein bestimmtes Gesellschaftssystem und eine bestimmte Art zu wirtschaften entscheiden und diese in die Zukunft verlängern, nehmen wir Einfluss auf die Gestaltung dieser Zukunft.

Üblicherweise beschränken wir uns bei der Bewertung unseres eigenen Handelns auf die Frage, ob uns das Ergebnis gefällt. Viel zu selbstverständlich gehen wir davon aus, dass das, was heute geht, auch morgen gehen wird. Das ist menschlich. Aber auch kurzsichtig. In den vergangenen zwei Jahrzehnten haben viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aufgezeigt, was passiert, wenn Politik, Wirtschaft und Verbraucher ihr Verhalten unverändert fortführen. Die Ergebnisse solcher Trendrechnungen und Szenarien waren durchweg alarmierend. Die Studien legten dar, dass ein simples "Weiter so" zu massiven Umweltproblemen, zu wirtschaftlichen Krisen und zu sozialen Spannungen führen wird.

Was ist Nachhaltigkeit?

Das Verständnis darüber, was die Substanz des Nachhaltigkeitskonzepts ausmacht, ist vielfältig und umstritten. Naturgemäß besteht die Gefahr, dass jede gesellschaftliche Gruppe ihre Sichtweise

zur einzig richtigen Definition erklärt. Dennoch gibt es weitgehend Einigkeit über vier grundsätzliche Normen:

- die Gerechtigkeit innerhalb einer und zwischen den Generationen,
- die internationale Gerechtigkeit,
- die Abstimmung zwischen sozialen, ökonomischen und ökologischen Interessen,
- die Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen am Prozess der Strategiefindung und -umsetzung.

Damit enthält der Nachhaltigkeitsbegriff klassische wirtschafts- und umweltpolitische Regelungsgedanken, demokratische Prinzipien und ethische Gerechtigkeitspostulate. Besonders die letzteren erweisen sich jedoch bisher als schwer umsetzbar in politische Vorgaben für Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme.

Diese Aussicht hat in wissenschaftlichen Studien und in der politischen Debatte einen neuen Begriff populär gemacht: **Nachhaltigkeit**. Der englische Originalbegriff *sustainability* meint im Kern: „Die Funktionsfähigkeit eines Systems aufrecht erhalten“. Er wird oft auch mit *Zukunftsfähigkeit* übersetzt, was deutlich macht, dass bei Vernachlässigung dieses Ziels die Zukunft zerstört, verspielt oder zumindest verschlechtert wird.

Hinter dem Begriff Nachhaltigkeit steht die Forderung, unsere Verhaltensmuster und unsere politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen daraufhin zu prüfen, ob sie geeignet sind, nachfolgenden Generationen eine funktionsfähige Welt zu hinterlassen. Werden unsere Kinder und Enkel noch Chancen und Wahlmöglichkeiten haben wie wir? Oder führt unsere Lebensweise zu einer derartigen Ballung von Problemen, dass nachfolgende Generationen vielen Zwängen ausgesetzt sind und sich ihre Lebensqualität deutlich verschlechtert? Nachhaltige Entwicklung bedeutet also im Kern: So zu leben, dass sich die Chancen der uns folgenden Generationen nicht verschlechtern.

Die jetzt lebende und aktive Generation trägt die Verantwortung dafür, wie die Zukunft aussehen wird. Zukunft bewusst zu gestalten, setzt jedoch eine gesellschaftliche Verständigung über gemeinsame Ziele voraus. Diesen Vorgang der Verständigung zwischen Menschen und Gruppen über Ziele, über Handlungsstrategien zur

Erreichung der Ziele und über die Maßnahmen, die jetzt ergriffen werden müssen, nennen wir üblicherweise Politik. Zukunftsgestaltung ist der inhaltliche Kern aller Politik.

Deshalb scheint eine Rückbesinnung notwendig, dass Politik in allererster Linie, noch bevor es zu Detailfragen kommt, die Verständigung über die Frage „**Wie wollen wir leben?**“ ist. Dies ist eine Frage, die alle angeht und an der sich in einer Demokratie auch alle beteiligen können - und sollten.

Die politische Grundsatzfrage „Wie wollen wir jetzt und in Zukunft leben?“ kann man sehr unterschiedlich beantworten. Strebt man nach einer verantwortungsbewußten Haltung im Sinne der Nachhaltigkeit, dann gibt es einige Fragen, die vorab zu klären sind:

- Wie können wir selbst ein „gutes Leben“ führen, ohne die Lebenschancen anderer Menschen zu gefährden?
- Wie können wir wirtschaftliche Not vermeiden, die internationale Gerechtigkeit verbessern, die Produktionsgrundlagen für uns und andere langfristig sichern?
- Was müssen wir tun, um unsere Umwelt auch für nachfolgende Generationen zu erhalten?

Die Beantwortung dieser Kernfragen zielt auf soziale, wirtschaftliche und ökologische Aspekte von Politik. Will man bei der Suche nach Antworten nicht schon im ersten Schritt in unnützen Kontroversen über Einzelheiten stecken bleiben, muss man zunächst nach möglichen grundsätzlichen Gemeinsamkeiten fragen: Gibt es etwas, auf das sich die große Mehrheit der Gesellschaft als gemeinsames Ziel verständigen kann? Gibt es etwas, das über alle Interessengegensätze hinweg als gemeinsames Zukunftsziel definiert werden kann?

Dies scheint der Fall zu sein. Denn auf den Begriff „nachhaltige Entwicklung“ haben sich in jüngster Zeit sehr viele gesellschaftliche Gruppen verpflichtet, international und national. Nachhaltigkeit ist zu einem neuen Politik-Paradigma geworden - zu einer „Leitidee für eine zukunftsfähige Gesellschaft“, die eine bisher nicht gekannte Konsensbreite erreicht hat.

Ausgangspunkt der Nachhaltigkeitsdiskussion war, neben der Nord-Süd-Debatte, die Umweltpolitik. Ob Umweltschäden der gesellschaftlichen, speziell

der wirtschaftlichen Entwicklung Grenzen setzen und ob Umweltschutz eine sinnvolle und praktikable Vorgabe für die weitere Entwicklung sein kann, waren jahrelang umstrittene Fragen.

Mittlerweile herrscht über alle politischen Lager und Parteigrenzen hinweg Einigkeit darüber, das ohne eine Reduzierung der Umweltbelastung unsere Lebensqualität „mittelfristig“ erheblich beeinträchtigt wäre und einige Formen wirtschaftlicher Tätigkeiten nicht mehr oder nur noch eingeschränkt durchgeführt werden könnten.

Nachhaltige Entwicklung ist also eine Leitidee, die zur Vermeidung von Krisen und existenziellen Bedrohungen führen soll. Wie ein Kompass weist die Idee die richtige Richtung, ohne jedoch genau angeben zu können, wie das Ziel anzusteuern ist. Je ernster man sich allerdings mit der „Reiseroute“ beschäftigt, desto stärker nähert sich die Diskussion über Nachhaltigkeit einer Debatte über die richtige Konzeption zur Gestaltung von nationalen Gesellschaften und sogar der Weltgesellschaft. Damit zählt Nachhaltigkeit zu den anspruchsvollsten, aber auch schwierigsten Konzepten, die politisches Denken hervorbringen kann.

Viele Gesellschaftsentwürfe sind geschlossene Systeme, die nur als Ganzes akzeptiert oder verworfen werden können. Ihre Verfechter bemühen sich vor allem um die innere Logik ihrer Modelle. Für ihre Durchsetzung ist die Mobilisierung einer eigenen Anhängerschaft, die der jeweiligen Richtung folgt, in der Regel wichtiger als die Überzeugung breiter Kreise der Bevölkerung oder die Erarbeitung eines Konsens aller Betroffenen.

Das Leitbild Nachhaltigkeit setzt im Gegensatz dazu auf eine neue Qualität von Politik. Selten zuvor wurde die gesamte Gesellschaft von einem so weitreichenden **Politikziel** angesprochen. Neu ist auch, dass zunächst ein allgemeines, wenn nicht sogar diffuses Ziel propagiert wird, ohne dass konkrete Konzepte zur Realisierung vorliegen, und schließlich setzt der Nachhaltigkeitsgedanke auf einen gesamtgesellschaftlichen Diskussions- und Lernprozess, wie er bisher weitgehend unbekannt war. Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags (1998) schrieb deshalb treffend, die Nachhaltigkeitsdebatte werde keine einfachen Rezepte anbieten, sondern nur „die Einrichtung eines kontinuierlichen, gesellschaftlichen Such-, Lern- und Entdeckungsprozesses“ vorantreiben können.

Nachhaltigkeit ist also ein politisches Postulat, ähnlich wie Chancengleichheit oder Gerechtigkeit. Trotz der politisch positiven Funktion dieses eher vagen Leitbilds muss jedoch irgendwann einmal über konkrete Schritte nachgedacht und entschieden werden.

Auf dem Weg zu solchen Handlungsempfehlungen kann die Wissenschaft mögliche Konsequenzen von Entscheidungen oder Unterlassungen anschaulich machen. Dadurch kann die Richtung des Such- und Lernprozesses, wie Nachhaltigkeit tatsächlich zu erzielen ist, effizienter organisiert werden. Dies war die zentrale Aufgabe des von der Hans-Böckler-Stiftung initiierten Verbundprojekts „Arbeit und Ökologie“.

Stärkung der Rolle der Privatwirtschaft

Agenda 21, Kapitel 30

Einführung

30.1

Die Privatwirtschaft einschließlich transnationaler Unternehmen spielt eine zentrale Rolle in der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes. Stabile politische Rahmenbedingungen geben der Privatwirtschaft Möglichkeiten und Anstöße zu einem verantwortungsbewußten und effizienten Handeln und zur Verfolgung längerfristig ausgerichteter Strategien. Höherer Wohlstand, ein vorrangiges Ziel des Entwicklungsprozesses, entsteht vor allem durch die wirtschaftlichen Aktivitäten der Privatwirtschaft. Sowohl große als auch mittlere und kleine Wirtschaftsunternehmen im formellen ebenso wie im informellen Sektor schaffen wichtige Handels-Beschäftigungs- und auch Existenzsicherungsmöglichkeiten. Die Wahrnehmung unternehmerischer Möglichkeiten durch Frauen trägt zu deren beruflicher Weiterentwicklung bei, stärkt ihre Rolle in der Wirtschaft und verändert das soziale System. Die Privatwirtschaft einschließlich transnationaler Unternehmen und die sie vertretenden Verbände sollen gleichberechtigte Partner bei der Umsetzung und Bewertung von Maßnahmen im Zusammenhang mit der Agenda 21 sein.

30.2

Durch effizientere Produktionsprozesse, vorbereitende Strategien, saubere Produktionstechnologien und -verfahren während des gesamten Produktkreislaufes, die zur Minimierung der Abfallerzeugung oder zur Abfallvermeidung führen, können Unternehmenspolitik und unternehmerisches Verhalten der Privatwirtschaft einschließlich transnationaler Unternehmen entscheidenden Einfluß auf die Verminderung der Auswirkungen auf die Ressourcennutzung und die Umwelt nehmen. Technologische Innovationen, technische Entwicklung und Anwendung, Technologietransfer und die umfassenderen Partnerschafts- und Kooperationsaspekte fallen größtenteils in den Aufgabenbereich der Privatwirtschaft.

30.3

Die Privatwirtschaft einschließlich transnationaler Unternehmen soll die Rolle des Umweltmanagements als eine der höchsten unternehmerischen Prioritäten und als Schlüsseldeterminante für eine nachhaltige Entwicklung anerkennen. Einige aufgeklärte Unternehmensleiter praktizieren bereits das Konzept der "Responsible Care" und der verantwortungsvollen Produkthandhabung und -betreuung, und führen entsprechende Programme

durch, fördern den offenen Dialog mit den Beschäftigten und der Öffentlichkeit und führen Umweltbetriebsprüfungen (Öko-Audits) und Überprüfungen der Einhaltung, von Umweltauflagen durch. Diese fahrenden Vertreter der Privatwirtschaft einschließlich transnationaler Unternehmen leiten zunehmend freiwillige Eigeninitiativen ein, fördern und ergreifen Maßnahmen zur Eigenkontrolle und größeren Eigenverantwortlichkeit, indem sie sicherstellen, dass ihre unternehmerische Tätigkeit möglichst geringe Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt mit sich bringt. Die in vielen Ländern eingeführten ordnungsrechtlichen Maßnahmen und das wachsende Umweltbewußtsein der Verbraucher und der Öffentlichkeit sowie aufgeklärter Führungskräfte der Privatwirtschaft einschließlich transnationaler Unternehmen haben zu dieser Entwicklung gleichermaßen beigetragen. Ein positiver Beitrag der Privatwirtschaft einschließlich transnationaler Unternehmen zu einer nachhaltigen Entwicklung kann in zunehmendem Maße dadurch erreicht werden, dass wirtschaftspolitische Instrumente wie etwa marktwirtschaftliche Mechanismen eingesetzt werden, bei denen entsprechend den länderspezifischen Gegebenheiten die Preise für Waren und Dienstleistungen zunehmend die ökologischen Kosten der Vorleistungen, der Produktion, der Verwendung, des Recycling und der Entsorgung widerspiegeln sollen.

30.4

Die Verbesserung der Produktionssysteme durch Technologien und Verfahren, welche die Ressourcen effizienter nutzen und gleichzeitig weniger Abfall erzeugen - also mit weniger mehr erreichen - ist ein wichtiger Schritt in Richtung Nachhaltigkeit in der Privatwirtschaft. Gleichzeitig müssen Erfindungsgeist, Wettbewerbsfähigkeit und freiwillige Initiativen angeregt und gefördert werden, damit vielfältigere, effizientere und wirksamere Alternativen entwickelt werden können. Um diesen grundlegenden Erfordernissen gerecht zu werden und die Rolle der Privatwirtschaft einschließlich transnationaler Unternehmen weiter zu stärken, werden die beiden folgenden Programmbereiche vorgeschlagen:

PROGRAMMBEREICH A Förderung einer umweltverträglicheren Produktion

Handlungsgrundlage

30.5

Es wird zunehmend anerkannt, dass Produktionsprozesse, Technologien und Managementpraktiken, die die Ressourcen ineffizient nutzen, Rückstände erzeugen, die nicht wiederverwendet werden, Abfälle verursachen, die nachteilige Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt haben, und Produkte herstellen, von denen auch nach Gebrauch schädliche Wirkungen ausgehen und die schwierig rückzugewinnen sind, und die durch Technologien, eine gute Betriebs- und Managementpraxis und

Know-how ersetzt werden müssen, die die während des gesamten Produktkreislaufs anfallende Abfallmenge auf ein Minimum reduzieren. Das Konzept einer umweltverträglichen Produktion bedeutet, dass in jeder Phase des Produktkreislaufs eine optimale Effizienz angestrebt werden muss. Ein Ergebnis wäre die Verbesserung der allgemeinen Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens. Die Notwendigkeit eines Umstiegs auf ein umweltverträglicheres Produktionskonzept wurde auf der von der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) auf Ministerienebene abgehaltenen Konferenz über eine nachhaltige industrielle Entwicklung, die im Oktober 1991 in Kopenhagen stattfand, anerkannt.

Ziele

30.6

Die Regierungen und die Privatwirtschaft einschließlich transnationaler Unternehmen sollen darauf hinwirken, die effiziente Nutzung von Ressourcen, einschließlich einer zunehmenden Wiederverwertung von Rückständen, zu erhöhen und die Abfallmenge pro Produktionseinheit zu vermindern.

Maßnahmen

30.7

Die Regierungen und die Privatwirtschaft einschließlich transnationaler Unternehmen sollen Partnerschaften stärken, um die Prinzipien und Kriterien einer nachhaltigen Entwicklung umzusetzen.

30.8

Die Regierungen sollen in Absprache mit der Privatwirtschaft einschließlich transnationaler Unternehmen eine geeignete Kombination aus wirtschaftspolitischen Instrumenten und ordnungsrechtlichen Maßnahmen wie etwa Gesetzen und Rechtsvorschriften sowie Normen erarbeiten und umsetzen, die die Einführung einer umweltverträglichen Produktion unter besonderer Berücksichtigung von kleinen und mittleren Unternehmen fördern. Freiwillige private Initiativen sollen ebenfalls unterstützt werden.

30.9

Die Regierungen, die Privatwirtschaft einschließlich transnationaler Unternehmen, akademische Einrichtungen und internationale Organisationen sollen auf die Entwicklung und Umsetzung von Konzepten und Methoden für die Internalisierung der Umweltkosten in betriebswirtschaftliche Kostenrechnung und Preisgestaltung hinarbeiten.

30.10

Die Privatwirtschaft einschließlich transnationaler Unternehmen soll dazu angeregt werden, jährlich über ihre umweltrelevanten Tätigkeiten sowie über ihre Energie- und Ressourcennutzung Bericht zu erstatten,

Verhaltenskodizes zur Förderung vorbildlichen Umweltverhaltens wie etwa die Charta der Internationalen Handelskammer (ICC) über eine nachhaltige Entwicklung und die "Responsible Care"-Initiative der chemischen Industrie verabschieden und über ihre Umsetzung Bericht erstatten.

30.11

Die Regierungen sollen die Zusammenarbeit im Bereich Technologie und Know-how zwischen Unternehmen fördern, wozu auch die Ermittlung, Beurteilung, Erforschung und Entwicklung, das Management-Marketing und die Einführung von umweltverträglicheren Produktionsprozessen gehören.

30.12

Die Privatwirtschaft soll umweltverträglichere Produktionskonzepte in ihre betrieblichen Prozesse und Investitionen einbinden und dabei auch ihren Einfluß auf Zulieferer und Endverbraucher geltend machen.

30.13

Die Wirtschafts- und Industrieverbände sollen mit Arbeitnehmern und Gewerkschaften zusammenarbeiten, um deren Kenntnisse und Sachkompetenz in bezug auf die Umsetzung nachhaltiger Entwicklungsverfahren fortlaufend zu verbessern.

30.14

Die Wirtschafts- und Industrieverbände sollen die einzelnen Unternehmen dazu anhalten, Programme für ein verbessertes Umweltbewußtsein und eine größere Produktverantwortung auf allen Ebenen durchzuführen, um zu erreichen, dass sich diese Unternehmen der Aufgabe einer Verbesserung des von ihnen geleisteten Beitrags zur Entlastung der Umwelt auf der Grundlage international anerkannter Managementpraktiken widmen.

30.15

Die internationalen Organisationen sollen in Zusammenarbeit mit der Industrie, akademischen Einrichtungen und einschlägigen staatlichen und kommunalen Behörden ihr Bildungs- und Ausbildungsangebot und ihre bewußtseinsfördernden Maßnahmen im Bereich der umweltverträglicheren Produktion verstärken.

30.16

Internationale und nichtstaatliche Organisationen einschließlich Handels- und Wissenschaftsverbände sollen die Verbreitung von Informationen über eine umweltverträglichere Produktion verstärken, indem sie vorhandene Datenbanken wie etwa das International Cleaner Production Clearing House (ICPIC) des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP), die Industrial and Technological Information Bank (INTIB) der UNIDO und das Internationale Umweltbüro (IEB) der Internationalen Handelskammer (ICC) ausbauen und auf eine Vernetzung nationaler und internationaler Informationssysteme hinwirken.

PROGRAMMBEREICH B

Förderung einer verantwortungsbewußten Unternehmerschaft

Handlungsgrundlage

30.17

Die Unternehmerschaft ist eine der wichtigsten Triebkräfte für Innovationen, da sie die Leistungsfähigkeit des Marktes steigert und ein rasches Reagieren auf neue Herausforderungen und Handlungsspielräume ermöglicht. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen spielen eine wichtige Rolle in der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes. Oft sind sie die tragenden Elemente der ländlichen Entwicklung, indem sie das Angebot an Arbeitsplätzen außerhalb der Landwirtschaft erweitern und den Frauen als Übergangsmöglichkeit zu einer Verbesserung ihrer Lebensbedingungen dienen. Eine verantwortungsbewußte Unternehmerschaft kann eine zentrale Rolle bei der Verbesserung der effizienten Ressourcennutzung, bei der Verminderung von Risiken und Gefahren, bei der Minimierung von Abfällen und bei der Sicherung der Umweltqualität spielen.

Ziele

30.18

Die folgenden Ziele werden vorgeschlagen:

die Förderung des Konzepts des verantwortungsvollen unternehmerischen Handelns bei der Bewirtschaftung und Nutzung der natürlichen Ressourcen;

die Erhöhung der Zahl der in Betrieben tätigen Unternehmer, die sich der Verfolgung einer auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichteten Unternehmenspolitik verschrieben haben.

Maßnahmen

30.19

Die Regierungen sollen die Einrichtung und den Betrieb nachhaltig geführter Unternehmen unterstützen.

Als Maßnahmenbündel kämen ordnungsrechtliche Maßnahmen, wirtschaftliche Anreize und die Straffung von Verwaltungsverfahren zur Erzielung einer möglichst effizienteren Bearbeitung von Genehmigungsanträgen, um Investitionsentscheidungen zu erleichtern, sowie Beratung und Hilfeleistung in Form von Information, infrastruktureller Unterstützung, und Betreuung in Frage.

30.20

Die Regierungen sollen in Zusammenarbeit mit dem privaten Sektor die Einrichtungen von Risikokapitalfonds für Vorhaben und Programme fördern, die der nachhaltigen Entwicklung dienen.

30.21

Die Regierungen sollen in Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft, akademischen Einrichtungen und internationalen Organisationen Möglichkeiten der Ausbildung in den umweltspezifischen Aspekten der Unternehmensführung unterstützen. Dabei sind auch Lehrlingsprogramme für Jugendliche zu berücksichtigen.

30.22

Die Privatwirtschaft einschließlich transnationaler Unternehmen soll ermutigt werden, eine auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichtete weltweite Unternehmenspolitik zu erarbeiten, ihren Tochtergesellschaften in Entwicklungsländern, die im wesentlichen Eigentum der Muttergesellschaft sind, ohne zusätzliche externe Aufwendungen umweltverträgliche Technologien zur Verfügung zu stellen, überseeische Tochtergesellschaften dazu anzuhalten, Verfahren dahingehend abzuändern, dass sie den ökologischen Gegebenheiten vor Ort Rechnung tragen, und mit den Kommunalbehörden, den nationalen Regierungen und internationalen Organisationen Erfahrungen auszutauschen.

30.23

Großunternehmen der Privatwirtschaft einschließlich transnationaler Unternehmen sollen die Möglichkeit in Betracht ziehen, gegebenenfalls mit Unterstützung internationaler Organisationen Partnerschaften mit kleinen und mittleren Unternehmen einzugehen, um den Austausch von Erfahrungen in der Führung eines Unternehmens, in der Erschließung von Absatzmärkten und über technisches Know-how zu erleichtern.

30.24

Die Privatwirtschaft soll nationale Räte für nachhaltige Entwicklung finden und bei der Förderung des Unternehmertums im formellen und informellen Sektor mithelfen. Die Einbeziehung von Unternehmerinnen soll erleichtert werden.

30.25

Die Privatwirtschaft einschließlich transnationaler Unternehmen soll in Zusammenarbeit mit akademischen Einrichtungen und wissenschaftlich-technischen Einrichtungen die Forschungs- und Entwicklung von umweltverträglichen Technologien und Umweltmanagementsystemen intensivieren, wobei sie gegebenenfalls auf einheimisches Wissen zurückgreifen soll.

30.26

Die Privatwirtschaft einschließlich transnationaler Unternehmen soll ein aus der Sicht der Gesundheit, der Sicherheit und des Umweltschutzes verantwortungsvolles und ethisch vertretbares Produkt- und Verfahrensmanagement gewährleisten. Zu diesem Zweck soll die Privatwirtschaft unter Zuhilfenahme geeigneter Kodizes, Statuten und Initiativen, die in alle Elemente der Unternehmensplanung und Entscheidungsfindung integriert sind, die Eigenkontrolle verstärken und einen offenen Umgang und Dialog mit den Beschäftigten und der Öffentlichkeit fördern.

30.27

Multilaterale und bilaterale Geberorganisationen sollen auch in Zukunft kleine und mittlere Unternehmen, die nachhaltig wirtschaften, fördern und unterstützen.

30.28

Organisationen und sonstige Gremien der Vereinten Nationen sollen die Mechanismen für die Vorleistungen der Privatwirtschaft sowie für Ziel- und Strategieformulierungsverfahren verbessern, um sicherzustellen, dass Umweltaspekte bei Auslandsinvestitionen verstärkt berücksichtigt werden.

30.29

Internationale Organisationen sollen die Unterstützung der Forschung und Entwicklung von Möglichkeiten der Verbesserung der technologischen und unternehmerischen Vorgaben für eine nachhaltige Entwicklung insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen in den Entwicklungsländern verstärken.

Instrumente zur Umsetzung

Finanzierung und Kostenabschätzung

30.30

In den meisten Fällen erfordern die in diesem Programmbereich enthaltenen Maßnahmen nur eine Änderung der Ausrichtung bereits laufender Aktivitäten, so dass keine wesentlichen zusätzlichen Kosten zu erwarten sind. Die Kosten der von den Regierungen und internationalen Organisationen zu ergreifenden Maßnahmen sind bereits in anderen Programmbereichen enthalten.

Das Konzept der „nachhaltigen Entwicklung“

Herausforderung an Rechtssetzung und Rechtsanwendung (Auszüge: Kap.1-3 / Kap.6)

Dr. Hans-Joachim Menzel (2001)
Der Autor ist Sprecher vom „Zukunftsrat Hamburg“,
einem Forum von 89 Nichtregierungsorganisationen
und Unternehmen.

Im Februar 2001 benannte Bundeskanzler Gerhard Schröder die 16 Personen des nationalen „Rats für nachhaltige Entwicklung“. Im Juni 2001 erwartet der Europäische Rat die Vorlage einer Gemeinschaftsstrategie, „mit der die Umweltaspekte und die wirtschaftlichen Aspekte nachhaltiger Entwicklung besser verzahnt werden können“. Und für 2002 wird derzeit ein „Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung“ („Rio + 10“) in Johannesburg /Südafrika vorbereitet. Was aber ist „nachhaltige Entwicklung“? Der Aufsatz bemüht sich um eine Klärung dieses Begriffs, zeigt seine verfassungsrechtlichen und europarechtlichen Bezüge auf und beleuchtet exemplarisch Auswirkungen auf einzelne Verwaltungsrechtsbereiche.

1. Einführung

Der Begriff „nachhaltige Entwicklung“ macht weltweit Karriere: Die großen Weltkonferenzen der letzten Dekade beschwören ihn¹; völkerrechtliche Abkommen nehmen ihn auf²; der Amsterdamer Vertrag fügt ihn 1997 in die Verfassungsdokumente der EU ein³; Koalitionsvereinbarungen in Bund und Ländern erklären ihn zum „Leitbild“ der Regierungspolitik⁴; im Internet finden sich zu ihm Millionen von Nachweisen⁵. Und doch weiß die Bevölkerungsmehrheit in Deutschland mit diesem Begriff ebenso wenig anzufangen⁶ wie die Medien. „Nachhaltigkeit“ ist Mode- und Fremdwort zugleich.

„Nachhaltigkeit“ steht für *die* Vision der Rettung der Menschheit aus der Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen. Das Konzept „Nachhaltigkeit“ nimmt allerdings für sich in Anspruch, nachvollziehbar und wissenschaftlich fundiert zu sein. Je mehr der Begriff der „Nachhaltigkeit“ seine rhetorische passepartout-Funktion überwindet und operationalisiert wird, je konkreter er staatliche wie kommunale Entscheidungen beeinflusst, desto eher wird „Nachhaltigkeit“ auch Rechtsbegriff.

Im folgenden werden zunächst Meilensteine der Nachhaltigkeits-Debatte (2.), das inhaltliche Konzept der nachhaltigen Entwicklung (3.) und typische Strategien zur seiner Umsetzung (4.) vorgestellt. Danach benenne ich die europarechtlichen Manifestationen dieses Konzepts (5.) und diskutiere Schnittstellen des Grundgesetzes für eine rechtliche Auseinandersetzung mit „nachhaltiger Entwicklung“ (6). Ausgewählte Themen aus dem

¹ Vor allem der „Erdgipfel“ in Rio de Janeiro 1992 (s.u.2) und „Habitat II“ 1996 in Istanbul

² Übersichten bei *Batholomäi*, Sustainable Development und Völkerrecht, Baden-Baden, 1997, passim; *Stoll / Schillhorn*, NuR 1998, S.627, 630;

³ Vgl. u. 5.

⁴ Koalitionsvereinbarung vom 20.10.98 zwischen SPD und Bündnis 90/ die Grünen, Ziff.IV 1.; Präambel der Koalitionsvereinbarung vom 6.11.97 zwischen SPD und der GAL in Hamburg

⁵ Nachweise wichtiger Internetadressen bei *Hermanns*, Aus Politik und Zeitgeschichte B10-11/2000, S.8

⁶ *Preisendörfer*, Umwelteinstellungen und Umweltverhalten in Deutschland, Opladen, 1999, S.248: Nur 15 % der Befragten hatte schon vom Begriff der nachhaltigen Entwicklung gehört.

Bereich der Verwaltung (7.) veranschaulichen die Bedeutung des Nachhaltigkeits-Konzepts für die Rechtspraxis.

2. Meilensteine der Nachhaltigkeitsdebatte

In der Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro einigten sich 178 Staaten auf eine Deklaration⁷ und ein gemeinsames Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert – die „Agenda 21“⁸. Beide Dokumente gehen vom Begriff der „nachhaltigen Entwicklung“ („sustainable development“) aus, den sie von der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung („Brundtland-Kommission“) übernahmen:

Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der heutigen Generationen befriedigt, ohne zu riskieren, dass zukünftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können⁹.

Die Agenda 21 beschreibt die Hauptprobleme der globalen Umwelt- und Entwicklungskrise. Sie beginnt mit „sozialen und wirtschaftlichen Dimensionen“, wozu die Armut im Süden ebenso gehört wie die Konsumgewohnheiten im Norden. Den ökologischen Schwerpunkt bilden die Ausführungen zur „Erhaltung und Bewirtschaftung der Ressourcen für die Entwicklung“ – vom Klimaschutz über Wüstenbildung und Gewässerschutz bis zum sicheren Umgang mit radioaktiven Abfällen. Im dritten Teil „Stärkung der Rolle wichtiger Gruppen“ fordert Kapitel 28 Städte- und Gemeindeverwaltungen auf, im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern eine „kommunale Agenda 21“ zu beschließen. Die „Möglichkeiten der Umsetzung“ im letzten Abschnitt nennen ausdrücklich auch Rechtsinstrumente und -mechanismen.

⁷ Abgedruckt im Jahrbuch des Umwelt- und Technikrechts (JbUTR) 1993, S.411

⁸ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.): *Umweltpolitik. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro – Dokumente* – o.J.

⁹ Abschlussbericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ 1987, englisch und deutsch zitiert bei *Frenz / Unnerstall, Nachhaltige Entwicklung im Europarecht, Baden-Beiden, 1999, S.114*. Als andere Übersetzungen von „sustainability“ werden in der Literatur verwendet: Zukunftsfähigkeit, Zukunftsbeständigkeit, Dauerhaftigkeit, Aufrechterhaltbarkeit.

Als erster Meilenstein der Nachhaltigkeitsdiskussion in Deutschland kann das Gutachten des Sachverständigenrats für Umweltfragen von 1994 gelten. Es nimmt die Vision der Agenda 21 auf, sieht „ökonomische, soziale und ökologische Entwicklungen notwendig als eine innere Einheit“¹⁰ und fordert die „Abkehr vom traditionellen wirtschaftlichen Fortschritts- und Wachstumsmodell“¹¹. Für eine Operationalisierung von Nachhaltigkeit fordert der Bericht Umweltqualitätsziele und -standards sowie ein Indikatorensystem. „Managementregeln“ bilden Imperative für ein nachhaltiges Wirtschaften. Empfohlen werden neue Formen gesellschaftlicher Beteiligung. Als Ziele nennt der Sachverständigenrat Ressourcenschonung, Einhaltung der Tragekapazität der natürlichen Umwelt und Gesundheitsschutz.

Ein eher ethisch geprägter Meilenstein ist die 1996 veröffentlichte Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie¹². Ausgehend von der Figur des „Umweltraumes“ propagiert sie ein gleiches Recht aller Menschen auf Naturzugang und -nutzung¹³. Hieraus leitet sie konkrete Umweltziele ab und fordert eine drastische Verminderung von Rohstoffverbrauch und Abfall im industrialisierten Norden. Die Darstellung von Indikatoren und Umweltverbrauchsbilanzen verbinden die Autoren mit einer grundsätzlichen Leitbild-Diskussion. „Nachhaltige Entwicklung“ sei letztlich nur über ein neues Lebensverständnis („Suffizienz“) zu erreichen und nicht nur ein technisches Problem („Effizienz“)¹⁴. In vielen Tagungen und Diskussionsveranstaltungen wurde diese Studie zum Kristallisationspunkt der öffentlichen Nachhaltigkeitsdiskussion. Kritik erfuhr sie von linker Seite, die dem konsensorientierten Ansatz Ignoranz gegenüber den herrschenden Machtverhältnissen vorwirft¹⁵.

¹⁰ SRU, *Umweltgutachten 1994, Tz.1*

¹¹ SRU, *Umweltgutachten 1994, Tz.10*

¹² BUND; Misereor (Hrsg.): *Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung*, Basel, 1996

¹³ (FN12) S.33 ff.

¹⁴ (FN12) S.206 ff.; dazu kritisch *Huber, Nachhaltige Entwicklung: Strategien für eine ökologische und soziale Erdpolitik*, Berlin, 1995, S.123-160

¹⁵ Z.B. *Ebbinghaus, Nachhaltigkeit und Macht: Zur Kritik von Sustainable Development*, Frankfurt a.M., 1996; *Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen –BUKO-*(Hrsg.), *Reader zur Nachhaltigkeitsdebatte*, Hamburg, 1997.

Den dritten Meilenstein in Deutschland bildet der 1998 erschienene Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des Bundestages¹⁶. Auch er geht von der Einheit ökologischer, ökonomischer und sozialer Dimensionen von Nachhaltigkeit aus. Für alle drei stellt er (Management-)Regeln zu ihrer Umsetzung auf¹⁷. Das Hauptanliegen der Kommission sind konkrete Handlungsoptionen, die sie in den Beispielfeldern „Bodenversauerung“, „Informations- und Kommunikationstechnik“ und „Bauen und Wohnen“ untersucht. Dabei betrachtet sie jeweils die einzelnen Nachhaltigkeitsdimensionen und entwickelt Leitbilder, Strategien und Maßnahmen. Das abschließende Kapitel befasst sich mit Innovationsprozessen für eine nachhaltige Entwicklung.

Die Weltausstellung Expo 2000 in Hannover wurde ihrem Anspruch, einem breiteren Publikum ein weiterer Meilenstein für die Nachhaltigkeitsdebatte zu sein, nicht gerecht¹⁸. Was von ihr bleibt, sind die in einem umfangreichen Katalog zusammengestellten „weltweiten Projekte der EXPO 2000“ und die Buchreihe der EXPO 2000 zu 12 Nachhaltigkeitsthemen¹⁹.

3. Das Konzept der Nachhaltigkeit

3.1 Der Grundkonsens

Bei allen Differenzierungen im Detail ist insgesamt ein erstaunlicher weltweiter Konsens über die Idee, die Vision von Nachhaltigkeit festzustellen. Auch in Deutschland ist man sich über die Parteigrenzen hinweg einig darüber, dass das Grundkonzept „nachhaltige Entwicklung“ die Leitlinie für zukunftsfähiges politisches Handeln darstellt. Dies mag an der Vagheit des Begriffs liegen. Es liegt aber sicher auch an der Einfachheit

und ethischen Überzeugungskraft des Nachhaltigkeits-Imperativs: „Von den Zinsen, nicht vom Kapital leben“, „Wir haben die Welt nur von unseren Kindern geliehen“²⁰.

Folgende Elemente können als mehrheitsfähige Umschreibung des Konzepts „nachhaltige Entwicklung“ gelten:

- „Nachhaltigkeit“ hat drei Dimensionen: Ökologie, Ökonomie und Soziales. Diese bilden ein „magisches Dreieck“²¹, in dem jeder Pol gleichberechtigt mit den anderen abgewogen werden muss. „Nachhaltigkeit“ ist ein umfassendes, ganzheitliches Entwicklungsverständnis („Ganzheitlichkeit“)²².
- „Nachhaltigkeit“ weist zeitlich und räumlich weit über die politisch vorherrschenden Grenzziehungen hinaus: Die Orientierung an den Entwicklungschancen der zukünftigen Generationen ignoriert notwendigerweise jede Legislaturperiode („Generationengerechtigkeit“)²³.
- Die Sicht auf globale Entwicklungen und auf die Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, übersteigt das nationale Souveränitätskonzept („Globalität“)²⁴.
- „Nachhaltigkeit“ ist ein dynamischer und normativer Begriff. Sein Inhalt ist immer

²⁰ *Caspers-Merk* (SPD), Stenographische Berichte des Bundestages, 14. Wahlperiode, 81. Sitzung, S.7439 (B). Die Plenardebatte am 20.1.2000 gibt den Grundkonsens aller Bundestagsfraktionen deutlich wider.

²¹ *Huber* (FN 14) S.39; *Müller*, ZAU 1997, S.158

²² *Erbguth*, DVBl.1999, S.1084; *Streinz*, Die Verwaltung 1998, S. 471; *Diefenbacher u.a.*, Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung im regionalen Bereich – Ein System von ökologischen, ökonomischen und sozialen Indikatoren, Heidelberg, 1997, S.72; *Callies*, DVBl. 1998, S.561; *Hermanns*, Aus Politik und Zeitgeschichte B10-11/2000, S.3; *Abgeordnetenhaus Berlin, Enquetekommission „Zukunftsfähiges Berlin“*, Bericht, 1999, S. 46 ff.; *Gerken / Renner*, ZAU 1996, S.10 ff.; vgl. ferner die Bundestagsdebatte am 20.1.2000 (FN 20); a.A. *Tremmel / Laukemann / Lux*, ZRP 1999, S.432 f. (ausschließlich „ökologische Nachhaltigkeit“).

²³ *Tremmel / Laukemann / Lux*, ZRP 1999, S.432 f.; *Barholomäi* (FN 2) S.83 ff., 139 mit Bezug auf *Brown Weis*, In Fairness to Future Generations, 1989; *Schröder*, Sustainable Development – Handlungsmaßstab und Instrument zur Sicherung der Überlebensbedingungen künftiger Generationen? – Rechtswissenschaftliche Überlegungen, in: *Kastenholz / Erdmann / Wolff*, Nachhaltige Entwicklung, Berlin, 1996, S.164

²⁴ Grundsatz 6 der Rio-Deklaration räumt den „besonderen Bedürfnissen der Entwicklungsländer“ Vorrang ein.

¹⁶ „Konzept Nachhaltigkeit – vom Leitbild zur Umsetzung“, BT-Drs.13/11200 vom 26.6.98. Bereits in der 12. Legislaturperiode gab es eine gleichnamige Enquete-Kommission, deren Bericht von 1994 einen nachhaltigen Umgang mit Stoff- und Materialströmen behandelte.

¹⁷ (FN16) S.25-28

¹⁸ Manifest wurde dies spätestens, als die EXPO-Werbung die Themen „Mensch – Natur – Technik“ und ihre Zukunftsvisionen verließ und zum Spaß- und Erlebniswert der Veranstaltung wechselte.

¹⁹ Campus-Verlag 1999. Die Themen: Agenda 21, Klimaschutz, Arbeitswelt, Umwelt, Landschaften, Wissen, Ernährung, Energie, Gesundheit, Mobilität, Grundbedürfnisse und Menschenrechte.

wieder neu zu suchen. „Nachhaltigkeit“ kann nur zu einem Teil wissenschaftlich-logisch „entdeckt“, sie muss zumeist durch Wertung und Abwägung im Diskurs vereinbart werden („Normativität“)²⁵.

- „Nachhaltigkeit“ kann deswegen nicht autoritativ befohlen, sondern muss in einem konsensorientierten Dialog zwischen den staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren gefunden werden („Partizipation“)²⁶.

3.2 Die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit

Am ausgeprägtesten sind die Konzepte und Auseinandersetzungen bei der „ökologischen Nachhaltigkeit“. Die Frage, ob sie anthropozentrisch und/oder ökozentrisch verstanden werden muss, ist durch Art. 20a GG zugunsten der ersten Alternative entschieden²⁷. Die Frage, ob Nachhaltigkeit „stark“ sein muss oder „schwach“ sein darf, ist dagegen grundlegend: Geht es nur um die Erhaltung des Kapitals bzw. des Gesamtvermögens einer Gesellschaft überhaupt, dann kann Natur durch künstliches Kapital, können aussterbende Arten letztlich durch erhöhtes Anlagekapital substituiert werden („schwache Nachhaltigkeit“). Die – jenseits der neoklassischen Wirtschaftstheorie – überwiegend vertretene Position der „starken Nachhaltigkeit“ lehnt dagegen eine solche Ersetzbarkeit zu Recht ab²⁸.

Was im Einzelnen ökologisch nachhaltig(er) ist, ist im Kern wenig umstritten. Zustimmungsfähig sind etwa die „Managementregeln“ der Enquetekommission des Bundestages²⁹:

- Die Abbaurate erneuerbarer Ressourcen soll deren Regenerationsrate nicht überschreiten.
- Nicht-erneuerbare Ressourcen sollen nur in dem Umfang genutzt werden, in dem ein physisch und funktionell gleichwertiger Ersatz...geschaffen wird.
- Stoffeinträge sollen sich an der Belastbarkeit der Umweltmedien orientieren.
- Das Zeitmaß anthropogener Einträge bzw. Eingriffe in die Umwelt muss im ausgewogenen Verhältnis zum Zeitmaß der natürlichen Prozesse stehen.
- Gefahren und unvermeidbare Risiken für die menschliche Gesundheit durch anthropogene Einwirkungen sind zu vermeiden. (Verbreitet wird hier auch der Vorsorge- und Vorbeugungsgrundsatz verortet³⁰).

„Ökonomische Nachhaltigkeit“ bedarf vor allem einer Festlegung in zeitlicher und räumlicher Hinsicht: Die globale, die volkswirtschaftliche und die betriebswirtschaftliche Sicht lassen sich nicht auf einen Nenner bringen. Betont man die globale Nachhaltigkeit und die Notwendigkeit des Ausgleichs zwischen Nord und Süd, ist der gegenwärtige Lebensstandard in den industrialisierten Volkswirtschaften mit dem Hinweis auf eine nachhaltige Entwicklung nicht zu schützen.

Die deutsche Wirtschaft selbst versteht „ökonomische Nachhaltigkeit“ demgegenüber entweder ganz vordergründig (und doppeldeutig) als „nachhaltiges Wirtschaftswachstum“³¹. Soweit damit schlicht die Steigerung des Bruttosozialprodukts gemeint ist, hat das mit Nachhaltigkeit im oben beschriebenen Sinne wenig zu tun³². Oder sie begreift ökonomische Nachhaltigkeit als „nachhaltiges Wirtschaften“ im Sinne eines innerbetrieblichen

²⁵ Dazu unten 6.4

²⁶ Dazu unten 7.4

²⁷ Vgl. schon Ziff.1 der Rio-Deklaration (FN 7): „Die Menschen stehen im Mittelpunkt der Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung“; Klöpfer, DVBl. 1996, S.77; Henneke, NuR 1995, S.329; Söhnlein, Landnutzung im Umweltstaat des Grundgesetzes, Stuttgart 1999, S.96 ff.; zu Art.20a im übrigen unten 6.1

²⁸ Die Frage der Substituierbarkeit ist Gegenstand vor allem der wirtschaftswissenschaftlichen Studien zur Nachhaltigkeit, vgl. ausführlich Radke, Nachhaltige Entwicklung, Heidelberg, 1999, der eine vermittelnde Position entwickelt; ähnlich Hoffmann / Radke, ZfU 2000, S. 145 ff.; Söhnlein, (FN 27) S.129; Frenz / Unnerstall (FN 9) S.51-111; Tremmel / Laukemann / Lux, ZRP 1999, S.437

²⁹ FN 16, S.25; ferner Schulze-Fielitz, Art.20a, RN 35, in: Dreier, Grundgesetz. Kommentar, Bd.II, 1998; Theobald, ZRP 1997, S. 440; Zimmermann, Aus Politik und Zeitgeschichte B 27/97, S.28 f; Zilleßen, Aus Politik und Zeitgeschichte B 50/1998, S.3; ähnlich die „Ernte-

Extraktions- und Emissionsregel“ bei Radke (FN 28), S.15 et passim.

³⁰ Vgl.Grundsätze 15 und 16 der Rio-Deklaration (FN 7); Tremmel / Laukemann / Lux, ZRP 1999, S.435; Frenz / Unnerstall (FN 9), S.187 ff., 193 ff.; Frenz, JbUTR 1999, S.41; ders., ZG 1999, S.145 ff.; Schröder (FN 23), S.163 ff.; Callies, DVBl.1998, S.563 f.; zum Vorsorgeprinzip differenzierend Erbguth, DVBl. 1999, S.1085

³¹ Handelskammer Hamburg, Hamburger Wirtschaft 8/2000, S.10: „Agenda 21 soll nachhaltiges Wachstum bringen“; Jahreswirtschaftsbericht 2000, BTags-Drs.14/2611, S.21: „nachhaltige Verbesserung der Wachstumsperspektiven“

³² Siehe unten 6.2 und 7.2

Umweltmanagements³³. Dabei geht es nicht nur um end-of-pipe-Umweltschutz durch Filter u.ä., sondern um die Einsparung bzw. die Effektivitätssteigerung von eingesetzten Ressourcen bis zum umfassenden Stoffstrommanagement.

Die *soziale* Dimension von Nachhaltigkeit wird häufig umschrieben als „soziale Gerechtigkeit“³⁴. Sie wird entweder eng als Ausgleich zugunsten benachteiligter Menschen verstanden und dann eher als notwendiges Korrektiv für ökologische und ökonomische Nachhaltigkeitsmaßnahmen eingesetzt. Oder „das Soziale“ wird weit begriffen als „das Gesellschaftliche überhaupt“³⁵. Im Rahmen der Nachhaltigkeitsdebatte wird es so auch zur Legitimation von Partizipationsforderungen z.B. in lokalen Agenda 21-Prozessen.

Die soziale Nachhaltigkeitsdimension ist aber auch Bezugspunkt für entwicklungspolitische Gerechtigkeitsvorstellungen, für den Ausgleich zwischen Nord und Süd³⁶. Die Industrieländer sollen durch Ressourcenschonung und Umweltschutz den Ländern des Südens den für ihre Entwicklung notwendigen „Umweltraum“ frei machen.

Kerninhalt sozialer Nachhaltigkeit ist damit das Ziel, lokal und global Konflikten im gesellschaftlichen Zusammenleben vorzubeugen. Dies schließt „Verteilungsgerechtigkeit“ und sozialen Ausgleich als Voraussetzungen für Frieden und Sicherheit ein.

Insgesamt ist „Nachhaltigkeit“ als zunehmend konkretisierte Vision im Begriff, das überkommene wirtschafts- und gesellschaftspolitische Paradigma „Wachstum“ abzulösen. Die Frage „was soll wachsen und auf welche Weise? (qualitatives Wachstum)“ verdrängt die eindimensionale Forderung „Die

Wirtschaft – Produktion, Handel, Konsum – soll wachsen! (quantitatives Wachstum)“³⁷. Die eigentliche Herausforderung des Nachhaltigkeitskonzept liegt dabei in der ganzheitlichen Betrachtung von Nachhaltigkeit. Die jeweiligen Rück- und Wechselwirkungen der einzelnen Dimensionen zu erkennen und in die politische Willensbildung einzubeziehen, macht die Aufgabe hoch komplex.

6. Nachhaltigkeit und Grundgesetz

Im Grundgesetz sucht man den Begriff der nachhaltigen Entwicklung dagegen vergebens. Dennoch gibt es in der Verfassung durchaus Schnittstellen für eine Erörterung und ggf. stärkere Einbeziehung des Konzepts einer nachhaltigen Entwicklung in die Rechtspraxis:

6.1 Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, Art. 20a GG

Am nächsten steht dem Begriffsinhalt der nachhaltigen Entwicklung sicher Art. 20a GG: „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung...“ In der Kommentierung zu diesem Artikel wird vielfach auf das Nachhaltigkeitskonzept Bezug genommen³⁷. Während Murswiek³⁸ das Nachhaltigkeitsprinzip dabei ausschließlich auf nachwachsende Rohstoffe bezieht und damit zu kurz greift, leitet Frenz³⁷ umgekehrt das umfassende dreidimensionale Nachhaltigkeitsprinzip aus

³³ Deutscher Industrie- und Handelstag (Hrsg.), Nachhaltige Entwicklung, Bonn, 1997

³⁴ Huber (FN 14) S.87-95; Alisch, Soziale Nachhaltigkeit in der Stadtentwicklung, in Alisch / Dangschat, Armut und soziale Integration. Strategien sozialer Stadtentwicklung und lokaler Nachhaltigkeit, Opladen, 1998

³⁵ Die Enquetekommission (FN 16), S.27, verbindet beide Sichtweisen miteinander.

³⁶ Grundsätze 3-8 der Rio-Deklaration (FN 7); vgl. Schröder (FN 23), S.165 f.; Zilleßen, Aus Politik und Zeitgeschichte B50/1998, S.4; als völkerrechtlich anerkannte intragenerative internationale Gerechtigkeit: Bartholomäi (FN 2), S.251 ff.

³⁷ Klöpfer, DVBl. 1996, S.78; ders., Art.20a, RN 59, in: Bonner Kommentar, 1996; Schulze-Fielitz (FN 29), RN 9, 35; Führ, NuR 1998, S.13; Frenz, JbUTR 1999, S.40 ff.; Streinz, Die Verwaltung 1998, S. 471 f.; Behrends, KJ 2000, S. 380; Murswiek Art.20a RN 37 f. in: Sachs (Hrsg.), Grundgesetz, Kommentar, München, 1996; Jarass, Grundgesetz Kommentar, Art.20a, RN 3a: Art 20a „stützt“ das Nachhaltigkeitsprinzip. Weitergehend Frenz, JbUTR 1999, S.37 ff., der das Konzept der Nachhaltigkeit insgesamt aus Art.20a GG und grundrechtlichen Schutzpflichten des Staates ableitet. Eher erstaunlich, dass Scholz (Maunz-Dürig-Herzog, Art.20a) die keineswegs zufällige Parallele zwischen dem Natweltschutz in Art.20a GG und der Generationengerechtigkeit als Ausgangsdefinition von Nachhaltigkeit (s.o. bei FN 9) ignoriert.

³⁸ A.a.O. (FN 43); z.T. ähnlich Schulze-Fielitz (FN 29), RN 35

Art.20a GG ab und überzieht damit den Wortlaut³⁹.

Ausführlich behandeln *Tremmel, Laukemann, Lux* das Konzept der Nachhaltigkeit im Zusammenhang mit Art.20a GG⁴⁰. Sie verwerfen den weitgehenden Konsens über die Ganzheitlichkeit von Nachhaltigkeit und behalten diesen Begriff nur ökologischen und finanziellen Aspekten vor. Nachhaltigkeit sei prinzipiell messbar⁴¹. Sie schlagen vor, Art.20a GG z.B. durch folgende Ergänzung justiziabel zu machen: „Nicht-erneuerbare Rohstoffe und Energieressourcen müssen so sparsam wie mit vertretbarem Aufwand möglich genutzt werden.“⁴² Entgegen dem formulierten Anspruch und noch stärker als in der entsprechenden Managementregel⁴² tritt die ignorierte Normativität von Nachhaltigkeit mit der Unbestimmtheit der Begriffe „sparsam“ und „vertretbar“ damit wieder auf den Plan.

Die neue Staatszielbestimmung des Art. 20a GG gewährt zwar keine subjektiven Rechte, sie verschiebt aber die Ausrichtung staatlichen Handelns tendenziell in Richtung Ökologie und Nachweltsschutz. Dies hat Folgen für andere Staatsziele und Grundrechte:

6.2 Das „gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht“ und die „ökonomischen Grundrechte“

Obwohl die Staatshaushalte für alle Einnahmen und Ausgaben aufgestellt werden – etwa auch für Soziales und Bildung – bindet Art. 109 Abs.2-4 GG sie an ein verfassungsrechtlich nicht definiertes gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht. § 1 Stabilitäts- und Wachstumsgesetz⁴³ umschreibt diesen Begriff mit Preisstabilität, hohem Beschäftigungsstand, außenwirtschaftlichem Gleichgewicht und „stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum“. Insbesondere die Forderung nach stetigem Wirtschaftswachstum läuft jedoch dem Konzept einer nachhaltigen Entwicklung zuwider⁴⁴. Das Bruttosozialprodukt als traditioneller Indikator für

Wirtschaftswachstum taugt nicht als Indikator für nachhaltige Entwicklung: Es ignoriert den Verbrauch natürlicher Lebensgrundlagen, umfasst aber wachstumssteigernd Reparaturmaßnahmen zum Ausgleich von ökologischen und sozialen Schäden. Es blendet ungleiche Verteilungswirkungen aus und lässt ehrenamtliche, Familien- und Schwarzarbeit unberücksichtigt⁴⁵. Eine nachhaltige Entwicklung zeichnet sich demgegenüber durch eine Differenzierung dessen aus, was (auch ökonomisch) wachsen soll – z.B. der Verbrauchsanteil regenerativer Energien, nicht aber der Verbrauch von nicht erneuerbaren Rohstoffen. Für eine nachhaltige Entwicklung kommt es nicht nur auf die absoluten monetären Größen ökonomischer Wertschöpfung an.

Angesichts des europarechtlichen Rahmens und der Einführung des Art.20a GG erscheint Art. 109 Abs.2-4 GG anachronistisch und revisionsbedürftig. Zumindest eine Ergänzung bzw. Modifikation des § 1 StabWG ist geboten, um die umfassenden Ziele einer nachhaltigen Entwicklung in den Begriff des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu integrieren. Wenig erfolgversprechend ist es angesichts des vorherrschenden ökonomischen Verständnisses, den Begriff „Wirtschaftswachstum“ über das Adjektiv „angemessen“ lediglich neu auszulegen und mit qualitativen Kriterien zu verbinden⁴⁶.

Wirtschaftstätigkeit von Privatpersonen und insofern auch die (markt)wirtschaftliche Entwicklung beruht dagegen auf der Ausübung der Grundrechte auf Eigentum, Beruf, Vereinigungsbildung und Handlungsfreiheit, Art. 14, 12, 9 und 2 Abs.1 GG. Das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung kann so einerseits durch grundrechtlich geschützte Unternehmensentscheidungen z.B. für ein effizientes Stoffstrommanagement umgesetzt werden. Es kann aber andererseits auch durch gegenläufige Freiheitsausübungen wie z.B. durch einen Ressourcen-verschwendenden und Klimafährenden Raubbau in Tropenwäldern konterkariert werden.

Hier knüpft das politische Reizthema an, wie weit marktwirtschaftliches Handeln staatliche

³⁹ A.a.O. (FN 43); dagegen *Söhnlein*, (FN 27) S.129; *Erbguth*, DVBl. 1999, S.1086.

⁴⁰ ZRP 1999, S.432; kritisch dazu *Menzel* ZRP 2000, S.308

⁴¹ a.a.O S.433

⁴² S.o. bei FN 29

⁴³ vom 8.6.1967, BGBl. I S.582

⁴⁴ *Theobald*, ZRP 1997, 440; vgl. auch *Scheelhaase*, ZAU 1999, S.553

⁴⁵ *Frenz / Unnerstall* (FN 9), S.96 f.; *Müller*, ZAU 1997, 157 f.

⁴⁶ Vgl. aber die offenere Auslegung bei *Siekmann*, Art.104a, RN 44, in: *Sachs*, Grundgesetz. Kommentar, 1996; *Theobald*, ZRP 1997, S.441.

Maßnahmen zur gesellschaftspolitischen Steuerung zulässt oder verträgt – in welcher Form auch immer. Das Konzept der Nachhaltigkeit, wie es in der Agenda 21 von Rio umschrieben wird, geht notwendigerweise von normativer politischer Gestaltung aus und erteilt einer unbedingten Liberalisierung, Deregulierung und auch Privatisierung eine Absage, soweit freie Grundrechtsausübung das Nachhaltigkeitsziel verfehlt⁴⁷.

Die Gesetzesvorbehalte in allen genannten Grundrechten und die Sozialpflicht des Eigentums ermöglichen grundsätzlich Freiheitsbeschränkungen im Allgemeinwohlinteresse. Mit dem Paradigma einer nachhaltigen Entwicklung kann dieser Begriff neu gedeutet werden. So kommen stärker als bisher „soziale oder ökologische Lenkungsziele“⁴⁸, aber auch die Generationengerechtigkeit und der globale Ausgleich als mögliche Elemente des Gemeinwohls in den Blick. Die unvermeidlichen Unsicherheiten bei der Gestaltung des Nachweltschutzes setzen dabei die Rechtfertigungslast des Gesetzgebers herab⁴⁹.

6.3 Das Sozialstaatsprinzip, Art.20 Abs.1 GG

Die soziale Dimension der Nachhaltigkeit verweist auf das Sozialstaatsprinzip des Art.20 Abs.1 GG. Durch verschiedene Elemente des Nachhaltigkeitskonzepts könnte es neue Interpretationsimpulse erhalten. Dabei sei auf die Einschränkung verwiesen, dass sich soziale Nachhaltigkeit – je globaler sie gesehen wird, desto mehr – zuallererst auf die Befriedigung von Grundbedürfnissen bezieht. Diese können je nach sozialem, kulturellem und wirtschaftlichem Kontext sehr verschieden definiert werden.

Die Generationengerechtigkeit, d.h. hier: die Gewährleistung sozialer Sicherheit auch für künftige Generationen, findet ganz direkt ihren Niederschlag in der Gestaltung des

Rentensystems⁵⁰. Aber auch in allen anderen Bereichen der Sozialpolitik darf die gegenwärtige Generation nicht auf Kosten der kommenden bevorzugt werden. Hier kann eine dezidiert nachhaltige, generationengerechte Politik deswegen durchaus auf den massiven Widerstand der heutigen Wählerinnen und Wähler stoßen.

Die soziale Dimension der Nachhaltigkeit reicht wie gezeigt über die traditionelle Sozialpolitik, wie sie etwa im Sozialgesetzbuch repräsentiert ist, weit hinaus. Sie bezieht vor allem auch die globale Gerechtigkeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern mit ein. Gegenstand des Sozialstaatsprinzips könnten damit auch Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit und – noch weitergehend – auch global gerechte Welthandelsstrukturen sein. Immerhin verweist das Übereinkommen von 1994 zur Errichtung der Welthandelsorganisation (WTO) in seinen Erwägungsgründen selbst auf die Erhöhung des Lebensstandards, die Sicherung der Vollbeschäftigung und auf die „optimale Nutzung der Hilfsquellen der Welt im Einklang mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung“⁵¹.

Der letztgenannte Aspekt macht bereits deutlich, dass der Sozialstaat im Zielrahmen einer nachhaltigen Entwicklung verstärkt die Aufgabe hat, andere Politiken auf ihre langfristigen sozialen Auswirkungen hin zu überprüfen. Das gilt z.B. für verteilungspolitische Folgen ökologischer Steuerungsmaßnahmen ebenso wie für sozialstrukturelle Konsequenzen von wirtschafts- und bildungspolitischen Entscheidungen. Das Konzept einer nachhaltigen Entwicklung stärkt die Legitimation des Sozialstaats zur gleichberechtigten Mitgestaltung zukunftsrelevanter politischer Prozesse.

6.4 Die Einheit der Verfassung und die Ganzheitlichkeit von Nachhaltigkeit

Die einzelnen Staatszielbestimmungen und auch die Grundrechte stehen – jenseits des Schutzes der Menschenwürde – ohne einen einheitlichen Zielbegriff nebeneinander. Ihre Integration zum „magischen Dreieck“ gelingt dogmatisch nur über die „Einheit der Verfassung“: Alle Ziele und

⁴⁷ Frenz, JbUTR 1999, S.47; Streinz, Die Verwaltung 1998, S.460 ff.; zur staatlichen Steuerung insbesondere durch Abgaben Hender / Heimlich, ZRP 2000, S.325, 329; a.A. Homburger, ZAU 1997, S.168.

⁴⁸ Hender / Heimlich, ZRP 2000, S.327; speziell zu Grundrechtsbeschränkungen durch Art.20a GG: Hennecke, NuR 1995, S.332; Söhnlein (FN 27), S.177 ff.; Frenz, JbUTR 1999, S.47; Klöpfer, DVBl. 1996, S.78; Schulze-Fielitz (FN 29), RN 73; Führ, NuR 1998, S.11

⁴⁹ Frenz ZG 1999, S.154 ff.; ders, JbUTR 1999, S.44, 78

⁵⁰ Vgl. z.B. den Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Verbesserung der Nachhaltigkeit in der Alterssicherung durch eine gerechte und sozialverträgliche Rentenpolitik“ vom 29.6.99 (Btags-Drs.14/1310)

⁵¹ Dazu Lass / Schäfer, ZAU 1994, S. 415; Streinz, Die Verwaltung 1998, S. 476 ff.

Rechte der Verfassung sind gleichwertig und müssen zu praktischer Konkordanz geführt, also miteinander abgewogen werden⁵².

Diese verfassungsrechtliche „Binsenweisheit“ stößt sich in der Praxis vor allem am Ressortprinzip des Art.65 S.2 GG: Auf Bundes- wie auf Länderebene ist „nachhaltige Entwicklung und Agenda 21“ in der Regel dem Umweltministerium zugewiesen – als eine von vielen Aufgaben. Doch auch für die Bundesministerien für Verbraucherschutz und Landwirtschaft, für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, für Wirtschaft und für wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie für die Bildungsministerien der Länder ist nachhaltige Entwicklung ein Thema. Die Ressortpolitiken und auch die beratenden Gutachtergremien haben jedoch naturgemäß jeweils eine eigene Sichtweise und z.T. Terminologie⁵³.

Eine inhaltliche Vernetzung der genannten Bereiche im Sinne eines einheitlichen politischen Querschnittskonzepts ist derzeit noch nicht zu erkennen. Beim Ziel einer nachhaltigen Entwicklung handelt es sich jedoch um eine alle Ressorts betreffende „Richtlinie der Politik“, die dem Bundeskanzler bzw. den Ministerpräsidenten obliegt⁵⁴. Im Juli 2000 setzte die Bundesregierung den vielfach geforderten „Rat für nachhaltige Entwicklung“ und einen Staatssekretärsausschuss ein, der eine „nationale Nachhaltigkeitsstrategie“ erarbeiten soll. Erst im Februar 2001 wurden allerdings die Mitglieder des Rats benannt⁵⁵. Ob hieraus eine „Richtlinie“ im Sinne eines verbindlichen Gesamtkonzepts entsteht, bleibt

abzuwarten. Konsequenz ist jedenfalls, dass der Chef des Bundeskanzleramts – und nicht der Umweltminister – den Staatssekretärsausschuss leitet.

⁵² Klöpfer, DVBl. 1996, S.75; Henneke, NuR 1995, S.331 ff.; Söhnlein (FN 27), S.59 ff.; Erbguth, DVBl. 1999, S.1086 sieht die „allgemeine Nachhaltigkeit“ direkt im Rechtsstaatsprinzip des Art.20 Abs.3 GG verankert – im Grundsatz der verhältnismäßigen und angemessenen Abwägung. Diese prozedurale Sicht greift m.E. zu kurz.

⁵³ Vgl. die Jahreswirtschaftsberichte bzw. die Berichte des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung einerseits mit den Berichten des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU) und die Veröffentlichungen des Bundesumweltministeriums zur nachhaltigen Entwicklung andererseits.

⁵⁴ Erbguth, DVBl.1999, S.1087; zur mangelhaften „Politikintegration“ vgl. SRU, ZAU 2000, S.87

⁵⁵ www.bundesregierung.de/frameset/index.jsp (Suchbegriff: Rat für nachhaltige Entwicklung); www.bundesregierung.de/dokumente/Artikel/ix_31952.htm; vgl. ferner Ziff. IV 2 der Bonner Koalitionsvereinbarung; SRU, ZAU 2000, S.85 f. und Stenographische Berichte der 81. Sitzung des Deutschen Bundestags, 14. Wahlperiode, am 20.1.2000, S.7437-7461 passim.

Nachhaltiges Wirtschaften

Ludwig Karg

Ökonomie, Ökologie und Soziales – das ist der Dreiklang, der seit der Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio wie im Chor von allen Zukunftsplanern gesungen wird. Die Agenda 21, Abschlussdokument in Rio, fordert dazu auf, alles was wir denken, planen und tun unter diesen drei Aspekten zu betrachten. In vielen Kommunen haben sich - dem Aufruf der Agenda und dem gesunden Menschenverstand folgend - lokale Agenda-Gruppen aufgemacht, die Agenda von Rio umzusetzen. Doch betrachtet man die Praxis dieser Agenda-Prozesse, so fehlt in vielen der Grundton des Dreiklangs: Die Beteiligung der lokalen Wirtschaft.

Die Agenda 21 widmet der Rolle der Privatwirtschaft ein eigenes Kapitel. Darin kommt zum Ausdruck, dass nationale und internationale Unternehmen das Rückgrat einer nachhaltigen Entwicklung sind. Besonders herausgehoben werden dabei kleine und mittelständische Unternehmen. Sie sind erfahrungsgemäß der Motor vieler Entwicklungen, was zum Beispiel schon die Anzahl der von solchen Unternehmen angemeldeten Patente beweist. Doch wo soll diese Entwicklung ansetzen? Die Agenda 21 nennt in Kapitel 30 zwei Bereiche:

- A) Förderung einer umweltverträglicheren Produktion und
- B) Förderung einer verantwortungsbewußten Unternehmerschaft

Nachhaltiges Wirtschaften spart Kosten und schafft Arbeitsplätze

Zum Programmbereich A) sagt die Agenda 21, „man solle darauf hinwirken, die effiziente Nutzung von Ressourcen, einschließlich einer zunehmenden Wiederverwertung von Rückständen, zu erhöhen und die Abfallmenge pro Produktionseinheit zu vermindern.“ Nichts Neues für die meisten wirtschaftlich denkenden Unternehmen. Dass sich durch Umweltschutz Kosten reduzieren lassen, ist ein offenes Geheimnis. 150 Milliarden DM ließen sich jährlich durch umweltgerechtes Wirtschaften einsparen, wie Dr. Maximilian Gege vom Bundesdeutschen Arbeitskreis für umweltbewusstes Management (B.A-U.M. e. V.) vorrechnet. In seinem Buch „Kosten senken durch Umweltmanagement, 1.000 Erfolgsbeispiele aus 100 Unternehmen“ zeigt er, wie das geht:

- Rückgewinnung von Produktionsresten
- Minimierung des Materialeinsatzes
- geschlossene Wasserkreisläufe
- Kraft-Wärme-Koppelung
- Energiemanagement und Abwärmenutzung
- bedarfsgerechte Steuerung von Anlagen
- Abfalltrennung
- Mehrwegverpackungen
- Rückführung sortenreiner Reststoffe
- Optimierung der Transportlogistik

Die Frage bleibt, warum nicht mehr Unternehmen diese Chancen nutzen. Weil die Einsicht fehlt? Oder die Information? Oder die notwendigen Instrumente? Oder ganz einfach ein Anstoß - vielleicht durch einen lokalen Agenda-Prozess?

Agenda 21 in der Wirtschaft ist mehr als Umweltschutz. Und bringt dem Unternehmen auch mehr, als lediglich Kosteneinsparungen durch Ressourcensparen. Da geht es dann auch um die „geeignete Kombination aus wirtschaftspolitischen Instrumenten und ordnungsrechtlichen Maßnahmen unter besonderer Berücksichtigung von kleinen und mittleren Unternehmen“. Es geht um das Stärken von Partnerschaften, um verbesserte Zusammenarbeit im Bereich Technologie und Know-how, um „Großunternehmen als Partner von kleinen und mittleren Unternehmen“. Es geht

um den Bestand mittelständischer Unternehmen, um die Motivation von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, um die Rolle der Frau am Arbeitsplatz. Themen also, die weit über das Thema „Umweltschutz im Betrieb“ hinausreichen. Themen, bei denen die Beteiligung am lokalen Agenda-Prozess einem Unternehmen nicht nur unmittelbaren Nutzen, sondern auch Ansehen bei Kundschaft und Belegschaft einbringt.

Und dann ist da noch das Thema Arbeitsplätze. Nachhaltige Entwicklung bedeutet vor allem langfristige Unternehmenssicherung. Und das ist allemal der beste Garant für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Dass die Orientierung in Richtung eines nachhaltigen Wirtschaftens Arbeitsplätze schaffen wird, ist mehrfach eindrucksvoll belegt. So hat die EU-Kommission errechnet, dass durch eine „Solare Energiewende“ 1,1 Millionen Arbeitsplätze geschaffen würden. Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags hat errechnet, dass ein kundenorientierter und attraktiver Nahverkehr eine Million Arbeitsplätze schaffen würde - natürlich nur, wenn sich die großen Automobilkonzerne rechtzeitig zu Mobilitätskonzernen entwickeln. Durch einen Übergang zu einer „ökologischen“ Landwirtschaft entstünden 250.000 Arbeitsplätze, durch den flächendeckenden Aufbau von Recycling-Zentren weitere 300.000 (Berechnungen von B.A.U.M.). Sicher wird ein lokaler Agenda-Prozess allein da nicht den ganz großen Durchbruch bringen. Aber er kann mithelfen, ein gutes Klima für diese Veränderungsprozesse zu schaffen.

Das globale Dorf braucht regionale Konzepte

Globalisierung ist wichtig, aber sie darf nicht Egalisierung bedeuten. Jedes Land, jede Region hat spezifische Eigenschaften, einen besonderen Charme. Das betrifft nicht nur die naturräumliche Ausstattung. Das betrifft auch die oftmals historisch gewachsenen Fähigkeiten und Fertigkeiten, das Klima für bestimmte Arten von Produktions- und Dienstleistungen zu nutzen. Um sich mit diesen „Standortvorteilen“ im Weltmarkt zu behaupten, bedarf es allerdings eines hohen Maßes an Kooperationsbereitschaft. Das beginnt bei homogenen Kooperationen wie Anbieter- und Werbegemeinschaften, Handwerkerringen oder Dienstleistungszentren. Es wird aber besonders effizient bei heterogenen Kooperationen: Gesamtanbieterkonzepte, Recycling-Börsen oder

Private Public Partnership. Auch Ausbildungsplatz-Vereine oder betriebs- und branchenübergreifende Qualifizierungsmaßnahmen stärken die Wirtschaft in der Kommune oder in der Region.

Eine Vorreiterrolle nehmen die Regionalmarktinitiativen im Bereich der Lebensmittelversorgung ein. Sie bewähren sich trotz beziehungsweise gerade wegen der Globalisierung. Dass immer mehr Konsumenten bereit sind, auch höhere Preise für nachhaltig erzeugte Nahrungsmittel aus der Region zu bezahlen, hat viel mit dem Wunsch nach hoher Lebensqualität zu tun. Lebensqualität entspringt der Vielfalt. Und die droht in der globalen Ausdehnung von Fast-Food-Ketten und weltweit identischem Gen-Food verlorenzugehen.

Dass eine regionale Marktinitiative gleichzeitig wirtschaftlich tragfähig sein und dem Schutz der Ressourcen in der Region dienen kann, hat eindrucksvoll die BRUCKER LAND Solidargemeinschaft im Landkreis Fürstentfeldbruck in Oberbayern bewiesen. In dieser Regionalinitiative haben sich Handel und Handwerk, Umweltgruppen, Kirchen, Landwirte und Verbraucher zu einer Gemeinschaft zusammengeschlossen, der es zunehmend gelingt, regionale Wirtschaftskreisläufe zu schließen und gleichzeitig innovativen Produkten Vorschub zu leisten. Lebensmittel werden nach Richtlinien im Landkreis angebaut, vom Handwerk verarbeitet und über etablierte Handelswege abgesetzt: Beim Bäcker, beim Metzger, im Supermarkt, im Tante Emma Laden. Zu den Lebensmitteln haben sich in der Zwischenzeit Holzprodukte (Möbel, Dachstühle) und Energieanlagen gesellt.

Kommunale Agenda 21 - Motor für Nachhaltiges Wirtschaften

Selbstverständlich kann die Wirtschaft Beiträge zur Umsetzung der Agenda 21 selbst leisten. Will sie aber Synergieeffekte nutzen, neue Partnerschaften aufbauen, ihre Anstrengungen einem breiteren Publikum bekannt machen, wird sie dankbar die Möglichkeiten eines lokalen Agenda-Prozesses oder eines bewusst um Nachhaltigkeit bemühten Stadtentwicklungs-Prozesses nutzen.

Die Agenda 21 benennt eindeutig die Kommunen als die Einheiten, die die besten Möglichkeiten haben, eine positive Entwicklung zu initiieren und

zu beschleunigen. Dass diese Chancen erkannt und wahrgenommen werden, zeigt sich darin, dass mittlerweile in etwa 10 Prozent aller deutschen Kommunen formale Agenda 21 Prozesse laufen.

Ziele und Weg zu einer Lokalen Agenda sind von Kommune zu Kommune unterschiedlich. Bei der Betreuung von über 30 kommunalen Agenda-Prozessen konnte B.A.U.M. jedoch einige grundsätzliche Erfahrungen sammeln, die einen guten Nährboden für Lokale Agenda-Prozesse darstellen. Die Einbindung von Partnern aus der lokalen Wirtschaft betreffend lassen sich diese in "7 goldene Regeln" fassen.

7 Regeln für den Dialog mit der Wirtschaft im lokalen Agenda-Prozess:

1. Die kommunale Spitze soll einladen. Vor allem Verbandsvertreter und junge, engagierte Unternehmer.
2. Schaffe feste Arbeitsstrukturen mit klaren zeitlichen und formalen Vorgaben. Leiste Dir ein professionelles Management für den Prozess.
3. Arbeite projektbezogen in pluralistisch besetzten Gruppen.
4. Beginne mit Projekten, bei denen sich öko-soziale und ökonomische Ziele kombinieren lassen.
5. Nutze Vorreiterinitiativen als Eisbrecher und baue auf deren Erfolgen auf.
6. Ziele ab auf heterogene Kooperationen und nutze deren Synergieeffekte.
7. Schaffe Erfolgskontrollen, zum Beispiel in Form von Indikatoren.

Der Start muss gelingen.

Dass die Bürgermeisterin oder der Landrat sich an die Spitze eines so wichtigen Entwicklungsprozesses stellen sollte, ist offensichtlich. Für die Einbindung der Wirtschaft ist es unabdingbar. Und gute Arbeitsstrukturen sind die Voraussetzung für effizientes Arbeiten. Unternehmer handeln mehr als andere nach dem Grundsatz „Zeit ist Geld“. Das moderne Wirtschaftsleben läßt keinen Raum für fruchtlose Diskussionen in langatmigen Sitzungen.

Dass ein Autor, der an der Spitze eines Beratungsunternehmens steht, die Frage nach der Notwendigkeit einer professionellen Moderation mit Ja beantwortet, ist nicht weiter verwunderlich. Aber letztlich ist es eine Sache des gesunden Menschenverstands, dass von lokalen Interessen unberührte, speziell für die Moderation und Begleitung von Entwicklungsprozessen geschulte Fachleute ein hohes Maß an Effizienz gewährleisten können. Wobei zum Beispiel gerade bei der Leitung eines Arbeitskreises „Arbeit und Wirtschaft“ der Moderator ein hohes Maß an Verständnis für die Bedürfnisse und Beweggründe von Unternehmern mitbringen sollte. B.A.U.M. hat für Moderatoren, die die optimale Qualifikation für das Anleiten solcher Prozesse mitbringen, den Begriff „Agendoren“ geprägt.

Ein gelungener Agenda-Prozess beginnt meist mit einer Zukunftswerkstatt oder einer Zukunftskonferenz. Die Ziele einer solchen Veranstaltung sind:

- Überwindung von Grenzen
- Entfaltung des kreativen Potenzials
- Festlegen der Schwerpunkte
- Definition geeigneter Arbeitskreise
- Erste Priorisierung von Maßnahmen
- Demokratische Meinungsfindung
- Start eines gruppenspezifischen Prozesses

Bei einer solchen Veranstaltung sind Phantasie und Mut zu neuen Ansätzen gefragt, auch wenn sich die „Gelungene Einbindung des Gewerbegebietes“ am Schluß dann so doch nicht realisieren läßt. Die Arbeit in den Arbeitsgruppen wird eine andere, umsetzbare Lösung zu Tage fördern.

Projekte und Leitbilder

Ein Agenda-Prozess kann und darf nicht blinder Aktionismus sein. Ein paar Projekte zu machen, sich auf die Schulter zu klopfen und zu beschließen, damit sei es genug der Zukunftsplanung - damit würde sich jeder Beteiligte einen Bärendienst erweisen. Es braucht beides: Konkrete, erfolgreiche Projekte *und* Leitlinien für das zukünftige Handeln. Die Frage ist: Womit soll man beginnen? Klassische Planer, Analytiker allemal, würden sofort sagen: Natürlich braucht man zuerst ein klares Leitbild, Ziele.

Daran muss sich das Handeln orientieren. B.A.U.M. strukturiert seine Prozesse anders - und hat damit vor allem auch bei der Wirtschaft Erfolge. An konkreten Maßnahmen läßt sich zeigen, in welche Richtung neue, zukünftige Kooperationen gehen können. Agenda-Projekte führen Menschen zusammen, die sich vorher höchstens aus der Zeitung kannten. Am konkreten Vorhaben lernen sich der Vertreter des Umweltverbandes, die Unternehmerin und der Mitarbeiter der Verwaltung kennen und schätzen. Aufbauend darauf lassen sich in einem speziellen Leitbild-Prozess gemeinsam allgemeine Regeln für zukünftiges Handeln ableiten

Also beginnen mit konkreten Projekten. Doch mit welchen? Für die Einbindung der Wirtschaft bieten sich natürlich zuerst solche an, die einen konkreten, meist finanziellen Nutzen versprechen. Nachdem der Bezug zum Dreigestirn Ökonomie - Ökologie - Soziales gewahrt bleiben soll, sind „gute“ Projekte:

- Einrichtung einer Arbeitsplatz- oder Lehrstellenbörse (zum Beispiel Vilsbiburg, Buttenwiesen),
- Aufbau eines Gewerbestoff-Zentrums (zum Beispiel Neustadt a.d. Aisch),
- Verleihung einer Auszeichnung für Agenda-Betriebe (zum Beispiel Günzburg, Landkreis Fürstenfeldbruck),
- Aufbau eines Regionalkaufhauses (zum Beispiel Nürnberg),
- Börse für nachhaltig erzeugte Lebensmittel im Internet (zum Beispiel Herzogenaurach).

Einen ganz besonderen Charme hat ÖKOPROFIT. Ursprünglich ins Leben gerufen in Graz haben B.A.U.M. GmbH und Arqum GmbH dieses Modell nach Deutschland übertragen. Die erste deutsche Stadt, die ÖKOPROFIT erfolgreich durchführte, war die Landeshauptstadt München. Zwischenzeitlich gibt es ÖKOPROFIT in mehreren Großstädten (zum Beispiel Dortmund, Hamburg) in Landkreisen (zum Beispiel Fürstenfeldbruck) und auch in kleineren Kommunen (zum Beispiel Kempten i. Allgäu, Wolftratshausen). Worum geht es?

An ÖKOPROFIT nimmt jeweils eine Gruppe aus 12-15 Unternehmen teil, möglichst aus unterschiedlichen Branchen und unterschiedlicher Größe. In ca. 10 Workshops und mehreren Vor-Ort-Beratungen werden sie an die optimale

Nutzung von Umwelttechnologien und an das Einführen eines Umweltmanagementsystems herangeführt. Initiiert und begleitet wird das Vorhaben typischerweise von der Kommune und entsprechenden kommunalen Einrichtungen (Stadtwerke, Amt für Abfallwirtschaft etc.). Das Konzept beruht auf standardisierten Materialien und dem breiten Erfahrungsschatz der Referenten und Berater. Dadurch ist ein optimales Kosten-Nutzen-Verhältnis für die teilnehmenden Betriebe und Institutionen gewährleistet. Auch eine Ergänzung in Richtung eines zertifizierten EU-Ökoaudits oder eines Managementsystems nach ISO 14001 ist möglich. Das Wertvollste an ÖKPPROFIT ist aber - gemäß Aussagen von Teilnehmern - der Erfahrungsaustausch in den Arbeitsgruppen. Neben Fragen des betrieblichen Umweltmanagements kommt es da immer wieder zu einem Austausch über betriebswirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Fragen. Und schon leuchtet das Dreigestirn der Agenda!

Auf Vorhandenem aufbauen

Der Landkreis Fürstenfeldbruck war (neben Kronach) Modell für die Entwicklung einer Kommunalen Agenda auf Kreisebene. Nachdem es dort schon vor Beginn der Agenda-Arbeit zahlreiche erfolgreiche Initiativen gab, war es ein Leichtes, darauf 21 gute Agenda-Projekte und ein umfassendes Leitbild aufzubauen. Eine der aktivsten Agenda-Gruppen war dabei der Arbeitskreis „Arbeit und Wirtschaft“, besetzt u. a. mit den Vorsitzenden aller kreisweit tätigen Wirtschaftsverbände, dem Wirtschaftsreferenten des Kreistag, einem Vertreter der Sparkasse und des Forstamts. Geleitet wurde der Arbeitskreis gemeinschaftlich von der Leiterin der Wirtschaftsförderungen und einem Agendor von B.A.U.M.

Erfolg messbar machen

Ohne Buchhaltung, ohne Controlling, ohne betriebswirtschaftliche Auswertung des Datenmaterials kann kein Unternehmen überleben. Erfolgskontrolle ist das A und O. Das gilt auch für die Lokale Agenda. Und Unternehmer, die sich am Agenda-Prozess beteiligen, fordern dies noch mehr ein als andere Gruppen. Das Thema „Nachhaltigkeits-Indikatoren“ beherrscht die wissenschaftliche Diskussion um die Agenda 21. Nur, mit welchen Kennzahlen soll der Zustand gemessen werden?

Mit welcher die Entwicklung? Wie viele Indikatoren braucht man und wie können die Daten mit möglichst geringem Aufwand erhoben werden? Einen einheitlichen Satz von Kennzahlen kann es für Kommunen nicht geben. Zu unterschiedlich sind die Städte, Märkte, Gemeinden und Landkreise. B.A.U.M. hat im Rahmen eines Bundesforschungsprojekts ein Verfahren zur Auswahl wissenschaftlich fundierter und dennoch ortsspezifischer Indikatoren erarbeitet. Ein Computerprogramm hilft bei der Erhebung der Daten, die dann sinnvollerweise von den Agenda-Gruppen in Zusammenarbeit mit Verwaltung und Rat bewertet und in einem Nachhaltigkeitsbericht veröffentlicht werden.

Beispiele für solche Indikatoren sind:

- Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche
- Arbeitslosenquote
- Freizeitangebot für Jugendliche
- Verhältnis von Einpendlern zu Auspendlern
- Verhältnis von Innen- zu Außenentwicklung
- Anteil der Waldflächen, die naturgemäß bewirtschaftet werden
- Nitratgehalt der einzelnen Grundwassermeßstellen
- Anzahl der fertiggestellten Wohngebäude mit Niedrigenergiestandard und Passivhausstandard
- Anzahl der Teilnehmer an Weiterbildungskursen der örtlichen Bildungsträger

Eine der ersten Gemeinden, für die B.A.U.M. einen Nachhaltigkeitsbericht erstellte, war Vaterstetten bei München. In der Zwischenzeit hat sich das Instrument als wertvolles Hilfsmittel zur Strukturierung und zur Dokumentation eines kommunalen Agenda-Prozesses etabliert.

Ein gutes Verhältnis von Stadtentwicklung und Agenda-Prozess ist möglich

Stadtmarketing, Citymarketing, Stadtentwicklung - alles etablierte Instrumente zur Steuerung und Unterstützung der Wirtschaftsentwicklung in der Kommune. Mitunter kommt es zu

Konkurrenzsituationen zwischen diesen Prozessen und einem lokalen Agenda-Prozess. Zu Unrecht, da beide Welten das gleiche Ziel verfolgen, nämlich die nachhaltige Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung am Ort. Weise Berater werden einen Stadtmarketing-Prozess sehr ganzheitlich anlegen, möglichst viele Interessengruppen in die Entwicklung der Leitbilder und Maßnahmen einbeziehen. Grundsätzlich gibt es zwei Möglichkeiten, beide Prozesse fruchtbar miteinander zu verbinden: Entweder die Agenda-Gremien werden als eine Interessengruppe behandelt, wie die Kommunalverwaltung, das Handwerk, der Handel, die Landwirtschaft. Oder beide Prozesse werden komplett verschmolzen zu einem „nachhaltigen Stadtmarketing“.

Die Wirtschaft hat Interesse an der Lokalen Agenda

Die dargestellten Beispiele zeigen: Die Teilnahme am lokalen Agenda-Prozess ist für die Unternehmen am Ort interessant.

Beziehungsweise: Sie kann interessant gestaltet werden. Agenda-Arbeit kann und darf nicht gegen die Wirtschaft gerichtet sein. Und sie kann nicht sinnvoll ohne ihre Unterstützung stattfinden. Wer die Motivation von Unternehmern kennt sich in ihre Situation versetzen kann, wird sie für den Prozess gewinnen. Denn: Die Wirtschaft hat gute Gründe, sich zu beteiligen:

5 gute Gründe für die Teilnahme der Wirtschaft am lokalen Agenda-Prozess:

1. Langfristiges Denken gehört zum unternehmerischen Selbstverständnis vor allem bei jungen Unternehmern,
2. Unternehmer nehmen den Agenda-Prozess als wichtige politische Entwicklung wahr, die sie nicht versäumen wollen,
3. die zukunftsfähige Umgestaltung der Wirtschaft bringt einen Innovationsschub und schafft Wettbewerbsvorteile,
4. Unternehmer wollen und müssen sich mit der kommunalen Spitze gut stellen,
5. Austausch - gerade auch mit unliebsamen Partnern - eröffnet neue Horizonte und schafft Ideen für neue Produkt- und Marketingstrategien.

Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit

Zeitreise von 1978 ins Jahr 2050 Vision einer umweltorientierten Gesellschaft

Dr. M. Gege, M. Oldeland (1999/2000)

1978 gab es für mich ein ökologisches Schlüsselerlebnis, das fortan mein Denken und Handeln maßgeblich bestimmen sollte. Ich las das Buch „Ein Planet wird geplündert!“ von Herbert Gruhl. In eindrucksvoller Weise wurde hier die ökonomische Situation unserer Welt geschildert. Fazit: Es musste dringend etwas passieren.

Bis auf Bayern gab es damals noch kein Umweltministerium, ökologische Fragestellungen waren den Wissenschaftlern und Mahnern vorbehalten, umweltbewußte Unternehmungsführung war ein Fremdwort. Nun, erfreulicherweise hat sich bis heute vieles verändert. Begriffe wie integrierter Umweltschutz, Kreislaufwirtschaft, Umweltbewußtsein, Öko-Audit, Agenda 21, nachhaltige Entwicklung, Öko-Bilanzierung, Stoffstrommanagement, umweltbewußte Unternehmensführung sind - auch dank B.A.U.M. - in der Wirtschaft bekannt und werden in vielen Unternehmen erfolgreich praktiziert. Auf dem Erdgipfel in Rio 1992 haben die Staatschefs dieser Welt „sustainable development“, als Programm verabschiedet und sich zur Umsetzung verpflichtet. Basis hierfür waren zahlreiche Untersuchungen, die eindeutig belegten, dass die aktuelle Art zu wirtschaften und zu konsumieren, keinesfalls zukunftsfähig ist und ökologische, ökonomische und soziale Fragestellungen immer stärker vernetzt und beachtet werden müssen.

Die Überlebensfrage der Menschheit ist schon lange gestellt und entscheidende Korrekturen sind

zwingend erforderlich, wenn wir dem Großteil der Menschen dieser Erde einen auskömmlichen Lebensstandard verschaffen und den zukünftigen Generationen eine lebenswerte Welt hinterlassen wollen. Ethisch müssen wir eigentlich noch mehr von den Interessen zukünftiger Generationen, von denen ja noch viele folgen sollten, ausgehen. Eine nachhaltige, zukunftsfähige Entwicklung muss die Risiken für Mensch und Umwelt minimieren und zwischen den Generationen eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung gewährleisten. Noch nie zuvor in ihrer Geschichte hatte die Menschheit das Wissen, das Kapital und hoffentlich auch die Fähigkeit, eine lobenswerte, nachhaltige Welt zu gestalten wie heute. Unser Wirtschaftssystem baut auf den ökonomischen Faktoren Boden, Arbeit und Kapital auf und ignoriert dabei die ökologischen Faktoren Luft, Wasser, belebte Erde, Tiere und Pflanzen. Diese Faktoren spielen jedoch die wirklich substanzielle Rolle.

Die Grenzen der Belastbarkeit unseres Raumschiffes Erde zwingen uns auf den Weg in einen gigantischen Strukturwandel. Wir sollten daher begreifen, dass unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem nur eines von vielen Subsystemen der Biosphäre ist. Es muss nicht das beste und dauerhafteste sein. Das trifft auch auf Unternehmen zu. Auch sie sind nichts anderes als Organismen mit dem Ziel dauerhaften Überlebens, sind Teile eines Gesamtsystems und habe darin Funktionen wahrzunehmen. Sie haben aber auch Pflichten und Verantwortung gegenüber dem Gesamtsystem. Sie sollten sich dieser Verantwortung immer bewußt sein. Ohne Erhaltung einer intakten Natur kann es keine intakte Wirtschaft geben und ohne dies keine dauerhaft und akzeptabel funktionierende Gesellschaft. Auch internationale Fragen sind von großer Bedeutung. Ist der Weltmarkt ökologisch noch zu steuern? Sind globale Unternehmen überhaupt noch in irgendwelcher Verantwortung gegenüber Staaten und Gesellschaft? Bedeuten Weltmarkt und WTO das Ende nationalstaatlicher Umweltpolitik? Gibt es einen Prozess globaler Umweltpolitik und die Schaffung neuer Rahmenbedingungen für den Weltmarkt unter Einbeziehung ökologischer Aspekte? Was positiv stimmt, sind die vielen Diskussionsprozesse und Initiativen nachdenklicher Menschen, Vorbilder und Pioniere in allen Bereichen. Im Sinne von „best practise“ müssen wir zu einer weltweiten Verbreitung beitragen und die Vorbildfunktion der Natur stärker nutzen. Umweltverträglichkeit sollte unter anderem Leitbild der Produktentwicklung, wichtigstes

Verkaufsargument und generell die Voraussetzung von Verkäuflichkeit werden.

Werfen wir nun einen Blick ins Jahr 2050, der Halbzeit des nächsten, hoffentlich ökologischeren Jahrhunderts. Wie könnte es aussehen?

Die Aufrechterhaltung der ökologischen Leistungsfähigkeit der Biosphäre ist mittlerweile weltweit anerkanntes oberstes Gebot. Die Abbaurate erneuerbarer Ressourcen überschreitet nicht mehr ihre Regenerationsrate. Die zentralen stoffpolitischen Fragen der Ressourcenverfügbarkeit und der begrenzten Aufnahmefähigkeit der Umwelt für Rückstände sind gelöst worden.

Absolute Ökoeffizienz ist eine wichtige Meßlatte bei der Produktentwicklung geworden. Produkte werden ökonomisch und ökologisch verantwortungsvoll produziert, angewendet und entsorgt, oder besser noch wiederverwendet.

Die Fabrik Biosphäre ist als ein Vorbild erkannt worden. Sie kennt weder Rohstoff Sorgen noch Abfallprobleme (für die Emissionen stehen Verwerter im Stoffkreislauf für jede Abbaustufe bereit.) und erreicht Nullwachstum durch Fließgleichgewicht. Dennoch hat sie in den Milliarden Jahren ihres Bestehens eine phantastische Entwicklung genommen. Der Materialumsatz der Biosphäre bleibt durch vollständige Rezirkulation immer auf dem gleichen Stand der Biomasse. Die Produktionspalette der Natur besteht aus einer sich ständig wandelnden Vielfalt von verschiedenen Pflanzen, Tieren und Kleinlebewesen.

Die Kooperation in Gemeinschaften und zum gegenseitigen Nutzen ist ein Grundprinzip der Natur. Unerschöpflich sind die Varianten und Lernbeispiele in der Natur zum Beispiel bei der Entwicklung und Konstruktion stabiler Gebilde aus Mehrkomponentenstoffen, die dennoch rezirkulationsfähig sind. Das Prinzip der Zusammenarbeit schafft immer wieder neue, bisher unerschlossene Lebensräume und -möglichkeiten.

Die Verknüpfung und Koevolution von Natur und Technik als entscheidender Faktor in der menschlichen Existenzsicherung ist weltweit anerkannt. Eine nachhaltige, zukunftsfähige Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft wurde in nahezu allen Bereichen erreicht. Die notwendigen Änderungen der Konsum- und

Produktionsgewohnheiten sind in einem schwierigen und langwierigen Prozess letztlich doch erfolgreich erreicht worden. Auch der nachhaltige und zukunftsfähige Lebensstil im Jahr 2050 hat Chic und Glanz.

Es hat eine Umorientierung von anthropozentrischen hin zu biozentrischen Werten gegeben. Die rasch zunehmende Globalisierung der Wirtschaft der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts führt zu einer Initiative der UN und zum Abschluss eines globalen Paktes über gemeinsame Grundsätze und Werte im Bereich Umwelt, Menschenrechte und des Arbeitslebens sowie zu einem Interessenausgleich zwischen Industrie- und Entwicklungsländern (die es heute noch gibt). Es wurde ein globaler ökologischer Ordnungsrahmen, der den Schutz der Umwelt auch im internationalen Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte sicherstellt erarbeitet und Umweltaspekte spielen auch bei der WTO und beim GATT eine zentrale Rolle und haben den Geruch protektionistischer Maßnahmen verloren.

Die Bilanzen der Industrie wie auch die Haushaltsrechnungen der öffentlichen Hand haben jetzt die Kosten für Beanspruchung der Umwelt integriert.

Eine vollständige Durchdringung aller Bildungsbereiche im Sinne einer Umwelterziehung wurde erreicht, „planetarisches Denken“ entwickelt und der Verbraucher spielt eine wesentliche bedeutendere Rolle.

Die Nutzung der Sonnenenergie gelingt mit 90-prozentigen Wirkungsgraden und regenerative Energien stellen den Hauptteil der Energieversorgung.

Der Trend zu Großkonzernen ist durch den Trend zu kleinen, autarken Einheiten, die sich schneller und intensiver den Erfordernissen des Marktes und der Umwelt anpassen können und innovative Vorreiterpositionen erkämpfen, abgelöst worden.

Einstmals hochangesehene Unternehmen, die noch vor Jahren eine überragende Marktstellung besaßen, aber die Wende zur Nachhaltigkeit nicht oder zu spät vollziehen wollten, existieren entweder nicht mehr oder führen nur noch ein Schattendasein.

Städte und Gemeinden profitieren von den Veränderungen, unter anderem bleiben ihnen

Kosten in immer größerem Umfang erspart: Die Müllhalden schrumpfen drastisch, Müllverbrennungsanlagen werden überflüssig, weil es kaum noch Rückstände im Haushaltsmüll gibt, die nicht wiederverwertbar sind. Sondermülldeponien werden geschlossen.

Insgesamt floriert die Wirtschaft wie lange nicht mehr. Es wird zunehmend offensichtlich, dass Natur und Wirtschaft Komplementäre sind.

Die neueste Statistik dokumentiert, dass mehr als 70 Prozent der Verbraucher nur noch bei Unternehmen mit einem erstklassigen Umweltimage kaufen. Die Welt ist tatsächlich zukunftsfähiger geworden.

Nachhaltige regionale Wirtschaftsentwicklung und Umsetzungsstrategien (Kurzfassung)

A. Köppl; H. Bauer; A. Fritz; D. Kanatsching;
D. Geißlhofer; H.P. Wallner (1999)

Der Aktionsschwerpunkt Nachhaltige regionale Wirtschaftsentwicklung und Umsetzungsstrategien im Rahmen des Impulsprogramms „Nachhaltiges Wirtschaften“ soll Forschungsimpulse setzen, welche die Implementierung einer nachhaltigen Entwicklung auf regionaler Ebene vorantreiben. Die Forschung in diesem Themenschwerpunkt soll so ausgerichtet sein, dass eine rasche Umsetzung der Forschungsergebnisse gewährleistet ist. Forschungsprojekte, die in ihrer Fragestellung auf eine Region konzentriert sind, sind unter dem Gesichtspunkt der Übertragbarkeit auf andere Regionen durchzuführen.

Mit dem Anspruch Impulse zu setzen, stellte sich für den Aktionsschwerpunkt die Aufgabe, ausgehend von einer Vielzahl von relevanten Fragestellungen und Forschungsbereichen, eine Konzentration auf einige thematische Schwerpunkte vorzunehmen.

Nachhaltige regionale Wirtschaftsentwicklung als Vision

Die Vision einer nachhaltigen regionalen Wirtschaftsentwicklung auf Basis einer Konsensentscheidung der Arbeitsgruppe stellt ein zentrales Element für die inhaltliche Schwerpunktsetzung dar. Diese Vision erhebt aber weder den Anspruch, eine umfassende Definition der nachhaltigen Regionalentwicklung darzustellen, noch auf generelle Anerkennung im Kreise der relevanten Akteure. Sie legt aber das Verständnis der Arbeitsgruppe über eine nachhaltige regionale Wirtschaftsentwicklung offen.

Unter einer „nachhaltigen regionalen Wirtschaftsentwicklung“ versteht die Arbeitsgruppe eine neue Form der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung einer Region, die auf vorhandene Naturpotenziale und auf sozio-kulturelle und ökonomische Rahmenbedingungen Rücksicht nimmt, mit dem Ziel, die Lebensqualität der Menschen in der Region auf Dauer zu erhöhen beziehungsweise zu erhalten, ohne dadurch die Lebensqualität außerhalb der Region zu beeinträchtigen.

Ziele und Leitgrundsätze

Das übergeordnete Ziel des Forschungsprogramms ist es, Konzepte und Lösungsstrategien für eine nachhaltige regionale Wirtschaftsentwicklung, die den Definitionen und Kriterien der Nachhaltigen Entwicklung entspricht, zu finden sowie ihre Diffusion zu ermutigen. Diese Konzepte und Lösungsstrategien sollen durch die Einbindung verschiedener Disziplinen und die Einbeziehung von Betroffenen das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung auf regionaler Ebene operationalisieren. Die Forschungsergebnisse richten sich an lokale Akteure und Entscheidungsträger und sollen Konzepte und Instrumente liefern, die eine Umgestaltung regionaler Entwicklungen in Richtung Nachhaltiger Entwicklung unterstützen.

Leitgrundsätze für die Auswahl von Forschungsprojekten sind:

- Übereinstimmung mit den thematischen Schwerpunkten des Aktionsschwerpunktes,
- Leitbildorientierung,
- Integration der drei Säulen der nachhaltigen Entwicklung auf regionaler Ebene,
- Unterstützung des Strukturwandels in Richtung nachhaltiger Regionalentwicklung.

Thematische Schwerpunkte

In der Arbeitsgruppe wurden vier Themenbereiche identifiziert, für die ein vordringlicher Forschungsbedarf besteht und die sich durch Synergien zwischen den thematischen Schwerpunkten auszeichnen. Die thematischen Schwerpunkte des Aktionsschwerpunktes sind:

Indikatoren für eine nachhaltige regionale Wirtschaftsentwicklung

Indikatorensysteme für eine nachhaltige regionale Wirtschaftsentwicklung sind Messgrößen, die den Prozess der Nachhaltigen Entwicklung in einer Region abbilden. Indikatorensysteme für eine nachhaltige regionale Wirtschaftsentwicklung umfassen sowohl die ökonomische, ökologische als auch soziale Dimension einer nachhaltigen Entwicklung und basieren auf verlässlicher und zeitlich relevanter Information.

Projekte in diesem thematischen Schwerpunkt sollen Indikatoren als Analyseinstrumente erforschen und entwickeln. Neben der deskriptiven Darstellung des Prozesses haben Indikatorensysteme die Aufgabe der Strategiebewertung und Erfolgskontrolle. Indikatorensysteme stellen einen Input für Planungen und Zielformulierungen dar. Sie sind gewissermaßen ein Hilfsmittel für die Umsetzung einer nachhaltigen regionalen Wirtschaftsentwicklung. In diesem Sinne ist dieser thematische Schwerpunkt in engem Zusammenhang mit den übrigen Schwerpunkten im Rahmen dieses Aktionsschwerpunktes zu sehen.

Die Formulierung dieses thematischen Schwerpunktes erfolgt aus der Beobachtung, dass es bislang keine anwendungsfähigen

Indikatorensysteme für eine nachhaltige regionale Wirtschaftsentwicklung gibt, so dass eine Vergleichbarkeit und Evaluierung über Regionen hinweg nicht möglich ist.

Institutionelle Rahmenbedingungen für eine nachhaltige regionale Wirtschaftsentwicklung

Im Mittelpunkt dieses thematischen Schwerpunktes stehen institutionelle Rahmenbedingungen, die eine regionale Entwicklung im Sinne der nachhaltigen Entwicklung fördern. Institutionen beziehungsweise institutionelle Rahmenbedingungen sind formelle oder informelle Regeln im Sinne eines kollektiven Koordinationsmechanismus, der bestimmte, kollektiv akzeptierte Normen (zum Beispiel ein verstärkter Schutz der natürlichen Umwelt) in direkte Verhaltensvorgaben für die verschiedenen Individuen umsetzen soll. Durch die Implementierung solcher Regeln oder Steuerungsmechanismen auf regionaler oder lokaler Ebene sollen Individuen dazu gebracht werden, ihr Verhalten so anzupassen, dass eine nachhaltige regionale (und letztendlich auch globale) Entwicklung möglich wird.

In Forschungsprojekten zu diesem thematischen Schwerpunkt sollen:

- Einzelne, auf lokaler beziehungsweise regionaler Ebene implementierte und mit dem Thema „Nachhaltige Entwicklung“ befasste Institutionen identifiziert und die Voraussetzungen für ihre weitergehende Verbreitung untersucht werden (→ bottom-up Forschungsansatz),
- unterschiedliche institutionelle Strategien untersucht werden, deren Einsatz im Sinne des Subsidiaritätsprinzips auf regionaler beziehungsweise lokaler Ebene erfolgen sollte (→ top-down Forschungsansatz).

Potenziale für Kooperationen und Netzwerke zur Umsetzung einer nachhaltigen regionalen Wirtschaftsentwicklung

Die Bedeutung der Netzwerke und Kooperationen im regionalen Kontext ergibt sich aus einer systemischen Sichtweise der nachhaltigen Entwicklung und gründet auf folgender Annahme: Mit der Nachhaltigen Entwicklung geht ein

Paradigmenwechsei in der Gesellschaft und in den Wissenschaften einher. Mechanische und lineare Denkmodelle werden durch komplexe nicht-lineare und evolutive Denkmodelle abgelöst. Gerade in komplexen Systemen, und die Wirtschaft einer Region ist als ein solches zu verstehen, spielen neue Formen der Aggregation und der Netzwerkbildung eine ganz entscheidende Rolle. Das „komplexe Netzwerk“ wird zu einem zentralen Element in der nachhaltigen Entwicklung, welche die gezielte Nutzung von Synergien ermöglicht. Dies wird daher auch in der Ausbildung neuer Strukturen in der Wirtschaft seinen Niederschlag finden.

Zukunftsprogramme für eine nachhaltige regionale Wirtschaftsentwicklung

Trotz Durchführung vieler und vielfältiger regionaler (Forschungs-)Aktivitäten ist es bisher kaum gelungen, nachhaltige Entwicklung in der Praxis in den Regionen flächendeckend zu verankern. Es bedarf daher weiterer Initiativen, diese Ziel- und Handlungsorientierungen in systematischer Weise und unter Berücksichtigung der regionalen naturräumlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Besonderheiten sowie des überregionalen institutionellen und politischen Rahmens in Beispielregionen zu demonstrieren.

Die Wirkung der durchzuführenden Projekte im thematischen Schwerpunkt „Zukunftsprogramme“ soll sich auf zwei Ebenen manifestieren:

1. Impulse für die konkrete Entwicklung in den betroffenen Regionen selbst,
2. Erhöhung des Wissensstandes um die Operationalisierung von nachhaltiger Entwicklung hinsichtlich Methoden, Entwicklungskonzepten und Handlungsanleitungen, die vor allem auf ordnungspolitische Hintergründe und die Lenkungsmöglichkeiten von regionaler nachhaltiger Entwicklung fokussiert sind und Beispielwirkung für weitere Regionen haben.

Das Nachhaltigkeits- Audit als Instrument für nachhaltiges Wirtschaften

Von der Umwelt- zur Nachhaltigkeitsberichterstattung

C. Empacher; T. Kluge (2001)

Nachhaltigkeit wurde lange Zeit vor allem unter dem ökologischen Aspekt diskutiert. Nachhaltiges Wirtschaften in diesem Verständnis bedeutete somit die Integration der ökologischen Dimension in betriebliche Zusammenhänge und spiegelte sich in der Entwicklung von Instrumenten wie Umweltberichten, Öko-Audits, Öko-Controlling, ökologischen Kennzahlen etc. wider. Verschiedene Entwicklungen führen jedoch in neuerer Zeit auch in den Unternehmen dazu, das Verständnis von Nachhaltigkeit über die ökologische Seite hinaus auch auf die soziale Seite zu erweitern.

Zum einen wird bei der Durchführung und Umsetzung betriebsökologischer Maßnahmen immer deutlicher, dass die soziale Seite in Bezug auf Umsetzungshemmnisse oder soziale Voraussetzungen innerhalb des Betriebes nicht zu vernachlässigen ist, zum anderen werden aber auch seitens der Öffentlichkeit neue Anforderungen an Unternehmen gestellt. Die öffentliche Reaktion auf die Versenkung der Brent Spar und auf die Kinderarbeit in Produktionsstätten in Ländern der sogenannten

Dritten Welt macht deutlich, dass in Zeiten der Globalisierung und vielleicht auch gerade als Antwort darauf von Unternehmen ein hohes Maß von Verantwortungsübernahme für ihr eigenes Tun verlangt wird. Auch die steigenden Arbeitslosenquoten und die weitere Öffnung der Schere zwischen Arm und Reich lassen verstärkt soziale Aspekte unternehmerischen Handelns wieder in den Vordergrund rücken.

Nicht zuletzt aufgrund dieser Tendenzen entstehen in den letzten Jahren international immer mehr Ansätze zu einer Nachhaltigkeits-Berichterstattung von Unternehmen, die auch die soziale Ebene unternehmerischen Handelns einbezieht. Das wohl bekannteste Beispiel ist die Global Reporting Initiative (GRI), die in einem offenen Prozess zurzeit versucht, „Sustainability Reporting Guidelines“ aufzustellen. Aber auch auf EU-Ebene, unterstützt von der EU-Kommission, wird ein Leitfadensystem zum „Corporate Social Responsibility“ (CSR) reporting erarbeitet. In Deutschland ist das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) in Zusammenarbeit mit dem Institut für Markt, Umwelt und Gesellschaft (imug) zurzeit dabei, einen Leitfadensystem zur Nachhaltigkeitsberichterstattung in kleinen und mittleren Unternehmen zu verfassen.

All diese Ansätze geben Kriterien über die Darstellung der betrieblich gesetzten Ziele, der Unternehmensleistung und der Maßnahmen vor. Die eigentliche Herausforderung für das Unternehmen, nämlich nachhaltigkeitsrelevante Faktoren in das Unternehmen zu integrieren und zu managen sowie die Verknüpfungen und Widersprüche, die zwischen den verschiedenen Nachhaltigkeitsdimensionen auftauchen, bearbeitbar zu machen, wird jedoch in diesen Ansätzen nur am Rande gestreift.

Nachhaltigkeits-Audit als Management-Konzept

Das Nachhaltigkeits-Audit soll einen entscheidenden Schritt darstellen, die einzelnen Nachhaltigkeitsdimensionen, die Ökonomische, die Ökologische und die Soziale, in ihren Verknüpfungen aufzuzeigen und betriebsintern zu managen. Als Instrument muss es zunächst den Grundvoraussetzungen der Nachhaltigkeit genügen, das heißt es muss offen und entwicklungsfähig bleiben. Folglich versteht es sich als Prozess, dessen Ziel die Verbesserung der betrieblichen Situation bei gleichzeitiger

Berücksichtigung aller Nachhaltigkeitsdimensionen ist. Was diese Verbesserung genau bedeutet, kann nicht absolut vorgegeben werden, sondern muss innerhalb des Betriebes in einem Abstimmungsprozess konkretisiert werden. Das Nachhaltigkeits-Audit gibt nur die zu beachtenden Dimensionen in diesem Prozess sowie die Stationen im Prozess (Prozessstandards) vor.

Kern des Konzeptes ist der sogenannte "problemorientierte Ansatz", der betriebliche Probleme an den Schnittstellen der Nachhaltigkeits-Dimensionen identifiziert und bearbeitbar macht.

In Ergänzung zur ökonomischen Ebene, die im betrieblichen Geschehen integriert ist, basiert das Nachhaltigkeits-Audit auf den drei Säulen: Öko-Audit, Sozial-Audit und Produkt-Audit. Die Ansätze dieser drei Audit-Teile werden im folgenden kurz erläutert, bevor auf die Vorgehensweise im Nachhaltigkeits-Audit eingegangen wird.

Öko-Audit

Die ökologische Seite der Nachhaltigkeit ist in den letzten Jahren bereits stark diskutiert worden und mehrere Konzepte und Instrumente zur Integration in das betriebliche Geschehen wurden erarbeitet. Um diesen Wissensstand zu nutzen und gleichzeitig einen Anschluss an international bereits bestehende und anerkannte Standards zu gewährleisten, orientiert sich der Nachhaltigkeits-Audit-Prozess zunächst an den Prozess-Standards der Öko-Audit-Verordnung (EMAS). Der Betrieb kann sich folglich auch nach EMAS zertifizieren lassen.

Sozial-Audit

Die soziale Dimension der Nachhaltigkeit ist gegenüber der ökologischen noch schwieriger für den betrieblichen Ablauf zu operationalisieren und faßbar zu machen. Bereits in den 70er Jahren wurde dies in zahlreichen Standardisierungsversuchen von Sozialbilanzen in Deutschland versucht. Keiner dieser Ansätze konnte sich jedoch durchsetzen, insbesondere auch, weil soziale Phänomene aufgrund ihrer Subjektivität und Kontextbezogenheit sich einer Standardisierung geradezu widersetzen. Zur Erfassung und Beschreibung der sozialen Dimension muss somit ein Konzept gewählt werden, das diese Subjektivität und

Kontextbezogenheit in angemessener Weise berücksichtigen kann. Darüber hinaus stellt sich zudem die Frage: Was ist überhaupt die soziale Dimension in einem Betrieb? Erschöpft sich diese wie in den Sozialbilanzen der 70er Jahre in den Mitarbeitern eines Unternehmens? Oder muss die soziale Seite nicht im Zuge gewachsener öffentlicher Ansprüche an das Unternehmen viel weiter gedacht werden? Das Nachhaltigkeits-Audit knüpft zur Erfassung der sozialen Dimension an das Konzept des „Social Audits“ von Zadek et Al an. Das „Social Audit“ basiert auf einem Konsultationsprozess mit den relevanten Stakeholdern (Anspruchsgruppen) des Unternehmens und weitet somit das Verständnis des sozialen Umfelds unternehmerischen Handelns bedeutend aus. Es ist folglich in der Lage, sowohl die interne als auch die externe soziale Umwelt des Unternehmens zu erfassen und die subjektive Dimension durch die direkte Konsultation der Stakeholder zu berücksichtigen.

Produkt-Audit

Bisher wurde in den Richtlinien zur Öko-Auditierung die Produktseite stark vernachlässigt, da die Ökobilanzierung des Unternehmensstandortes im Mittelpunkt stand. Produktökobilanzen waren somit kein integrativer Bestandteil eines Öko-Audits, obwohl viele Produkte auch während ihrer Nutzungsphase erhebliche Umweltauswirkungen aufweisen oder aber bei Dienstleistungsunternehmen, wie zum Beispiel Banken und Versicherungen, die Produkte beziehungsweise Dienstleistungen selbst die größten Umweltwirkungen beinhalten. Die Novellierung der EMAS-Verordnung (EMAS 11) rückt jedoch auch die Produkte der Unternehmen stärker in das Blickfeld und macht ihre Bilanzierung zum Gegenstand eines Öko-Audits. Damit ist eine Berücksichtigung ökologischer Aspekte gewährleistet.

Ein Produkt-Audit hat in diesem Zusammenhang das Ziel, pro-aktive Produktgestaltung zu leisten. Auch in Bezug auf die Produkte soll ein kontinuierlicher Verbesserungsprozess initiiert werden, der für einzelne Gestaltungsfelder Verbesserungskriterien formuliert. Eine Erweiterung gegenüber einem reinen Öko-Audit gemäß EMAS 1 besteht jedoch darin, die soziale Dimension im Sinne von kundenspezifischen Ansprüchen mit aufzunehmen. Die klassische unternehmerische Marktforschung beschränkt sich bisher bei der Ermittlung von Kundenbedürfnissen in starkem Maße auf

funktionale und symbolische Bedürfnisse und gebrauchsspezifische Kriterien. Umweltrelevante Ansprüche von Kunden und Kundinnen werden nur in wenigen speziellen Fällen mit aufgenommen. In empirischen Untersuchungen hat sich jedoch gezeigt, dass Qualitätsansprüche von KundInnen, insbesondere in Bezug auf Markenprodukte, ökologische und soziale Kriterien beinhalten. Bei einem qualitativ hochwertigen Markenprodukt geht der Kunde davon aus, dass im sozialen wie im ökologischen Bereich „alles okay ist“. Ist dies dann nicht der Fall, setzt sich das Unternehmen einem hohen Risiko aus. Ein Produkt-Audit dient folglich dazu, für das Unternehmen Transparenz bezüglich weitergehender Qualitätsansprüche von Kunden und für den Kunden Transparenz in Bezug auf das Produkt herzustellen.

Vorgehen

Die zentrale Herausforderung des Nachhaltigkeits-Audits besteht in der Integration der Sozial-, Ökologie- und Produkt-Audit-Säulen. Begonnen wird zunächst mit der Formulierung der Nachhaltigkeits-Politik des Unternehmens, die ökologische, soziale und produktpolitische Aspekte beinhalten muss und langfristige Ziele des unternehmerischen Handelns beschreibt. Dann wird mit der Bestandsaufnahme innerhalb der verschiedenen Säulen begonnen. Zum einen bedeutet dies, die für eine Betriebsökobilanz und Produktökobilanz notwendigen Daten zu eruieren, zum anderen wird ein Konsultationsprozess mit den Stakeholdern initiiert. Das Unternehmen muss hierzu zunächst definieren, welche Stakeholder-Gruppen es für sich als wichtig erachtet und wie es diese jeweils konsultieren will. Für die Gruppe der Kunden zum Beispiel werden sich aufgrund ihrer Größe wahrscheinlich eher Gruppendiskussionen anbieten, für die Gruppe der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen hingegen kann es aus Motivationsgründen sinnvoll sein, eine Vollerhebung durchzuführen. Je nach Größe und Ressourcen des Betriebes kann diese die Form eines Fragebogens oder aber persönlicher Interviews annehmen. Fragebögen sollten sorgfältig durch einige vorherige Interviews abgesichert werden, um sicher zu gehen, dass nicht wichtige Aspekte vergessen werden und sich die Mitarbeiter nicht ernst genommen fühlen. Die Motivation der Mitarbeiter und die Glaubwürdigkeit des unternehmerischen Engagements sind zentral für den Erfolg eines Nachhaltigkeits-Audits.

Erste Integrationsphase

In einer ersten Integrationsphase werden die Ergebnisse der Bestandsaufnahmen zunächst gesammelt und zusammengeführt. Hierdurch ergibt sich eine umfassende Zustandsbeschreibung der Situation im Unternehmen, die eine Identifizierung von Problemen unmittelbar ermöglicht. Zum Beispiel kann sich auf der ökologischen Seite ergeben, dass der Papierverbrauch im Unternehmen sehr hoch ist, auf der sozialen Seite wird festgestellt, dass viele MitarbeiterInnen der Abteilung Innendienst über Überlastung klagen, ein Grund dafür wird im ständig sehr hohen Krankenstand gesehen. Um die verschiedenen Nachhaltigkeitsdimensionen angemessen berücksichtigen zu können und die Probleme integrativ bearbeiten zu können, bedarf es zunächst einer genaueren Beschreibung des jeweiligen Problemzusammenhangs, insbesondere hinsichtlich von Schnittstellen zu anderen Nachhaltigkeitsdimensionen. Bei dem Beispiel des hohen Papierverbrauchs wird durch die Problembeschreibung deutlich, worin die Ursachen liegen: Es kann sich zum Beispiel herausstellen, dass der Betrieb das Ziel einer hohen Transparenz des betrieblichen Geschehens verfolgt und alle Mitarbeiter kontinuierlich schriftlich informiert werden. Obwohl sich einige Mitarbeiter mit der Menge an Information überlastet fühlen, hat sich in der Mitarbeiterbefragung herausgestellt, dass die Mehrzahl der Mitarbeiter in dieser betrieblichen Transparenz einen entscheidenden sinnstiftenden Faktor für ihre Arbeit sehen. Hier stellt sich folglich ein klassischer Zielkonflikt zwischen ökologischen und sozialen Ansprüchen dar, der nur angemessen bearbeitet werden kann, wenn das Einzelproblem des hohen Papierverbrauchs in einem weiteren Zusammenhang gesehen wird. In Bezug auf das zweite Beispiel kann sich herausstellen, dass der Krankenstand laut Aussage einiger Mitarbeiter insbesondere seit Einführung der Klimaanlage im Bereich Innendienst angestiegen ist. Die Klimaanlage war aufgrund der Überhitzung der Räume bei Sonnenschein installiert worden. Auf der ökologischen Seite bedeutet ihre Installation einen höheren Energieverbrauch, der zu Beginn jedoch nicht bedacht worden war. Bei diesem Problem führt die Problemanalyse zu einer Verschiebung des Problems weg von der Überlastung hin zum Raumklima. Gleichzeitig jedoch wird deutlich, dass durch die Abschaffung der Klimaanlage beziehungsweise durch eine geeignete Ersatzlösung eine Synergie zwischen sozialen

(gesundheitlichen) und ökologischen Aspekten hergestellt werden kann.

Diese Problembeschreibungen sollen anschließend in eine Übersetzung in konkrete Verbesserungsziele münden, die jedoch gewisse Bedingungen zu berücksichtigen haben: In Bezug auf den Papierverbrauch heißt das Ziel nicht „Der Papierverbrauch soll verringert werden“, sondern „Die Transparenz des betrieblichen Geschehens soll erhalten werden bei einer gleichzeitigen Verringerung des Papierverbrauchs“, beziehungsweise „Eine geeignete Klimatisierung der Räume im Innendienst soll gefunden werden, die sowohl soziale Aspekte (Gesundheit) als auch ökologische Ansprüche (Energieverbrauch) berücksichtigt.“

Danach wird ein Nachhaltigkeits-Programm verabschiedet, das diese Zielbeschreibungen umfaßt. Im Zweifelsfall wird eine Priorisierung der Ziele notwendig sein, insbesondere wenn sehr viele Probleme identifiziert wurden.

Zweite Integrationsphase

In einer zweiten Integrationsphase geht es nun darum, die Ziele in Maßnahmen zu übersetzen und in ein Nachhaltigkeitsmanagement zu überführen. Die Maßnahmenfestlegung und das Managementsystem sind eng miteinander verknüpft. Zunächst muss jedoch, unabhängig von konkreten Maßnahmen, die Integration von Nachhaltigkeitsaspekten in die Aufbauorganisation des Betriebes sichergestellt werden. Bei der Durchführung von Öko-Audits haben sich Umweltbeauftragte bewährt, in deren Zuständigkeit die ökologischen Belange fallen. Ebenso sind für ein Nachhaltigkeitsmanagement zusätzlich Produktbeauftragte und Stakeholder-Beauftragte denkbar. Diese stellen einen festen Ort für die jeweilige Nachhaltigkeits-Dimension dar, um sicherzugehen, dass die jeweiligen Belange nicht vergessen werden.

Umgekehrt jedoch muss auch sichergestellt werden, dass Nachhaltigkeitsbelange im alltäglichen Handlungsablauf und bei betrieblichen Entscheidungen als Querschnittsthema Berücksichtigung finden. Über die Nachhaltigkeitspolitik sollten alle MitarbeiterInnen dahingehend verpflichtet werden.

Zudem muss die Bearbeitung von Nachhaltigkeits-Problemen in einen geeigneten Ablauf überführt werden. Denkbar wären hier

zum Beispiel die Einrichtung sogenannter Problemzirkel. Aufgabe der Problem-Zirkel wäre es, für die definierten Zielbereiche geeignete Maßnahmen sowie Umsetzungskonzepte zu erarbeiten. Beteiligt in einem solchen Zirkel sind die im Problembereich jeweils relevanten Akteure. Für den Problembereich „Papierverbrauch/Transparenz“ sind dies zum Beispiel der Umweltbeauftragte, MitarbeiterInnen, die sich durch die Informationsflut überlastet fühlen, sowie MitarbeiterInnen, die der Transparenz eine hohe Bedeutung beimessen. Je nach Bedarf können auch weitere Akteure beziehungsweise Experten im Betrieb oder aber Vertreter von Stakeholdern hinzugezogen werden. Die Mitwirkenden in den Problem-Zirkeln sollten ebenfalls im Auge behalten, dass auch die Maßnahmen soziale und ökologische Nebenfolgen haben können. So kann zum Beispiel der Papierverbrauch dadurch gesenkt werden, dass Informationen digitalisiert über das Intranet im Betrieb abrufbar sind. Für MitarbeiterInnen, die ohnehin schon sehr viel am PC arbeiten, kann dies jedoch eine zusätzliche Belastung bedeuten. Konfliktive Situationen zwischen verschiedenen Interessen sind in den Problemzirkeln vorprogrammiert und brauchen dementsprechend auch eine Bearbeitungsform. Ein unabhängiger Schiedsrichter könnte in besonderen Problemfällen einen Aushandlungsprozess entscheiden oder aber eine Einigung befördern. In manchen Fällen werden Ziel- und Interessenskonflikte jedoch auch durch eine Erweiterung der Problemperspektive bearbeitbar. Durch die Einführung eines Wissensmanagements, das Informationen gemäß den Anforderungen bestimmter Mitarbeitergruppen aufbereitet, könnte zum Beispiel sowohl der Papierverbrauch gesenkt als auch den Ansprüchen verschiedener Interessen der Mitarbeiter entgegengekommen werden. Auf diese Art entsteht eine neue Qualität der Problemlösung, die über das Bearbeiten des reinen Zielkonfliktes hinausgeht.

Auditierungszyklus

Die in den Problem-Zirkeln beschlossenen Maßnahmen werden anschließend im Betrieb umgesetzt. Das Unternehmen gibt eine Nachhaltigkeits-Erklärung heraus, die die bisherigen Tätigkeiten, von der Nachhaltigkeitspolitik, über die Beschreibung der betrieblichen Situation bis hin zum Nachhaltigkeitsprogramm und den konkreten Maßnahmen darstellt. Anschließend kann eine

Zertifizierung nach EMAS erfolgen. Insgesamt ist es für den Betrieb jedoch auch sinnvoll, sich eine Art Gutachten von anerkannten Nachhaltigkeitsexperten ausstellen zu lassen, um die externe Glaubwürdigkeit des betrieblichen Engagements zu untermauern.

Nach der Umsetzung der Maßnahmen wird in einem festen Zeitrhythmus, zum Beispiel alle drei Jahre, der Auditierungszyklus mit der Überprüfung der Nachhaltigkeits-Politik und einer neuerlichen Bestandsaufnahme wieder von vorne begonnen.

Nachhaltigkeits-Indikatoren

Um die Umsetzung der Maßnahmen sowie betriebliche Verbesserungen auch tatsächlich identifizieren zu können, muss die Situation im Unternehmen durch geeignete Indikatoren dargestellt werden. Diese müssen bereits im Laufe des ersten Auditierungszyklus entwickelt werden.

Das zu erstellende Indikatorensystem besteht aus zwei Ebenen:

Die erste Ebene, die der Zustandsindikatoren, beschreibt den Zustand im Unternehmen auf einer mehr allgemeinen Ebene.

Die zweite Ebene sind spezifische Indikatoren, die sich auf die identifizierten Probleme beziehen.

Insbesondere bei der Beschreibung der sozialen Situation sieht man sich hier jedoch einigen Problemen gegenüber. Hier reicht es nicht aus, einfach auf sogenannte objektive Indikatoren (mit materieller Basis) zurückzugreifen, wie zum Beispiel die Anzahl der Krankheitstage pro Mitarbeiter oder die Anzahl der Kundenbeschwerden pro Jahr. Soziale Prozesse, die oft keine materielle Basis haben sondern sich nur zwischen den Akteuren abspielen, haben eine besondere Qualität, die nur durch Befragungen der Beteiligten, also subjektive Indikatoren, adäquat dargestellt werden kann.

Der erste Audit-Zyklus muss durch die Stakeholder-Konsultation und insbesondere die Befragung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sicherstellen, dass die ausgewählten Indikatoren alle relevanten Dimensionen der Zustandsbeschreibung des Unternehmens abdecken. Für den Bereich der MitarbeiterInnen könnten dies zum Beispiel die Dimensionen

Arbeitszufriedenheit, Zufriedenheit mit der Sozialpolitik des Unternehmens, Zufriedenheit mit der Umweltpolitik des Unternehmens, Zufriedenheit mit der Arbeitszeit etc. sein. Diese Zustandsindikatoren werden auch in folgenden Auditzyklen wieder erhoben und überprüft. Eine Verschlechterung der Werte deutet auf ein zu bearbeitendes Problem hin.

Nach der Identifizierung der Nachhaltigkeitsprobleme werden „Problem-Indikatoren“ entwickelt, die das jeweilige Problem in seinen Schnittstellen zu anderen Nachhaltigkeitsdimensionen genau beschreiben können. Hat sich in diesen Indikatoren im nächsten Zyklus eine sichtbare Verbesserung ergeben, so darf die Bearbeitung des Problems als erfolgreich gelten und eine weitere Erhebung dieser problemspezifischen Indikatoren kann im folgenden Audit-Zyklus entfallen.

Fazit

Das Nachhaltigkeits-Audit ist ein Managementinstrument, das dem Betrieb die Möglichkeit eröffnen soll, mit der wachsenden Komplexität, der sich auch Unternehmen gegenüber sehen, zurecht zu kommen. Es will nicht den Versuch unternehmen, Komplexität zu reduzieren, sondern adäquat mit ihr umzugehen. Als Instrument ist das Nachhaltigkeits-Audit somit sehr voraussetzungsreich und erfordert vom Management und den Mitarbeitern ein erhebliches Maß an Lernfähigkeit und Offenheit gegenüber komplexen Zusammenhängen. Demgegenüber stehen jedoch für den Betrieb ein erhebliches Maß an Risikominimierung und Imagesteigerung sowie die Aussicht auf langfristigen Unternehmenserfolg.

Unternehmen auf dem Weg zur Nachhaltigkeit

Thomas Loew (2001)

Der Brundtlandbericht sowie die Rio-Konferenz vor acht Jahren markieren den Beginn der Diskussion um nachhaltige Entwicklungen in Wissenschaft und Politik. Weniger als die Hälfte der Unternehmen hat sich jedoch bis heute mit der Thematik auf Geschäftsführungsebene beschäftigt. Und bei etwa einem Viertel der im Rahmen einer gemeinsamen Studie des IÖW und des Münchner ifo-Instituts befragten Managementvertreter war der Begriff noch gänzlich unbekannt.

Die Debatte um Nachhaltigkeit von Unternehmen leidet unter der Komplexität und der teilweisen Widersprüchlichkeit der Anforderungen, die damit an die Unternehmen gestellt werden. So ist wenig verwunderlich, dass es bislang überwiegend große Unternehmen sind, die sich mit Nachhaltigkeit auseinandersetzen. Hier finden bereits interessante Entwicklungen statt. Erste Vorreiter haben bereits ihre Umweltberichterstattung in einer Nachhaltigkeitsberichterstattung aufgehen lassen und zeigen dort, wie sie die Anforderungen in der ökologischen, ökonomischen und sozialen Dimension der Nachhaltigkeit interpretieren.

Die Unterscheidung dieser drei Dimensionen ist hilfreich, um den Diskussions- und Umsetzungsstand in den Unternehmen beschreiben zu können. Die Nachhaltigkeitsdiskussion hat sich in den Unternehmen, wie übrigens auch analog im IÖW, aus dem Umweltthema entwickelt. Die Herausforderungen der ökologischen Dimension sind daher weitgehend bekannt. Für das Umweltmanagement stehen zahlreiche Controllinginstrumente zur Verfügung und bereits

seit mehreren Jahren können Unternehmen ihre Umweltmanagementsysteme nach dem EG-Öko-Audit-System (EMAS) oder der internationalen Norm ISO 14.001 validieren beziehungsweise zertifizieren lassen. Wichtige Erfolge sind inzwischen auf freiwilliger Basis oder aufgrund der Umweltgesetzgebung beim produktionsbezogenen Umweltschutz erreicht worden. Die großen Herausforderungen werden heute in der Produktentwicklung gesehen, wo es gilt, die Umweltauswirkungen über den gesamten Produktlebenszyklus drastisch zu reduzieren. Die wesentliche Anforderung besteht darin, dass in Zukunft nicht nur Ökoeffizienz gesteigert wird, sondern auch die absoluten Umwelteinwirkungen reduziert werden.

Interpretation von ökonomischer Nachhaltigkeit umstritten

Die ökonomische Dimension wird oftmals mit der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens gleichgesetzt. In diesem Sinne wird Nachhaltigkeit auch von konservativen Unternehmens- und Verbandsvertretern gerne aufgegriffen: Umweltschutzanforderungen an Unternehmen müssten sich am wirtschaftlich Machbaren orientieren. Diese Interpretation trifft jedoch nicht die Problemlagen, die ursprünglich mit ökonomischer Nachhaltigkeit gemeint waren. Die ökonomische Dimension wurde und sollte auch weiterhin primär als volkswirtschaftliche Nachhaltigkeit interpretiert werden. So ist es in diesem Kontext zwar grundsätzlich richtig, dass für eine gesunde Volkswirtschaft eine große Anzahl einzelwirtschaftlich erfolgreicher Unternehmen erforderlich ist, aber gleichzeitig können ökologische oder soziale Gründe durchaus einen Strukturwandel erfordern, der die Schließung von einzelnen Unternehmen bedeuten kann.

Aus der volkswirtschaftlichen Sicht betreffen die Anforderungen und der Beitrag der Unternehmen nicht nur den erwirtschafteten Gewinn, sondern insbesondere auch Fragen zur Verteilung der Wertschöpfung. Welche Anforderungen hier an Unternehmen, angefangen bei den kleinen und national agierenden bis hin zu den Global Players zu stellen sind, ist bislang noch wenig erforscht. In der Diskussion um Nachhaltigkeitsberichterstattung werden verschiedene Kennzahlen vorgeschlagen, mit denen die Unternehmen über ihren volkswirtschaftlichen Beitrag berichten sollen.

Dabei bleibt aber völlig offen, welche Zielwerte oder -korridore diese Kennzahlen erreichen sollen.

Kontroverse soziale Dimension

Wiederum anders stellt sich die Situation in der sozialen Dimension dar. Hier versammeln sich vielfältige Anforderungen aus sehr unterschiedlichen Richtungen, die zum Teil schon deutlich ältere Wurzeln haben als die Umweltschutzdebatte. Hierzu gehören Fragen der Mitbestimmung, Entlohnung, Qualifizierung, Arbeitszeiten sowie soziale Aspekte bei der Beschaffung (Stichwort Kinderarbeit), um nur einige zu nennen. Hier stellt sich also die Aufgabe, die Vielfalt zu strukturieren und Prioritäten zu setzen. Auch bei der sozialen Nachhaltigkeit neigen die Unternehmen dazu, primär vor ihrer eigenen Haustür zu kehren, das heißt im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen soziale Fragestellungen in Bezug auf die Mitarbeiter. Die konsequente Analyse ihrer Produkte auf soziale Nachhaltigkeit steht dagegen noch aus.

Während die Unterscheidung der Dimensionen für übergreifende Betrachtungen hilfreich ist, kann sie bei der Zuordnung von Anforderungen in der Praxis auch hinderlich sein. Betrachtet man beispielsweise die Entlohnung der Mitarbeiter dann ist unklar, ob es sich hier um einen Aspekt sozialer oder ökonomischer Nachhaltigkeit handelt.

Für die Beteiligten, also die Unternehmen, die Mitarbeiter und deren Interessenvertreter ist diese Fragestellung letztendlich unwichtig. Für die Erstellung von Visionen und Modellen nachhaltiger Unternehmen oder für die Beurteilung der Nachhaltigkeit einzelner Unternehmen, beispielsweise im Kontext ökologisch-ethischer Finanzanlagen sollten diese Zuordnungsfragen aber noch geklärt werden. Als Lösung dürften hier vielfach nur Konventionen in Frage kommen.

Unvereinbare Wege?

Immer wieder wird betont, das nachhaltige Entwicklung eher als Prozess denn als Ziel anzusehen ist. Damit wird der Unsicherheit und insbesondere auch den Konflikten über die Zielrichtung aus dem Weg gegangen. Derzeit lassen sich zwei gegensätzliche Richtungen unterscheiden. Die eine versucht eine nachhaltige

Entwicklung durch eine radikale Steigerung der Ökoeffizienz zu erreichen. Ergänzend wird versucht die sozialen Anforderungen, basierend auf den christlichen Werten des Abendlands, zusätzlich zu berücksichtigen und auch hier wird zunächst nach den win-win-Situationen gesucht. Der Idealfall hegt demnach in triple-win-Lösungen, die in der Realität wohl nur selten anzutreffen sind. Diese "Ökoeffizienz-Nachhaltigkeit" bedeutet keine Änderung unserer Wirtschaftsweise und wird daher auch von der Wirtschaft zunehmend aufgegriffen.

Dem gegenüber steht eine „Weniger ist mehr-Nachhaltigkeit“, nach der Stoffströme, Konsum und Arbeitszeit reduziert werden sollen. So erhalten die Erwerbstätigen mehr Freizeit, können ein erfüllteres Leben mit besseren sozialen Kontakten führen. Konsum als Kompensation für den Arbeitsstress verliert an Bedeutung. Aus der Vogelperspektive, mit dem Blick auf die sozialen und ökologischen Problemlagen, erscheint diese Richtung plausibler. Ungeklärt ist die wirtschaftliche Machbarkeit und insbesondere die Umsetzung, denn zweifelsohne beinhaltet dieser Weg eine bedeutsam Änderung unserer bisherigen Form des Wirtschaftens. Nicht Gewinn und Wachstum, sondern Suffizienz stehen im Vordergrund. Offensichtlich kein attraktiver Vorschlag für Unternehmen und die Mehrheit unserer Gesellschaft.

Die Beiträge im Überblick

Im vorliegenden Schwerpunktthema kommen Wirtschaft und Wissenschaft gleichermaßen zu Wort. Damit soll, ganz im Sinne der Forderungen zahlreicher Studien, der Dialog über das Leitbild Nachhaltigkeit weiter geführt werden. Eine neue, und in den kommenden Jahren sicherlich wichtige, Stimme der Wirtschaft in diesem Dialogprozess ist das Forum für Nachhaltigkeit der deutschen Wirtschaft. Es wurde im Sommer 2000 von 17 Großunternehmen gegründet und soll als Denkfabrik neue Ideen sammeln, entwickeln und aktiv in die politische Diskussion einbringen. Das Forum wird von Wolf-Eberhard Schiegl und Ralph Thurm, Siemens AG, näher vorgestellt. Welche unterschiedlichen Facetten die Erweiterung des Blickwinkels unter dem Stichwort Nachhaltigkeit in der Praxis aufweisen kann, zeigen die Beiträge aus zwei Großunternehmen. Achim Lohtrie beschreibt, wie der OTTO-Versand den Sozialstandard SA 8000 nutzt, um (nicht nur) bei der Beschaffung soziale Aspekte zu

berücksichtigen. Ignacio Campino berichtet über die Chancen und Risiken bei der Schlüsselressource Mitarbeiter im Wandlungsprozess der Deutschen Telekom zu einem Global Player. Zugleich beleuchtet er die Herausforderung, die ökologische und soziale Dimension mit den ökonomischen Wettbewerbsbedingungen in Einklang zu bringen.

Aus wissenschaftlicher Sicht wirft sich eine Reihe von zum Teil sehr weitreichenden Fragen auf. Warum befassen sich Unternehmen überhaupt mit dem Thema, wo bestehen Anknüpfungspunkte, die von der Politik und den Anspruchsgruppen genutzt werden können? Arnim von Gleich, Manuel Gottschick und Dirk Jepsen unterscheiden hier moralische Überzeugungen, die Realisierung von Kostenvorteilen und langfristige Marktstrategien. Dabei räumen sie aufgrund von Veränderungen auf den Märkten letzteren eine zunehmende Bedeutung ein. Jens Clausen und Volker Stahlmann fokussieren auf die ökologische Dimension und zeigen die ungelösten Probleme bei der Bestimmung der Umweltleistung unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten auf. Obgleich es inzwischen eine ISO Norm für die Umweltleistungsbewertung gibt, ist weitgehend offen, wie jenseits von Verbesserungen der Ökoeffizienz die gesamten Umweltwirkungen eines Unternehmens zu beurteilen sind. In den Unternehmen herrscht vielfach noch Unklarheit, welche sozialen Anforderungen aus der Nachhaltigkeitsdebatte zu priorisieren sind. Hier bietet es sich für einen organisierten Suchprozess an, das im Umwelt- und Qualitätsmanagement bewährte Audit-Prinzip auf Nachhaltigkeit anzuwenden. Welche Ergebnisse ein derartiges Nachhaltigkeits-Audit gerade bei den sozialen Fragestellungen haben kann, zeigen Alexandra Lux, Claudia Empacher und Thomas Kluge am Praxisbeispiel eines Finanzdienstleisters.

Auch Burghard Flieger und Elmar Sing thematisieren soziale Nachhaltigkeit. Sie zeigen mit ihren Überlegungen zur Nachhaltigkeit von Produkten, wo die großen win-win-Potenziale zwischen der ökologischen und sozialen Dimension liegen: Im „weniger ist mehr“. Für die erforderliche sozialökologische Produktentwicklung können die Unternehmen unter anderem auf den Sachverstand der NGOs zugreifen - wenn sie die geeigneten Dialogformen wählen.

Eine andere Form des Dialogs wird mit den immer zahlreicher publizierten

Nachhaltigkeitsberichten geführt. Sie sind zugleich ein Instrument, mit dem die Unternehmen ihren eigenen Entwicklungsprozess vorantreiben können. Den derzeitigen Entwicklungsstand sowie Perspektiven gerade auch für kleinere Unternehmen beschreiben Michaela Raupach und Jens Clausen. Es hat seit Rio fast ein Jahrzehnt gedauert, bis die Wirtschaft und die sozial-ökologische Wirtschaftsforschung begonnen haben, sich ernsthaft mit Ausgestaltungsfragen des Leitbilds nachhaltiger Entwicklung auseinander zu setzen. Inzwischen sind aber die erforderlichen Strukturen ausgebildet, so dass die Arbeiten und Diskussionen nun deutlich an Fahrt gewinnen werden.

Wettbewerbsfähigkeit durch Nachhaltigkeits- orientierung

Marktveränderungen bieten neue Chancen

Arnim von Gleich, Manuel Gottschick, Dirk Jepsen
(2001)

Welches Interesse haben Unternehmen an Nachhaltigkeitsstrategien? Was sind die wesentlichen Anknüpfungspunkte für Kooperationen, um solche Strategien zu entwickeln? Ausgehend von Erfahrungen aus dem Projekt Nachhaltige Metallwirtschaft Hamburg lassen sich wesentliche Motive und Triebkräfte bestimmen.

Auf den zunehmend nachfragedominierten und dynamischen Märkten dürfte sich eine Nachhaltigkeitsorientierung strategisch auszahlen. Für das Interesse von Unternehmen an einer nachhaltigeren Wirtschaftsweise sind mindestens drei Gruppen von Motiven denkbar:

- Überzeugungen von Produzenten und Konsumenten (ethische Produktion und ethischer Konsum),
- Realisierung von Kostenvorteilen (weniger Stoff- und Energieeinsatz, Ressourceneffizienz),
- Langfristige Marktstrategien (Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit).

Auf allen drei Wegen lassen sich Unternehmen ansprechen, mit je spezifischen Vor- und Nachteilen.

Motiv: Überzeugung

Das Anknüpfen an der ethischen Verantwortung der Unternehmen ist recht effektiv, weil das

Thema von Anfang an meist "Chefsache" ist. Die möglichen Kooperationspartner beschränken sich aber auf der Seite der Hersteller und Dienstleister auf immer wieder die gleichen Mitglieder der ökologischen Unternehmensverbände B.A.U.M. und future. Auch die Produktgruppen, in denen ethischer Konsum eine nennenswerte Rolle spielt, sind noch recht übersichtlich: Nahrungsmittel, Kosmetika, Papier, der Bausektor, zum Teil wohl auch Textilien. Über ethischen Konsum im Bereich der Metallwaren ist wenig bekannt.

Motiv: Ressourceneffizienz

Der Versuch, mit Unternehmen zu kooperieren, die noch nicht von der Relevanz des Nachhaltigkeitsziels in der alltäglichen Unternehmenspraxis überzeugt sind, beginnt heute meist mit der Identifikation sogenannter win-win-Strategien, wobei die Steigerung der Ressourceneffizienz an erster Stelle steht. Wenn es uns gelänge, mit weniger Stoff- und Energieeinsatz und damit weniger Kosten dasselbe Produkt oder dieselbe Dienstleistung herzustellen und dabei auch noch soziale Fortschritte zu realisieren, wäre das ein Gewinn für alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit.

Sehr schnell stellt sich dann aber heraus, dass ein Unternehmen auch in der Lage sein muss, solche Effizienzgewinne zu realisieren. Das ist alles andere als trivial. Die win-win-Strategie hat offenbar eine zweite win-win-Strategie zur Voraussetzung: Die Verbesserung der Innovationsfähigkeit. Die Hürden, die dafür zu überwinden sind, reichen vom „not invented here-Syndrom“ über Abteilungsegoismen und Kommunikationsblockaden bis zur berühmten Feststellung: „Machbar ist, was der Chef versteht“.

Es macht auch einen großen Unterschied, welche Person oder Abteilung externe Akteure als Ansprechpartner im Unternehmen erreichen können. Beim Ansatz der Ressourceneffizienz ist es meist die Umweltabteilung, die darunter häufig nur Abfallmanagement versteht. Eine umfassende Nachhaltigkeitsstrategie ist in solchen Fachabteilungen oft schwer zu vermitteln. Die Umweltabteilung gehört auch nicht unbedingt zu den mächtigen Abteilungen im Unternehmen oder zu denen, mit deren Hilfe man glaubt, Marktanteile sichern oder gar erobern zu können. Ihre Arbeit wurde bisher eher als kostenerzeugend und als Innovationsbremse wahrgenommen.

Initiativen aus dieser Richtung sind daher keine Selbstläufer.

Nehmen wir das Beispiel zweier 250.000-Euro-Projekte, die als Vorschläge in den Unternehmensvorstand eingebracht werden: Eines zur Verbesserung der Ressourceneffizienz und ein zweites für eine Marktoffensive inklusive Werbekampagne. Selbst wenn es bei beiden Projekten gleich ungewiss ist, ob sie sich am Ende für das Unternehmen wirklich rechnen, müssen wir davon ausgehen, dass die Marktoffensive größere Chancen hat. Das Ressourcenprojekt hingegen wird eher in die Abteilung zurückverwiesen, mit der Auflage, den erwartbaren Gewinn belastbarer zu kalkulieren und zu belegen.

Es käme also darauf an, die Nachhaltigkeitsorientierung in der strategischen Unternehmensplanung zu verankern, sie (zumindest auch) als ein Element zu verstehen, mit dessen Hilfe langfristig Marktpositionen gesichert und verbessert werden können. Das hätte zugleich auch zur Folge, dass Kooperationen mit stärkeren Abteilungen stattfinden, mit der Produktentwicklung, der Qualitätssicherung, dem Verkauf oder eben direkt nur der Unternehmensleitung, zu deren ureigenster Aufgabe die längerfristige Unternehmensstrategie ja gehört.

Auch wenn ökologische Fragen in die Praxis moderner Unternehmen längst integriert sind, ist die Verankerung der Nachhaltigkeitsorientierung in der strategischen Unternehmensplanung überfällig. Ressourceneffizienz und Stoffstrommanagement werden häufig auf Abfallvermeidung verkürzt, gegebenenfalls noch erweitert um Probleme der Logistik oder des Vertriebs. Die in der Produktgestaltung und der Produktnutzung liegenden Möglichkeiten liegen oft noch brach. Nicht zufällig erlangte der Begriff der Produktverantwortung seine heutige Bedeutung erst durch staatliche Regulation, durch das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz.

Mit einem realistischen Blick auf die bundesrepublikanische Wirklichkeit wird man trotz alledem heute zu dem Schluß kommen, dass die Unternehmen derzeit die erfolgreichsten Akteure der ökologischen Modernisierung sind. Doch Nachhaltigkeit meint mehr als ökologische Modernisierung.

Motiv: Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit

Veränderungen in der Produktentwicklung, Produktgestaltung und Produktnutzung sind allerdings um Größenordnungen schwieriger und komplexer als die Optimierung von Produktionsprozessen. Zudem erfordern sie die Öffnung des Unternehmens gerade in einem Bereich, der gerne dem Wettbewerber gegenüber geheim halten wird. Bei Produktstrategien sind die Unternehmen - je nach der Art der Märkte, in denen sie agieren (siehe unten) - extrem abhängig von der quantitativen und qualitativen Nachfragesituation. Und auf den Märkten vollzogen sich in den vergangenen Jahrzehnten wesentlich dramatischere Veränderungen als in der internen Unternehmenswirklichkeit, ja man kann sagen, dass letztere im Wesentlichen auf Erstere reagieren. Mit dem Begriff Globalisierung wird dabei nur ein Aspekt umschrieben.

Der Wettbewerb verschärft sich aber nicht nur quantitativ, weil neue Wettbewerber auftreten, sondern vor allem auch qualitativ, weil sich die Märkte und die Nachfrage selbst verändern, sie werden fragmentierter, dynamischer und damit unübersichtlicher. Radikale Kundenorientierung und die Steigerung der Innovationsfähigkeit, der Fertigkeit von Unternehmen, sich flexibel auf derartige Veränderungen auf den Märkten einzustellen, ja sie zu antizipieren, gehören damit zu den wichtigsten Erfolgsfaktoren.

Wie läßt sich aber Wettbewerbsfähigkeit beziehungsweise die vom Kunden gewünschte Produktqualität genau bestimmen? Auf jeden Fall handelt es sich um qualitative Aspekte. Mit in Mark und Pfennig – oder in Euro und Cent - ausdrückbaren Produktpreisen, aktuellen Umsatzzahlen oder Renditen ist das Phänomen nicht hinreichend zu erfassen. Man kann sehr wohl kurzfristig hohe Gewinne einfahren und dabei die langfristige Wettbewerbsfähigkeit ruinieren.

Auch die Kunden interessiert nicht das billigste Produkt, sondern Preis und Leistung. Und zur Leistung beziehungsweise Produktqualität kann sehr viel gehören, angefangen von Lieferfristen über Garantieleistungen und Service bis hin zur ökologischen und sozialen Performance des Unternehmens. Qualität ist, was der Kunde darunter versteht. Dass die Kunden das Unternehmen „erziehen“ ist sehr viel

wahrscheinlicher als der umgekehrte Fall, auch wenn das Unternehmen noch so viel Geld für public relations ausgibt. Natürlich interessiert der Preis nach wie vor, insbesondere dann, wenn die Qualität vergleichbar ist. Was passiert aber, wenn - wie es heute oft der Fall ist - Preis und Qualität im engeren Sinne bei mehreren Wettbewerbern vergleichbar sind? Dann kann plötzlich jeder vom Kunden wahrnehmbare Zusatznutzen entscheidend für den Verkaufserfolg werden, angefangen vom optischen Design, über die Marke, bis hin zum Vorhanden- beziehungsweise Nichtvorhandensein eines Umweltmanagementsystems nach ISO 14.001 oder EMAS. Das gilt nicht nur für business to consumer-, sondern auch für business to business-Beziehungen.

In dieser Situation können damit auch normative Aspekte an Bedeutung gewinnen, die bisher als weiche Faktoren eher belächelt wurden. Damit eröffnen sich neue Handlungsspielräume für Nachhaltigkeitsstrategien. Ein gutes Image ist dann kein Luxus mehr, auf den man genauso gut verzichten könnte, sondern wesentlicher Teil der Wettbewerbsfähigkeit. Nicht zuletzt: Unternehmen, die an die Börse gegangen sind, mussten die oft schmerzhaft Erfahrung machen, von wie viel qualitativen Aspekten der Kurs ihrer Aktien inzwischen beeinflusst wird. Gerade an der Börse wird deutlich, wie viel Psychologie heute die scheinbar so rationale Ökonomie bestimmt, wie Erwartungen wichtiger werden als exakte schwarze Zahlen.

Von der Masse zur differenzierten Qualität

Doch wie verallgemeinerbar sind solche Veränderungen beziehungsweise strategischen Anknüpfungspunkte? Für welche Unternehmen, Märkte, Produktions- und Produktstrategien treffen sie mehr und für welche weniger zu?

Mit der These vom Übergang von der fordistischen Massen- zur differenzierten Qualitätsproduktion wird versucht, die Reaktionen der Unternehmen auf diese Veränderungen in der Gesellschaft und auf den Märkten zu beschreiben, anknüpfend zum Beispiel an Überlegungen der Regulationstheorie. In nachfragedominierten, gesättigten Märkten steigt die Macht der Kunden, nicht nur der Endkunden, sondern auch der System-Hersteller gegenüber ihren Zulieferern. Im Zuge der Ausdifferenzierung der Gesellschaft

(Individualisierung) werden die Märkte unübersichtlicher, segmentierter und dynamischer.

In der Unternehmensrealität lassen sich Qualität und Kosten nicht trennen. Unternehmen haben immer mit beiden Anforderungen gleichzeitig zu kämpfen. Es geht einerseits um Kostenvorteile und Kostenreduktion durch Rationalisierung und Standardisierung (economies of scale), und zugleich darum, mit einer breiten Produkt(varianten)palette der Nachfrage entgegen zu kommen (economies of scope).

Eine auch mit Blick auf Nachhaltigkeit hochinteressante Möglichkeit stellt angesichts dieser Zwickmühle die Plattformstrategie dar. Auf einer in Massenproduktion hergestellten Plattform werden erst im zweiten Produktionsabschnitt all die vielen nötigen Varianten realisiert. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist wiederum die Modulbauweise, die - wieder mit Blick auf Nachhaltigkeit - die Spielräume für lange Nutzungszeiten für Reparaturen und vor allem Modernisierungen eröffnet. Einer unserer Kooperationspartner, die Firma Jungheinrich, könnte damit zum Beispiel Gabelstapler auf den Markt bringen, in die wahlweise ein Diesel-, Gas-, Elektro- oder Brennstoffzellenantrieb integriert werden kann, mit Nachrüstbarkeitsgarantie!

Gewinner und Verlierer

Natürlich hat das Anknüpfen an der Wettbewerbsfähigkeit im Rahmen von Nachhaltigkeitsstrategien auch seine Kehrseiten. Die Palette möglicher Ansprechpartner für Nachhaltigkeitsstrategien bleibt auch hier beschränkt auf „moderne“ Unternehmen, die sich erfolgreich in nachfragedominierten Märkten bewegen (wollen). Jedoch ist weder die langfristige Strategie noch die Innovationsfähigkeit ein Privileg von Großunternehmen. Viel wesentlicher ist die interne Struktur, die Qualität des Managements und der Mitarbeiter und die Kommunikationsfähigkeit mit der Unternehmensumwelt.

Das größere Problem, den Herausforderungen der Nachhaltigkeit mit Wettbewerbsstrategien zu begegnen, liegt allerdings darin, dass es im Wettbewerb nicht nur Gewinner geben kann. Es wird auch Verlierer geben. Diese Verlierer werden Unternehmen mit ihren Beschäftigten und deren Familien sein und zwar sowohl hier in den Industrienationen als auch in den Entwicklungs-

und Schwellenländern. Die weitere quantitative und qualitative Intensivierung des Wettbewerbs wird ganze Volkswirtschaften treffen.

Eine umfassende Nachhaltigkeitsstrategie ist allein mit Unternehmenskooperationen und dem Anknüpfungspunkt Wettbewerbsfähigkeit also nicht zu realisieren. Sie ist darauf angewiesen, dass der Wettbewerb eingebunden wird in einen Rahmen, der soziale und ökologische Mindeststandards sichert. Staatliche und zwischenstaatliche Regulation, die Verbraucher mit ihrer Verbrauchermacht und nicht zuletzt die Nicht-Regierungs-Organisationen sind wichtige Akteure bei dieser Rahmensetzung. Die Demonstranten in Seattle haben auf die Notwendigkeit einer Einbeziehung aller normativen Elemente des Nachhaltigkeitsziels noch einmal deutlich hingewiesen.

Alles easy mit der Nachhaltigkeit?

Zum Bedeutungswandel der Leitbilder ökologischen Wirtschaftens

Stefan Zundel (2000)

Seit das Leitbild vom Nachhaltigen Wirtschaften den ökonomisch-ökologischen Diskurs dominiert, scheint die Luft aus der Leitbilddiskussion weitgehend heraus zu sein. Die Diskussion wird seitdem überwiegend in Expertenzirkeln geführt. Die traute Einigkeit, die der Begriff der Nachhaltigkeit heutzutage stiftet, ist jedoch täuschend. Der Teufel steckt nicht nur im Detail; vielmehr haben die Leitbilder ökologischen Wirtschaftens signifikante Bedeutungsverschiebungen erfahren. Diese haben erhebliche theoretische und politische Folgen. Daher ist es zentral, diese verdeckten Probleme freizulegen und die Diskussion unter neuen Vorzeichen wieder zu öffnen.

Leitbilder ökologischen Wirtschaftens sind in erster Näherung regulative Ideen für die Gestaltung des Wirtschaftsprozesses, deren Befolgung gewährleisten soll, dass ökologische Probleme des Wirtschaftens vermieden oder wenn das nicht möglich erscheint - gemindert werden. Sie beinhalten also stets zwei Aspekte:

- Eine Wunschvorstellung des Verhältnisses Gesellschaft - Natur und eine Wunschvorstellung einer Wirtschaftsordnung, die dieser Idee des Verhältnisses von Gesellschaft und Natur gerecht wird.
- Viele Leitbilder transportieren - zumeist als versteckte Submelodie im eigentlichen Text - darüber hinaus Ideen vom guten Leben. Deshalb geht es bei der Diskussion um Leitbilder oft auch um eine Vision einer besseren Gesellschaft oder eines besseren Lebens.

Am Anfang des ökologisch-ökonomischen Diskurses um Leitbilder standen vor allem solche Begriffe wie Umwelt- und Sozialverträglichkeit sowie das qualitative Wachstum. Bekannte Konkretisierungen, die eine Zeitlang eine gewisse Bedeutung - zumindest in Deutschland - erlangt haben, sind mit dem Wort von der Wende verknüpft: Energiewende, Chemiewende und Verkehrswende, um nur die populärsten Beispiele zu nennen. Immer schon und nach wie vor populär sind auch die Bilder von der Kreislaufwirtschaft und dem (natürlichen) Gleichgewicht. Bis heute kontrovers werden die Beziehungen zwischen den Paradigmen Effizienz, Suffizienz und Konsistenz diskutiert. Ein Seitenstrang, der erst jüngst wieder in der wissenschaftlichen Gemeinde diskutiert wird, ist das Konzept des ökologischen Fußabdrucks. Und schließlich darf man natürlich in dieser Liste den Begriff der Nachhaltigkeit nicht unerwähnt lassen, das mit Abstand populärste Konzept von allen. Fast alle älteren Konzepte präsentieren sich deshalb heute als Konkretisierung oder als Operationalisierung dieser Leitvorstellung.

Leitbilder erfüllen eine ganze Reihe von Funktionen. Zu nennen sind:

- Die Orientierungsfunktion durch Reduktion von Komplexität,
- Leitbilder vereinfachen sinnvollerweise den richtigen Umgang mit der Natur und erfüllen so eine orientierende Funktion für die gesellschaftlichen Akteure,
- die politisch-öffentliche Funktion,
- durch die Reinterpretation gängiger kultureller Deutungsmuster durch ökologische Überlegungen bemühen sich die Protagonisten von Leitbildern im öffentlichen Raum um neue Mehrheiten. Die hohe politische Kunst der Leitbildentwicklung besteht darin, einen Anschluss an das Reservoir von kulturell vorgegebenen Deutungsmustern zu finden,
- die Funktion der Sinnstiftung

- Leitbilder transportieren vielfach normative Vorstellungen des guten Lebens. Dies verleiht ihnen ihre gesellschaftliche Popularität, weil sie hierdurch eine Leerstelle in säkularisierten Gesellschaften ausfüllen.

Das Angebot an Leitbildern, das heute auf dem Tisch liegt, ist überaus reichhaltig - so reichhaltig, das leicht der Überblick verloren geht. Ich möchte mich hier nicht an Strukturierungsangeboten versuchen, sondern lediglich an einigen Zipfeln des Tischtuches ziehen, um ein wenig Bewegung in das Tableau zu bringen.

Statik und Dynamik

Viele Leitbilder ökologischen Wirtschaftens haben eine statische Basis. Sie formulieren implizit und explizit den Wunsch, dass die Befolgung von Regeln (ökologischen Wirtschaftens) Sicherheit vor ökologischen Problemlagen gewährleistet. Da es eher unwahrscheinlich ist, dass die komplizierte Wechselwirkung von menschlichen Gesellschaften und ihren natürlichen Lebensgrundlagen jemals vollständig wissenschaftlich aufgeklärt und darüber hinaus dann auch sicher prognostiziert und gestaltbar sein wird, ist fehlendes Wissen über die (natürlichen) Handlungsfolgen eine konstitutive Eigenschaft der Interaktion von Gesellschaft und Natur.

Für moderne Industriegesellschaften gilt verschärfend, dass der beständige Wandel der technologischen Basis und der wirtschaftlichen Struktur, der charakteristisch für eine dynamische Gesellschaft ist, keine Erfahrungskurve zulässt, die auf eine beständige Akkumulation von Wissen hinausläuft. Jeder Fortschritt birgt neue, auch ökologische Probleme. Anders ausgedrückt: Ökologische Problemverschiebungen sind eine normale Begleiterscheinung dynamischer Gesellschaften und die Idee, man könne ökologische Problemverschiebungen durch ein intelligentes Regelwerk gänzlich vermeiden, ist irreal.

Deshalb ist es auch höchst unwahrscheinlich, dass sich jemals Kriterien formulieren lassen, mit deren Hilfe die Interaktion zwischen Gesellschaft und Natur so gestaltet werden kann, dass menschliche Gesellschaften vor einer irreversiblen Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft sicher sind. Damit wird die Frage nach der Stabilität der natürlichen Bedingungen des Wirtschaftens natürlich nicht obsolet. Definitionen von

ökologischen Engpässen, kritischen Grenzen oder Umwelthandlungszielen sind aus dieser Perspektive jedoch Begrenzungen auf eine zeitliche Frist, die einem stetigen Korrektur- und Veränderungsprozess ausgesetzt sind. Mehr noch: Wenn es den grünen Stein der Weisen nicht gibt, verschiebt sich womöglich auch eine zentrale Frage des ökologisch-ökonomischen Diskurses nämlich die nach Art und Natur der Begrenzungen des Wirtschaftens. Sie lautet dann: Wie können wir Sorge dafür tragen, dass die Problemlösungskapazitäten der Gesellschaft Schritt halten mit den Problemen, die durch unser Handeln immer wieder neu aufgeworfen werden?

Utopischer Überschuss

Die zeitgenössischen Leitbilder ökologischen Wirtschaftens sind durch eine systematische Schiefelage gekennzeichnet. Sie formulieren ökologische, ökonomische und soziale Bedingungen des guten Lebens, thematisieren das gute Leben aber nur noch selten explizit. In einer früher üblichen Terminologie sprach man in diesem Zusammenhang vom sogenannten subjektiven Faktor. Einiges davon hat sich noch im feministischen Diskurs gehalten. Vermeintliche oder reale Eingriffe in die Autonomie der eigenen Lebensgestaltung sind in liberalen Gesellschaften jedoch weitgehend verpönt. Die Freiheitsvorstellung, wonach jeder selbst für seine Lebensgestaltung verantwortlich ist, ist eine fundamentale Grundströmung liberaler Gesellschaften. Ein Verstoß dagegen ist scheinbar nur um den Preis des Verlustes der Anschlussfähigkeit an den gesellschaftlichen Diskurs zu haben. Tatsächlich dürfte jedoch die politische Popularität, die das Umweltthema im allgemeinen und die Grünen im besonderen in den 70er Jahren bis weit in die 80er Jahre in Deutschland genossen haben, nicht zuletzt auch von einem utopischen Überschuss über technokratische Lösungen der Umweltprobleme herrühren. Gerade weil das Umweltthema sich als Projektionsfläche für Sinnangebote in einer säkularisierten Gesellschaft gut eignete („small is beautiful, einfaches Leben im Einklang mit der Natur ...“), war die politische Bewegung so populär. Der historisch durchaus berechtigte Ansatz, den ökologisch-ökonomischen Diskurs realitätstüchtig zu machen und Anschluss an den modernen Gesellschaftsdiskurs zu bekommen, hat diesen utopischen Gehalt gründlich aus den Leitbildern ausgetrieben. Diese Professionalisierung war zweifellos ein Fortschritt,

heute steht der Kaiser jedoch nackt da und man fragt sich, welches politische Moment Auseinandersetzungen um die symbolische Abschaltung eines Kernkraftwerkes in dieser Legislaturperiode oder der Kampf um die Prozentpunkte der Kohlendioxid-Reduktion jenseits der grünen Kernklientel noch entfalten sollen:

Die Vorstellung, man könne das gute Leben gleichsam als Folge einer Einsicht in eine ökologische Notlage gesellschaftsfähig machen und damit Leitbilder ökologischen Wirtschaftens wieder visionär aufladen, war und ist sicher falsch. Gleichwohl ist das Unbehagen an der Moderne unausrottbar und kann auch nicht mit berechtigten kritischen Argumenten über die vormoderne Naivität alternativen Vergesellschaftungsformen aus der Welt geschaffen werden. Es ist auch nicht auf die Modernisierungsverlierer beschränkt, die von gesellschaftlichen Gratifikationen wie Einkommen oder qualifizierte Arbeit abgeschnitten werden, und schon deshalb gute Gründe haben, dem Modernisierungstau zu mißtrauen.

Im Gegenteil: Das Gefühl, dass bei aller Dynamisierung und Flexibilisierung, bei Risiko und Abenteuer, etwas Wichtiges verloren gehen könnte, nistet in allen Etagen der modernen Industriegesellschaft. Die erhöhten Anforderungen an die subjektive Informationsverarbeitung überfordern nicht nur Alte, Kranke und Marginalisierte. Menschen sind sehr anpassungsfähig, aber nicht in beliebiger Zahl und in beliebigem Umfang. In einem sehr direkten subjektiven Sinne halten die Problemlösungskapazitäten von Menschen mit den Anforderungen moderner Informationsgesellschaften nicht Schritt. Weil das kaum nachhaltig sein dürfte und weil das eigentlich auch gar nicht so neu ist, mogelt sich die alte Frage nach dem guten Leben doch immer wieder in den Diskurs über Leitbilder ökologischen Wirtschaftens.

Antworten auf die Frage nach dem guten Leben müssen allerdings nicht zwangsläufig im Rückspiegel der Geschichte gesucht werden. Auch in der Moderne entstehen beständig neue Formen der Vergemeinschaftung und neue Lebensentwürfe, die als vorbildhaft wahrgenommen und nachgeahmt werden. Die Ressource Sinn wird in modernen Gesellschaften nicht nur aufgebraucht, wie mit einem gewissen Recht Habermas einmal formulierte, sie wird auch

regeneriert. Allerdings spricht einiges dafür, dass die Zerstörung von Gemeinschaftsstrukturen gegenwärtig deutlich schneller voranschreitet als die Bildung neuer Gemeinschaften, in denen sich Menschen wohl fühlen können und ihr Leben als sinnerfüllt erleben. Auch das ist ein Problem der Nachhaltigkeit und moderne Leitbilder ökologischen Wirtschaftens tun vielleicht gut daran, das zu beherzigen.

Von der Umweltverträglichkeit zur Nachhaltigkeit

Zu den Leistungen der Enquete-Kommission *Schutz des Menschen und der Umwelt* des Deutschen Bundestages gehört die Popularisierung der Erweiterung des Nachhaltigkeitsbegriffes um eine ökonomische und soziale Dimension. Der ökologisch-ökonomische Diskurs geht hingegen traditionell von der Hintergrundannahme aus, dass die fragile Beziehung zwischen menschlichen Gesellschaften und ihren natürlichen Lebensgrundlagen den zentralen Engpass moderner Gesellschaftsentwicklung repräsentiert. Für diese Ansicht spricht die historische Erfahrung, wonach schon manche menschliche Gesellschaft kulturell und sogar physisch an der Vernachlässigung ihrer natürlichen Lebensgrundlagen zugrunde gegangen ist. Und nach allem, was wir heute wissen können, kann der industrielle Metabolismus moderner industrieller Gesellschaften auf lange Sicht nicht dauerhaft durchgehalten werden.

Aber provokativ gefragt: Ist es wirklich so falsch, egoistisch und kurzsichtig, die Lösung solcher Probleme wie Arbeitslosigkeit, Reform der sozialen Sicherungssysteme oder die Neuorientierung nationaler Ökonomien in der Weltwirtschaft gegenwärtig für vordringlicher als eine ökologische Steuerreform oder ein internationales Artenschutzabkommen zu halten? Steckt nicht vielleicht in dem Agenda-setting der Gesellschaft mehr Realitätssinn als in der Programmatik des umweltpolitischen Sachverstandes? Und wenn dem so wäre, welche Konsequenzen ergeben sich daraus für zukunftsfähige Leitbilder ökologischen Wirtschaftens und die Umweltpolitik?

Kann der Staat nachhaltiges Konsumverhalten steuern?

Ulla Simshäuser (2000)

Verbraucheraufklärung, freiwillige Vereinbarungen, Ordnungsrecht etc. - welche Instrumente und Maßnahmen motivieren die Masse der VerbraucherInnen zu nachhaltigem Konsum? Und welche Perspektiven ergeben sich für die Politik? Eine empirische Untersuchung von typischen Konsumtrends in den letzten 20 Jahren sowie eine Befragung von PraxisakteurInnen ergab, dass vor allem systemische Ansätze bei Produkten und Politikstil gefordert sind. Vertieft betrachtet wurden die Bereiche Waschen, Ernährung und Heizen.

Über die Vertiefungsbereiche hinweg lassen sich allgemeine Wirkungen von Instrumenten feststellen, die sich in folgenden Trends ausdrücken: Die bisher eingesetzten Instrumente trugen im Rahmen eines jeweils bereichsspezifischen Mixes zum Teil sehr wirksam zu einer Verbesserung der Produkteffizienz bei; die Einflüsse der Umwelt- und Verbraucherberatungen auf eine Veränderung des Verbraucherverhaltens breiter Konsumentengruppen sind moderat; auf lange Sicht ist derzeit keine Beeinflussung gegenläufiger Wachstumseffekte zu beobachten. Die einzelnen Instrumente hatten dabei jeweils unterschiedliche und über den einzelnen Vertiefungsbereich hinaus nicht verallgemeinerbare Wirkungen. Beispielsweise verzeichnete das Umweltzeichen unterschiedliche Erfolge.

Für die Zukunft zeichnen sich deshalb neue Anforderungen an die Produktpolitik und den Politikstil für nachhaltigen Konsum ab: Im Fokus stehen systemische Ansätze im Bereich der Produkte, sogenannte systemische Innovationen, hier durch Vernetzung von Akteuren und Handlungsfeldern.

Begrenzte Beeinflussung durch Verbraucherinformation

Bisher ging man davon aus, dass Verbraucherverhalten in erster Linie durch Information und Beratung beeinflusst werden könne. Unsere Untersuchungen können dies mit dem Blick auf die Masse der VerbraucherInnen nicht bestätigen. Insbesondere finanzielle und zeitliche Faktoren, Gegebenheiten der Infrastruktur sowie nicht zuletzt grundsätzliche Werthaltungen wie sie sich im Rahmen individueller Lebensstile entwickeln, scheinen verhaltensbestimmend zu sein. Materielle Anreize scheinen indes für die Mehrzahl der VerbraucherInnen über Ansätzen der Bildung und Information zu stehen. Auch Instrumente, die das wirtschaftliche Eigeninteresse der VerbraucherInnen ansprechen, wie etwa im Bereich Heizkosten, wurden relativ leicht entscheidungs- und verhaltenswirksam. Der Lenkungsanreiz, der von ihnen ausgeht, ist allerdings angesichts des hohen allgemeinen Wohlstandsniveaus für viele Menschen relativ gering.

Kommunikation und Wirkungsdynamik als Potenzziele

An verschiedenen Beispielen zeigte sich, dass weniger ein einzelnes, auf das Verbraucherverhalten zielendes Instrument als solches wirksam war, sondern die mit seiner Entwicklung und Anwendung verbundene soziale Dynamik. Nicht in dem ursprünglich direkt intendierten Steuerungsimpuls als solchem, sondern in der mitunter nicht intendierten gesellschaftlichen Dynamik, die sich häufig bereits vor der eigentlichen Maßnahme entwickelte, liegen offenbar die eigentlichen Potenziale von Instrumenten. Instrumente werden als Anlass zum Aushandeln und Kommunizieren von Zielen benutzt. Die Besonderheit besteht aber darin, dass die entstehende Dynamik rund um die Zielkommunikation nach mehreren Seiten wirkt und verschiedene Akteure beeinflusst.

Charakteristisch für diese Dynamik ist zum Beispiel die beobachtete widersprüchliche Wirkung von Maßnahmen der Verbraucherinformation und -beratung. Einerseits war ihre direkte Wirkung auf Verhaltensänderungen der Gesamtheit der VerbraucherInnen relativ gering. Andererseits setzte die beratende Tätigkeit der Verbraucherorganisationen - Produkttests, Labels und dergleichen eingeschlossen - Signale an andere Akteure über mögliche Konsumtrends und veranlasste Hersteller zu ökologisch relevanten Produktentwicklungen. Ähnliches pro-actives Handeln löste Diskussionen staatlicher Akteure und Verbraucherorganisationen über Inhaltsstoffe in Waschmitteln und den Versuch einer ordnungsrechtlichen Regelung aus. Dort, wo in den untersuchten Verfügungsbereichen der Instrumentenmix erfolgreich war, war vor allem die Dynamik entscheidend, die sich rund um den Instrumenteneinsatz entwickelte. Das rückt die Bedeutung des Politikstils, also die Art der Verständigung der Akteure vor und nach dem Instrumenteneinsatz, in den Mittelpunkt. Normative, an irreversiblen Standards orientierte Instrumente scheinen manchen Bereichen der Entwicklung nicht Rechnung zu tragen und drohen Akzeptanzverluste zu erleiden, bei manchen Produkten gilt dies auch für den „Blauen Engel“.

Ein Steuerungsparadoxon

Wie die Konsum- und Lebensstilforschung zeigt, wurden mit dem gesellschaftlichen Wandel seit den 80-er Jahren sowohl die Lebensstile als auch die für den nachhaltigen Konsum relevanten Akteure - wie Umwelt- und Verbraucherorganisationen, Hersteller, Handelsunternehmen etc. - zahlreicher. Zu vielen gesellschaftlichen Milieus hat der Staat inzwischen nur noch über die entsprechenden relevanten Akteure Zugang. Dies mündet in ein für den nachhaltigen Konsum typisches Steuerungsparadoxon des Staates. Die Vielfalt der Akteure und Lebensstile nimmt einerseits zu, so dass gerade bei der Frage der Verhaltensbeeinflussung akteurs- und zielgruppenspezifische Ansätze im Zugang auf diese Lebensstilgruppen notwendig sind. Gleichzeitig übersteigt gerade diese Vielfalt der Lebensstile von VerbraucherInnen die Möglichkeiten insbesondere des Staates zur Feinsteuerung. Zu lösen ist dieses Dilemma nur über einen Politikstil, der flexibel und in der Lage

ist, die Handlungspotenziale verschiedener Akteure einzubinden in eine gemeinsame Strategie und geteilte Ziele.

Staatliche Doppelrolle

Dem Staat kommt heute die besondere Aufgabe zu, relevante Akteure zu identifizieren und ihre Handlungspotenziale zu einer effizienten Strategie zu vernetzen. Er hat Aufgaben wie:

- Das Formulieren, Verbreiten und Inszenieren von geeigneten Zielen des nachhaltigen Konsums und deren Umsetzung, zum Beispiel durch Öffentlichkeitsarbeit, Kampagnen, Marketingförderung und das Unterstützen von Akteursnetzwerken;
- Das Fördern der Eigeninitiative relevanter Innovations-Akteure im Bereich des nachhaltigen Konsums und das Erleichtern ihres Marktzugangs.

So demokratisch diese Strategie daherkommt, so risikoreich dürfte sie in der Praxis sein. Die Gefahr besteht, dass die Partikularinteressen von Akteuren in politische Ziele gegossen werden. Gerade wegen des am Konsens der Akteure orientierten Politikstils kommt dem Staat notwendigerweise wieder eine viel stärkere und bei weitem nicht ausgeschöpfte Verantwortung für die Gefahrenprävention zu. Jenseits einer einseitigen Verstrickung in Grenzwertdebatten und eines reinen Reagierens auf immer schnellere Veränderungen von Techniken und Standards gilt: Staatliche Akteure müssen definieren, wo die Suche nach Konsens aufhört, und verständlich und breitenwirksam kommunizieren, wo reale Risiken bestehen und wo das Prinzip der politischen Verantwortung, gerade auch für künftige Generationen, verbindlich eingehalten werden und mit Inhalt gefüllt werden muss. Dazu gehört neben dem Schutz der natürlichen Ressourcen insbesondere der gesundheitsbezogene Schutz der VerbraucherInnen vor Gefahren im Umgang mit Stoffen, Produkten, Lebensmitteln und Techniken.

Systemische Innovationen fördern

Angesichts der begrenzten Erfolge verhaltensbeeinflussender Instrumente zur Förderung von nachhaltigem Konsum und steigender Wachstumstrends sollte die

konsequente Entwicklung und Förderung derjenigen Produktinnovationen vorangetrieben werden, die über eine reine Orientierung an Effizienzstandards für bestehende Produkte hinaus gehen. Angesprochen sind technische Innovationen im Produktbereich, die etwa das Ziel der Emission in nahezu geschlossenen Kreisläufen anstreben oder auch technische Lösungen, die schwer zu beeinflussendes Routinehandeln der VerbraucherInnen im Alltag ausgleichen. Ein Beispiel ist hier die automatische Dosierung von Waschmitteln. Ökologischem Produktdesign und Integrierter Produktpolitik kommt deshalb eine entsprechende Verantwortung zu. Künftige Orientierungen müssten zumindest für bestimmte Marktsegmente und Konsumentengruppen auch eine Verlagerung von Produkt- zu Dienstleistungskonsum anstreben und Strategien zur Unterstützung der dafür notwendigen Infrastruktur entwickeln. Hierzu bedarf es auch neuartiger unterstützender Maßnahmen und flexibler Instrumente.

Monitoringmodelle entwickeln

Dies stellt auch die anwendungsorientierte Forschung vor neue Herausforderungen. Wenn sowohl für die Entwicklung neuer Produkte als auch für die Entwicklung neuer Instrumente systemische Ansätze favorisiert werden, muss die angewandte Forschung sich durch neue Prozessorientierte Methoden entsprechend anpassen. Hierzu gehört, auch das ist ein Ergebnis des Forschungsprojekts, dass klassische Input-Output-Evaluationen für die praxisorientierte Politikberatung künftig eher in den Hintergrund treten und prozess- und projektbegleitenden Monitoringmodellen Platz machen müssen.

Unwirtschaftliches Wachstum

Einige Bemerkungen über Wirtschaftstheorie und Globalisierungspraxis

Herman E. Daly (2000)

Was für die Mikroökonomik selbstverständlich ist, wird in der gesamtwirtschaftlichen Betrachtung immer noch ignoriert: Es gibt eine optimale Größe wirtschaftlicher Aktivität. Ein Wachstum darüber hinaus ist unwirtschaftlich.

Wachstum des Bruttosozialprodukts (BSP) steht bei Ökonomen in so hohem Ansehen, dass sie es „wirtschaftliches“ Wachstum nennen. Schon durch die Namensgebung wird ausgeschlossen, dass es so etwas wie „unwirtschaftliches Wachstum“ des BSP geben könnte. Kann es das aber tatsächlich nicht geben? Bevor wir diese makroökonomische Frage beantworten, sollten wir sie zunächst aus mikroökonomischer Sicht betrachten: Kann das Wachstum mikroökonomischer Aktivitäten (Produktion eines Unternehmens oder Konsum eines Haushalts) unwirtschaftlich sein? Natürlich kann es das. Im Grunde ist die ganze Mikroökonomik eine Variation des Themas: Suche nach dem optimalen Ausmaß jeder einzelnen Aktivität, dies ist der Punkt, an dem die Grenzkosten so weit ansteigen, dass ihre Höhe die des abnehmenden Grenznutzens erreicht. Ab dort wäre jede weitere Steigerung der Aktivität unwirtschaftlich.

Wenn wir uns aber der Makroökonomik zuwenden, hören wir nichts mehr vom optimalen Maß und auch nichts mehr über Grenzkosten und -nutzen. Statt getrennter Konten für Kosten und Nutzen gibt es hier nur ein Konto, das BSP, das Kosten und Nutzen zu einer einzigen Kategorie „wirtschaftliche Aktivität“ zusammenzieht. Dahinter steckt der Glaube, dass Aktivität in

überragender Weise Nutzen widerspiegelt. Dagegen gibt es keine makroökonomische Entsprechung zu den Kosten, die gegen das Wachstum der am BSP gemessenen Aktivität (= Nutzen) aufgerechnet werden können. Als einzige ökonomische Größe wird das BSP für stetig ausweitbar gehalten.

Aber natürlich gibt es Kosten, die durch das Wachstum des BSP verursacht werden, wenn sie auch üblicherweise nicht gemessen werden. Es gibt Kosten der Ausbeutung von Ressourcen, der Umweltverschmutzung, der Störung ökologischer Lebenserhaltungsfunktionen, der Opferung von Freizeit, der Nutzlosigkeit bestimmter Formen von Arbeit; es werden im Interesse der Kapitalmobilität Gemeinschaften zerstört, es wird auf die Lebensräume anderer Arten übergreifen und ein wesentlicher Teil des Erbes zukünftiger Generationen aufgebraucht. Oft werden diese Kosten nicht nur nicht gemessen, sondern sogar als Nutzen verbucht. Dies geschieht beispielsweise, wenn die Beseitigung von Umweltverschmutzung positiv in das BSP eingeht, und ebenso, wenn wir es unterlassen, die Wertminderung des erneuerbaren, natürlichen Kapitals (der Produktionskapazität) und die Verringerung nicht wachsenden Kapitals (sozusagen der Lagerbestände) in die Berechnung einzubeziehen.

Dabei gibt es a priori keinen Grund, warum die Grenzkosten des Wachstums nicht seinen Nutzen übersteigen könnten. Tatsächlich sollte die ökonomische Theorie selbst uns zu der Annahme führen, dass dies möglich sei. Das Gesetz von abnehmenden Grenznutzen besagt, dass wir unsere dringendsten Wünsche als erste erfüllen, und jedes zusätzliche Einkommen für weniger wichtige Wünsche ausgegeben wird. Der Grenznutzen des Wachstums sinkt also. In ähnlicher Weise besagt das Gesetz der steigenden Grenzkosten, dass zuerst die produktivsten und am einfachsten zugänglichen Produktionsfaktoren eingesetzt werden -das fruchtbarste Land, die konzentriertesten und am leichtesten abbaubaren Lagerstätten, die besten Mitarbeiter. Weniger produktive Faktoren werden erst dann eingesetzt, wenn das Wachstum es nötig macht.

Daher steigen die Grenzkosten des Wachstums. Wenn diese bis auf das Niveau des gleichzeitig sinkenden Grenznutzens ansteigen, haben wir die optimale Höhe des BSP erreicht und weiteres Wachstum wäre unwirtschaftlich. Warum ist es undenkbar, diese grundlegende Logik der

Mikroökonomik in die Makroökonomik auszuweiten? Vor allem deshalb, weil sich die Mikroökonomik meist mit Teilen befaßt; das Wachstum des einen betrachteten Teils wird durch die Opportunitätskosten begrenzt, die es dem Rest des gesamten Systems auferlegt. Die Makroökonomik dagegen beschäftigt sich mit dem Ganzen und so hat das Wachstum keine Opportunitätskosten, weil es keinen „Rest der Welt“ gibt, den die Kosten betreffen könnten. Ökologische Ökonomen haben aber darauf hingewiesen, dass in Wirklichkeit die gesamte Wirtschaft noch gar nicht das Ganze ist, das zu betrachten ist, sondern dass sie nur ein Subsystem des Ökosystems darstellt, der größeren „Wirtschaft“ der Natur.

Das neoklassische Paradigma: Natur als Sektor der Wirtschaft

Das Paradigma oder die voranalytische Vision der neoklassischen Standardökonomie besagt, dass die Wirtschaft das gesamte System beschreibt, während die Natur, soweit sie überhaupt berücksichtigt wird, als Teilbereich der Wirtschaft gilt. Beispielsweise wird sie in Form von Lagerstätten, Brunnen, Wäldern, Fischgründen, Ackerflächen oder auch als Müllgrube dem primären Sektor, dem Grundstoffsektor zugeschlagen. Die Natur wird nicht als Hülle gesehen, die die Wirtschaft umfaßt, versorgt und trägt, sondern als ein Sektor wie andere. Wenn die Produkte und Dienste des primären Sektors knapp werden, wird die Wirtschaft um die spezifische Knappheit „herum wachsen“, indem die knappen Produkte durch andere ersetzt werden. Wenn diese Substitution schwierig wird, werden neue Technologien erfunden, die den Ersatz ermöglichen.

Die Unwichtigkeit der Natur zeigt sich in dieser Version an sinkenden relativen Preisen ihrer Produkte und durch den kleiner werdenden Anteil des primären Sektors am Bruttosozialprodukt. Über die einmalige Bereitstellung unzerstörbarer Bausteine hinaus kommt der Natur in der neoklassischen Ökonomie einfach keine Bedeutung für die Wirtschaft zu.

Dass diese Beschreibung des neoklassischen Paradigmas zutrifft, zeigt ein Blick in elementare Lehrbücher zu den Grundlagen der Ökonomie, die alle diese voranalytische Vision schon auf den ersten Seiten präsentieren: Das berühmte Kreislaufdiagramm, das die Wirtschaft als

Kreislauf von Wertflüssen zwischen Unternehmen und Haushalten beschreibt - ein isoliertes System, in das nichts von außen eindringt und aus dem nichts hinausfließt. Es gibt kein „Außen“, keine Umwelt. Eine weitere Bestätigung findet sich in den Stichwortverzeichnissen makroökonomischer Lehrbücher. Begriffe wie „Umwelt(verschmutzung)“ oder „Natur(zerstörung)“ fehlen fast durchgehend. Und wie um die Unwichtigkeit der Natur zu bestätigen, basieren die weiterführenden Kapitel zum Thema Wachstumstheorie auf neoklassischen Produktionsfunktionen, in denen Produktion allein von Kapital und Arbeit abhängt - natürliche Ressourcen werden aus der Betrachtung vollständig ausgeschlossen. Verschiedene persönliche Erfahrungen haben mich in der Überzeugung bestärkt, dass der Unterschied wirklich in der voranalytischen Vision liegt.

Meine voranalytische Vision der Wirtschaft als Teilsystem führt uns direkt zu den Fragen:

- Wie groß ist das Teilsystem im Verhältnis zum Ganzen?
- Wie groß kann es sein, ohne das Funktionieren des Gesamtsystems aus der Ordnung zu bringen?
- Wie groß sollte es sein, was ist sein optimales Ausmaß, jenseits dessen weiteres Wachstum unwirtschaftlich wäre?

Das Paradigma der ökologischen Ökonomie: Wirtschaft als Teilsystem der Natur

Der neoklassische „Beweis“ für die Unwichtigkeit der Natur (fallende relative Preise für viele natürliche Ressourcen, geringer Anteil des Primärsektors am BSP) wird vom ökologisch-ökonomischen Paradigma deutlich anders gesehen. In einer Ära rapiden Ressourcenabbaus ist ihr kurzfristiges Angebot selbstverständlich hoch und der Marktpreis entsprechend niedrig. Niedrige Ressourcenpreise sind aber kein Zeichen für Nichtknappheit und Unwichtigkeit, sondern für rapiden Abbau und zunehmende technologische Abhängigkeit von hohem Durchsatz billiger Ressourcen. Was die neoklassische Behauptung angeht, dass der geringe Anteil, den der Primärsektor zum Bruttosozialprodukt beiträgt, ein Zeichen für seine Unwichtigkeit sei: Dann könnte man auch behaupten, dass das Fundament eines Gebäudes

unwichtig sei, weil es nur fünf Prozent der Höhe des über ihm errichteten Wolkenkratzers ausmacht. Das BSP ist die Summe der Werte, die durch Arbeit und Kapital hinzugefügt werden. Aber hinzugefügt zu was? Zu den Ressourcen! Sie sind die Basis oder das Fundament, auf dem der Wolkenkratzer des Mehrwertes ruht. Die Wichtigkeit eines Fundaments verringert sich nicht mit dem Wachstum der von ihm unterstützten Struktur.

Wenn das BSP-Wachstum nur aus den Wertzuwächsen bestünde, die einem nicht wachsenden Ressourcendurchsatz hinzugefügt werden, dann wäre dieses Wachstum für viel längere Zeit ein wirtschaftliches Wachstum. Ein solcher Prozess qualitativer Verbesserung ohne quantitative Zunahme über die Umweltkapazität hinaus ist das, was ich an anderer Stelle Entwicklung ohne Wachstum genannt und als Definition für „Sustainable Development“ vorgeschlagen habe. Aber es ist noch nicht das, was in der heutigen Welt passiert. Laut einer Studie des World Resources Institute und anderer stieg der Pro-Kopf-Ressourcenverbrauch in der Zeit von 1975 bis 1993 in Deutschland, Japan und den Niederlanden, wenn auch langsam. Er stieg auch in den USA, wenn man die Bodenerosion nicht berücksichtigt. Das Bevölkerungswachstum in diesen Ländern ist langsam, aber nicht null, was dem Wachstum des Gesamtdurchsatzes einen weiteren Schub gibt. Da die derzeitigen Niveaus des Ressourcenverbrauchs in diesen Ländern von 45.000 bis 85.000 Kilogramm pro Person und Jahr reichen - ein Niveau, das schon heute zu Umweltzerstörungen führt -, scheint es ein bißchen voreilig, das Kommen der „dematerialisierten Wirtschaft“ anzukündigen.

Beliebigen Ersatz gibt es nicht

Aus der Sicht der ökologischen Ökonomie wächst die Wirtschaft dadurch, das sie die Umwelt (Naturkapital) in sich selbst (menschengemachtes Kapital) umwandelt. Das optimale Ausmaß dieser physikalischen Umwandlung (die optimale Größe der Wirtschaft) ist dann erreicht, wenn die Grenzkosten des Naturkapitalabbaus dem Grenznutzen des Wachstums menschengemachten Wachstums entsprechen. Dieser Prozess der Umwandlung findet in einer Umwelt statt, die endlich, nichtwachsend und materiell geschlossen ist. Es gibt den Durchsatz solarer Energie, der die biochemischen Zyklen antreibt, aber dieser Energiedurchsatz ist ebenfalls

endlich und nichtwachsend. Wenn das wirtschaftliche Subsystem wächst, wird es relativ zum Gesamtsystem größer und muss sich folglich mehr den Grenzen des Gesamtsystems anpassen - Endlichkeit, Nichtwachstum, Entropie. Sein Wachstum ist letztlich begrenzt durch die Größe des Gesamtsystems, dessen Teil es ist, selbst unter der neoklassischen Annahme, dass es einfach sei, natürliches Kapital durch menschengemachtes zu ersetzen. Aber wenn menschengemachtes und natürliches Kapital komplementäre Faktoren statt Substitute sind, wie die ökologische Ökonomie behauptet, dann wäre die Expansion des wirtschaftlichen Subsystems weit strenger begrenzt. Es wäre völlig sinnlos, das menschengemachte Kapital über die Kapazität des Naturkapitals, das es zu ergänzen gilt, hinaus auszuweiten. Wozu sind Fischerboote gut, wenn die Fischvorkommen verschwunden sind? Der Fischfang war durch die Anzahl der Fischerboote (menschengemachtes Kapital) begrenzt, heute ist er es durch die verbleibendes Fischvorkommen (natürliches Kapital).

Wenn Faktoren sich komplementär verhalten, wirkt der knappe Faktor begrenzend. Wenn Faktoren Substitute sind, gibt es keinen begrenzenden Faktor. Wirtschaftliche Logik sagt, das wir unsere Aufmerksamkeit auf den begrenzenden Faktor konzentrieren sollten, und zwar durch a) kurzfristige Maximierung und seiner Produktivität und b) langfristige Investitionen in sein Wachstum. Dies ist eine wichtige Folgerung für die Wirtschaftspolitik. Die wirtschaftliche Logik bleibt dieselbe, aber die Identität des begrenzenden Faktors hat sich graduell vom menschengemachten zum Naturkapital verschoben: Vom Fischerbooten zu verbleibenden Fischvorkommen.

Aus der Perspektive der ökologischen Ökonomie stellt selbst die übliche neoklassische Annahme der einfachen Substituierbarkeit von Naturkapital durch menschengemachtes Kapital kein Argument für Wachstum dar – zumindest dann nicht, wenn Wachstum als die zunehmende Transformation von Natur in menschengemachtes Kapital gesehen wird. Wenn menschengemachtes Kapital Naturkapital substituiert, dann substituiert Naturkapital auch menschengemachtes Kapital. Substitution funktioniert in beide Richtungen. Wenn unsere ursprüngliche Ausstattung mit Naturkapital ein gutes Substitut für menschengemachtes Kapital wäre, warum haben wir uns –historisch gesehen- die Mühe gemacht, so viel Naturkapital in menschengemachtes

Kapital zu verwandeln? Neoklassiker, die an einfache Substitution glauben, haben hierauf keine Antwort. Auch haben sie keine gute Antwort auf die Frage: Wie kann man mehr Kapital herstellen, ohne mehr Ressourcen zu verbrauchen? Für ökologische Ökonomen besteht dieses Problem nicht, da sie von vornherein überzeugt sind, das natürliche und menschengemachte Kapital im Wesentlichen komplementäre Faktoren seien und nur selten Substitute. Je kleiner die optimale Größe der Wirtschaft ist, desto größer ist a) der Grad der Komplementarität zwischen Natur und menschengemachtem Kapital, b) unser Verlangen nach direkter Naturerfahrung und c) desto höher schätzen wir sowohl den Eigenwert als auch den Gebrauchswert anderer Arten ein. Je kleiner die optimale Größe der Wirtschaft, desto eher wird ihr physisches Wachstum unwirtschaftlich.

Globalisierung als Antrieb für unwirtschaftliches Wachstum

Die weltwirtschaftliche Integration durch Freihandel und Kapitalmobilität löscht die politische Bedeutung nationaler Grenzen praktisch aus, wodurch die Staatengemeinschaft durch eine kosmopolitische Nicht-Gemeinschaft globalisierter Individuen umgewandelt wird. Einige dieser „Individuen“ sind riesige transnationale Konzerne, die aber rechtlich tatsächlich als fiktive Individuen behandelt werden. Nationalstaaten können ökologische und soziale Kosten nicht mehr im Interesse der Ressourceneffizienz internalisieren, weil das Kapital in der Lage ist, seine Produkte an anderen Orten zu produzieren und trotzdem dort zu verkaufen, wo es sich gerade den sozialen Kontrollen entzogen hat. In ähnlicher Manier entkommt das Kapital höheren Löhnen und Steuern jeglicher Art, vor allem jenen Steuern, die exzessive Ungleichheit und Armut beseitigen sollen.

So schwer man sich ein Land vorstellen kann, das seine internen Kosten internalisiert, wenn es zum freien Handel mit Ländern gezwungen ist, die dies nicht tun, so schwer ist es auch sich ein Land vorzustellen, das eine Geburtenrate beschränkt, wenn es von den Folgen der Überbevölkerung in anderen Ländern betroffen ist. Ob Kapital in überbevölkerte Niedriglohnländer wandert oder arme Arbeiter in Hochlohnländer, das Ergebnis ist dasselbe: Ein Lohnsenkungswettbewerb zum Nachteil der Länder, die eine Hochlohnpolitik betreiben, indem sie das Bevölkerungswachstum

beschränken und den Wohlstand gleichmäßiger verteilen. Die arbeitende Bevölkerung im Niedriglohnland gewinnt hinsichtlich der Beschäftigtenzahl, wenn auch üblicherweise nicht im Hinblick auf steigende Löhne, weil sie als Folge vergangenen und aktuellen Bevölkerungswachstums über ein praktisch unbegrenztes Angebot an billigen Arbeitskräften verfügt. Die kapitalistische Klasse in Hochlohnländern profitiert von niedrigeren Löhnen im In- und Ausland. Die großen Verlierer sind die Erwerbstätigen in den (ehemaligen) Hochlohnländern. So können wir politische Strategien erwarten, niedrige Löhne nunmehr als Standortvorteile zu nutzen, um das Arbeitsangebot in vormaligen Hochlohnländern zu erhöhen. Das Wall-Street-Journal fordert bereits die Vereinfachung von Immigration in die USA. In Kürze wird wahrscheinlich empfohlen werden, höhere Geburtenraten der arbeitenden Bevölkerung sei eine Lösung für die vermeintliche „Arbeitsknappheit“. Angesichts fallender Reallöhne und schwindender sozialer Sicherheit ist es darüber hinaus möglich, dass wir gar eine Bewegung zu größeren Arbeiterfamilien als Ausdruck der Suche nach Sicherheit und Gemeinschaft erleben – ein umgekehrter demographischer Übergang.

In der Globalisierung strebt jedes Land eine Ausweitung über die Grenzen seines eigenen Ökosystems und Marktes hinaus an, indem es in den Wirtschafts- und Umweltraum anderer Länder und ebenso in die verbleibenden globalen Gemeinschaftsgüter hineinwächst. Globalisierung führt durch standartsenkenden Wettbewerb zu sinkenden Löhnen, externalisierten Umweltkosten und zu sinkenden Ausgaben für die Wohlfahrt, Bildung und andere öffentliche Güter. Sie ist etwas weitaus Schlimmeres als ein unrealistischer, globaler Traum – sie unterminiert aktiv die Fähigkeit der Nationalstaaten, weiterhin ihre eigenen Probleme wie Überbevölkerung, ungerechte Verteilung, Arbeitslosigkeit und externe Kosten zu lösen. Sie verwandelt viele an sich lösbare nationale Probleme in ein einziges unlösbares globales Problem.

Globalisierung durch exportbasiertes Wachstum ist der neue Stein der Weisen der IWF-Weltbank-WTO-Alchemisten. Alle Nationen können ihr Blei durch Freihandel in Gold verwandeln. Mit der Wiederbelebung der Alchemie geht die Rückkehr der Logik des Merkantilismus einher: Wohlstand ist Gold, und Länder ohne Minen bekommen ihr Gold dadurch, dass sie mehr exportieren als

importieren und dafür Gold empfangen. Das Mittel, um mehr zu exportieren als zu importieren, besteht darin, Löhne zu senken sowie soziale und ökologische Kosten zu externalisieren, weil dies die Exportpreise konkurrenzfähig hält. Niedrige Löhne verhindern ausserdem, dass die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung Importware kauft und dadurch den Handelsüberschuss verringert. Ein Überangebot an Arbeit hält die Löhne niedrig. Dies kann durch einfache Einwanderung und hohe Geburtenraten der arbeitenden Bevölkerung erreicht werden. Folglich erfordert Globalisierung, dass, wenn ein Land reich sein will, die arbeitende Mehrheit der Bevölkerung arm sein muss, in der Zahl wachsen muss und in einer sich verschlechternden Welt leben muss. Hinter diesen Absurditäten steht der weitere Widerspruch, dass es in der Globalisierung keinen Sinn mehr macht, von Nationen oder Bürgern zu sprechen – es gibt nur noch Konzerne und Beschäftigte.

So beschleunigt Globalisierung das unwirtschaftliche Wachstum in einer Zeit, in der, wie John Ruskin vorhersah, was wie Wohlstand aussieht, in Wahrheit nur das beschönigende Zeichen weitreichenden Ruins sein könnte.

Erfolgreich enttäuschend

Nachhaltigkeitsindex auf dem Prüfstand

Frank Figge, Stefan Schaltegger (2000)

Der Dow Jones Sustainability-Index ist im September 2000 ein Jahr alt geworden. Zeit für eine erste Bilanz über den Index, seine Performance und über die geäußerte Kritik.

Immer wenn Vergleiche angestellt werden sollen, die über anekdotenhafte Beispiele hinausgehen, wird auf Indizes zurückgegriffen. So wird das Preisniveau nicht anhand der Preisentwicklung eines einzigen Gutes, sondern anhand der Entwicklung eines Preisindex gemessen. Ermittelt wird dieser Index, indem die Preisentwicklung eines ganzen Warenkorbs gemessen wird. Dieser Index läßt eine Aussage über die Entwicklung der Lebenshaltungskosten zu. Aktienindizes haben eine vergleichbare Funktion. Sie messen die Kursentwicklung von Aktien anhand der Entwicklung eines Aktienportefeuilles. Die Indizes unterscheiden sich dadurch, dass diese Portefeuilles unterschiedlich zusammengesetzt sind. Mal werden nur kleine, mal nur große, ein anderes mal nur europäische oder amerikanische Aktien berücksichtigt. Die Zusammensetzung ist nicht beliebig, denn sie entscheidet, welche Vergleiche sinnvoll angestellt werden können. Investoren hängen von solchen Vergleichen ab, denn sie erlauben ihnen, den eigenen Investorfolg einzuschätzen.

Wie immer, wenn eine neue Art von Anlageprodukten auf den Markt kommt, müssen auch neue Vergleiche angestellt werden und dies setzt meist auch neue Indizes voraus. Das rasche Wachstum nachhaltiger Anlageprodukte macht einen neuen Vergleichsmaßstab notwendig.

In diese Lücke ist vor einem Jahr, nach einigen kleineren Indizes wie dem Naturaktienindex

(NAX), der Dow Jones Sustainability Group Index (DJSGI) gestoßen. Die Etablierung eines anerkannten Nachhaltigkeitsindex kann die Entwicklung des Marktes für nachhaltige Geldanlagen stark unterstützen und ist deshalb zu begrüßen. Der DJSGI hat neben Begeisterung aber auch Ablehnung provoziert. Diese Polarisierung nimmt der Sustainability Index aus seinem doppelten Anspruch. Er soll nicht nur ein Finanzmaß sein, sondern auch Maß für unternehmerische Nachhaltigkeit.

Bessere Performance durch Nachhaltigkeit ?

Bereits bei seiner Einführung verkündete der Sustainability-Index eine Sensation: Der DJSGI hatte in den letzten fünf Jahren eine bessere Performance als der herkömmliche Dow Jones Global Index (DJGI). Damit hätten die Experten der Sustainability Group geschafft, was vielen Portfoliomanagern der Öko-Fonds im selben Zeitraum nicht gelungen ist. Sie haben den Index, an dem sie sich messen, geschlagen. Das Signal scheint klar: Nachhaltigkeit lohnt sich, der Beweis ist erbracht. Wirklich? Diese scheinbar sensationelle Nachricht hat Kritiker auf den Plan gerufen: So mag es auf den ersten Blick verwundern, dass die erfreuliche Entwicklung des Sustainability-Index während dieser fünf Jahre unbeachtet blieb.

Dies erstaunt allerdings nicht, denn er existierte während dieses Zeitraums gar nicht, er wurde im Nachhinein berechnet. In Anlehnung an das englische Wort für Vorhersage (Forecast) bezeichnet man einen solchen Vorgang auch als Backcasting. Die Qualität und wie manche Kritiker auch meinen - die Seriosität eines Finanzanbieters zeigt sich hierbei in der Art und Weise, wie dieses Backcasting vorgenommen wird. Das Grundproblem ist, dass im nachhinein bestimmt werden muss, wie sich der Index vor Jahren zusammengesetzt hätte. Kritisch ist in diesem Zusammenhang, wenn Informationen, die erst 1999 bekannt waren eingesetzt werden, um die Indexzusammensetzung etwa im Jahr 1994 zu ermitteln. Genau dies passiert häufig und auch beim DJSGI ist es der Fall. Die nachhaltigen Unternehmen des Jahres 1999 sind also auch die nachhaltigen Unternehmen des Jahres 1994. Und weil diese Unternehmen eine bessere Aktienkursperformance als ihre Konkurrenten haben, sind nachhaltige Unternehmen auch

erfolgreicher. So einfach und so trügerisch kann ein solches Backcasting sein.

Dieselben Daten und dieselbe Analyse unterstützen nämlich auch eine ganz andere Hypothese: Nur erfolgreiche Unternehmen können sich Nachhaltigkeit leisten. Der Beweis? Die Unternehmen, die eine bessere Aktienperformance während dieser Zeit aufweisen, sind nachhaltiger als ihre Konkurrenten. Kurz: Erfolg macht nachhaltig. Ob Nachhaltigkeit erfolgreich oder Erfolg nachhaltig macht, läßt sich allerdings nicht durch ein Backcasting ermitteln, das auf Korrelationen aufbaut. Hierzu müssen Kausalitäten entdeckt und genutzt werden. In diesem Bereich bleibt viel Arbeit für die Researchabteilungen zu tun. Zweifel an dem Backcasting meldet im übrigen auch die Neue Zürcher Zeitung an, die darauf verweist, das Anbieter wohl nur Portfolios zusammenstellen, die rückblickend eine gute Performance aufweisen. Provozierend ausgedrückt: Wer rückwirkend eine überdurchschnittliche Kursentwicklung erzielt, beweist keine Kausalität oder ein besonderes Analysevermögen, sondern bestenfalls, dass er die Zeitung richtig lesen kann.

Eine solche Rückrechnung der Performance ist aber noch aus einem anderen Grund problematisch. Die Zusammensetzung von Indizes ändert sich nämlich regelmäßig. Geht man davon aus, das jedes Jahr, wie jetzt nach dem ersten „richtigen“ Jahr geschehen, 30 Prozent aller Titel ausgetauscht werden, ist eine seriöse Rückrechnung kaum möglich. Bei einem derart hohen Titelumschlag muss man nämlich damit rechnen, das nur 17 Prozent der Titel sich auch fünf Jahre vorher in dem Index befanden. Deren Performance hat mit dem späteren Index dann nur noch wenig zu tun.

Spiegel der Erwartungen

Aktienkurse spiegeln Erwartungen und Aktienkursveränderungen veränderte Erwartungen wider. Ein Aktienkurs steigt immer dann, wenn Erwartungen übertroffen werden. So kann an der Börse häufig beobachtet werden, dass ein Aktienkurs einbricht, nachdem eine Unternehmung einen Gewinnanstieg bekanntgegeben hat oder dass ein Aktienkurs ansteigt, nachdem eine Unternehmung einen Verlust meldet. Beide Fälle sind nur auf den ersten Blick paradox. Ginge die Börse von einem größeren Gewinnanstieg oder einem höheren

Verlust aus, hat sie nur ihre Erwartungen korrigiert. Ein Index nachhaltiger Unternehmen zeigt daher auch nicht, dass nachhaltige Unternehmen erfolgreicher sind. Hierzu müßte beispielsweise Gewinn oder Cash Flow von nachhaltigen und „traditionellen“ Unternehmen verglichen werden. Nachhaltigkeitsindizes zeigen vielmehr, ob Investoren nachhaltige Unternehmen unterschätzt haben. Was auf den ersten Blick nach einem marginalen Unterschied aussieht, kann langfristig dramatische Konsequenzen haben. Erkennt der Finanzmarkt seinen systematischen Bewertungsfehler, kommt es unter Umständen zwar zu einer Kurskorrektur. Anschließend ist eine überdurchschnittliche Rendite durch eine Nachhaltigkeitsanalyse aber nicht mehr erzielbar.

Wie nachhaltig ist der Nachhaltigkeitsindex?

Der Index, so eine weitere Kritik, sei nicht einmal richtig grün, geschweige denn nachhaltig. Im Index fänden sich Unternehmen, die vom Bau von Landminen über die Abholzung von Urwäldern bis zur Erdölförderung für jede denkbare ökologische und soziale Sünde verantwortlich seien. Die Begriffe Sustainability und Nachhaltigkeit würden mißbraucht und entwertet. Die Kritik ist verständlich. Nur die wenigsten Unternehmen des DJSGI dürften den Anlegererwartungen hinsichtlich Nachhaltigkeit entsprechen. Auch für den Sustainability-Index gilt: Shell und BMW statt Body Shop und Kunert. Der Unterschied zu den herkömmlichen Indizes ist fast nur für Experten erkennbar. Diese Kritik ist trotzdem unberechtigt. Der DJSGI soll nämlich einen Vergleich von Unternehmen mit hoher Nachhaltigkeit mit weniger nachhaltigen Unternehmen erlauben. Hierzu muss er ähnliche finanzielle Charakteristiken aufweisen. Dies ist aber nur erreichbar, wenn sich die Firmen auch ökonomisch gleichen und, besser noch, aus demselben Anlageuniversum stammen. Tiefgrüne Indizes wie der NAX, unterscheiden sich aber so stark von konventionellen Indizes, dass der Kursbeitrag in einer zusätzlichen nachhaltigen Analyse nicht bestimmt werden kann. Besteht ein grüner Index beispielsweise im Wesentlichen aus kleinen Unternehmen, weiß man nicht, ob ein Performanceunterschied auf die Nachhaltigkeit oder die Unternehmensgröße zurückzuführen ist.

Ein breiter Nachhaltigkeitsindex spiegelt daher auch immer die heutige Wirtschaft und die Kritik eher ein Unbehagen über unser heutiges

Wirtschaften als über den DJSGI wieder. Prägnant ausgedrückt: Ein Nachhaltigkeitsindex kann nicht nachhaltiger sein als die Unternehmen, auf die er zurückgreift.

Problematische Bewertung

Bedenklich stimmen allerdings einige Plausibilitätsüberlegungen. Der Sustainability-Index greift, und dies ist in diesem Zusammenhang sinnvoll, auf eine „Best in Class“ Vorgehensweise zurück. Er soll nach Anspruch unter den 2.000 Unternehmen des Universums des Dow-Jones Global Index die besten zehn Prozent identifizieren. Diese Vorgehensweise hat den Vorteil, dass die Branchenaufteilung dem klassischen Index ähnelt und die Kursentwicklung so besser verglichen werden kann. Es liegt nahe, dass alle 2.000 Unternehmen des DJGI-Universums bewertet und jeweils die besten zehn Prozent in den Index aufgenommen werden. Insgesamt stehen hierfür acht Analysten, also etwas mehr als ein Analysentag pro Jahr und Unternehmung zur Verfügung. Durchführbar ist die Analyse einer Unternehmung in einem einzigen Tag nicht. Bei der Bewertung der 2.000 Unternehmen wurde daher eine andere Vorgehensweise gewählt. So wurden nur die Unternehmen analysiert, die den versandten Fragebogen beantwortet (etwa 400 Unternehmen) oder anderweitig Informationen zur Verfügung gestellt (etwa 200 Unternehmen) haben. Dies reduzierte im ersten Durchgang das Universum möglicher Firmen auf rund 600 Unternehmen. Problematisch ist, dass hierdurch eine Vorselektion getroffen wird, die nur wenig mit Nachhaltigkeit zu tun hat. Im Zusammenhang mit der Kursentwicklung der Aktien stellt sich nun die Frage: Haben Unternehmen, die Fragebogen beantworten vielleicht eine bessere Performance?

Underperformance

Jahresrückblicke sind im Finanzmarkt immer auch Performancerückblicke und hier hat der DJSGI die Erwartungen bisher nicht erfüllt. Geschlagen hat er seine traditionellen Kollegen nur, wenn man die Rückberechnungen der vorangegangenen Jahre berücksichtigt. Unter Marktbedingungen blieb er hinter dem konventionellen DJGI zurück. Zurückzuführen ist dieser negative Trend auf die starke Gewichtung Europas im Index. Einen interessanten Zusammenhang stellt in diesem Zusammenhang Richard Sandor, Boardmitglied

der Sustainable Performance Group, her. In der Rückrechnung habe sich gezeigt, dass europäische Firmen nicht zur Outperformance beitragen und dies sei auf das hohe Umweltschutzniveau in Europa zurückzuführen. Die Neue Zürcher Zeitung denkt diesen Gedanken konsequent zuende und fragt, ob betrieblicher Umweltschutz dann nur bei Firmen mit niedrigem Umweltschutzniveau positiv zur Performance beiträgt. Ein beunruhigender Gedanke für Investoren und Umwelt.

Nachhaltiges Wirtschaften in Kommunen

Beate Hollbach-Grömig, Jens Libbe (2001)

Städte und Stadtregionen und die durch öffentliche und, private Akteure gestalteten Prozesse in diesen Räumen werden für die wirtschaftliche Stabilität unserer Gesellschaft auch zukünftig eine große Bedeutung besitzen. Während wir uns dem 21. Jahrhundert nähern, leben mehr als 70 Prozent der Bevölkerung der industrialisierten Länder und rund 50 Prozent der gesamten Weltbevölkerung in urbanen Regionen. Städte sind der Antriebsmotor bei der Schaffung von Wohlstand und erzeugen den größten Teil der nationalen und internationalen Produktion. Städte sind gleichzeitig Verursacher und Träger des größten Teils der ökologischen und sozialen Belastungen unseres Wirtschaftssystems.

Nachhaltiges Wirtschaften in Kommunen und Regionen

Spätestens mit dem Bericht der UN-Kommission für Umwelt und Entwicklung 1987 (Brundtland-Bericht) ist der Begriff der „Nachhaltigen Entwicklung“ zum paradigmatischen Leitwert geworden. „Nachhaltige Entwicklung“ bedeutet: Eine langfristig orientierte wirtschaftliche und soziale Entwicklung, die von der Begrenztheit natürlicher Ressourcen ausgeht und die Regenerationsfähigkeit der Natur nicht überfordert; hinzu tritt der Aspekt der Verteilungsgerechtigkeit, wonach die gesellschaftlichen Bedürfnisse nicht auf Kosten

künftiger Generationen oder anderer Regionen befriedigt werden sollen. Die Herausforderung für Wirtschaft und Gesellschaft liegt demnach darin, das Streben der jetzigen Generationen nach Wohlfahrt und Sicherheit in Einklang zu bringen mit der Substanzerhaltung und Entwicklung der natürlichen Grundlagen des Wirtschaftens.

Nachhaltige Stadtentwicklung wird in Deutschland vor allem als ein Leitwert verstanden, der den Ressourcenschutz und die Umweltverträglichkeit in den Mittelpunkt stellt. Generell gibt es für eine nachhaltige Stadtentwicklung drei Ansatzpunkte.

Es geht zum einen um die Art und Weise der *Ressourcennutzung in der Stadt*. Diese Frage zielt ab auf die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, wie sie in Deutschland von der vom Bundestag eingesetzten Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ als Summe von vier Managementregeln zur Erhaltung des „natürlichen Kapitalstocks“ definiert wurde.

Zum zweiten geht es um die *stofflichen Austauschprozesse mit dem Umland* und anderen Gebieten, das heißt um die Frage der ökologischen Grenzen der räumlichen Arbeitsteilung.

Und zum dritten geht es um die *räumlichen Ordnungsprinzipien*, die sich insbesondere in den Leitbildern der „dezentralen Konzentration“ und der „kompakten Stadt“ manifestieren.

Nachhaltige Stadtentwicklung wird also im Kern als eine ökologisch orientierte Stadtentwicklung verstanden. Doch müssen - entsprechend der Zielsetzung der „Sustainability“ - ökologische, ökonomische und soziale Ziele gleichwertig beachtet werden. Vor diesem Hintergrund findet die noch vergleichsweise junge Diskussion um eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung von und in Kommunen statt.

Die erwähnten Managementregeln befassen sich auf der ersten Stufe der Konkretisierung mit dem ökologischen Handlungsspielraum für ein nachhaltiges Wirtschaften. Durch einen sparsamen Ressourceneinsatz und den Einsatz erneuerbarer Energien kann ein entscheidender Beitrag zur Minderung von Umweltbelastungen geleistet werden („ökologische Dividende“). Hier richten sich Erwartungen vor allem an die Wirtschaft, ihre Produktionsverfahren umweltgerechter zu

gestalten und Kostensenkungspotenziale („ökonomische Dividende“) zu nutzen. Doch ist Nachhaltiges Wirtschaften eine Aufgabe, die nicht allein von der Wirtschaft aus bewältigt und angestoßen werden kann.

Die notwendigen rahmensetzenden Maßnahmen werden üblicherweise unterschieden nach sogenannten „top-down“- und „bottom-up“-Ansätzen. „Top down“ können vor allem auf nationaler oder supranationaler Ebene Anstöße gegeben werden, um umweltverträgliche Technologien, Produkte und Dienstleistungen zu fördern sowie einzelwirtschaftliche Entscheidungen zu beeinflussen. Kommunen haben vor allem die Möglichkeit, „bottom up“ durch Kooperation mit lokalen und regionalen Akteuren Anstöße zu geben und im Zuge der kommunalen Wirtschaftsförderung Rahmenbedingungen zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze („soziale Dividende“) herzustellen. Sie verfügen dabei sowohl im „harten“ als auch im „weichen“ Bereich über Handlungs- und Steuerungsmöglichkeiten. Diese Möglichkeiten reichen von der Bereitstellung von Infrastruktur über die Gestaltung von Satzungen, das Auflegen (meist eher kleiner) finanzieller Förderprogramme, die Funktion als Genehmigungs- beziehungsweise Aufsichtsbehörde bis hin zu einer Initiativfunktion bei der Realisierung von Gesprächskreisen unterschiedlichster Art mit den verschiedenen unternehmerischen und gesellschaftlichen Akteuren.

Für Nachhaltiges Wirtschaften in Kommunen liegen keine fertigen Konzepte vor. Das Thema ermöglicht zahlreiche Zugänge. Die Notwendigkeit einer stärker ökologisch orientierten Ausrichtung der Wirtschaft ist anerkannt, Einigkeit besteht auch darüber, dass es im Rahmen des marktwirtschaftlichen Systems Möglichkeiten für ökologisches Handeln gibt. Gleichwohl sind die Ansatzpunkte, Instrumente und Chancen einer an nachhaltiger Entwicklung orientierten Wirtschaftspolitik - gerade auf der kommunalen Ebene - noch wenig untersucht, obwohl Planungs- und Investitionsentscheidungen hier oft im Spannungsfeld von Ökonomie und Ökologie stehen. Deutlicher werden die Hemmnisse und Schwierigkeiten formuliert.

Die regionale Perspektive spielt bei der Frage, wie nachhaltiges Wirtschaften umgesetzt werden kann, eine wichtige Rolle. Regionen stehen für dezentrale, vernetzte Strukturen und damit unter ökologischen Gesichtspunkten vor allem für die

Chance der Minimierung von Material- und Energieströmen und eine Anpassung wirtschaftlicher Aktivitäten an natürliche Stoffkreisläufe. Region steht zudem für kulturelle Vielfalt und die Vielfalt von Produkten und Fähigkeiten.

"Nachhaltiges Wirtschaften" wird daher häufig mit einer Re-Regionalisierung wirtschaftlicher Betätigung gleichgesetzt. Die Vertreter dieses Ansatzes gehen davon aus, dass Produkte aus der Region "nachhaltiger" konsumiert und produziert werden können als andere Produkte. Städte und Regionen gelten als besonders geeignet, Prozesse nachhaltigen Wirtschaftens anzustoßen, da dort die Entscheidungsprozesse transparenter seien als auf den übergeordneten Ebenen. Entscheiden sich Wirtschaftseinheiten verstärkt für Güter, die vor Ort produziert wurden, dann lassen sich Produktionsketten verkürzen und Transporte vermeiden. Dies senkt Stoff- und Materialströme und wirkt verkehrsvermeidend, so die Überlegung. Zudem werden von einer Stärkung der regionalen wirtschaftlichen Betätigung positive und dauerhafte Arbeitsplatzeffekte erhofft. Diese Hinwendung zur Region als Ebene nachhaltiger Entwicklung ist damit auch eine Reaktion auf negative regionale Effekte des ökonomischen Strukturwandels und der Globalisierungsprozesse.

Übergeordnete Ziele, die in Modellprojekten verfolgt werden, sind daher:

- *Stärkung der Region* durch Entwicklung von Konzepten, die besonderen ökologischen und ökonomischen Stärken und Schwächen einer Region als Ausgangspunkt für die mögliche zukünftige Entwicklung nehmen,
- *Nutzung und Ausbau von vorhandenen Potenzialen*, zum Beispiel in Form von Lieferantendialogen oder Kooperationsbeziehungen zwischen Wirtschaft, Kommunen und Wissenschaft und
- *Reduzierung von Stoffströmen* durch Bevorzugung regionaler Leistungen, Produktion vor Ort, Förderung regionaler Unternehmen und deren Vernetzung.

Potenziale für regionale Ansätze nachhaltigen Wirtschaftens werden vor allem in den Bereichen der Wasser- und Energiewirtschaft, der Forst- und Landwirtschaft, zunehmend aber auch in den Branchen Baustoffindustrie und Bauwirtschaft,

Tourismus, Nahrungsmittel und Abfallwirtschaft gesehen.

Die eigentlichen ressourcenökonomischen Ursachen einer nicht nachhaltigen räumlichen Arbeitsteilung in Form zu geringer Transportkosten und der unzureichenden Bewertung des Umweltverbrauchs bei der Herstellung und Distribution von Marktgütern können auf regionaler und kommunaler Ebene allerdings nicht verändert werden. Eine offene Frage ist auch, ob mit der Re-Regionalisierung der Wirtschaft nicht unter Umständen Zielkonflikte zu anderen ökologischen Handlungsfeldern auftreten. So mag zwar Verkehr vermieden werden, der Flächenverbrauch jedoch könnte steigen.

Bei der Entschärfung von Zielkonflikten kommt Innovationen im Prozess der nachhaltigen Entwicklung eine strategische Funktion zu. Innovationen lassen sich unterscheiden nach technologischen Innovationen (Produktionsverfahren, Produkte) und gesellschaftlichen Innovationen (veränderten Lebensstilen, Verhaltensweisen). Ein dritter Typus sind institutionelle Innovationen, das heißt neue Regeln (zum Beispiel ein Umweltraahmenplan) und Organisationsformen (regionale Netze, Runde Tische), die den Wirtschaftsprozess in neue Bahnen lenken. Den letztgenannten Innovationen kommt aus kommunaler Sicht besondere Bedeutung zu.

Kooperationen zwischen verschiedenen Akteuren als sogenannte Netzwerke werden vielfach als entscheidende Impulsgeber für Initiativen nachhaltigen Wirtschaftens gesehen. Kommunen haben hier die Möglichkeit, aktiv zu werden. Akteursnetzwerke dienen beispielsweise der Interaktion von Wirtschaft und Verwaltung (vgl. den Beitrag Schimmack) oder der Zusammenarbeit von Wissenschaft und regionalen Akteuren (zum Beispiel Ulm, Kompetenzwerkstatt Bergisches Städtedreieck). Auch als institutionalisierte Formen der ökologisch orientierten Wirtschaftsförderung werden solche Foren inzwischen gefördert: Für das Verwaltungshandeln wird die Notwendigkeit der ressortübergreifenden Zusammenarbeit betont.

Bestandsaufnahme

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) dokumentiert in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag seit drei Jahren den Umsetzungsprozess zur Lokalen Agenda 21. Vertiefend werden einzelne Kommunen beim entsprechenden Entwicklungsprozess fachlich begleitet. Den wachsenden Umwelthanforderungen an die kommunale Wirtschaftsförderung trägt das Difu-Projekt „Ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik in Kommunen“ Rechnung, in dem die Chancen, Instrumente, Ansatzpunkte, aber auch Hemmnisse einer stärker ökologisch ausgerichteten Wirtschaftspolitik auf kommunaler Ebene untersucht werden. Zukünftig werden Fragen des Zusammenspiels von Wirtschaft und Umwelt im Difu verstärkt eine Rolle spielen.

Lokale Agenda 21 und die Akteure der Wirtschaft

Die auf der UNCED-Konferenz (United Nations Conference on Environment and Development) von Rio de Janeiro beschlossene Agenda 21 fordert die wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen auf, gemeinsam die Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen und im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung zu kooperieren. So wird in Teil 1, Kapitel 4 der Agenda 21 auf die Notwendigkeit der Veränderung von Konsumgewohnheiten verwiesen. Gegliedert in die zwei Programmbereiche „Schwerpunktmäßige Erfassung nicht nachhaltiger Produktions- und Verbrauchsgewohnheiten“ und „Entwicklung einer nationalen Politik und nationaler Strategien, um eine Änderung nicht nachhaltiger Verbrauchsgewohnheiten herbeizuführen“, werden Ziele und Maßnahmen aufgeführt, die sowohl auf Effizienzsteigerung in der Produktion als auch auf Veränderungen der Konsummuster abzielen. Wirtschaft und Kommune sind zwei Schlüsselakteure in diesem Prozess. Schon heute ist die täglich praktizierte Zusammenarbeit zwischen den Akteuren der Wirtschaft und den Kommunen vielfältig. Jede der beiden Seiten hat Erwartungen an die andere:

- Unternehmen erwarten sich von den Kommunen gute Standortbedingungen mit entsprechender Infrastruktur, eine offene und serviceorientierte Behandlung durch Politik und Verwaltung mit entsprechender (öffentlicher) Anerkennung als Arbeitgeber und/oder niedrige Gewerbesteuern und Gebühren.

- Die (Verwaltungs-)Verantwortlichen in den Städten und Gemeinden erhoffen sich wirtschaftliche Impulse durch Arbeitsplätze und Steuereinnahmen, Investitionen in die Stadtentwicklung und/oder Unterstützung für gemeindliche Projekte.

Bezogen auf den Prozess der Umsetzung der Lokalen Agenda 21 erweitert sich die Perspektive. Genau genommen ist zu prüfen, inwieweit die in der Zusammenarbeit gefundenen Entscheidungen und Kompromisse auf nachhaltigkeitspolitische Ziele zurückwirken und wie Zielkonflikte unter Nutzung von Strategien kommunikativer Problemlösung aufgegriffen werden können.

Fast sechs Jahre nach der Unterzeichnung der Agenda 21 ist jedoch festzustellen, dass Kooperationen zwischen Kommunen und Akteuren der Wirtschaft zur Umsetzung von Konzepten für eine nachhaltige Entwicklung zwar zugenommen haben, jedoch bisher noch selten sind. Von seiten der kommunalen Verwaltungen werden die Handlungsmöglichkeiten zur Entwicklung veränderter Produktions- und Konsumweisen eher bei Industrie, Handel und Gewerbe gesehen. Umgekehrt resultiert die Zurückhaltung der Unternehmen zweifelsohne aus der oft wenig konkreten Zielsetzung lokaler Agenda-Prozesse, deren vergleichsweise niedrige lokalpolitische Rangordnung, Mängeln in der Kommunikation zwischen Akteuren der Wirtschaft und den im Agenda-Prozess engagierten Akteuren. Dieser Zustand kann nicht zufriedenstellen, gilt doch die Wirtschaft als die „wichtigste Determinante“ der Stadtentwicklung und zwingt angesichts der geschilderten Trends die Städte zu immer stärkeren Anpassungsleistungen. Ohne die gezielte Einbindung der Wirtschaft und ihrer Akteure geraten Aktivitäten zur Agenda 21 schnell zum zwar schmeckenden, doch letztlich bedeutungslosen Beiwerk kommunaler Politik.

Ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik in Kommunen

Nach einer Umfrage des Deutschen Instituts für Urbanistik zu aktuellen Themen in der Wirtschaftsförderung gaben 1995 vier von 170 Städten an, dass sie sich mit dem Thema einer stärker ökologisch orientierten Wirtschaftspolitik befassen. Einige weitere Städte planten, das Thema in näherer Zukunft aufzugreifen. Vor allem in den neuen Ländern gab es diesem Thema gegenüber eine spürbare Reserviertheit. Bislang

sind es also nur wenige Stadtverwaltungen und hierbei ganz konkret Wirtschaftsförderer, die, oft in Kooperation mit dem Umweltamt, das Themenfeld für sich entdecken. Es gibt in diesem Aktivitätsfeld allerdings bereits verschiedene Ansätze. Sie konzentrieren sich auf eine Berücksichtigung ökologischer Belange bei Flächenausweisung und Gewerbeflächenentwicklung, die Gestaltung des (Wirtschafts-)Verkehrs, die Entwicklung integrierter Entsorgungskonzepte, die Gestaltung von Gebühren (die zum Beispiel umweltbelastende Betriebe stärker belasten). Eine eigene Vorbildfunktion wird am häufigsten durch die Praxis umweltfreundlicher Beschaffung in der Kommune realisiert. Es überwiegen Einzelansätze vor integrierten zusammenhängenden Konzepten.

Zwischen den Motiven der Kommunen, sich diesem Thema zuzuwenden, und den unternehmerischen Motiven bestehen teilweise deutliche Parallelen. So sind die Sicherung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit, die Realisierung von Einsparungen, Kostensenkungen, Erträge oder auch positive Imageeffekte sowohl kommunale als auch unternehmerische Beweggründe. Kommunale Motive sind weiterhin:

- Die Verbesserung der gegenwärtigen Umweltsituation,
- eine langfristige Sicherung der Ressourcen für Leben und Arbeit, oder eine Stärkung der lokalen Umweltindustrie,
- eine Umstrukturierung von Krisenbranchen sowie Diversifizierung der lokalen Wirtschaftsstruktur, verbunden mit dem Ziel, einen Beitrag zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen zu leisten.

Weitere Motive der Wirtschaft zu einem stärker ökologisch orientierten Wirtschaften konnten unter anderem aus einer Anhörung der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ im April 1996 und aus Expertengesprächen, die das Difu im Frühjahr 1998 durchführte, ermittelt werden. Mit der Reihenfolge ist keine Gewichtung verbunden. Motive sind:

- Der Vollzug der bestehenden Umweltgesetzgebung, die Vermeidung von Haftungsrisiken,
- die Reaktion auf das gegenüber Umweltfragen sehr sensibilisierte Verbraucherverhalten,

- das persönliche Umweltbewußtsein der Unternehmer und die individuelle Verantwortung gegenüber der Gesellschaft, verknüpft mit der Einsicht in ökonomische, ökologische, soziale Notwendigkeiten sowie
- die Aufnahme neuer Geschäftsfelder.

Viele Unternehmen haben ihre „Hausaufgaben bereits gemacht“, teilweise besteht eine relativ große Bereitschaft, in Umweltschutz auf modernstem Stand zu investieren. Daran knüpft sich auch die Erkenntnis, dass mit vorausschauenden Aktivitäten eine zu schnelle Abfolge dauernder kurzfristiger Investitionen vermieden werden kann. Umweltschutz ist für viele Unternehmen inzwischen eine betriebliche Aufgabe unter vielen. Im Management gibt es noch eher vereinzelt Zielvereinbarungen im Hinblick auf Umweltziele, betriebliches Umweltengagement spielt bei manchen Unternehmen auch zum Beispiel bei Beförderungen eine Rolle. Teilweise scheint allerdings auch eine Lücke zu bestehen zwischen den sehr positiven Äußerungen der Unternehmensleitungen und der (mangelnden) strategischen Umsetzung in den unternehmerischen Kernbereichen. Auch sollte nicht unterschätzt werden, dass bei einer nicht geringen Zahl von Unternehmen vor allem Marketing- und Imageaspekte des Faktors Umwelt im Vordergrund stehen und sich faktisch wenig ändert.

Das Handwerk hat sich - abgesehen von einigen Vorreitern - bis in die 90er Jahre hinein bei Fragen des Umweltschutzes eher reaktiv verhalten. Es war auch von Gesetzen und Verordnungen kaum unmittelbar betroffen. Inzwischen verändert sich das Bild. Zum einen steigt die Kundennachfrage nach ökologischen Produkten und Dienstleistungen, zum anderen gibt es immer mehr Umweltschutzgesetze und -verordnungen, die konkrete Auswirkungen auch für das Handwerk haben. Inzwischen gibt es in Deutschland zehn Umweltzentren des Handwerks, die ein flächendeckendes Beratungs- und Weiterbildungsangebot für Handwerksbetriebe im Bereich Umweltschutz bieten. Mit dem sich vollziehenden Generationenwechsel im Handwerk verstärkt sich der „Trend zur Umwelt“, Umwelt wird immer stärker auch als Markt wahrgenommen.

Eine besondere Rolle spielt für eine wachsende Zahl von Unternehmen das Öko-Audit. Dabei

handelt es sich um ein Umweltprüfverfahren oder auch Umwelt-Managementsystem, das dazu dient, Organisation, Management und Anlagen regelmäßig und systematisch zu beurteilen, um die Einhaltung gesetzlicher und unternehmensinterner Umweltschutzmaßnahmen zu bewerten. Dabei verstärken sich im Prozess ganzheitliche Sichtweisen: Vielfach wird das Umweltmanagementsystem zugleich mit einem bereits existierenden Qualitätsmanagementsystem und Arbeitsschutzvorschriften verbunden.

Kommunale Handlungsansätze zur Förderung Nachhaltigen Wirtschaftens

Beispiele für konkrete Ansatzpunkte zur Förderung nachhaltigen Wirtschaftens in Kommunen lassen sich identifizieren und strukturieren. Teilweise gibt es bereits kommunale Aktivitäten. Nachhaltiges Wirtschaften und ökologisch orientiertes Wirtschaften sind aber keine Synonyme. Der Anspruch eines nachhaltigen Wirtschaftens geht noch einmal deutlich über den eines ökologisch orientierten Wirtschaftens hinaus. Ansätze zu einem stärker ökologisch orientierten Wirtschaftens stellen gegenüber dem Status quo schon eine erhebliche Weiterentwicklung dar - auch wenn nicht alle Ansätze den Wunsch nach dem "Dreiklang" Ökonomie - Ökologie - Soziales gleichermaßen erfüllen.

Die im folgenden genannten Ansätze stellen Versuche dar, vor allem Anforderungen der Umwelt und der Wirtschaft besser aufeinander abzustimmen und zu zeigen, dass beide Bereiche - sei es unter Kostengesichtspunkten, sei es im Hinblick auf grundsätzliche Fragen der Zukunftsgestaltung - nicht länger getrennt voneinander betrachtet werden können. Das soziale Modul wird dabei immer mitgedacht und scheint zum Beispiel in Handlungsansätzen auf, die Existenzgründungen fördern, die Ausbildung und Qualifizierung zum Inhalt haben oder die Beschäftigungsinitiativen im ökologischen Bereich unterstützen. Voraussetzung aller Ansätze ist ein oft genanntes, aber häufig doch nicht umgesetztes Selbstverständnis von Stadt als Initiator, als Koordinations- und Vernetzungsstelle, auch als Moderator.

Um ihre Glaubwürdigkeit zu erhöhen, sollte die Stadtverwaltung eine Vorbildfunktion wahrnehmen und ausbauen. Maßnahmen können auf einer eher übergeordneten Ebene zum Beispiel die gemeinsame Diskussion und Erstellung eines -

zunächst auch verwaltungsinternen- Leitbildes sein, hier also von Leitlinien zum Verhältnis Umwelt und Wirtschaft.

Auch durch eine stärker auf Stadt und Region konzentrierte Beschaffung, Verarbeitung und Verwertung von Produkten können öffentliche Verwaltungen Vorbildfunktion übernehmen. Dies betrifft beispielsweise den Einkauf von Büromaterialien, Reinigungsmitteln und Baumaterialien (Dienstanweisungen zur umweltfreundlichen Beschaffung liegen bereits in vielen Kommunalverwaltungen vor), die Vergabe von Leistungen (zum Beispiel im Hoch- und Tiefbau) oder den Abschluss von Pachtverträgen (zum Beispiel mit Kantinenwirten). Durch Einführung moderner Umweltmanagementverfahren (Öko-Audit, Umweltcontrolling) können zudem ökonomische und ökologische Einsparpotenziale im Bereich des internen Verwaltungshandelns aufgezeigt werden.

Eine Kommune kann Ansätze aufzeigen, die auf gesamtstädtischer Ebene wirken, mit dem Ziel, die Kommune als Standort zu entwickeln, an dem Umwelt und Wirtschaft aufeinander bezogen werden. Dazu können zum Beispiel die Mitgliedschaft im Klimabündnis oder Aktivitäten im Rahmen der Lokalen Agenda 21 gehören. Dabei sind, neben überzeugenden konkreten Projekten, professionelle Kommunikation und Vermittlung dieser Aktivitäten in die Öffentlichkeit hinein wichtig.

Einen wichtigen Beitrag zu kommunalen Klimaschutzstrategien können neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Energieversorgern sowie der Kommune und anderen lokalen Gruppen leisten. Durch branchenbezogene Beratungs- und Anreizprogramme können Gewerbe und Industrie zu Energiesparmaßnahmen motiviert und branchenspezifische Energiesparpotenziale ausgeschöpft werden.

Durch die Förderung von Umweltmanagement und Öko-Audit in Betrieben können Sparpotenziale bei den Kosten aufgedeckt werden und Betriebe das Verhältnis von Aufwand und Ertrag verbessern. Dies kann einhergehen mit Erleichterungen bei den Dokumentations- und Berichtspflichten

Auch neue Formen zur Förderung umweltorientierter betrieblicher Innovationspotenziale gehören hierzu. So hat die

Stadt München im Frühjahr 1998 das Projekt ÖKOPROFIT (Ökologische Projekte für integrierte Umwelttechnik) begonnen. Dieses Projekt bietet für Unternehmen ein Fortbildungs- und Beratungsprogramm, das zeigt, wie Abfälle und Emissionen vermieden und dabei Kosten gesenkt werden können. Betriebe, die ihre Produktionsweise entsprechend verbessern, werden ausgezeichnet. Das Ökoprofit kann zudem für die Betriebe bei einer Öko-Audit-Zertifizierung hilfreich sein. Die Stadt übernimmt als Träger die Grundfinanzierung. Industrie- und Handelskammer sowie Handwerkskammer unterstützen diese Aktion durch Sach- und Beratungsdienstleistungen. Vorbild für dieses Programm ist Graz, wo seit sechs Jahren entsprechende Fortbildungen und Beratungen durchgeführt werden.

Bei den „weichen“ Instrumenten gehen einzelne Städte den Weg, zum Beispiel im Rahmen von Aktivitäten zur Lokalen Agenda das Thema „Umwelt und Wirtschaft“ über „Tische“ zu intensivieren.

Einige Städte verfügen über Förderprogramme für umweltorientierte Unternehmen, dazu können auch Maßnahmen zur Förderung von Existenzgründungen in ökologischen Feldern gehören.

Mehrere Städte legen inzwischen Ausbildungs- und Qualifizierungsprogramme für ausgewählte Branchen auf (zum Beispiel Bauwirtschaft, Gastgewerbe, Friseurhandwerk, Sanitärhandwerk, Maler und Lackierer), vergeben Label für umweltorientierte Betriebe (zum Beispiel im Handwerk). Auch Regionallogos oder Kennzeichen für regionale Herkunft werden immer häufiger eingesetzt.

Maßnahmen aus dem Bereich kommunaler Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (etwa lokale Beschäftigungsinitiativen im Umweltbereich, zum Beispiel Klimaschutz, ökologische Landschaftsgärtnerei, Fahrradrecycling, Elektronikschrottreycling, ökologische Sanierung), aus dem Politikfeld Verkehr (zum Beispiel kooperatives Verkehrsmanagement, Güterverkehrskonzepte, Regulierung von Zeitfenstern, ÖPNV-Konzepte), im Bereich der Flächen und Siedlungsentwicklung (zum Beispiel kooperative Flächenausweisung, ökologische Vorgaben in Bebauungsplänen oder städtebaulichen Verträgen, flächensparendes Bauen, Schauprojekte - 21 Häuser in München,

Niedrigenergiehäuser in Heidelberg, ökologische Wirtschaftsparks) können ebenfalls einen Beitrag zu einer stärker ökologisch ausgerichteten Politik leisten.

Gewerbegebiete werden inzwischen vielfach mit ökologischen Kriterien versehen und nach ökologischen Kriterien ausgewiesen. Wichtig ist, dass diese Gewerbegebiete sowohl den Ansprüchen der Wirtschaft genügen als auch in ein ökologisch ausgerichtetes Stadtentwicklungskonzept eingebettet sind. Hier gewinnen Kriterien für das Gestalten von umweltgerechten Gewerbegebieten in zweifacher Hinsicht an Bedeutung: Zum einen im Hinblick auf die planerische Gestaltung, zum anderen auf eine branchenbezogene Bewertung der Umweltverträglichkeit von Betrieben.

Weitere Ansatzpunkte ergeben sich dort, wo unerwünschte Nebenfolgen von Versorgung, Produktion und Konsum ins Umland der Städte „exportiert“ werden (etwa im Bereich Abfall und Abwasser).

Die einzelnen Ansätze laufen in den meisten Städten parallel. Allgemeine Aussagen über eine „erfolgsversprechende“ Reihenfolge (zum Beispiel erst konkrete Konzepte, dann "weiche" Instrumente, die zum Beispiel auch der Standortprofilierung dienen) sind nicht zu treffen. Bestimmte Strukturen und Instrumente sind übertragbar, bestimmte Erfahrungen sind stadtspezifisch, eine vollständige 1:1-Übertragbarkeit auf andere Städte ist nur bedingt möglich. Gerade auch in diesem Themenfeld wird immer wieder deutlich, wie personenabhängig Erfolg oder Mißerfolg von Ansätzen sind.

Eine gewisse finanzielle Eigenleistung der Kommune scheint unerlässlich (zum Beispiel für Förderprogramme, externe Moderation, Gutachten). Dabei muss an dieser Stelle zunächst offenbleiben, was dies für Gemeinden bedeutet, die „kein Geld haben“ und auch im „richtigen“ Umgang mit Fördertöpfen wenig Übung oder auch nicht ausreichende Personalkapazitäten haben.

Die meisten Handlungsansätze zielen auf die Schaffung von ökologisch ausgerichteten Produktionsweisen. Produkte oder deren Sinnhaftigkeit stehen zunächst nicht zur Diskussion. Es wäre kontraproduktiv, wenn die Kommune einen Betrieb für ökologisches Produzieren zu gewinnen versucht und

gleichzeitig seine Existenz in Frage stellen würde. Gesellschaftliches Konsumverhalten läßt sich auf diesem Wege nicht ändern. Wohl aber können Kommunen durch ihr eigenes Verhalten Beispiele geben und Modellprojekte unterstützen.

Um zu einem offenen, konstruktiven Dialog mit Unternehmen zu kommen („vertrauensvoll“ ist ein Terminus, den Unternehmen in diesem Zusammenhang häufig verwenden), ist es unbedingt erforderlich, dass Kommunen ihr Selbstverständnis als Dienstleister noch stärker nach außen, in Unternehmen hinein kommunizieren. Dies bedeutet auch, dass es einer selbstbewußten Wirtschaftsförderung bedarf, die sich ihrer Verantwortung für nachhaltiges Wirtschaften bewußt ist, dies als Chance begreift und Kooperationsnotwendigkeiten und Projektorientierung als wichtigen Bestandteil ihrer Arbeit unterstreicht.

Realisierungschancen einer nachhaltigen Wirtschafts(-politik) in Kommunen und Regionen

Kommunen (und damit auch die kommunale Wirtschaftspolitik) existieren und handeln unter einer Reihe von Rahmenbedingungen, die von Kommunen nur schwer zu beeinflussen und kaum zu steuern sind. Die Folgen aus der Integration Europas, aus der Globalisierung der Wirtschaft, die sich in größerer Standortabhängigkeit von Unternehmen, in wachsender Konkurrenz niederschlagen, wirken auch in die Kommunen zurück. Die neuen Informations und Kommunikationstechniken sowie die Entwicklung und Produktion neuer Technologien wirken auf die Kommunen: Durch Veränderungen der Flächennachfrage und des Kommunikationsverhaltens. Der wirtschaftliche Strukturwandel, durch Stichworte wie Tertiärisierung, Erhöhung des Qualifikationsniveaus und "schlanke Produktion" beschrieben, führt - neben anderen Effekten - zu erheblichen negativen Arbeitsmarktfolgen. Knappe Finanzspielräume, eine Vielzahl von Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und damit engere Handlungsspielräume setzen ebenfalls Grenzen,

Die Realisierungschancen von Konzepten zur nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung in Kommunen hängen damit auch sehr stark von der entsprechenden Veränderung der

gesamtwirtschaftlichen Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Umweltpolitik ab. Allerdings gibt es spezifische Entwicklungsunterschiede von Städten und Regionen. Strukturelle Defizite wie einseitige Abhängigkeiten von Branchen und Sektoren oder unzureichende oder fehlende Forschungs- und Entwicklungspotenziale begrenzen die Fähigkeit vieler Städte und Regionen zu einer ökonomisch tragfähigen Entwicklung aus eigener Kraft.

Doch auch unter Einbeziehung der beschränkenden Rahmenbedingungen wird die Bedeutung nachhaltigen Wirtschaftens auf der kommunalen Ebene nur von wenigen bislang als Thema wahrgenommen. Dies liegt einerseits am Fehlen einer ausreichenden statistischen und informatorischen Basis. Kein Kommunalpolitiker kann derzeit beziffern, welche ökologischen Vorteile sich erzielen lassen oder wie viele Arbeitsplätze auf den oben erwähnten kommunalen Aktivitäten beruhen. Andererseits gibt es jedoch auch Defizite in der Vermittlung innovativer Modellprojekte, erfolgreicher „Vorzeigeprojekte“, die „win-win-Erfahrungen“ präsentieren. Hier sollten die Bemühungen weiter intensiviert werden („Tue Gutes und rede darüber“), um auch anderen Anregungen zu geben und das vielerorts recht traditionelle Verständnis von Wirtschaftsförderung zu erweitern.

Die regionalen Ansätze für nachhaltiges Wirtschaften stehen vielfach noch am Anfang. Angesichts der finanziellen Aushöhlung der kommunalen Handlungsspielräume und der geringen Wirksamkeit der klassischen Raumplanung und Regionalpolitik muss auch gefragt werden, welche Bedeutung diese Handlungsebene letztlich haben kann. Unter den gegebenen Rahmenbedingungen erfolgen die neuen Formen der regionalen Kooperation häufig auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner und konzentrieren sich auf gemeinsame Gewinnthemen (Tourismusförderung, Regionalmarketing, regionaler Verkehr). Das Kernproblem der interkommunalen Standortkonkurrenzen bleibt damit ausgeblendet.

Da durch Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung viele klassische Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge in Frage gestellt werden, schränkt dies zusätzlich die Möglichkeiten der Städte ein, im Rahmen eigener wirtschaftlicher Betätigung Beiträge zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung zu leisten.

Grenzen kooperativer Angebote zeigen sich dort, wo die ökonomische Bedeutung von Regionen weniger aus den eigenständigen, historisch gewachsenen Potenzialen resultiert, sondern sich aus ihrer Bedeutung in den Strategien von Unternehmen und Unternehmensnetzwerken ableitet. Dies ist um so bedeutsamer, je ausgeprägter die Exportabhängigkeit und die internationale Verflechtung (externe Kontrolle) der dominierenden Wirtschaftszweige sind.

Die Rolle und der Umfang der Erwerbsarbeit in der „Wissensgesellschaft“ werden sich verändern (vgl. zum Beispiel die Überlegungen zum Strukturwandel der Arbeitswelt im Bericht der bayrisch-sächsischen Zukunftskommission oder im Abschlussbericht der Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung). Die in diesem Zusammenhang diskutierten Forderungen nach Einrichtung von Niedriglohnssektoren, nach Alternativen zur Erwerbsarbeit (Stichwort: „Bürgerarbeit“) oder einer steuerfinanzierten Grundsicherung werden Auswirkungen auf die kommunalen und regionalen Arbeitsmärkte und die sozialen Sicherungssysteme haben. Die Folgen in bezug auf die skizzierten Überlegungen zur nachhaltigen Entwicklung von Kommunen sind offen.

Das Verbundprojekt "Arbeit und Ökologie"

Hans-Böckler-Stiftung (2001)

Die deutschen Gewerkschaften haben sich seit einigen Jahren der Nachhaltigkeitsdiskussion geöffnet. Nachhaltigkeitsziele sind im DGB-Grundsatzprogramm „Die Zukunft gestalten“ von 1996 ebenso verankert wie in den Programmen vieler Einzelgewerkschaften. Jetzt geht es darum, wie diese Ziele operationalisiert werden können. Dazu gehört die Suche nach Anknüpfungspunkten, aber auch die Bewertung von Chancen und Risiken in der praktischen Umsetzung. Hier will das Verbundprojekt „Arbeit und Ökologie“ eine wissenschaftlich fundierte Hilfestellung leisten.

Es ist offensichtlich, dass neue Zukunftsentwürfe dringend gebraucht werden: Die bisher angewandten Wachstums- und Wohlstands-Strategien verhalten der Bundesrepublik zwar zu einem hohen Einkommensniveau und zu sozialer Sicherheit ihrer Bürger. Sie haben angesichts veränderter Rahmenbedingungen (neue Technologien, Globalisierung, Strukturwandel, neue Werte, Verhaltensmuster, Lebens- und Arbeitsstile usw.) jedoch an Wirksamkeit eingebüßt. Auch die anhaltende Massenarbeitslosigkeit ist ein deutliches Indiz für die Notwendigkeit neuer politischer Handlungsstrategien und anderer gesellschaftlicher Entwicklungspfade.

Das Nachdenken über Wege, die der Bundesrepublik Deutschland auch zukünftig Wohlstand und sozialen Zusammenhalt sichern, gehört angesichts der überall aufbrechenden wirtschaftlichen und sozialen

Anpassungsprobleme zu den wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben. Dieser Aufgabe stellen sich die deutschen Gewerkschaften - denn nicht zuletzt hat ihre bisherige Politik zum Gelingen des deutschen Wohlstandsmodells beigetragen.

Das Interesse der Gewerkschaften an der Nachhaltigkeitsdiskussion resultiert aber auch aus der täglichen Arbeit in klassischen gewerkschaftlichen Handlungsfeldern. In Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen haben die Gewerkschaften Umweltschutz-Aspekte aufgegriffen und Vereinbarungen durchgesetzt (zum Beispiel Betriebsvereinbarungen zur Information und Weiterbildung, zur Erweiterung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, aber auch Beteiligung an Umweltmanagementsystemen). Längst sind die Gewerkschaften im ökologischen Bereich stärker verankert und gefordert als vielen bewußt ist.

Die Nachhaltigkeitsdebatte bietet einen guten Ansatz, dort diskutierte Themen der Zukunftssicherung mit gewerkschaftlichen Kernthemen (wirtschaftliche Modernisierung, soziale Sicherheit, demokratische Teilhabe) zu verbinden. Allerdings ist diese Debatte lange Zeit sehr allgemein und ökologisch dominiert geführt worden, sie klammerte soziale Themen weitgehend aus. Und selbst die Überlegung, welche Rolle die Gewerkschaften bei der gesellschaftlichen Definition, Verhandlung und Umsetzung von Nachhaltigkeit spielen können, wurde ausgeblendet. So trat bei vielen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern neben das grundsätzliche Interesse an nachhaltigen Zukunftspfaden häufig die Einschätzung, die Nachhaltigkeits-Debatte sei für die praktische Arbeit der Gewerkschaften kaum zu verwenden.

Diese schwierige Ausgangslage, aber auch die Einsicht in die Chancen, die die Nachhaltigkeits-Debatte für die Entwicklung einer zukunftsorientierten Politik bietet, verstärkten das Interesse der Hans-Böckler-Stiftung, die Nachhaltigkeitsdebatte durch eigene Anstrengungen voranzutreiben und - stärker als bisher - für die politische Alltagsarbeit aller Akteure, insbesondere der Gewerkschaften, nutzbar zu machen. Aus diesen Gründen hat die Hans-Böckler-Stiftung das Verbundprojekt „Arbeit und Ökologie“ als interdisziplinäres Forschungsprojekt organisiert. Ziele des Projekts waren:

Eine gleichrangige Behandlung der ökonomischen, ökologischen und sozialen Nachhaltigkeitsziele und eine Analyse der Wechselwirkungen zwischen diesen Dimensionen von Nachhaltigkeit, so dass Entwicklungspfade skizziert werden können, die für große Teile der Gesellschaft akzeptabel sind.

Eine Konkretisierung des Konzepts der Nachhaltigkeit, so dass einzelne Akteursgruppen, insbesondere die Gewerkschaften, dies in ihrer Arbeit aufgreifen können. Durch eine systematische Entwicklung von Nachhaltigkeitsstrategien soll es zudem möglich werden, in der Diskussion befindliche Handlungsvorschläge auf ihre Folgewirkungen, ihre Stärken und Schwächen zu bewerten.

Eine stärkere Beachtung der bisher vernachlässigten sozialen und arbeitspolitischen Aspekte im Verständnis von Nachhaltigkeit. Konkret ging es um die Frage, wie Arbeit organisiert werden könnte, um den Zielsetzungen der Nachhaltigkeit nicht nur möglichst nahe zu kommen, sondern um einer Nachhaltigkeits-Entwicklung einen Initialschub zu geben.

Die von den deutschen Gewerkschaften vertretene „sozial-ökologische Reformstrategie“, zu deren wichtigsten Zielen die Überwindung der Arbeitslosigkeit sowie die Verbindung von Wirtschaftswachstum und Umweltschutz gehören, sollte durch dieses Projekt neue Impulse bekommen. Dabei war es eine wichtige Aufgabe des Projekts, dafür die notwendigen wissenschaftlichen Grundlagen zu schaffen. Diese Aufgabe wurde mit Blick auf die Gewerkschaften noch weiter konkretisiert: Es galt, mögliche Schritte in Richtung gesellschaftlicher Nachhaltigkeit im Rahmen gewerkschaftlicher Gestaltungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Vier Themenbereiche, die in der bisher geführten Nachhaltigkeitsdebatte nicht ausreichend gewichtet oder beachtet wurden, bildeten einen Schwerpunkt der Arbeit dieses Projektes:

- Zukunft der Arbeit,
- Gestaltung der Ökonomie,
- Sicherung des Sozialstaats,
- demokratische Teilhabe der gesamten Gesellschaft an diesen Prozessen.

Durch den Nachweis der inneren Verbundenheit der ökonomischen, ökologischen, sozialen und

arbeitspolitischen Dimensionen der Nachhaltigkeit macht das Projekt „Arbeit und Ökologie“ das Politik-Paradigma Nachhaltigkeit nicht nur besser umsetzbar; es führt auch zu einer verbesserten Einsicht in ganzheitliche Handlungsnotwendigkeiten. Die Betonung der sozialen Dimension im Nachhaltigkeitskonzept ist also kein Einzelinteresse der Gewerkschaften, sondern notwendige Voraussetzung für die Entwicklung intelligenter und praktikabler Politikkonzepte.

Drei renommierte Forschungsinstitute, das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (WI), haben im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung diese Aufgabenstellung über zwei Jahre hinweg bearbeitet und zu Beginn des Jahres 2000 das Internetseiten-Ergebnis ihrer Arbeiten in einem umfangreichen Forschungsbericht vorgelegt.

Grundlage des Projekts „Arbeit und Ökologie“:

→ Ein umfassendes Verständnis von Nachhaltigkeit

Das Projekt „Arbeit und Ökologie“ arbeitete auf Grundlage des „Drei-Säulen-Modells“; das heißt die soziale, die ökologische und die ökonomische Dimension der Nachhaltigkeit wurden gleichberechtigt untersucht. Nachhaltigkeit wird definiert als langfristiger Systemerhalt und Vermeidung irreversibler Schäden in allen drei Bereichen. Dazu gehört die Gerechtigkeit in und zwischen den Generationen ebenso wie die Gewährleistung eines menschenwürdigen Lebens. Dies beinhaltet Arbeitsmöglichkeiten, ausreichendes Einkommen, den Schutz der Umwelt und die Sicherung der Funktionsfähigkeit des Wirtschaftssystems. Zudem muss ein hinreichendes Maß an Verteilungsgerechtigkeit gewährleistet sein.

Mit dem Auftrag an drei Forschungsinstitute, die unterschiedliche Arbeitsschwerpunkte haben, reagierte die Hans-Böckler-Stiftung auf die Anforderung, Nachhaltigkeit mit einem interdisziplinären und gleichzeitig handlungsorientierten Ansatz zu verbinden, durch:

- Den breiten multidisziplinären Zuschnitt,
- die gleichrangige Behandlung der

ökonomischen, ökologischen und sozialen Dimension von Nachhaltigkeit,

- die Stärkung der bisher vernachlässigten sozialen und arbeitspolitischen Dimension,
- die langfristige Zukunftsorientierung sowie durch ...
- den Versuch der Entwicklung von Handlungsorientierungen entstand ein Projekt, das neue Perspektiven in die Nachhaltigkeits-Debatte hinein trägt und den bisherigen Begriff der Nachhaltigkeit so öffnet, dass er politikfähig wird.

Die Studie „Arbeit und Ökologie“ reiht sich in eine Reihe von Zukunftsstudien ein, die zu Entwicklungspfaden der Bundesrepublik erschienen sind. Sie ist ein Beitrag zur wissenschaftlichen Fundierung der sozial-ökologischen Reformstrategie, an deren (Weiter-)Entwicklung die Gewerkschaften ein großes Interesse haben. Die Studie ist ausserdem ein Versuch, unterschiedliche Forschungsansätze zu einem schlüssigen Nachhaltigkeitskonzept zusammen zu führen.

2. Praktische Ansätze

Neue Zukunftsziele

langfristiges Ziel zur Reduzierung von Treibhausgasen.

Regierung beschließt Nachhaltigkeitsstrategie

Hamburger Abendblatt vom 23.04.02

Als Grundsatzprogramm für die nächsten 20 Jahre hat die Bundesregierung vergangene Woche eine „Nachhaltigkeitsstrategie“ für eine zukunftsfähige wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung beschlossen. Das Papier enthält 21 Zielvorgaben in den Bereichen Umwelt, Soziales, Wirtschaft und Finanzen.

Unter Federführung vom Staatsminister im Kanzleramt, Hans Martin Bury, entstand die Strategie unter Beteiligung verschiedenster Interessengruppen. Sie stecke erstmals klare Ziele über eine Legislaturperiode hinaus und betreffe alle Politikfelder, betonte Bury. Damit erfülle die Bundesregierung eine Vorgabe vom Erdgipfel von Rio 1992. Die Strategie ist gleichzeitig der deutsche Beitrag zur Nachfolgekonzferenz „Rio+10“ im August 2002 in Johannesburg (Südafrika).

Die 21 Messgrößen zeigen die Bandbreite der Aufgaben auf dem Weg zu einer nachhaltigen Lebensweise, die nicht auf Kosten zukünftiger Generationen geht. Dazu zählen die Ziele eines ausgeglichenen Staatshaushaltes bis 2006 und der Ausbau von Ganztagsbetreuung für mindestens 30 Prozent der bis zu zwölfjährigen Kinder bis 2010. Die Ausgaben für Bildung und Forschung sollen um ein Fünftel gesteigert werden. Der in Rio anvisierte Anteil an staatlicher Entwicklungshilfe von 0,7 Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsproduktes ist ebenfalls als Ziel verankert, jedoch ohne Zeitvorgabe (derzeit liegt er bei 0,27 Prozent).

Im Umweltbereich soll der Beitrag erneuerbarer Energien an der Stromproduktion bis 2010 auf 12,5 Prozent wachsen und die pro Wertschöpfungseinheit verbrauchten Energie- und Rohstoffmengen bis 2020 halbiert werden. Ein ehrgeiziges Ziel betrifft den Flächenverbrauch: Er soll bis 2010 von heute 130 Hektar pro Tag auf 30 Hektar schrumpfen. Dagegen verzichtet die Strategie auf ein neues

Netzwerk für nachhaltige Kommunalentwicklung

Beteiligung der Wirtschaft an kommunalen Agenda 21-Prozessen

KOMMA21 Bayern

Bayerisches Landesamt für Umweltschutz (2000)

Was sind Agenda 21 Bausteine?

Mehr als in den vergangenen Jahren will die Komma21 Bayern den Kommunen und Agenda 21-Gruppen auch fachliche Informationen anbieten. Mit dem Agenda 21 Baustein Nr. 2 setzen wir unsere neue Info-Serie zu Schwerpunktthemen der Agenda 21-Praxis fort. In den Bausteinen stellen wir Informationen zum jeweiligen Thema in knapper Form zusammen - detaillierte Auskünfte können Sie bei der Komma21 Bayern abfragen. Gerne nehmen wir Ihre Anregungen für weitere Themen und Verbesserungsvorschläge auf.

Die Privatwirtschaft spielt eine zentrale Rolle in der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes oder einer Region. Sie soll daher zusammen mit den sie vertretenden Verbänden gleichberechtigter Partner bei der Umsetzung und Bewertung von Maßnahmen im Zusammenhang mit der Agenda 21 sein. Die Privatwirtschaft kann durch Handels-, Beschäftigungs- und Existenzsicherungsmöglichkeiten zum Ziel eines höheren Wohlstandes und zur Stärkung der Rolle der Frauen beitragen. Die Gestaltung der Produktionsprozesse hat einen entscheidenden Einfluss auf die Ressourcennutzung und auf die Verminderung der Auswirkungen auf die Umwelt.

Was sagt die Agenda, Kapitel 30?

Kapitel 30 der Agenda 21 nennt zwei Programmbereiche zur Stärkung der Rolle der Privatwirtschaft:

- **Förderung einer umweltverträglichen Produktion:** Effiziente Nutzung von Ressourcen, zunehmende Wiederverwertung von Rückständen, Verminderung der Abfallmenge pro Produktionseinheit).
- **Förderung einer verantwortungsbewussten Unternehmerschaft:** Durch die Förderung des Konzeptes des verantwortungsvollen unternehmerischen Handelns, durch die Erhöhung der Zahl der Unternehmer, die ihre Unternehmenspolitik auf eine nachhaltige Entwicklung ausrichten.

Mit dem Umweltpakt Bayern hat die bayerische Staatsregierung 1995 weltweit die erste freiwillige Vereinbarung mit der Wirtschaft geschlossen. Mittlerweile gibt es zahlreiche Beispiele für Private-Public-Partnership mit dem Ziel des nachhaltigen betrieblichen Wirtschaftens. Der Umweltpakt Bayern hat auch entscheidend dazu beigetragen, dass Bayerns Unternehmen bundesweit die Liste der Betriebe mit dem EG Öko-Audit anführen.

So erfolgreich sich der Umweltpakt Bayern mit derzeit knapp 1.350 Teilnehmern entwickelt, so zögernd haben sich Unternehmen zunächst in den kommunalen Agenda 21-Prozessen engagiert. Erfreulicherweise ist seit einem Jahr die Tendenz aber steigend. Waren es 1997 nur einzelne Betriebe, die sich an der Agenda 21 beteiligt haben, so zeigen die Beispiele aus den bayerischen Agenda 21-Kommunen heute bereits eine große Bandbreite von Kooperationsmöglichkeiten mit der Wirtschaft.

Ergebnis einer Umfrage der Komma21 Bayern Mitte 1999 ist, dass in gut 70 Kommunen (30 Prozent der Kommunen, die an der Umfrage teilnahmen) Unternehmen den Agenda 21-Prozess unterstützen und davon profitieren (ca. 160 gemeinsame Projekte). In Landkreisen sind es vor allem die Regionalinitiativen (regionale Wirtschaftskreisläufe, Regionalvermarktung, Direktvermarktung), die der Landwirtschaft, dem Gewerbe oder dem Handwerk neue Chancen für die Vermarktung ihrer Produkte und Leistungen

eröffnen. Deren Spektrum reicht von lokalen Lebensmitteln über Holzzeugnisse oder Glas bis hin zur Nutzung von Solarenergie in Privathaushalten und öffentlichen Einrichtungen. In Städten und Gemeinden hat im vergangenen Jahr das ÖKOPROFIT aus Graz - ein Programm zur Gemeinschaftsberatung für betriebliches Umweltmanagement - immer mehr Nachahmer gefunden. Nach München und Wolfratshausen-Getersried hat ÖKOPROFIT nun auch in Fürstfeldbruck, Kempten, Augsburg, Bamberg, Regensburg, als Gemeinschaftsprojekt in den Gemeinden Ottobrunn, Taufkirchen und Unterhaching sowie in den Landkreisen Kelheim, Schwandorf begonnen. Die Agenda 21 hat in einigen Kommunen dazu beigetragen, dass sich weitere Betriebe nach der EG-Öko-Audit Verordnung zertifizieren ließen, zum Beispiel die Landkreise Kelheim, Miesbach, Regen, Rottal-Inn, die Stadt Lohr am Main, Stadt Roding.

Erfolge melden auch Einrichtungen zur Förderung des Dialogs mit Unternehmen, wie Unternehmer-Stammtische, Existenzgründertage, gemeinsame Messen oder Seminare zu Fachfragen. Zunehmend engagieren sich Betriebe in Arbeitsplatz-Initiativen, insbesondere zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit.

Branchen, denen die Beteiligung am Agenda 21-Prozess offenbar leichter fällt als anderen, sind die Landwirtschaft, das Baugewerbe, der Einzelhandel, das Elektrohandwerk, die Holzwirtschaft und das Fremdenverkehrsgewerbe. ÖKOPROFIT besteht aus mehreren Bausteinen. Durch eine Reihe von neun bis elf Workshops werden teilnehmende Betriebe in einem Jahr systematisch zum Aufbau einer innerbetrieblichen Umweltvorsorge hingeführt.

Übersicht von Agenda 21-Projekten mit Beteiligung der Wirtschaft (Umfrageergebnisse der Komma21 Bayern, August 1999)

Beteiligung von Banken: 1

Beteiligung des Baugewerbes: 8

Beispiele: Ökopaket, Aktionstag "Niedrigenergiehaus", Bauherren-Tips, Passivhaus, Wärmedämpaket

Beteiligung von Einzelhandelsbetrieben: 6

Beispiele: Einkaufsführer, Second-Hand-Führer, kostenloses Essen, Regionalkaufhaus, Lebensmittelkarte

Beteiligung des Elektrohandwerks: 35

Beispiele: Energieberatung, Solaranlagen, Strom aus Sonnenlicht, Aktion Sonnengarten, Sonnenland, "Zapf die Sonne an", Zusammenarbeit mit Energieberatungsagenturen, Energiepakt, Klima-Bündnis, Ökobonus im Energiebereich, Liste freier Energieberater, Heizpaket

Beteiligung von Handwerksbetrieben verschiedener Branchen: 7

Beispiele: Reparaturführer, Förderverein für bestimmte Produkte, Veranstaltungen für Gewerbe und Handwerk

Beteiligung der Holzwirtschaft: 8

Beispiele: Holzmarkt, Imagekampagne für heimisches Holz, Holztage, Särgе aus heimischen Holz, Holzverbund „Ökoregion“, Regionalausstellung "Holz", Zertifizierung Waldbauern "Heimisches Holz"

Beteiligung von Landwirten: 6

Beispiele: Programm für Landwirte, Veranstaltung "Landwirtschaft und Agenda 21", Beratung der Landwirte, Streuobstwiesenprojekt, Zertifizierung „Landwirte“

Beteiligung des Tourismusgewerbes: 13

Beispiele: Zukunftswerkstatt: Erarbeitung eines zukunftsweisenden Tourismusangebotes, Programm für Gastwirte, Pilotprojekt "Umweltfreundliche Reiselogistik", Ökotourismus, Freizeitführer, Umweltstammtisch für Hotels und Gaststätten, Aktion "Umweltfreundliche Gastronomiebetriebe", "Das GEO-Dreieck: Gastlichkeit, Erlebnis, Originalität", Werbung für Umweltaudit und Umweltsiegel, Aktion „Sanfter Tourismus“

Beteiligung von Unternehmen an regionalen Wirtschaftsinitiativen: 29

Beispiele: Direktvermarktung, Info-Stand "Regionale Produkte" und Info-Blatt Regionalvermarktung, Teilnahme am Tag der Regionen, Verein "Zusammenschluß der Direktvermarkter", Regionale Küche im Großküchenbereich, Regionale Spezialitäten, Regional-Akquisitionsprogramm, Produkt des Monats

Andere Formen zur Beteiligung von Unternehmen: 28

Beispiele: Lehrstellenbörse mit Unterstützung lokaler Firmen und Verbände, Qualifizierungsoffensive, Agenda-Betriebe, Arbeitsplatz-Initiative, Unternehmer-Stammtisch, Existenzgründertag, Motivierung für Umweltpakt Bayern, Wirtschaftsinformationssystem, Seminar, Gewerbeschau, Umweltmesse, Bekanntmachung von nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen, Förderung des Wirtschaftsstandortes, Innovationsring, Gewerbeflächenrecycling, Marketing Nachhaltiges Wirtschaften, Unternehmen ohne Umweltbelastung, „Betriebs-Umweltforum“

Durchführung von Öko-Audit als Ergebnis der Agenda 21: 6

Beispiele: Öko-Audit für kleinere und mittlere Handwerksbetriebe, EG-Öko-Audit der Abfallwirtschaftsgesellschaft, Öko-Audit-Verbund, Ökoauditveranstaltung

Teilnahme von Betrieben am Ökoprofit: 12

Gründe für die Beteiligung am Agenda-Prozess:

Es gibt gute Gründe für Unternehmen zur Beteiligung am Agenda 21-Prozess in ihrer Kommune, aber auch Ursachen für ein Fernbleiben der Wirtschaft. Die folgende Übersicht listet die wichtigsten Ergebnisse einer aktuellen Studie der IHK Bayreuth auf:

- Unternehmen sollten das Feld nicht allein den anderen Akteuren überlassen,
- Einbringen Ihrer Kenntnis wirtschaftlicher Zusammenhänge in die Meinungsbildung und Entscheidungen in den Arbeitsgruppen,
- Sie können den Arbeitsgruppen und -kreisen durch Projektmanagement helfen, effektiver und projektorientierter zu arbeiten,
- Möglichkeit zu dauerhaftem Dialog mit Verwaltung, Bürgern und Interessensgruppen und Vertretung der Interessen der Unternehmen,
- Vermeidung möglicher Konflikte im Vorfeld,
- die Unterstützung des LA21-Prozesses verbessert die Kontakte zu örtlichen Stellen (Stadtrat, Ämter),
- eine gute Kommunikationsbasis hilft ordnungsrechtliche Maßnahmen der Verwaltung zu vermeiden,
- der Dialog mit der Öffentlichkeit und mit den Kunden wird gepflegt,
- Steigerung des Bekanntheitsgrads und des Firmenimages des Unternehmens,
- die LA21 Planungssicherheit,
- der LA 21-Prozess dient als wichtige Informationsquelle für neue Denkansätze,
- die Agenda 21 hilft, neue Märkte und Absatzpotenziale zu erschließen,
- ein attraktiver Wirtschaftsstandort (unter anderem günstige Umweltbedingungen) nützt dem Unternehmen,
- Einsparung von Kosten durch wirtschaftlich effiziente Lösungen.

Ursachen für ein Fernbleiben der Wirtschaft:

- Kaum Information der örtlichen Wirtschaftsvertreter über die Agenda 21,
- unprofessionelle Öffentlichkeitsarbeit für die LA21,
- das Thema Wirtschaft fehlt in den Arbeitsgruppen,
- Unternehmen fühlen sich nicht direkt angesprochen,
- die LA21 wird dem Umweltschutzbereich zugeordnet,
- Überwiegen der Umweltschutz-Vertreter in den Gremien der LA21 mit "Feindbild" Wirtschaft,
- Angst vor „Idealisten und Fanatikern, Dogmatikern und Ideologen“ in Foren und Arbeitsgruppen,
- Berührungängste zwischen den Akteuren,
- Profilierungsbestreben von Einzelnen oder Gruppen verhindert Dialogprozesse,
- Vorurteile/ Missverständnisse durch Informationsdefizite bei Verwaltung und Betrieben,
- Ziele der A21 sind für Unternehmen zu diffus,

- die A21 als eines vieler Angebote, wie Umweltpakt Bayern, EG-Öko-Audit, ISO 14001 oder Agenda 21,
- Verfahren der LA21 zu aufwändig und langwierig für Unternehmen,
- endlose Sitzungen, viele Reden, wenig Ergebnisse,
- Firmenvertreter bringen Verständnis für Nachhaltigkeitsüberlegungen bei den Mitarbeitern im täglichen Geschäft nicht „rüber“,
- Problem der Legitimation der A21: Die Gremien sind nicht demokratisch gewählt. Was passiert also mit den Ergebnissen der Arbeit?
- Sorge vor zusätzlichen Wettbewerbsverzerrungen,
- die Angst vor dem gläsernen Unternehmen und die Furcht vor Ausspähung von Firmengeheimnissen.

Einige Tipps, um Unternehmen für die Agenda 21 zu gewinnen:

Aller Anfang ist schwer - und obwohl bereits viele Betriebe an bestehenden Programmen teilnehmen, ist es nicht immer einfach, sie von den Vorteilen einer Mitarbeit am Agenda 21-Prozess zu überzeugen. Folgende Tipps erleichtern den Einstieg:

Einbeziehung der Wirtschaft in den Agenda-Prozess als "Chefsache". Idealerweise erfolgt der erste Kontakt durch den Bürgermeister oder den Landrat.

Sie gewinnen die Wirtschaft eher, wenn die Projekte einen **konkreten Nutzen** für die Unternehmen haben.

Professionalität im Umgang mit der Wirtschaft ist oberstes Gebot. Nutzen Sie die Hilfe erfahrener Beratungsfirmen, gewinnen Sie pensionierte Mitarbeiter aus der Wirtschaft für Ihr Projektmanagement oder suchen Sie die Unterstützung der "Aktivsenioren Bayern" - sie alle finden den richtigen Ton im Umgang mit den Unternehmern.

Machen Sie **die guten Gründe** einer Teilnahme der Wirtschaft in Ihrer Kommune deutlich und werben Sie dafür.

Prüfen Sie, ob in Ihrer Kommune **Ursachen für ein Fernbleiben der Wirtschaft** vorliegen und beseitigen Sie diese.

Vermeiden Sie **schwerfällige, bürokratische Organisationsformen** bei der Einbindung der Wirtschaft - nutzen Sie die Organisations- und Managererfahrung der Unternehmer, wie zum Beispiel bei Projekten des

Stadtmarketings, regionaler Wirtschaftskreisläufe oder beim Ökoprofit.

Finden Sie den richtigen Ansprechpartner zur Aufnahme der ersten Kontakte mit den Unternehmen. Die Partner in IHK, Handwerkskammern, bei Innungen und anderen Wirtschaftsverbänden helfen Türen öffnen.

Erfinden Sie das Rad nicht immer neu - bauen Sie auf bestehenden Ansätzen auf, knüpfen Sie an vorhandene Strukturen an oder nutzen Sie bereits vorhandene Initiativen. Beispiele: Sprechen Sie vor einer Förderung von Energiesparmaßnahmen mit den Innungen und Betrieben des Handwerks oder nutzen Sie Wochenmärkte als Einstieg in die Regionalvermarktung.

Machen Sie bestehende Förderprogramme bekannt. Eine staatliche Unterstützung ist häufig der Einstieg für gesellschaftliches Engagement der Firmen. Die Förderfibel des Bayerischen Umweltministeriums bietet einen aktuellen Überblick über Förderprogramme des Landes, des Bundes und der EU.

Denken Sie an die Zukunft. Überprüfen Sie die kommunalen Planungen hinsichtlich der Möglichkeit einer Beteiligung der Wirtschaft. Sie planen zum Beispiel ein neues Gewerbegebiet, tun Sie es gemeinsam mit den Unternehmen.

Lernen Sie von anderen Kommunen. Positive Beispiele aus anderen Kommunen helfen überzeugen. Besorgen Sie sich Informationen über Beispiele und Ansprechpartner (zum Beispiel bei den IHK, Komma21 Bayern).

Lernen Sie von guten Beispielen. In den Leitfäden "Die umweltbewusste Gemeinde" und "Der zukunftsbewusste Landkreis" (auch als CD-ROM) finden Sie zahlreiche Beschreibungen von Projekten mit der Wirtschaft, die als Anregung für Ihre Agenda-Arbeit dienen können. Wenden Sie sich an die Komma21 Bayern, wenn Sie die Leitfäden noch nicht kennen.

Vielen Unternehmen ist das Thema „Nachhaltigkeit“ nicht neu. Gewinnen Sie Unternehmen in Ihrer Kommune, die bereits „offen“ für das Thema sind, zum Beispiel:

- Betriebe mit EG-Öko-Audit oder ISO 14001,
- Teilnehmer am Umweltpakt Bayern,
- Unternehmen, die bereits am bayerischen Umweltberatungsprogramm teilgenommen haben,
- Teilnehmer an der Aktion "Der umweltfreundliche Hotel- und Gaststättenbetrieb",
- Inhaber des Umweltsiegels für Kfz-Betriebe,
- Inhaber des Umweltsiegels "Qualitätsverbund umweltbewusster Handwerksbetriebe" (OUH),
- Inhaber des Umweltsiegels für Entsorgungsfachbetriebe.

EMAS als Nachhaltigkeits- Wegweiser in der wirtschaftlichen Praxis

Projektinformation



Dipl.-Volkswirt Wolfgang Guhle (2002)

Verlauf und Ergebnisse eines Einzelprojektes des Hamburger Zukunftsrates im Rahmen des DBU-geförderten Pilotprojektes "KMU-Förderkampagne PRO EMAS" der BEWÖK GmbH, 15.09.2001 - 15.03.2002

Von BEWÖK Beratungsgesellschaft für Wirtschaft und Ökologie mbH

1. Vorbemerkung

1.1 Was ist EMAS?

EMAS ist ein Managementsystem, das Unternehmen dabei hilft, ihren betrieblichen Umweltschutz eigenverantwortlich und kontinuierlich zu verbessern. EMAS steht für die englische Bezeichnung des europäischen Umwelt-Audit-Systems „Eco-Management and Audit Scheme“, auch bekannt unter dem Stichwort „Öko-Audit“. Als modernes umweltpolitisches Instrument setzt EMAS auf die freiwillige Teilnahme von Unternehmen und geht über die

gesetzlichen Regelungen hinaus. Seit 1993 können in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union aufgrund einer EG-Verordnung gewerbliche Unternehmen und andere Organisationen an dem einheitlichen **System für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung** teilnehmen.

An EMAS kann sich jede Organisation beteiligen, die ihren betrieblichen Umweltschutz verbessern möchte. Organisation ist dabei umfassend zu verstehen als Unternehmen, Handwerks- oder Gewerbebetrieb, aber auch als Einrichtung der öffentlichen Hand. Zur EMAS-Teilnahme müssen Organisationen ihre Tätigkeiten, Produkte und Dienstleistungen im Hinblick auf Auswirkungen auf die Umwelt überprüfen und auf dieser Grundlage ein **Umweltmanagementsystem** schaffen.

(Hintergrundinformation: Umweltmanagement bedeutet die Planung, Steuerung und Kontrolle von Tätigkeiten, Produkten und Dienstleistungen in Hinblick auf die Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes. Ein Umweltmanagementsystem regelt die Organisationsstruktur, die Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten, das Verfahren sowie die Planungstätigkeiten, Festlegung, Verwirklichung und Fortführung der umweltbezogenen Ziele und Handlungsweisen eines Unternehmens.)

Alle Organisationen, die an EMAS teilnehmen, erstellen für die Öffentlichkeit regelmäßig eine **Umwelterklärung**. Darin werden die eigene Umweltpolitik und das Umweltprogramm mit den konkreten Zielen für die Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes festgelegt, verbunden mit einer umfassenden, möglichst zahlenmäßigen Darstellung und Bewertung der Umweltauswirkungen eines jeden Standorts und der bereits erzielten Verbesserungen.

Jede Umwelterklärung muss von einem unabhängigen, staatlich zugelassenen **Umweltgutachter** überprüft werden (Auditierung). Erfüllt sie die strengen Voraussetzungen der EG-Umwelt-Audit-Verordnung, erklärt der Umweltgutachter die Umwelterklärung für gültig (Validierung). Die Organisation wird bei der Industrie- und Handelskammer (IHK) in das EMAS-Register eingetragen. Die Eintragung erfolgt unter der Voraussetzung, dass kein Verstoß gegen einschlägige Umweltvorschriften vorliegt.

Die Namen aller in Europa **registrierten Organisationen** werden regelmäßig im Amtsblatt

der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht. Ende Dezember 2001 waren in Deutschland mehr als 2600 Standorte registriert.

Die 2001 erfolgte Novellierung der EG-Öko-Audit-Verordnung (EMAS II) erlaubt den Teilnehmern, die EMAS-registriert sind, das **EMAS-Logo** zu verwenden.

1.2 Was bedeutet das Logo?

Unternehmen und andere Organisationen dürfen das EMAS-Logo führen, wenn sie erfolgreich **am Öko-Audit teilnehmen** und bei der Industrie- und Handelskammer (IHK) in das EMAS-Register eingetragen sind. Das EMAS-Logo ist eine **Auszeichnung** für diese Organisationen. Es zeigt, dass sie freiwillig die strengen Voraussetzungen der EG-Öko-Audit-Verordnung erfüllen, dass sie ein Umweltmanagementsystem eingeführt haben, welches sie immer wieder überprüfen, dass sie eine Umweltpolitik verankert (z.B. durch Firmenchef oder Vorstand), Umweltziele festgelegt und ihre Leistungen bei der Zielerreichung dargestellt haben, dass ihre Mitarbeiter an der Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes beteiligt sind, dass sie die Einhaltung aller einschlägigen Umweltvorschriften sicherstellen und Verbesserungen über dieses Maß hinaus erzielen, dass sie wesentliche Umweltauswirkungen und ihre konkreten Maßnahmen zur Verbesserung des Umweltschutzes regelmäßig in einer Umwelterklärung veröffentlichen und den Dialog mit allen interessierten Kreisen suchen, dass sie die Umwelterklärung regelmäßig einer strengen Prüfung durch einen staatlich zugelassenen, unabhängigen Umweltgutachter unterziehen, dass sie damit freiwillig weit mehr für den Umweltschutz tun, als es das Gesetz verlangt.

EMAS-Teilnehmer geben anderen Unternehmen einen Anreiz, ihnen in Sachen Umweltschutz nachzueifern. Von diesen Anstrengungen haben wir alle etwas: Kleine, aber stetige **Verbesserungen unserer Umweltsituation**. Da Ressourcenschonung und Energieeffizienz elementare Zielsetzungen von Umweltverbesserungen sind, leisten EMAS-Teilnehmer auch einen nachweisbaren Beitrag zum Nachhaltigen Wirtschaften.

Das Logo zeichnet das **umweltbewusste Verhalten des Unternehmens** aus, das sich freiwillig zur kontinuierlichen Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes verpflichtet hat und dies durch Einhaltung der strengen Kriterien

nachweist. Es ist nicht zu verwechseln mit einer Umwelt-Produktkennzeichnung – wie etwa der Abdruck eines „Umwelt-Engels“ auf der Warenverpackung. Es darf deshalb nicht unmittelbar auf Produkten verwendet werden.

Durch die Einführung des neuen Logos soll EMAS der breiten Öffentlichkeit besser bekannt gemacht werden. Zugleich soll den nach EMAS registrierten Organisationen mehr **Werbemöglichkeiten** eröffnet und damit der **Wettbewerbsvorteil** gestärkt werden.

(Nähere Informationen aus dem Internet über die Website www.emas-logo.de, aus der auch weitgehend die obigen Informationen übernommen wurden).

1.3. Das Pilotprojekt der "KMU-Förderkampagne PRO EMAS"

Das Pilotprojekt der "**KMU-Förderkampagne PRO EMAS**" wurde in sechs Einzelprojekten vom 15. September 2001 bis 15. März 2002 durchgeführt. Konzipiert und geleitet von der **BEWÖK GmbH, Hamburg** (Projektleitung Dipl.-Volkswirt Wolfgang Guhle, Hamburg, und Dr. Ludwig Glatzner, Münster), gefördert durch die **Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU)**, haben die Umweltzentren der **Handwerkskammern Hamburg, Trier und Saarland**, der **Westdeutsche Handwerkskammertag (WHKT)**, der ökologische Unternehmensverband **future e.V.**, die **AGENDA 21-Akteure im Zukunftsrat Hamburg** und in der saarländischen **Gemeinde Eppelborn** Modelle zur Sensibilisierung und Motivierung kleiner und mittlerer Unternehmen zur Teilnahme an EMAS erprobt. Die Ergebnisse wurden durch das Deutsche Kompetenzzentrum für Nachhaltiges Wirtschaften (dknw) evaluiert. Ein Beirat aus Vertretern der Wirtschaft, der Öffentlichen Hand und der Wissenschaft begleitete und unterstützte das Projekt

Ziel des Pilotprojektes "**KMU-Förderkampagne PRO EMAS**" ist es, einen Beitrag zu leisten, den Anteil kleinerer und mittlerer Unternehmen an den EMAS-Anwendern in Deutschland zu erhöhen. Denn während 98 Prozent aller gewerblichen Unternehmen zur Klasse der Unternehmen mit weniger als 100 Mitarbeitern gehören, stammen nur 29 Prozent aller EMAS-Betriebe aus dieser Größenklasse.

Die Motivierung der angesprochenen Unternehmen erfolgte je nach Modell auf unterschiedliche Weise: Durch Anleitung und Heranführung an EMAS durch die eigenen Kammern, durch Praxisvermittlung über EMAS praktizierende Vorbilder, durch Vermittlung von Kommunikationsfertigkeiten, durch Ansprache und wertgeschätzte Mitwirkung im Rahmen Lokaler AGENDA 21-Prozesse.

EMAS ist ein auch noch in der Wirtschaft, aber erst recht in der Öffentlichkeit verhältnismäßig unbekanntes Instrument des betrieblichen Umweltschutzes. Die Kampagne PRO EMAS soll auch dazu dienen, EMAS in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und den EMAS-geprüften Unternehmen mehr öffentliche Anerkennung für Ihre betrieblichen Umweltleistungen zu verschaffen.

Der im Folgenden geschilderte Verlauf des Einzelprojektes des Hamburger Zukunftsrates zeigt, dass EMAS ein attraktiver und beachteter Beitrag der lokalen Wirtschaft im lokalen AGENDA 21-Prozess sein kann und dass umwelt- und nachhaltigkeitsorientierte Unternehmen in den AGENDA 21-Akteuren eine interessierte Zielgruppe für ihre EMAS-Leistungen finden können.

2. Projekt Zukunftsrat Hamburg, A21-Akteure und EMAS-Kommunikation

2.1 Zielsetzung und Anlass des Vorhabens

Ziel der Maßnahme im Pilotprojekt war es, modellhaft Motivierungseffekte für KMU (**K**leine und **M**ittlere Unternehmen) zur EMAS-Teilnahme herauszuarbeiten, indem den KMU gesellschaftlich relevante Kommunikationspartner für ihre Umweltleistungen am Standort vermittelt werden.

AGENDA 21-Akteure als hochwertige interessierte Zielgruppe für EMAS-anwendende KMU

EMAS-validierte Unternehmen beklagen zurecht ein oft vorhandenes geringes öffentliches Interesse an ihren durch EMAS-Teilnahme bewirkten betrieblichen Umweltleistungen. Öffentliche Anerkennung am Standort besitzt für ein Unternehmen, besonders für KMU, durch

deren stärkeren regionalen Bezug (im Vergleich zu oft weltweit agierenden Großunternehmen), durchaus einen hohen Nutzwert, der auch ökonomisch messbar ist. Die bisherige EMAS-Praxis zeigt, dass es besonders KMU schwerfällt, ihre Umweltleistungen effektiv zu kommunizieren und kontinuierliche Kommunikationspartner zu finden.

Die gesellschaftlichen Akteure der lokalen Agenda 21-Prozesse, wie z. B. die des Zukunftsrates Hamburg, sind die geeigneten Kommunikationspartner für die Umweltleistungen der KMU in Hamburg, da umweltverträgliches und nachhaltiges Wirtschaften in ihren politischen Zielsetzungen einen besonders hohen Stellenwert einnimmt. Sie sind daher als besonders interessiert an den Umweltleistungen der Unternehmen in ihrer Kommune einzustufen.

EMAS-validierten Unternehmen soll Gelegenheit gegeben werden, ihre im Rahmen von EMAS geprüften Umweltleistungen einem interessierten Publikum zu präsentieren. Die AGENDA 21-Akteure sollen in dem Projekt ihre Erwartungen an die Umweltleistungen von Unternehmen, insbesondere wie im Rahmen einer EMAS-Validierung diese Umweltleistungen in Form und Inhalt der Öffentlichkeit vermittelt werden sollen, den EMAS-registrierten und den an EMAS interessierten Unternehmen nahe bringen. Das Projekt soll den EMAS-Unternehmen einen Eindruck vermitteln, dass ihre Umweltleistungen auch "draußen ankommen" können, das heißt, dass neben Geschäftspartnern und Behörden sich auch Teile der Öffentlichkeit, wie AGENDA 21-Akteure, für die Umwelterklärung eines Unternehmens interessieren und damit die Perspektive eröffnet wird, auch die unternehmenspolitisch relevante Öffentlichkeit, wie Nachbarn und Verbraucher erreichen zu können.

EMAS-validierte Unternehmen als qualifizierte und überzeugende Wirtschaftsakteure im Kommunalen AGENDA 21-Prozess.

Durch den Kontakt zu den Akteuren des Zukunftsrates im Rahmen der Projektveranstaltungen sollen Hamburger Unternehmen auch Einblicke in die Strukturen und Aktionen und inhaltlichen Arbeitsfelder des AGENDA 21-Prozesses in Hamburg erhalten und Mitwirkungsmöglichkeiten erkennen können. Dadurch könnten sie für die Festsetzung der im

Rahmen von EMAS verlangten Umweltpolitik des Managements wertvolle Anregungen aus den Aufgabenfeldern des kommunalen Agenda 21-Prozesses erhalten, die über umwelttechnische Aspekte hinaus sie auch Ziele aus dem Bereich Umwelt und Entwicklung setzen und zu einer komplexeren Befassung mit der Aufgabenstellung Nachhaltigkeit führen. Weitreichendes Ziel wäre, eine Verdichtung des Kommunalen AGENDA 21-Prozesses zu erreichen, der gleichlautende oder aufeinander abgestimmte Ziele der gewichtigen Akteure aus Politik, Wirtschaft und BürgerInnen formuliert. Das EMAS-Ziel, kontinuierliche Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes, würde dadurch zu einem festen Bestandteil der Aktivitäten und Wirkungen des kommunalen AGENDA-21-Prozesses. Mitwirkende Unternehmen könnten durch ihre gesellschaftliche Relevanz und ihre Einflussmöglichkeiten qualifizierte AGENDA-21-Akteure darstellen und als Vorbilder wirken.

Modellhaftigkeit und Multiplizierbarkeit

Das Einzelprojekt des Zukunftsrates Hamburg soll ein Modell wechselseitiger Kommunikation und möglicher gegenseitiger Partnerschaft entwickeln, das auch auf andere Lokale Agenda 21-Prozesse übertragbar ist. Ein Parallelprojekt in der saarländischen Gemeinde Eppelborn, durchgeführt von der Handwerkskammer Saarland, betreut die in der "Qualitätsoffensive Umwelt" zusammengeschlossenen Unternehmen auf dem Weg zur EMAS-Teilnahme. Dieses Projekt basiert auf dem "Eppelborner Umweltsiegel", einer von der Kommune und den Kammern vergebenen Auszeichnung für Umweltsleistungen in Unternehmen und Verwaltungen (im Rahmen der Kampagne "Wirtschaft und Kommune im lokalen Agenda 21-Prozess") und führt die Anforderungen qualitativ fort. Im Rahmen des Pilotprojektes PRO EMAS werden die Erfahrungen der beiden unterschiedlichen Einzelprojekte Hamburg und Eppelborn ausgewertet und verglichen und auf ihre Multiplizierbarkeit hin überprüft.

2.2 Darstellung der Arbeitsschritte

Erstellung eines Arbeitsplanes und Festlegung der Verantwortlichkeiten.

Zur Erreichung des anstehenden Zieles wurden drei Veranstaltungen geplant, die vom Zukunftsrat Hamburg, vertreten durch den Stiftungsverein Zukunftsrat Hamburg e.V., mit Unterstützung

geeigneter Partner aus dem Pilotprojekt durchgeführt werden sollten und folgende Arbeitstitel bekamen:

1. Veranstaltung : "EMAS-Validierte Unternehmen kommunizieren ihre Umweltsleistungen"
2. Veranstaltung: "Diese Umweltsleistungen von Unternehmen interessieren uns"
3. Veranstaltung: "EMAS und Nachhaltiges Wirtschaften - Vom Dialog zum Handeln"

Innerhalb des Zukunftsrates wurde die „AG-Wirtschaft“ als federführendes Gremium benannt und deren Koordinator Dr. Ulf Skirke, zugleich Mitglied des Vorstandes des Stiftungsvereins Zukunftsrat Hamburg und Mitglied der Koordinierungsgruppe des Zukunftsrates, zum Projektverantwortlichen seitens des Zukunftsrates bestimmt.

Da die Mitglieder des Zukunftsrates ehrenamtlich tätig sind, wurde schon bei Antragsstellung vereinbart, dass die Projektleitung BEWÖK GmbH (Wolfgang Guhle) wesentliche inhaltliche und organisatorische Aufgaben im Einzelprojekt übernimmt. BEWÖK GmbH war für die Erarbeitung der Konzeptionen für die Veranstaltungen, die Referentenbeschaffung und die Absprache mit den unterstützenden Kammern zuständig.

Die Projektleitung BEWÖK GmbH hatte bei Antragsstellung schon vorweg mit der Handelskammer Hamburg und der Handwerkskammer Hamburg eine mögliche Unterstützung des Zukunftsrat-Projektes erörtert. Die Handwerkskammer Hamburg ist Gründungsmitglied des Zukunftsrates und im Koordinierungskreis durch den Leiter des ZEWU, Rolf de Vries, vertreten. Da das ZEWU auch Projektpartner im Pilotprojekt ist, waren hier die Voraussetzungen für eine enge Abstimmung gegeben.

2.3 Ablauf der Veranstaltungen und Auswertung

2.3.1. Die 1. Veranstaltung

Im Laufe der Vorbereitungen der ersten Veranstaltung wurde die **Handelskammer** dazu bewegt, sich vom Gastgeber in die Rolle des Mitveranstalters zu bewegen. Dies war sinnvoll, denn in Hamburg gibt es nur um 30 EMAS-

registrierte Unternehmen, die ausschließlich Mitglied der Handelskammer sind. Um validierte Unternehmen für eine EMAS-Präsentation und andere Unternehmen als interessierte Veranstaltungsteilnehmer zu gewinnen, war die Veranstaltungsmittägerschaft der Handelskammer äußerst nützlich.

Der Projektleitung BEWÖK GmbH gelang es durch Vermittlung des Pilotprojekt-Beiratsmitgliedes Dr. Hermann Hühwels (DIHK), den beim DIHK für EMAS zuständigen langjährigen Abteilungsleiter **Dr. Kurt Fleckenstein** als Redner zu gewinnen.

Mit der Handelskammer wurden die zur EMAS-Präsentation geeigneten Unternehmen abgesprochen. Es sollten ein Großunternehmen und drei KMU eingeladen werden. Als Großunternehmen war zunächst an den Otto-Versand gedacht worden, der aber nicht in Frage kam, da er in Erwägung zog, aus EMAS auszusteigen. Dieser Schritt eines ökologischen Vorreiters hat in Hamburgs kleiner EMAS-Szene für viel Verwirrung gesorgt. Mit **Daimler-Chrysler, Werk Harburg**, wurde aber ein repräsentatives Großunternehmen für die Veranstaltung gewonnen. Mit der **AVG** wurde ein modernes Unternehmen aus dem Bereich der Abfallverwertung gewonnen, welches allerdings auch zu einem in der Öffentlichkeit als Problembranche angesehenen Wirtschaftszweig gehört. Die **"Transit Transport + Zufall"** Spedition repräsentierte den ökologisch immer bedeutsamer werdenden Bereich Verkehr und **Branth-Farben** ein kleines mit ökologischen Problemen kämpfendes Unternehmen.

An der Veranstaltung nahmen über 50 Personen teil, davon kamen aus dem Bereich Wirtschaftsorganisationen Unternehmen und Berater 27, aus der Verwaltung fünf und aus dem Einzugsbereich des Hamburger Zukunftsrates ca.18. Das Ziel, die Anwesenden über EMAS und die Umweltleistungen der Unternehmen zu informieren, wurde voll erreicht. Die Teilnehmer aus dem Bereich Zukunftsrat wurden zur Unterstützung von EMAS motiviert, wie Gesprächsbeiträge und Nachfragen zeigten. Das Ziel, anwesende Unternehmer für EMAS zu motivieren, wurde nur zum geringen Teil erreicht. Das hatte vielfache Gründe.

Das Einführungsreferat von Dr. Fleckenstein hob nicht so sehr auf reine EMAS-Werbung sondern mehr auf eine kritische Bestandsaufnahme ab:

EMAS II trotz Novellierung in der Krise, sinkende Registrierungszahlen, Enttäuschung der Wirtschaft über aus ihrer Sicht zu geringe Deregulierung und Privilegierung durch EMAS. Dr. Fleckenstein ließ aber keinen Zweifel daran, dass der DIHK EMAS nach wie vor unterstützt und spornte die Handelskammer Hamburg dadurch an, dass er feststellte, Hamburg läge leider immer noch im Schlusssdrittel der "EMAS-Bundesliga".

Auch die EMAS-Anwender machten deutlich, dass die anfangs gehegten Erwartungen durch EMAS nicht erfüllt wurden. Ein ökonomischer Nutzen sei nur bei der Erstvalidierung und in viel geringerem Maße als erwartet, zu verzeichnen gewesen. Ein Imagevorteil und vermehrte öffentliche Anerkennung sei in keinem Fall erreicht worden. Für die Umwelterklärung würde sich - außer einigen Studenten, die diese für Studienarbeiten benötigen - niemand interessieren.

Dennoch hätten alle vier EMAS-Anwender entschieden, im EMAS-System zu verbleiben. Die Gründe waren unterschiedlich. **Dr. Arhelger**, der Umweltschutzbeauftragte von Daimler-Chrysler AG Werk Hamburg-Harburg, erklärte, obwohl sein Unternehmen von EMAS desillusioniert sei, werde es weiterhin an EMAS teilnehmen, weil es EMAS als nützlich für die Minimierung eines potentiellen Negativimages ansehe. Darauf lege sein Konzern auf Grund schlechter Erfahrungen in der jüngsten Vergangenheit einen gesteigerten Wert.

Dr. Korn, Geschäftsführer der AVG Abfall-Verwertungs-Gesellschaft mbH, der sich besonders vom völligen Ausbleiben einer Imageverbesserung und einer höheren Standortakzeptanz enttäuscht gezeigt hatte, schätzt an EMAS die vermehrte Rechtssicherheit, die technischen Innovationsanstöße und die erhöhte Mitarbeitermotivation.

Weniger enttäuscht und insgesamt überzeugter von EMAS zeigte sich **Stefan Erhard**, der Umweltschutzbeauftragte von "Transit Transport + Zufall" Spedition, die zahlreiche Filialen in Norddeutschland hat. Die Umweltbelastungen durch Verkehr würden in der Öffentlichkeit eine immer stärkere Rolle spielen. Ein Logistik-Unternehmen müsse deshalb kompetent und zukunftsfähig im Bereich der ökologisch verträglichen Mobilität sein. EMAS biete dazu einen systematischen Ansatz. Deshalb läge der EMAS-Nutzen für ihn in der besseren

Vorbereitung auf die Probleme der Zukunft, die gerade für seine Branche wettbewerbs- und existenzentscheidend seien.

Axel Valentiener-Branth, Inhaber von **Branth-Farben**, stellte dar, dass er seit seiner Vorbereitung auf EMAS laufend Nachteile und Schwierigkeiten erfahren habe. Statt durch EMAS aus dem Blickfeld der Behörden zu gelangen, stehe er nun unter deren stärkerer Aufsicht. Wegen angeblicher gesetzlicher Verstöße sei er erst nach langem Hin und Her validiert worden. Sein Unternehmen verbleibe in EMAS, weil es sich dadurch am Standort besser behaupten könne, wenn Nachbarn sein Unternehmen wieder verdächtigen würden, für Geruchsbelästigungen verantwortlich zu sein.

Auf Nachfragen betonten alle Unternehmensreferenten noch einmal, dass der Hauptnutzen von EMAS für sie in der Imageverbesserung und der öffentlichen Anerkennung läge, auf diesem Gebiet aber der Nutzen gegenwärtig zu gering sei. Sie brachten ihre Anerkennung und Zufriedenheit zum Ausdruck, dass ihre Kammer ihnen auf dieser Veranstaltung die Gelegenheit gegeben habe, ihre EMAS-Leistungen einem breiten und interessierten Publikum vorzustellen. Das hätten sie in der Vergangenheit vermisst. Bemerkenswert war der spontane Vorschlag des Veranstaltungsleiters **Eberhard Runge**, Vorsitzender des "Ausschusses für Umwelt und Energie" der **Handelskammer**, die Handelskammer solle einen "EMAS-Club" für seine Unternehmen einführen, der die EMAS-Anwender unterstützen und fördern und weitere Unternehmen für EMAS werben solle. Der Vorschlag wurde von den Unternehmen dankbar aufgegriffen und eindringlich unterstützt. Solche Aktivitäten würden sie motivieren, im EMAS-System zu verbleiben.

In der Diskussion gab es viele Verständnisfragen zum kompliziert erscheinenden EMAS-System, seinem Aufbau, seinen Anforderungen und seinen Prüfungsregularien. Diskutanten des Zukunftsrates äußerten insgesamt ihr Interesse an und ihre Wertschätzung für EMAS. Die Veranstaltung nahm die ihr zugestandene Zeit bei nahezu ungeminderter Teilnehmerzahl voll in Anspruch, was das Interesse am Thema belegt. In der Nachbetrachtung bezeichneten Handelskammer und Zukunftsrat die Veranstaltung als Erfolg. Eine Medienberichterstattung hat es nicht gegeben, weil auf Bitten der Handelskammer weder die Medien

eingeladen, noch ein öffentlicher Veranstaltungshinweis gegeben wurde. Die Handelskammer wollte den ersten Dialog mit dem Zukunftsrat in ihren Räumen erst einmal ohne Medienpräsenz wagen. Sie hatte eine recht kontroverse Diskussion zwischen Wirtschaft und Zukunftsrat nicht für ausgeschlossen gehalten.

2.3.2 Die 2. Veranstaltung

Im Vergleich zur ersten Veranstaltung fand die zweite Veranstaltung mit 16 Teilnehmern erstaunlich wenig Resonanz. Da nur vier Teilnehmer aus der Wirtschaft kamen, war schnell klar, dass an diesem Tag der geplante Dialog nicht fortgesetzt werden konnte. So bildete diese Veranstaltung eine Fortsetzung der ersten, indem weiter über EMAS informiert wurde. Die überwiegend aus dem Bereich Zukunftsrat kommenden Teilnehmer stellten vertiefende Fragen zur Umwelterklärung und diskutierten über den umweltpolitischen Wert von EMAS. Im letzten Drittel der Veranstaltung wurden Überlegungen angestellt, in welcher Form die Organisationen des Zukunftsrates mit EMAS-motivierten Unternehmen zusammenwirken und wie sie für EMAS in der Öffentlichkeit werben könnten.

Die intensive Diskussion wurde von den Teilnehmern als informativ und fruchtbar bezeichnet. In dem kleineren Kreis wäre genug Zeit vorhanden gewesen, auch komplizierteren Fragen nachzugehen. Es wurde angemerkt, dass man eine solche, nun unfreiwillige Nachbereitung der ersten Veranstaltung durch den Zukunftsrat, gleich hätte einplanen sollen.

Die Mitglieder des Zukunftsrates fühlten sich auf Grund dieser Veranstaltung gut gerüstet für den für Anfang des Jahres 2002 geplanten Workshops, stellten allerdings die Frage, ob dort die Wirtschaft fehlen werde und sie unter sich diskutieren müssten.

Die Projektleitung ging der Frage nach, warum die Unternehmen, die am 05.11. teilgenommen hatten, nicht am 21.11. den Dialog fortgesetzt haben und warum Unternehmen, die am 05.11. verhindert, aber an der Thematik interessiert waren, nicht erschienen sind. Von der ersten Gruppe gaben einige an, dass zwei Termine zum gleichen Thema in einem Monat zuviel gewesen seien. Die meisten gaben an, keine Einladung erhalten zu haben und davon ausgegangen zu sein,

dass die am 05.11. angekündigte Veranstaltung nicht mehr stattfände.

Die Handwerkskammer war nicht als Mitveranstalter in Anspruch genommen worden. Sie erklärte, lediglich den Veranstaltungsraum zur Verfügung gestellt zu haben und machte darauf aufmerksam, dass sie ihre Betriebe vornehmlich auf die eigene Veranstaltung im Rahmen des Pilotprojektes orientiert habe. Die Handelskammer wiederum ging davon aus, dass die Ankündigung der Folgeveranstaltung auf der Veranstaltung am 05.11. für die dort Anwesenden gereicht habe. Einladungen an andere Mitglieder der Handelskammer habe sie nicht verschickt, da es unwahrscheinlich sei, dass Handelskammermitglieder einer Einladung der Handwerkskammer folgen würden.

Diese Vorkommnisse machten deutlich, dass trotz erfreulich einheitlicher Unterstützung des PRO-EMAS-Projektes Traditionen, Protokollfragen und Befindlichkeiten der mitwirkenden Institutionen aus dem Wirtschaftsbereich ausreichend geklärt sein müssen, um mit der pragmatischen Spontanität von AGENDA 21-Akteuren zu harmonisieren.

2.3.3 Die 3. Veranstaltung (Workshop)

Die 3. Veranstaltung unter dem Motto: **"EMAS und Nachhaltiges Wirtschaften - Vom Dialog zum Handeln"** sollte den auf den beiden vorangegangenen Veranstaltungen begonnenen Dialog zwischen Unternehmen und Multiplikatoren des Zukunftsrates abschließen und Perspektiven für ein zukünftiges Zusammenwirken bei der Unterstützung von EMAS aufzeigen. Der Workshop sollte nach Möglichkeit bei einem Unternehmen stattfinden, das sich in Folge der beiden ersten Veranstaltungen bereiterklärte, an EMAS teilzunehmen.

Die beiden Kammern (Handelskammer und Handwerkskammer) sollten wiederum zur Unterstützung dieser Veranstaltung gewonnen werden. Nach dem internen Charakter der ersten beiden Veranstaltungen sollten die Ergebnisse des Workshops diesmal auch den Medien bekannt gemacht werden.

Die Projektleitung organisierte gemeinsame Vorbereitungssitzungen mit den Kammern und dem Zukunftsrat Hamburg. Als erster Schritt wurde in Absprache mit der Handelskammer

Hamburg ein Gespräch der Projektleitung mit dem Management des **Tierparks Hagenbeck** vereinbart, das an der Veranstaltung am 05.11.01. teilgenommen hatte. Ziel war es, ein Unternehmen zu finden, das sich bereiterklärte, an EMAS teilzunehmen und den Workshop im eigenen Hause auszurichten. Die Projektleitung konnte in dem Gespräch den Mitinhaber von Hagenbeck Tierpark dazu bewegen, diese Schritte zu vollziehen. Zukunftsrat, beide Kammern, Hagenbeck und die Projektleitung bereiteten daraufhin gemeinsam den Workshop vor. Die Feinabstimmung fand zwischen Hagenbeck und der Projektleitung statt.

A) Workshop-Einladung

Der Verteiler war diesmal kleiner, da nur eine beschränkte Teilnehmerzahl (bis 30 Personen) aus arbeitsökonomischen Gründen angestrebt wurde. Eingeladen wurden von der Handelskammer Teilnehmer der 1. Veranstaltung und dort nicht erschienene Interessenten. Der Zukunftsrat bediente einen ausgesuchten Kreis seiner Multiplikatoren, Hagenbeck lud Medien und Behörden ein, die Projektleitung sorgte für die Referenten.

Der Titel der Einladung lautete:

Workshop im Rahmen des Pilotprojektes der
KMU-Förderkampagne PRO EMAS:

Veranstalter: Zukunftsrat Hamburg mit
Unterstützung der Handelskammer Hamburg und
der Handwerkskammer Hamburg - Gastgeber:
Tierpark Hagenbeck Gemeinnützige
Gesellschaft mbH

**"EMAS und Nachhaltiges Wirtschaften -
Vom Dialog zum Handeln !"**

AGENDA 21-Akteure des Hamburger
Zukunftsrates und Hamburger Unternehmen
loten gemeinsame Interessen und Aktivitäten aus
und beraten über Öffentlichkeitspartnerschaften
für EMAS.

B) Workshop-Teilnehmer

Der Workshop war mit 33 Teilnehmern gut besucht. Die Wirtschaft (Kammern, Unternehmer und Berater) war mit 18, Behörden mit drei, Medien mit vier und der Zukunftsrat mit acht Teilnehmern vertreten. Der Workshop fand im kleinen Saal der Dressurhalle statt, die für

exklusive Festlichkeiten ausgelegt ist und ein sehr angenehmes Ambiente bot.

C) Ablauf des Workshops

a) Begrüßung und Referate

Dr. Carl Claus Hagenbeck, Direktor und Miteigentümer, begrüßte die Teilnehmer und wies auf die lange Tradition des Unternehmens als Privatzoo hin. Hagenbecks Tierpark habe es immer wieder verstanden, notwendige zeitgemäße Entwicklungen durch rechtzeitige Innovationen einzuleiten. Dazu zähle er auch die jetzige unternehmerische Entscheidung, sich an EMAS zu beteiligen. Als staatlich nicht geförderter Privatzoo bedürfe Hagenbeck aber bei seiner EMAS-Einführung sowohl finanzieller wie ideeller Unterstützung. Deshalb begrüße er das laufende Pilotprojekt der KMU-Förderkampagne PRO EMAS und die Aktivitäten des Hamburger Zukunftsrates. Von einer künftigen Zusammenarbeit verspreche sich Hagenbeck viel, sei sich aber auch bewusst, ein attraktiver und interessanter Partner zu sein. Dr. Hagenbeck dankte auch den Kammern für ihre Unterstützung und den anwesenden Behördenvertretern für ihr Interesse. In den zurückliegenden Jahren habe man viele Probleme gemeinsam mit den Behörden gelöst, bei der EMAS-Einführung wolle man auch eng mit den Behörden zusammenarbeiten.

Dr. Ulf Skirke vom Vorstand des Stiftungsvereins Zukunftsrat Hamburg e.V. dankte Hagenbecks Tierpark für seine Gastgeberrolle bei diesem Workshop und begrüßte die Unternehmensentscheidung, sich an EMAS beteiligen zu wollen. Er stellte die Aktivitäten des Zukunftsrates vor und zeigte sich erfreut darüber, dass mit der Veranstaltung dieses Workshops ein konkreter Beitrag im Arbeitsbereich Nachhaltiges Wirtschaften geleistet werde.

Hartmut Poppe, Referent der Handelskammer Hamburg und deren Berater für Umweltschutz, gab einen Rückblick über die Aktivitäten der Kammern im Bereich Umweltschutz und Umweltmanagement, angefangen von den ersten Ansätzen der ICC bis zum in wenigen Tagen zusammen mit dem Hamburger Senat zu schließenden Umweltpakt Hamburg. Die EMAS-Entwicklung insgesamt wie auch in Hamburg speziell sei gegenwärtig nicht befriedigend, wenn der Staat aber durch großzügige Deregulierung den EMAS-Unternehmen entgegenkäme, könne

sich das rasch ändern. Für die Verbreitung von EMAS in Hamburg sei eine Teilnahme von Hagenbecks Tierpark besonders bedeutsam, weil Hagenbeck wie kein anderes Unternehmen eine allseits anerkannte und geliebte "Institution" darstelle. Er könne sich vorstellen, dass das zu besprechende Kommunikationsprojekt mit Hagenbecks Tierpark sowohl auf das allgemeine Publikum als auch auf weitere Unternehmen ausstrahlen werde. Die Handelskammer Hamburg werde ihr Mitglied Tierpark Hagenbeck gerne dabei unterstützen.

Rolf de Vries, Leiter des ZEWU und Vertreter der Handwerkskammer Hamburg, gab als gleichzeitiges Leitungsmitglied des Hamburger Zukunftsrates einen Rückblick über die beiden vorangegangenen Veranstaltungen im Rahmen des Projektes. Er stellte noch einmal die Schwierigkeiten dar, in der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Situation Unternehmen für EMAS zu interessieren. Dies stelle er besonders bei den kleinsten Unternehmen, die zum Handwerkskammerbereich gehören, fest. Das dürfe die Kammern aber nicht daran hindern, für qualitative und zukunftsweisende Verfahren zu werben. Das Zustandekommen und die Zusammensetzung des heutigen Workshops zeige, dass es möglich sei, wichtige Multiplikatoren aus Wirtschaft und Gesellschaft für EMAS zu interessieren.

Dr. Stephan Hering-Hagenbeck, Umweltbeauftragter des Tierpark Hagenbeck, drückte aus, dass er den nun beschlossenen Weg des Tierparks zu EMAS für spannend halte und sich freue, in seiner Stellung als Umweltbeauftragter an der Umsetzung aktiv mitwirken zu können. Er verwies darauf, dass der Tierpark Hagenbeck in der Vergangenheit besonders im Bereich der Wassernutzung erfolgreich ressourcenschonende Methoden entwickelt habe. Durch die EMAS-Beteiligung verspreche er sich, ein anspruchsvolles und leistungsfähiges Umweltmanagementsystem in seinem Betrieb einführen zu können, das den weiteren qualitativen Ausbau von betrieblichen Umweltmaßnahmen mit guten ökologischen und finanziellen Ergebnissen ermögliche. Hagenbecks Tierpark habe bereits erfolgreich an der ersten Stufe des Modells Ökoprotit Hamburg teilgenommen, sei dann aber ausgestiegen, weil das Unternehmen bei der Abwägung von Aufwand und Nutzen seine spezifischen Interessen nicht ausreichend berücksichtigt sah. Diese spezifischen Interessen seien nun durch das

Pilotprojekt PRO EMAS geweckt worden. Als die PRO EMAS-Projektleitung Hagenbeck auf diese Möglichkeiten angesprochen habe, sei im Hagenbeck-Management schnell eine Entscheidung zugunsten EMAS gefallen. Der starke Öffentlichkeitsbezug von EMAS komme einem Publikumsbetrieb wie Tierpark Hagenbeck sehr entgegen. Hagenbeck kommuniziere die Attraktionen seiner Tiere und Anlagen sehr intensiv und aktuell mit seinen Besuchern. Künftig stellen die Umweltleistungen von Hagenbeck im Rahmen von EMAS eine weitere Attraktivität dar, über die der Tierpark seine Gäste gerne informieren werde. Mit anderen deutschen und europäischen Zoologischen Gärten stehe man in einem ständigen Arbeitskontakt, so dass auch hier die EMAS-Erfahrungen von Hagenbeck gut weiter zu vermitteln seien. Hagenbeck stehe der Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Gruppen sehr aufgeschlossen und erwartungsvoll gegenüber. Man habe gute Erfahrungen mit einem allgemeinen Unterstützerkreis für Hagenbeck gemacht. Von dem Workshop verspreche er sich konkrete Anregungen, wie eine solche Unterstützung und Zusammenarbeit in Sachen EMAS aussehen könne.

Stefan Frey, Vorsitzender des Umweltgutachterausschusses und Mitarbeiter im Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg, strich in seinem Beitrag die Bedeutung von EMAS bei der Entwicklung des betrieblichen Umweltschutzes heraus. Trotz einer gegenwärtig zu verzeichnenden Beteiligungskrise gebe es kein qualitativ besseres Instrument zur kontinuierlichen Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes als EMAS. Wie gut EMAS kommuniziert werden könne, schilderte er anhand einiger Beispiele aus seinem Bundesland. So habe der botanische Garten auf der Insel Mainau am Bodensee nach seiner EMAS-Validierung ein Kommunikationskonzept entwickelt, das vorsieht, die Besucher durch ein EMAS-Portal über einen EMAS-Pfad zu einem EMAS-Palais zu führen. Er regte im Rahmen des möglichen Hauptprojektes der PRO EMAS-Förderkampagne einen Erfahrungsaustausch zwischen Mainau und Hagenbeck an.

Dr. Stephan Hirsch vom Umweltzentrum der Handwerkskammer Saarland berichtete über seine Erfahrungen als Projektkoordinator PRO EMAS in der saarländischen Gemeinde Eppelborn. Die gesellschaftliche Bandbreite des Hamburger Zukunftsrates bezeichnete er als eindrucksvoll. Damit könne der Eppelborner AGENDA 21-

Prozess nicht aufwarten, dafür sei dieser aber in sich geschlossener und in der Umsetzung weiter. Dies läge nicht nur an der übersichtlicheren Struktur einer Gemeinde (gegenüber einem Stadtstaat), sondern auch an der Vorbildrolle der Gemeindeverwaltung, die die treibende Kraft darstelle. Mit der "Qualitätsoffensive Umwelt" der Eppelborner Wirtschaft sei es gelungen, den Eppelborner Unternehmen eine eigene Aktionsplattform im lokalen AGENDA 21-Prozess zur Verfügung stellen zu können, deren Aktionsschwerpunkt das "Eppelborner Umweltsiegel" sei. Dieses wiederum eröffne die Weiterentwicklung der engagierten Unternehmen zu EMAS. Die an EMAS interessierten Unternehmen in Eppelborn würden zurecht vermuten, dass künftig bei Auftragsvergaben durch die EMAS-validierte Gemeinde diese ähnliche Qualitätsmaßstäbe an die Bewerber anlegen würde. Schon jetzt schauen die Nachbargemeinden interessiert auf den Eppelborner Prozess, eine Nachbargemeinde habe bereits ein ähnliches Vorgehen beschlossen. Dadurch fühlten sich in Eppelborn sowohl die politischen Gremien wie auch die Unternehmen in einer Vorbildrolle, auf die sie stolz seien. Das Prinzip der öffentlichen Anerkennung wirke also in diesem Fall. Herr Dr. Hirsch bot an, im Rahmen des möglichen Hauptprojektes in einen Erfahrungsaustausch mit dem Hamburger Zukunftsrat zu treten.

Wolfgang Guhle, BEWÖK GmbH, von der Projektleitung PRO EMAS, beschrieb die generellen Möglichkeiten für Unternehmen, ihre EMAS-Leistungen über Öffentlichkeitspartnerschaften zu kommunizieren. Dazu biete EMAS über die vorgeschriebene Form der Umwelterklärung eine hervorragende Möglichkeit. Die Transparenz der relevanten Umweltauswirkungen eines Unternehmens sowie der Nachweis der Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften seien für die Öffentlichkeit von Interesse. Hierbei attraktive und verständliche Vermittlungsformen zu finden, sei für die beabsichtigten Wirkungen wichtig. Gesellschaftliche Gruppen, wie die im Hamburger Zukunftsrat organisierten, könnten bei dieser Vermittlung wertvolle Dienste leisten. Vor allem könnten dadurch auch spezielle Zielgruppen bedient werden. Solche Öffentlichkeitspartnerschaften würden in der EMAS-Anwendung noch weitgehend fehlen. Sie ließen sich für EMAS-Unternehmen individuell auch nur schwer organisieren. Aber im Verbund interessierter Kräfte seien solche

Öffentlichkeitspartnerschaften leichter organisierbar und auch wirkungsvoller. Solche Öffentlichkeitspartnerschaften seien auch deshalb wirkungsvoller als eigene Unternehmens-PR, weil die Glaubwürdigkeit der Partner auf die Öffentlichkeit ausstrahle.

b) Diskussion

In der anschließenden Diskussion wurde vor allem die Frage diskutiert, wieso trotz der qualitativen Merkmale von EMAS das System in der Öffentlichkeit relativ unbekannt sei. Viele Diskussionsredner stießen sich an dem Namens Kürzel, der völlig unverständlich sei. Der Begriff Öko-Audit würde schon eher Assoziationen wecken, werde aber nicht unbedingt dem EU-System zugeordnet, sondern werde als Synonym für die Umweltprüfung eines Unternehmens verstanden. Aber selbst unter der Bezeichnung "EU-Öko-Audit" würden die wichtigen und für die Öffentlichkeit interessanten Elemente von EMAS im Dunklen bleiben. Auch bezogen auf das überschaubare Hamburg sei EMAS anonym geblieben, weil es weder mit den Namen von Firmen noch den von Unternehmenspersönlichkeiten als Anwender verbunden sei.

Es wurde allgemein eingeschätzt, dass, wenn die Wirkungsweisen und Vorteile von EMAS - wie in dem Projekt des Zukunftsrates geschehen - dargestellt und erläutert würden, durchaus das Interesse der Öffentlichkeit geweckt werden könne, unabhängig davon, ob Umweltschutz gerade eine politische Konjunktur habe. Deshalb solle der Workshop genutzt werden, Konzepte und konkrete Aktionen zu überlegen, wie in Hamburg stärker oder überhaupt erst für EMAS geworben werden könne.

Die ursprünglich vorgesehene Planung, zwei oder drei Arbeitsgruppen zu bilden und eine dementsprechende personelle Einteilung vorzunehmen, wurde verworfen, weil die Workshopteilnehmer lieber in der bestehenden Zusammensetzung im Plenum arbeiten wollten.

D) Workshopergebnisse

Die im Folgenden wiedergegebenen Ergebnisse der Workshoparbeit sind nicht chronologisch, sondern nach inhaltlichen Zusammenhängen erfasst. Dabei kann es vorkommen, dass ein eingebrachter Vorschlag für mehr als einen Inhaltsbereich relevant war.

a) EMAS-Werbung / EMAS-Lobby

Allgemein wurde das Interesse und Bedürfnis ausgedrückt, dass, basierend auf den Teilnehmerkreis dieses Workshops, in Hamburg, eine EMAS-Lobby geschaffen werden müsse, die EMAS bekannter machen solle. Alle Institutionen, Organisationen und Unternehmen, die Interesse an EMAS zeigten oder deren Interesse geweckt werden könne, sollten angesprochen werden, um eine gemeinsame Öffentlichkeit und Werbung für EMAS zu organisieren. Dies könne im Rahmen des angestrebten DBU-Hauptprojektes geschehen, aber nach Möglichkeit auch schon vor dessen Bewilligung oder parallel dazu.

b) EMAS verständlicher, (be)greifbarer machen

Es soll ein Fugblatt (ca. 4 Seiten) entworfen werden, welches von Fachleuten und Journalisten gestaltet wird und, verständlich das EMAS-System und seine Wirkungen erklärt, weitere Informationsmöglichkeiten über EMAS anbietet sowie eine Kurzzvorstellung der Hamburger EMAS-Unternehmen enthält. Es könne über die Kammern und den Hamburger Zukunftsrat verteilt werden.

Die Finanzierung solle über das mögliche Hauptprojekt oder die EMAS-Unternehmen oder zu gewinnende Sponsoren erfolgen.

Die Handelskammer bot für die Internetverbreitung zu Unternehmen hin ihre Internetpräsentation hk24.de an.

Der Zukunftsrat könnte eine solche EMAS-Werbung in seine anlaufende Öffentlichkeitskampagne "Rio + 10" integrieren.

Umweltberater machten darauf aufmerksam, dass das EMAS-Logo bei guter Werbung im öffentlichen Bewusstsein einen ähnlichen Stellenwert wie eine TÜV-Plakette erhalten müsse.

c) EMAS-Veranstaltungen

Sollte das Massenmaterial zu EMAS auf Interesse stoßen, könnte die EMAS-Werbung durch weitere Materialien oder Veranstaltungen vertieft werden.

So könnte zum Beispiel eine Broschüre entwickelt werden, die den EMAS-Anwendern breiteren Raum zur Selbstdarstellung gebe und Statements von Persönlichkeiten zu EMAS wiedergeben.

Angereichert werden könne dieses Material durch eine Dokumentation über die EMAS-Wirkungen allgemein.

In möglichen Aktionen und Veranstaltungen solle auch die Politik einbezogen werden. Schließlich sei das Hamburger Rathaus als Standort EMAS-validiert, ohne dass dies von der Hamburger Öffentlichkeit wahrgenommen werde. Der Hamburger Senat gehe damit auch zu defensiv um.

d) Medienarbeit

Die Handelskammer brachte einen Vorschlag ein, der in ihren Kreisen schon einmal andiskutiert, aber nicht umgesetzt wurde. Mit dem Norddeutschen Rundfunk könnte eine Sendereihe vereinbart werden, in der kontinuierlich Hamburger EMAS-Unternehmen vorgestellt werden. Als Übertragung vor Ort, mit Interviews mit Managern, Mitarbeitern, Anliegern, Behörden, Experten etc.

Es würde sich lohnen, einen speziellen Workshop für Medienvertreter zu veranstalten und zu diesen Journalisten Kontakt zu halten, um sie nachhaltig für EMAS zu gewinnen. Der Kontakt mit den Medienvertretern auf diesem Workshop habe ergeben, dass diese kaum über Informationen über EMAS verfügten. Es sei auch wichtig, nicht nur Fachjournalisten, sondern auch die Vertreter kleiner lokaler Medien anzusprechen. Diese seien für speziell aufbereitete Informationen besonders dankbar.

e) Vorhandene Strukturen für EMAS-Werbung nutzen

Die organisatorischen Strukturen und kontinuierlichen Informationen der einzelnen Institutionen und Organisationen sollten stärker für die EMAS-Werbung genutzt werden. So erklärte der Hamburger Zukunftsrat, in seinen Rundbriefen und auf seinen Ratsreffen EMAS-Informationen stärker verwenden und die Behandlung und Unterstützung von EMAS zum festen Bestandteil der Arbeit seiner AG "Nachhaltiges Wirtschaften" machen zu wollen.

Die Handelskammer Hamburg erinnerte an den auf der Veranstaltung am 05.11.01 gemachten Vorschlag, einen "EMAS-Club" einzurichten. Geklärt werden müsse noch, ob dieser nur für Handelskammer-Mitglieder oder auch für Handwerkskammer- und Zukunftsrat-Mitglieder

offen sein soll. Die Zeitschrift der Handelskammer "Hamburger Wirtschaft" könne für EMAS-Werbung ebenfalls genutzt werden.

Die Handwerkskammer werde EMAS sowohl in den Kammerpublikationen, in Fachkreisen wie auch in Besprechungen mit den Innungsmeistern auf der Tagesordnung halten.

f) Zusätzliche Zielgruppen

Vertreter der HAUNI-Werke (Körper AG) erklärten ihr prinzipielles Interesse an EMAS.

Sie sähen Chancen, die Unternehmensleitung dafür zu interessieren. Sie machten darauf aufmerksam, dass durch das HAUNI-Engagement besonders im Abfallbereich vielfältige Kontakte zu anderen Unternehmen bestünden, die daraufhin ausgelotet werden sollten, ob EMAS nicht eine nützliche Klammer darstellen könne.

Zu den Hamburger Unternehmen, die im Rahmen von Ökoprofit mitwirken, und zu BAUM solle der Kontakt gehalten werden, weil die Ökoprofit-Unternehmen auch potentielle EMAS-Anwender sein könnten.

Eine wichtige Zielgruppe seien auch die Jugendlichen. Informationen über EMAS müssten auch in die Umweltbildung einfließen. Vorträge über EMAS in den Schulen oder Vermittlung von Praktika in EMAS-Unternehmen wurden als konkrete Vorschläge genannt.

Hagenbecks Tierpark wies in diesem Zusammenhang auf den Schulzoo und eine zoopädagogische Außenstelle des Amtes für Schule im Tierpark hin, mit der man gut zusammenarbeite und die auch eine Rolle im Kommunikationsprojekt spielen könne.

Das frisch EMAS-validierte Krankenhaus St. Georg machte deutlich, dass EMAS neben Umwelteffekten auch zu Standardsetzungen im Gesundheitsbereich beitragen könne und - ähnlich wie bei Hagenbeck beabsichtigt - auch an ein Publikum (Patienten und deren Besucher) vermittelt werden könne.

g) Forderungen an die Politik

Die Handelskammer sprach sich für Verwaltungserleichterungen für EMAS-Unternehmen aus. Der Zukunftsrat forderte eine stärkere politische Verknüpfung von Umwelt und

Nachhaltigkeit, für die EMAS ein wichtiges Bindeglied sein könnte.

Eine andere Forderung lautete, der Hamburger Senat sollte dem Vorbild Bayern folgen und EMAS-Unternehmen finanzielle Erleichterungen bei Gebühren oder Abgaben einräumen.

Die Handwerkskammer machte auf die Notwendigkeit der finanziellen Förderung besonders für KMU aufmerksam. Mit ca. 5000 Euro Förderung pro Handwerksbetrieb könnte mancher Handwerksbetrieb zur EMAS-Beteiligung motiviert werden.

h) Unterstützung im Hagenbeck-Kommunikationsprojekt (Öffentlichkeitspartnerschaft)

Wenn dieses Projekt laufe, werde sich der Hamburger Zukunftsrat um Unterstützung durch seine Mitglieder bemühen. Bereits jetzt gäbe es Berührungspunkte. So sei der Stromversorger HEW sowohl Zukunftsratmitglied wie auch Geschäftspartner von Hagenbeck. Auf einem Ratstreffen solle das Hagenbeck-Projekt vorgestellt werden. Bei den EMAS-Handreichungen für Hagenbeck-Besucher wolle man ebenfalls mitwirken.

Hier sahen die Workshop-Teilnehmer besonders attraktive Möglichkeiten zur EMAS-Darstellung. EMAS solle ruhig einmal unter dem Motto: "Menschen, Tiere, Sensationen" vermittelt werden. Die Ergebnisse und das Wirken der Öffentlichkeitspartnerschaft Hagenbecks Tierpark müssten auch über Hamburgs Grenzen hinaus kommuniziert werden, wie auch andere Erfahrungen (Beispiel Insel Mainau) eingeholt und verwertet werden sollten.

Das für Hagenbecks Tierpark zuständige Bezirksamt Hamburg-Eimsbüttel zeigte sein Interesse an einer Unterstützung des Hagenbeck-Projektes an und schlug vor, dass Hagenbeck dieses Projekt in den bezirklichen Gremien den Bezirksabgeordneten vorstellen und dadurch auch eine bezirkliche Verankerung ermöglichen möge.

i) Weiteres Vorgehen

Eine kleine Projektgruppe, dem die Veranstalter, Unterstützer und die Projektleitung angehören sollen, wurde beauftragt, den Workshop auszuwerten und die Ergebnisse zusammen mit den bis dahin erarbeiteten Eckpunkten für ein

Konzept der Öffentlichkeitspartnerschaft Hagenbeck an die Workshop-Teilnehmer zu versenden. Projektleitung BEWWÖK GmbH, Hagenbeck und Zukunftsrat sicherten zu, die Teilnehmer darüber hinaus über den Fortgang der Verhandlungen mit der DBU über die Verankerung dieses Projektes in einem möglichen Hauptprojekt zu unterrichten.

Ein Vorschlag aus dem Kreis der Berater, sofort zu starten und anderweitig Projektmittel einzuwerben und einen Vorschlag für ein Finanzbudget und einen Zeitrahmen zu erarbeiten, wurde zurückgestellt, da außer dem Projektantrag bei der DBU kurzfristig keine andere Finanzierungsmöglichkeit gesehen wurde.

E) Medienresonanz

Der spektakuläre Auftritt der Elefantenkuh Mogli mit dem EMAS-Logo-Plakat und den Workshop-Teilnehmern vor Workshop-Beginn hat ein gutes Medienecho ermöglicht.

Es wurden alle drei Medienebenen (Fernsehen, Rundfunk, Presse) erreicht. Es gelang sogar in den sogenannten Boulevard-Medien (Bild-Zeitung, Morgenpost) kleinere Artikel unterzubringen. Inhaltlich umfassender hat sich allerdings nur die Tageszeitung "Die Welt" mit dem Anlass befasst sowie das lokale Wochenblatt.

3. Fazit

Verlauf und Ergebnis des Zukunftsrat-Projektes haben gezeigt, dass "Öffentliche Anerkennung" für EMAS-Anwender eine hohe Bedeutung besitzt und deshalb für sie "Thema" ist. Insofern war die Projektausrichtung gut gewählt. AGENDA 21-Akteure scheinen auch für EMAS-Anwender eine interessante Zielgruppe zu sein, die aber erst von ihnen entdeckt werden muss. Umgekehrt lassen sich AGENDA 21-Akteure zur Parteinahme für EMAS gewinnen, allerdings bedarf es dazu umfangreicher Information.

Das angewandte Modell wirkt also im Prinzip, war aber sicherlich angesichts des knappen zeitlichen Rahmens der Erprobung und eines Hamburg-bedingten niedrigen EMAS-Anwendungsniveaus (kaum 30 EMAS-Registrierungen) mit dem dreigliedrigen Veranstaltungskonzept etwas zu theoretisch angelegt.

Im Pilotprojekt ist es gut gelungen, die Dachorganisationen (beide Kammern und den Zukunftsrat) zu einem EMAS-Engagement zu bewegen. Eine Verbreiterung in die Mitgliedschaft konnte aber noch nicht erreicht werden. Bei den Kammern wurden die Hauptamtlichen aktiv, die Mitgliedsunternehmen wurden aber nur teilweise erreicht. Das gilt auch im Prinzip für den Zukunftsrat. Er war durch Führungspersönlichkeiten seiner Mitgliedsorganisationen oder seiner eigenen Gremien vertreten. In der breiten Mitgliedschaft ist EMAS derzeit noch kein Thema.

Die EMAS-Aktivitäten der Handelskammer waren bisher gering. Erstmals bekannte sich die Handelskammer in der (Fach-) Öffentlichkeit ausdrücklich zu EMAS. Erstmals fand auch eine gemeinsame Veranstaltung mit dem Zukunftsrat statt. Wenn die Handelskammer den Vorschlag, der aus ihren eigenen Reihen kam, einen "EMAS-Club" zu gründen, realisiert, würde auch den eigenen Mitgliedsunternehmen wertvolle Anerkennung für EMAS gezollt werden. Auf dem abschließenden Workshop ist deutlich geworden, dass die Handelskammer nicht nur Hagenbeck bei seinem EMAS-Vorhaben unterstützen wird, sondern auch bei einer EMAS-Werbekampagne in Hamburg mitwirken will.

Die Handwerkskammer Hamburg konnte das Projekt des Zukunftsrates kaum für eine Mobilisierung ihrer Betriebe nutzen. Handwerk und AGENDA 21 haben in Hamburg (mit Ausnahme der Handwerkskammer selbst) bisher noch keine Bezugspunkte zueinander gefunden. Von daher sind Öffentlichkeitspartnerschaften zu EMAS für Handwerksbetriebe nicht mit konkreten Vorstellungen besetzt.

Der Zukunftsrat, der sich vorher nie speziell mit EMAS beschäftigt hatte, hat sich nicht nur ein neues Aktionsfeld erarbeitet, sondern auch konkrete Anknüpfungspunkte zur Wirtschaft hergestellt. Er hat vor, im Rahmen der Rio + 10 Kampagne des Zukunftsrates die EMAS-Thematik aufzugreifen und in die Öffentlichkeit zu kommunizieren. Speziell soll eine Öffentlichkeitsstrategie mit Hagenbeck abgestimmt werden - als Beispiel für einen KMU-Betrieb, der EMAS einführen will und der in den AGENDA 21-Prozess aufgenommen werden kann.

Die Integration Hamburger Unternehmen in den AGENDA 21-Prozess hat durch das Projekt

einige konkrete Ansatzpunkte erreicht. Der Zukunftsrat konnte seine Ziele und Arbeitsschwerpunkte erstmals Hamburger Unternehmen vorstellen. Mit einigen wurden Gespräche bezüglich einer konkreten Zusammenarbeit begonnen. So hat nach Beendigung des Projektes ein Gespräch zwischen dem Umweltmanagement der Hauni-Werke (Körper AG), das am Hagenbeck-Workshop teilgenommen hatte, und dem Zukunftsrat stattgefunden.

Mit Hagenbecks Tierpark ist in dem Pilotprojekt das Unternehmen ausfindig gemacht worden, das sich aus vielerlei Gründen für eine Öffentlichkeitspartnerschaft in Sachen EMAS hervorragend eignet und andere Hamburger Unternehmen mitziehen kann. Aus dem Projekt heraus hat sich eine weitergehende Zusammenarbeit zwischen Hagenbeck und Zukunftsrat entwickelt, die in die Planung zukünftiger gemeinsamer Veranstaltungen mündete.

Das Projekt des Zukunftsrates hat sich als ein für ein Hauptprojekt lohnenswertes Projekt erwiesen. Es verdient vertieft und ausgeweitet zu werden. Allerdings bedarf es dazu eines großzügigeren zeitlichen Rahmens und einer besseren personellen Ausstattung. Die auf der ersten Veranstaltung geschaffenen Ansätze und die Arbeitsergebnisse des Workshops haben die befürchteten negativen Auswirkungen der Einladungsspanne der zweiten Veranstaltung relativiert. Der Dialogprozess sollte aber sinnvollerweise weniger über große Veranstaltungen sondern besser über kleinere Workshops oder gar Arbeitsgruppen geführt werden.

Ein spezielles EMAS-Kommunikationsprojekt mit Hagenbeck wäre ein besonders interessantes und spektakuläres Einzelprojekt in einem Hauptprojekt. Es könnte die EMAS-Praxis von Hagenbecks Tierpark nicht nur gegenüber der Öffentlichkeit kommunizieren, sondern auch gegenüber anderen europäischen zoologischen und botanischen Publikumsbetrieben. Ende Juli 2002 hat das Umwelt- und Verkehrsministerium Baden-Württemberg einen Kooperationsvertrag über EMAS-Kommunikation mit dem bereits validierten Botanischen Garten der Insel Mainau geschlossen. Dadurch soll auch eine künftige Kommunikation mit Hagenbecks Tierpark finanziert werden.

Leider haben die nach Abschluss des Pilotprojektes stattgefundenen Beratungen mit der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) ergeben, dass für 2002 die für ein Hauptprojekt notwendigen finanziellen Mittel nicht bereitgestellt werden können. Das Projekt wird 2002 zunächst einmal mit der Förderung zweier kleiner Einzelprojekte aus dem Pilotprojekt (Umweltsiegel Eppelborn der HWK Saarland und Revalidierungsprojekt Handwerkskammer Trier) fortgesetzt. Die Projektpartner und der Projektbeirat der KMU-Förderkampagne PRO EMAS bemühen sich nun um eine Antragsstellung für 2003 und haben darüber hinaus Kontakt zum Bundesumweltministerium, einzelnen Bundesländern und anderen Institutionen aufgenommen. Dem Umweltgutachterausschuss (UGA) beim BMU, dessen Vorsitzender Stefan Frey bereits im Beirat von PRO EMAS mitwirkte und dessen Stellv. Vorsitzender Wolfgang Guhle der PRO EMAS-Projektleitung angehörte, wird bei der Fortführung des Vorhabens eine größere Rolle bei der Mitwirkung und Koordination zukommen.

Unternehmen - Grünes Miteinander der Global Player

Rainer Grohe, Dr. Klaus Mittelbach (2002)

Am 27. April wurde „econsense - Forum Nachhaltige Entwicklung“ von Vorstandsvorsitzenden der Mitgliedsunternehmen vorgestellt. „econsense“ ist eine Initiative von Unternehmen und Organisationen der Deutschen Wirtschaft. Mit ihr entsteht eine Dialogplattform mit dem Ziel, die drei Säulen der Nachhaltigkeit Ökonomie, Ökologie und Soziales in eine Balance zu bringen.

Das Forum wurde im Sommer 2000 auf Initiative des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) in Berlin gegründet. Es wird heute von 21 Mitgliedsunternehmen getragen. Das persönliche Engagement der Vorstandsvorsitzenden unterstreicht die Bedeutung, die das Thema Nachhaltige Entwicklung mit "econsense" erhält. Das Forum will Denkanstöße liefern, Strategien und Anforderungen an Wirtschaft und Politik festlegen sowie konkrete Lösungsmöglichkeiten diskutieren. Darüber hinaus will es in konkreten Aktivitäten eine nachhaltige Entwicklung umsetzen.

Anspruch und Selbstverständnis: Denken - Kommunizieren – Handeln.

Das Forum hat den Anspruch, sich als „Think-Tank“ der Wirtschaft zu etablieren, der Sachkompetenz bündelt und Trends in der Nachhaltigkeitsdebatte sowohl frühzeitig erkennt und bewertet als auch mitgestaltet. Daneben soll das Forum eine Plattform bieten, um neue Ideen zu entwickeln und ihre Realisierungschancen zu erproben. Als Dialogplattform wird „econsense“ sowohl in der Wirtschaft als auch mit Politik und Stakeholdern die Anforderungen an künftige

Leistungen von Unternehmen und Politik diskutieren - im nationalen wie im europäischen Kontext. Das Forum begrüßt daher die Gründung des Nachhaltigkeitsrates der Bundesregierung und sieht in ihm einen wichtigen Gesprächspartner. Ziel ist zum einen ein Klima zu schaffen, das Innovation ermöglicht und fördert. Zum anderen soll das Forum auf eine ausgewogene Betrachtung ökologischer, ökonomischer und gesellschaftspolitischer Fragen hinwirken. Gerade die sozialen Bedürfnisse scheinen in der deutschen Nachhaltigkeitsdebatte noch immer vernachlässigt zu sein.

Leitgedanken für den Diskurs zur Nachhaltigkeit

Die Mitglieder von „econsense“ haben erste Leitgedanken zur Nachhaltigkeit und deren Bedeutung für die deutsche Industrie formuliert: Nachhaltige Entwicklung strebt die Balance ökologischer, ökonomischer und sozialer Ziele an. Sie ist ein Verständigungs-, Such- und Lernprozess, ist zukünftig ein zentraler strategischer Wettbewerbsfaktor für die Wirtschaft und muss als ein Gestaltungsprozess verstanden werden, der ein neues Politikverständnis erfordert.

Seit Sommer 2000 arbeiten zu ersten Schwerpunkten „econsense“-Projektgruppen. Ihre Themen sind Klimaschutz und Nachhaltigkeit, Nachhaltige Energiewirtschaft und Nachhaltige Produkte -Nachhaltiger Konsum. Die beteiligten Unternehmen haben eine Agenda mit wichtigen Themen benannt, die sie im Dialogprozess mit Partnern aus Politik und Zivilgesellschaft diskutieren wollen. Zu den Schwerpunkt-Themen haben sie jeweils konkrete Beiträge zusammengestellt, die aus ihrer Sicht gute Beispiele für eine nachhaltige Wirtschaft dokumentieren und daher in die Diskussion gebracht werden sollen. Neben den ersten Schwerpunkten sieht das Forum als mögliche zukünftige Themen:

- Mobilität / Logistik / Verkehr
- Soziale Dimension der Nachhaltigkeit
- Finanzdienstleistungen
- Management
- Ernährung / Gesundheit
- Bildung / Qualifikation
- Innovation

Der Dialogprozess

Mit dem Dialogprozess wird „econsense“ zu einem Ort offenen Austausches über zentrale Probleme der Nachhaltigkeit, gemeinsame Lösungsansätze und Konfliktthemen. Im Dialog sollen die Mitgliedsunternehmen ihre Ideen, Kompetenzen und Ansprüche in die Nachhaltigkeitsdiskussion einbringen.

Eine erste öffentliche Veranstaltung im Frühsommer 2001 wird der Auftakt für den Dialog sein. Hierzu lädt das Forum Vertreter aus Wirtschaft, Politik, Umweltverbänden sowie Multiplikatoren ein. Wichtig ist dabei auch das Zusammentreffen verschiedener Generationen - daher werden gezielt junge „High Potentials“ in den Dialog eingebunden. Im Anschluss an die Auftaktveranstaltung ist eine Veranstaltungsreihe mit Workshops, Zukunftskonferenzen, Podiumsdiskussionen und Ideenwerkstätten mit Bezug zum Nachhaltigkeitsgipfel „Rio plus 10“ und spezifischen Themenbereichen der Nachhaltigkeit geplant.

Der Dialog soll als Ergebnis geeignete Konzepte nachhaltigen Wirtschaftens aufzeigen, die den jetzigen genauso wie den kommenden Generationen faire Entwicklungschancen ermöglichen.

Mitglieder des Forums Nachhaltige Entwicklung:

Allianz AG, BASF AG, Bayer AG, BMW Group, DaimlerChrysler AG, Deutsche Bank AG; E.ON AG, Gerling Konzern Versicherungs-Beteiligungs AG, Heidelberger Zement AG, Henkel KgaA, Münchner Rückversicherungsgesellschaft, Preussag AG, RAG AG, Robert Bosch GmbH, RWE AG, Siemens AG, Tetra Pak GmbH, Verband Chemische Industrie e.V.: Volkswagen AG

Entwicklung eines Bonusmodells zur Förderung sicherer und umweltfreundlicher Schifffahrt (2001)

Die Seeverkehrswirtschaft ist mit einem Transportanteil von über 97 Prozent und einer Transportleistung von mehr als 5 Milliarden Tonnen jährlich der größte Dienstleister im Welthandel. 90 Prozent des externen Warenverkehrs der EU und 30 Prozent der innereuropäischen Verkehre gehen über See. Als eine der fahrenden Handelsnationen mit ökologisch sensiblen Küstenräumen ist Deutschland auf die Zuverlässigkeit, die Sicherheit und die Umweltfreundlichkeit im Seeverkehr angewiesen.

Unterstützt durch die anderen Küstenländer haben Bremen und Hamburg daher ein Projekt zur Entwicklung eines *Bonusmodells zur Förderung sicherer und umweltfreundlicher Schifffahrt* auf den Weg gebracht. Ziel des Projektes ist es, einem im europäischen und internationalen Kontext einsetzbaren Bonusmodell den Weg zu bereiten und - soweit sinnvoll und möglich - vorhandene, lokale, regionale oder schiffstypenabhängige Anreizsysteme zu integrieren.

Um dies zu erreichen, wird eine Kriterienliste entwickelt, anhand derer das reederei-beziehungsweise schiffsseitige Umwelt- und Sicherheitsengagement bewertet werden kann. Ausgehend von der Analyse von 13 internationalen Zertifizierungs- und/oder Bewertungssystemen umfasst die Liste drei Hauptkapitel, nämlich:

1. Reedereipolitik und -management,
2. Schiffsentwurf, -bau und -ausstattung
3. Schiffsbetriebsmanagement und -technik

mit insgesamt 21 Fragestellungen. Die Kriterien müssen fortgeschrieben werden, um den jeweiligen Entwicklungsstand in Technik und Management berücksichtigen zu können.

Um die Eignung der Hafengebühren für das Bonusmodell zu untersuchen, ist die Kenntnis der Hafenanlaufkosten wie Lotsgebühr, Lotsgeld, Hafengebühr, Kajegeld sowie Entgelte für Schlepper, Festmacher, Makler und andere wichtig. Mit Bremen, Bremerhaven, Brake, Emden, Wilhelmshaven und Lübeck/Travemünde wurden Häfen mit sehr unterschiedlicher Verkehrsstruktur ausgewählt und aus den Verkehrsdaten die jeweils für die Häfen typischen Anlaufkosten berechnet. Es wird deutlich, dass die Hafengebühren nur einen kleinen Teil der gesamten Hafenkosten ausmachen, während mit zunehmender Tendenz der Großteil der Kosten als Entgelte für private Dienstleistungen anfällt. Ein Rabatt nur auf die Gebühren müsste folglich in vielen Fällen höher ausfallen als ursprünglich angenommen, um für den Reeder interessant zu werden. Kleine Schiffe müssten einen höheren Prozentsatz erhalten, um zu spürbaren Ersparnissen zu kommen, da der europäische Verkehr mit kleiner Tonnage schon durch die aktuelle Gebührenstruktur bevorzugt wird.

Im Dialog mit Seeverkehrs- und Hafenwirtschaft, Politik, Verwaltung und Wissenschaft sollen Möglichkeiten geschaffen werden, um für Sicherheits- und Umweltschutzmaßnahmen und verantwortungsvolle Betriebsführung Vorteile zu gewähren. Seeschifffahrt ist eine Service- und Wachstumsindustrie und findet weltumspannend statt. Deshalb werden über die Hafengebühren hinausgehende Finanzierungsmodelle und Lenkungsinstrumente untersucht, da die Förderung von Umweltfreundlichkeit und Sicherheit im Seeverkehr in der gesellschaftlichen Verantwortung liegt und über die der Häfen hinausgeht. Das Projekt wird in Bremen von der GAUSS und dem ISL bearbeitet.

Zukunft bauen – Österreichs Zukunft nachhaltig gestalten

(2002)

Dialogkonferenz Wirtschaftsstandort Österreich

Das Jahr 2002 steht im Zeichen des UN-Weltgipfels zur nachhaltigen Entwicklung, der im August in Johannesburg stattfinden wird.

Wofür steht nachhaltige Entwicklung? Sie bedeutet, dass soziale Sicherheit und gesellschaftlicher Zusammenhalt, die Sicherung der Arbeitsplätze und dauerhafter wirtschaftlicher Erfolg sowie eine intakte Umwelt Zielsetzungen darstellen, die nicht unabhängig von einander realisiert werden können, sondern sich gegenseitig ergänzen müssen, um die Lebensqualität der Menschen langfristig zu sichern.

Entsprechend diesem Leitbild liegt mit der am 30. April vom Ministerrat verabschiedeten österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie ein langfristig orientiertes Programm für die Integration der umwelt-, wirtschafts-, beschäftigungs- und sozialpolitischen Anliegen vor. In vier Handlungsfeldern hat die Bundesregierung klare Leitziele ihrer Politik formuliert. Diese bilden auch den thematischen Rahmen für vier Dialogkonferenzen, die vom Lebensministerium gemeinsam mit Partnern aus den Regionen veranstaltet werden.

Nachhaltige Entwicklung kann nicht verordnet werden: Verständnis und Zustimmung für die mit diesem Leitbild verbundenen Herausforderungen und Chancen sind Voraussetzungen, die nur im Dialog mit allen Zielgruppen und Betroffenen zu erbringen sind.

Fünf Leitziele stehen im Mittelpunkt der Dialogkonferenz „Wirtschaftsstandort Österreich“

1. **Österreichs Wettbewerbsfähigkeit durch innovative Strukturen fördern:** Forschung, Technologie und Entwicklung für nachhaltigen Wandel und innovative Systemlösungen fit machen,
2. **ein neues Verständnis von Unternehmen und Verwaltung:** Die unternehmerische Verantwortung stärken und effiziente Verwaltungsstrukturen und -abläufe schaffen,
3. **korrekte Preise für Ressourcen und Energie:** Durch die richtigen Preissignale Anreize für nachhaltiges Verhalten schaffen,
4. **erfolgreiches Wirtschaften durch Öko-Effizienz:** Ressourcen- und Energieverbrauch stärker vom Wirtschaftswachstum entkoppeln, die Nutzung erneuerbarer Rohstoffe und Energieträger fördern,
5. **nachhaltige Produkte und Dienstleistungen stärken:** Die richtigen Impulse für einen höheren Marktanteil nachhaltiger Produkte und Dienstleistungen setzen, nachhaltigen Tourismus fördern.

Die Veranstaltung ist Teil des österreichischen Dialoges zur nachhaltigen Entwicklung, der über den UN-Weltgipfel in Johannesburg hinausreichen und die Umsetzung der österreichischen Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung begleiten soll. Nachhaltige Entwicklung und eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung gehören zusammen.

Voraussetzung dafür ist eine leistungsfähige Wirtschaft und Unternehmen, die auch international konkurrenzfähig sind. Die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft ist dabei eng an ihre Innovationskraft gekoppelt: Innovation ist eines der wesentlichen Elemente einer modernen Wirtschaftspolitik. Erst auf der Basis von Innovationen können wirtschaftliches Wachstum, Beschäftigung und Investitionen in den Umweltschutz langfristig gesichert werden.

In Vorarlberg wurden in den letzten Jahren zahlreiche Maßnahmen gesetzt, um die Innovationskraft der Wirtschaft zu fördern und zu unterstützen. Beispiele dafür sind etwa der Auf- und Ausbau der Fachhochschule in Dornbirn, die

Einrichtung einer eigenen Forschungsgesellschaft oder auch die Ausarbeitung eines strategischen Programms „Vorarlberg Plus“, das vom Wirtschaftsstandort gemeinsam mit dem Land Vorarlberg in Auftrag gegeben wurde und einen besonderen Schwerpunkt auf den Aufbau anwendungsorientierter Forschungsdienstleistungen legt.

Umweltschutz in der Verlagsgruppe Bauer (2001)

Innerhalb unserer Verlagsgruppe befassen wir uns intensiv mit dem Thema Umweltschutz. Wobei hier nicht nur der Umweltschutz innerhalb unseres Verlages oder unseren Druckereien gemeint ist. Wir haben uns ein sehr viel weiter gefaßtes Umweltengagement zur Aufgabe gemacht. Der Heinrich Bauer Verlag und bauer druck köln versuchen hier einen übergreifenden Weg zu gehen. Daher arbeiten wir auch mit unseren Lieferanten an einer stetigen Verbesserung des Umweltschutzes hinsichtlich der gesamten Produktionskette von Zeitschriften. Denn gemäß den Anforderungen der Zeit ist heute nicht nur ein Unternehmen allein gefordert, auch die beteiligten Branchenbereiche müssen sich den wechselnden Umweltaufgaben stellen.

Wir fühlen uns verpflichtet in den verschiedenen Umweltkreisen aktiv mitzugestalten. Deshalb bringen wir uns in die Umweltkreise des Verbandes Deutscher Zeitschriftenverleger, des Bundesverbandes Druck und der ERA - also dem europäischen Tiefdruckverband - ein. Mit diesen und branchennahen Verbänden arbeiten wir gemeinsam an hohen Umweltschutzstandards unserer Produktionsketten. Innerhalb des Verbandes Deutscher Zeitschriftenverleger haben wir mit unseren Partnerverbänden Grundsatzpapiere zum Umweltschutz verabschiedet, die den gesamten Lebensweg unserer Produkte berücksichtigen.

Mehr wirtschaftlichen Erfolg durch Nachhaltigkeit

„Punkt.um“

Grünes Geld - Chance der Berichtspflicht nutzen

Die Rolle des Finanzmarktes für eine zukunftsfähige Entwicklung wird immer stärker wahrgenommen, der boomende Markt alternativer Geldanlagen ist dafür nur ein Beispiel. In der Mitte Mai verabschiedeten Rentenreform, der „Riester-Rente“, wurde festgelegt, dass alle staatlich geförderten Produkte der privaten und betrieblichen Altersvorsorge jährlich darlegen müssen, ob und wie sie ethische, soziale und ökobiologische Kriterien berücksichtigen. Diese Nachhaltigkeitsberichtspflicht gilt es als Verbraucherinstrument zu entwickeln und die gewonnene Transparenz zu nutzen.

Um dies voranzutreiben, veranstaltet Germanwatch in Kooperation mit dem Umweltministerium NRW das Projekt: „Nachhaltigkeit von Kapitalanlagen und Verbraucherschutz“. Anfang Juni 2001 trafen sich in Gelsenkirchen Finanzexperten aus Ratingagenturen, NGOs, Banken, Versicherungen, Fachmedien und Politik, um Möglichkeiten der Berichtspflicht abzuschätzen und weitere Strategien zu ihrer effektvollen Umsetzung zu erarbeiten. Erste Ergebnisse der Veranstaltung sind der Wunsch nach verstärkter Öffentlichkeitsarbeit und die Entwicklung von

Modellberichten. Sie sollen als Vorlage mit Mindeststandardcharakter für die Anbieter der Altersvorsorgeprodukte dienen. Eine wichtige Forderung der Veranstaltung war, keine Verträge abzuschließen, bevor die Nachhaltigkeitskriterien der verschiedenen Anbieter für ihre Produkte vorliegen.

Die hier entwickelten Strategien werden Ende November mit der (Fach-)Öffentlichkeit auf einer Konferenz in Köln diskutiert. Ziel ist eine öffentliche Diskussion kurz vor Beginn der staatlichen Förderung der Altersvorsorge in Januar 2002.

Ökohandel – Waschbär geht baden

Der Öko-Versandhandel Waschbär ist zahlungsunfähig. Das Unternehmen hat Ende Juni einen Insolvenzantrag beim Amtsgericht Freiburg gestellt. Maßgeblich ausgelöst wurde die Krise durch einen Nachfrageeinbruch im letzten Jahr, teilte „Waschbär“, mit. Schwierigkeiten mit dem neuen Logistikzentrum hätten schließlich das Aus bedeutet. „Jede einzelne Schwierigkeit für sich hätten wir gepackt. Es kam zu viel zusammen“, sagte der Geschäftsführer Leo Pröstier.

Das 1987 gegründete Unternehmen war mit einem Umsatz von 34,7 Millionen Euro im Jahr 1999/2000 Marktführer im Öko-Versandhandel. Aussichtsreichster Interessent für die Unternehmensfortführung ist der Münchner online-Versandhandel united nature. Die Firma teilte mit, bei einer Übernahme der Geschäfte entstünde das größte Öko-Versandhaus in Europa.

Leo Pröstier hält dies für die beste Lösung für seine 150 Angestellten. United nature benötige auf jeden Fall das neue Logistikzentrum in Freiburg. „Eigentlich sollten dann alte Mitarbeiter übernommen werden“ hofft Pröstier. Er ist sich sicher, dass eine frühzeitige Fusion mit anderen Öko-Unternehmen den Untergang von Waschbär hätte verhindern können: „Aus der jetzigen Situation betrachtet ist es ein Wahnsinn, dass wir nicht früher fusioniert haben“, bedauert er. „Alle waren zu stolz dazu.“ Pröstier hatte vor der Krise bereits erfolglose Verhandlungen mit united nature, dem Versandhandel Panda und dem Öko-Modeversand Hess geführt. Hess musste mittlerweile an Neckermann verkaufen.

Nachhaltiges Wirtschaften ist Zukunftstrend

Nachhaltig ausgerichtete Unternehmen werden langfristig einen größeren wirtschaftlichen Erfolg haben als ausschließlich profitorientierte Firmen. Zu diesem Ergebnis kommen knapp 90 Prozent der Befragten des aktuellen Kohtes Klewes-Meinungsbarometer Opinion Leader. Nachhaltiges Wirtschaften fasst ökonomische sowie ökologische und soziale Faktoren in einem Unternehmenskonzept zusammen.

Dreiviertel der Meinungsbilder beurteilt außerdem Nachhaltigkeit als einen Zukunftstrend in der Unternehmensführung. Knapp die Hälfte hält „nachhaltiges Wirtschaften“ aber auch für einen schwammigen Modebegriff. Dazu Gregor Schönborn, CEO von Kohtes Klewes: „Das passt nicht zusammen. Einerseits scheint vielen die wirtschaftlich immense Bedeutung von Nachhaltigkeitsprinzipien bewusst zu sein. Auf der anderen Seite wissen sie aber nicht genau, was sich hinter diesem Begriff verbirgt. Hier sind die Unternehmen gefordert, Nachhaltigkeit nicht nur für sich zu definieren. Die deutsche Wirtschaft muss auch für ein besseres Verständnis in der Öffentlichkeit aktiv kommunizieren.“

Für das Meinungsbarometer Opinion Leader werden regelmäßig 250 hochrangige Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Medien vom Bielefelder Forschungsinstitut Emnid befragt. Auftraggeber ist die Kommunikationsberatung Kohtes Klewes.

Marktlücke Nachhaltigkeit – Professionelle Beratung gefragt



Systain Consulting GmbH (2001)

Otto ist seit Mitte der 80er Jahre Pionier in der Entwicklung und Implementierung von Managementsystemen, die neben wirtschaftlichen Aspekten auch umwelt- und sozialverantwortliche Belange berücksichtigen. Die in langjähriger Praxiserfahrung gewonnene Kompetenz stellt Otto seit 1999 mit der Tochtergesellschaft Systain Consulting GmbH auch Drittkunden zur Verfügung.

Um langfristig erfolgreich wirtschaften zu können, sind Unternehmen im Zeitalter der Globalisierung darauf angewiesen, Umwelt- und Sozialaspekte in die Geschäftstätigkeit einzubinden. Ein Grund hierfür ist gesellschaftlicher Druck. Die Unternehmen müssen befürchten, ins Visier von Umweltgruppen zu geraten und so beim Konsumenten und in der breiten Öffentlichkeit einen Imageverlust zu riskieren.

Solche Risiken ergeben sich insbesondere für profilierte Unternehmen oder für die Anbieter von Markenartikeln, wenn ihr Produkt oder ihre Dienstleistung mit Aspekten der Umweltzerstörung oder sozialen Ausbeutung in Verbindung gebracht wird.

Darüber hinaus gewinnt das Thema Nachhaltigkeit zunehmend an Bedeutung in den

Finanzmärkten. Analysten erwarten im Rahmen ihrer Bewertung u.a. eine sehr transparente und aussagekräftige Berichterstattung zur nachhaltigen Unternehmensführung.

Nachhaltiges Wirtschaften verbindet das Dreieck aus sozialem Engagement für die Gesellschaft mit dem Schutz der natürlichen Ressourcen und dem eigentlichen Unternehmensziel der Erwirtschaftung von Gewinnen.

Die Innovationsanforderungen durch die Globalisierung sind nicht allein mit den standardisierten Managementtools zu erfüllen. Vielmehr gilt es, die Ansprüche an Qualität, Schnelligkeit und Kosteneffizienz wirksam mit solchen Maßnahmen zu verbinden, die ein effektives Risikomanagement und Markenschutz ermöglichen.

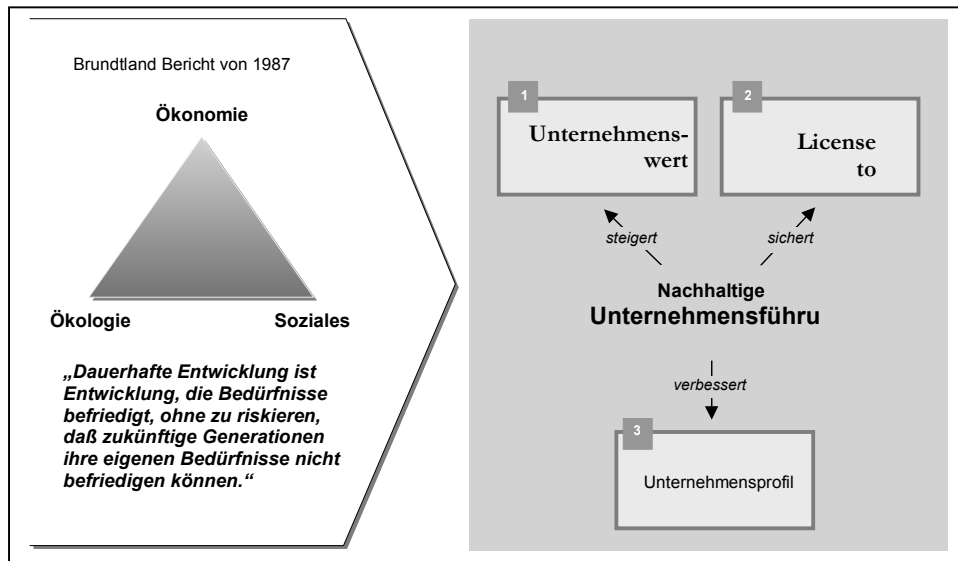
Systain Consulting bietet seinen Kunden „Systematic Solutions for Sustainability“ (Sustainability ist der englische Begriff für Nachhaltigkeit). Um tragfähige, systematische Lösungen zu erarbeiten gilt es, die notwendige Voraussetzung in der Aufbau- und Ablauforganisation des Unternehmens wie auch bei den Lieferanten für die Einhaltung allgemein anerkannter Umwelt- und Sozialstandards zu schaffen. Gleichzeitig resultieren aus diesem Ansatz betriebswirtschaftliche Vorteile in Form von Prozesseffizienz, Qualitätsoptimierung und ggfs. der Identifizierung neuer Geschäftsfelder. Dies geschieht im Rahmen einer Neuausrichtung des Unternehmens im Sinne einer nachhaltigen Strategie.

Sustain analysiert als praxiserfahrener Berater ökologische und soziale Schwachstellen, definiert Handlungsoptionen, begleitet bei der Umsetzung vereinbarter Maßnahmen und unterstützt die interne und externe Kommunikation.

Diese Maßnahmen schaffen u.a. die Grundlagen zu Zertifizierungen und schützen das Unternehmen vor Imageverlusten.

In den vergangenen drei Jahren konnte Systain durch seine breite Branchenerfahrung in beispielhaften Projekten überzeugen. So berät Systain u.a. Firmen wie den Kaffeeröster Tchibo, die Bekleidungsmarke S.Oliver, den Axel Springer Verlag, das Hamburger Rathaus und die EXPO 2000.

Nachhaltiges Wirtschaften



Ein individuell zusammengestelltes Expertenteam ermittelt die umwelt- und sozialpolitischen Handlungsfelder des Unternehmens. In den Schlüsselpositionen arbeiten wirtschafts-, sozial- und naturwissenschaftlich ausgebildete Berater sowie Juristen – alle aus der Praxis.

„Der Nutzen einer unternehmensbezogenen Aktivität muss klar erkennbar sein. Daher ist es wichtig, unseren Kunden nicht nur deutlich zu machen, was Imagorisiken für ein Unternehmen bedeuten, sondern aufzuzeigen, wie sie mit Hilfe unserer Methoden wettbewerbsfähigere Produkte herstellen und vertreiben können“, so Dr. Johannes Merck, Geschäftsführer von Systain.

BMW Group - Nachhaltiges Wirtschaften als Erfolgsmodell

Prof. Dr. Joachim Milberg, Vorsitzender des
Vorstandes der BMW Group (2000)

Die BMW Group bleibt in der Automobilindustrie weltweit weiterhin Branchenführer für nachhaltiges Wirtschaften, das wirtschaftliche, ökologische und soziale Kriterien gleichermaßen berücksichtigt. Dies ergab das zweite Rating der in dem sogenannten Nachhaltigkeits-Index enthaltenen Unternehmen seit Einführung des Index im September 1999. Der Dow Jones Sustainability Group Index erfasst 236 weltweit agierende Unternehmen aus 61 Branchen und 27 Ländern mit einem Marktwert von rund 5,5 Billionen US\$. Die Index Unternehmen repräsentieren die führenden zehn Prozent der an Nachhaltigkeit orientierten Unternehmen weltweit. Dem im jährlichen Turnus stattfindenden Ranking liegt ein umfassender Katalog von Benchmark-Kriterien zugrunde. Bewertet werden neben Wertsteigerung und Produktivitätszuwächsen unter anderem innovative Technologien, Ressourceneinsatz, gesellschaftspolitische Verantwortung, Umweltschutz, soziales und kulturelles Engagement sowie Führungs- und Unternehmenskultur und Mitarbeiterorientierung.

Professor Joachim, Milberg, Vorstandsvorsitzender der BMW Group, erläutert im Folgenden die Bedeutung nachhaltigen Wirtschaftens für BMW sowie die konkrete Ausgestaltung dieses unternehmerischen Ansatzes.

Das 21. Jahrhundert hat gute Chancen zum „Jahrhundert der Nachhaltigkeit“ zu avancieren. So hat die Thematik der Nachhaltigkeit, englisch Sustainability, in den letzten Jahren einen enormen Bedeutungszuwachs erfahren und ist mittlerweile zum umfassenden Schlüsselbegriff geworden.

Der Ruf nach nachhaltigem Handeln richtet sich gleichermaßen an Politik und Wirtschaft. Während von der Politik vor allem Generationengerechtigkeit gefordert wird, erwarten die Menschen von global agierenden Unternehmen neben dem wirtschaftlichen Erfolg zunehmend auch schlüssige Antworten auf soziale und ökologische Fragen - zu Recht. Denn die Unternehmen können global agieren, die Politik hingegen bleibt an einen bestimmten Standort gebunden. Wesentliche politische Fragen sind jedoch allein national praktisch nicht mehr lösbar: Wirtschaftliches Wachstum, ökologisches Gleichgewicht und soziale Gerechtigkeit sind längst globalisiert.

Mehrdimensionale Unternehmensführung ermöglicht nachhaltiges Wirtschaften

Unternehmensführung erweist sich nur dann als erfolgreich, wenn sie nicht eindimensional ausgerichtet ist. Entscheidend ist zunächst die Ausrichtung im Netzwerk des Marktes und des Wettbewerbs sowie natürlich die Steigerung des Shareholder Value. Hinzu muss aber als weiteres wichtiges Element die Ausrichtung auf die Belange der Mitarbeiter und der Gesellschaft kommen. Erst diese mehrdimensionale Ausrichtung verleiht der unternehmerischen Führung eine langfristige tragfähige Wertorientierung. Ein neues Synonym für eine integrierte, mehrdimensionale Unternehmensführung ist das Wirtschaften nach den Kriterien der Nachhaltigkeit. Unternehmen können auf diese Weise die Zielsetzungen wirtschaftlicher Effizienz und diejenigen sozialer und ökologischer Qualität zusammenführen.

BMW Group erneut mit Spitzenplatz im Nachhaltigkeits-Index

Seit vielen Jahren folgt die BMW Group den Prinzipien nachhaltigen Wirtschaftens. So ist es kein Zufall, dass das Unternehmen in dem sogenannten Dow Jones Sustainability Group Index (DJSGI) in diesem wie bereits im letzten Jahr weltweit den Spitzenplatz in der Automobilbranche einnimmt. Wir sind sehr stolz, auch in diesem Jahr wieder eine Spitzenstellung in dem Nachhaltigkeits-Index verteidigt zu haben. Dieses positive Ergebnis zeigt uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind und verdeutlicht, dass nachhaltiges Agieren und gewinn- und wachstumsorientiertes Wirtschaften keine Gegensätze darstellen, sondern sich vielmehr gegenseitig verstärken.

Börse honoriert Nachhaltiges Wirtschaften

Und die Börse honoriert das Modell einer sinnvollen Kombination der Shareholder- und Stakeholder-Interessen, das heißt der Interessen der Anteilseigner ebenso wie der Mitarbeiter und der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen. So stieg der Wert der im Dow Jones Nachhaltigkeits-Index vertretenen Unternehmen zwischen Dezember 1993 und August 2000 um 240 Prozentpunkte, während sich der Wert des klassischen Dow Jones Global Index nur um 174 Prozentpunkte nach oben entwickelte. Nachhaltig wirtschaftende Unternehmen stehen also besser da.

Nachhaltige Mobilität: Ziel der BMW Group

Die konkrete Umsetzung des Anspruchs, nachhaltig zu wirtschaften, hat bei der BMW Group viele Facetten. So versuchen wir beispielsweise wegweisende Beiträge zur Gewährleistung nachhaltiger Mobilität zu leisten. Neben dem Konzept, verschiedene Verkehrsträger wie Straße und Schiene intelligent miteinander zu verknüpfen, liegt, unser Augenmerk vor allem auf alternativen Antriebskonzepten. Unsere Antwort auf die Frage der Zukunft der individuellen Mobilität ist das Wasserstoffauto - das „Null-Liter-Auto“ in Bezug auf die CO₂-Emissionen. Wasserstoff stellt die effektivste Option für eine nachhaltige

Entwicklung dar und ist - aus regenerativen Energien, wie zum Beispiel der Solarenergie gewonnen - der sauberste Kraftstoff. Voraussetzung für die Nutzung wasserstoffbetriebener Automobile ist jedoch die Realisierung der entsprechenden Rahmenbedingungen. Hier benötigt die Wirtschaft die Unterstützung der Politik, damit die notwendige Wasserstoff-Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden kann.

Produkt und Produktionsprozess umweltfreundlich gestalten

Weitere Umweltschutz-Aspekte im Zusammenhang mit dem Produkt sind neben der Entwicklung von alternativen Antriebsenergien unter anderem die Einsparung von Gewicht oder die Berücksichtigung des späteren Recyclings bei der Auswahl der Teile. Eine große Rolle spielt bei BMW auch der Produktionsprozess selbst, den es so umweltfreundlich wie möglich zu gestalten gilt. Hier geht es beispielsweise darum, Abfall und Emissionen so weit wie möglich zu verhindern, emissionsfreien Pulverlack einzusetzen, Energie einzusparen oder die Effizienz zu erhöhen.

Mitarbeiterorientierung als Voraussetzung für Unternehmenserfolg

Unserer gesellschaftspolitischen Verantwortung stellen wir uns sowohl im Unternehmen wie in unserem Umfeld. Im Unternehmen geht es natürlich vor allem um unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die den Erfolg von BMW erst ermöglichen. Dass wir dieses Jahr den Absatz unserer Produkte gegen den Trend steigern konnten, war nur dank unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möglich, die sich mit dem Unternehmen identifizieren und mit ihrer Leistung den Grundstein für unseren Erfolg legen. Das Unternehmen seinerseits versucht die Bedürfnisse der Mitarbeiter möglichst umfassend zu berücksichtigen. Leistungsbezogene Löhne, Erfolgsbeteiligungen, Weiterbildung, flexible Arbeitszeiten und ein attraktives Arbeitsteilzeitangebot sind Beispiele für gelebte Mitarbeiterorientierung.

BMW Engagement an den weltweiten Standorten

Wichtig ist auch unser Engagement an unseren weltweiten Standorten. Ein gutes Beispiel stellt unser kürzlich eröffnetes Werk in Thailand dar.

Mit einer Krankenversicherung und einer Pensionskasse setzt BMW dort soziale Standards, die weit über den landesüblichen liegen. Die Arbeitssicherheit entspricht exakt derjenigen der deutschen BMW-Werke und für den Transfer der Mitarbeiter zum Werk wurde eigens ein Bussystem geschaffen. Für die in der dortigen Kultur üblichen Möglichkeit zur Religionsausübung am Arbeitsplatz haben wir auf dem Werksgelände einen buddhistischen Tempel errichtet.

Dialog mit Politik, Wissenschaft und Gesellschaft

Voraussetzung, unserer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden, ist der konstruktive und offene Dialog zwischen unserem Unternehmen, der Politik, der Wissenschaft und der Gesellschaft. Denn nur gemeinsam, in neuen Allianzen, können wir globale Probleme angehen. So hat die BMW Group als erstes deutsches Unternehmen die Initiative „Global Compact“ des UN-Generalsekretärs Kofi Annan für eine globale Partnerschaft zwischen Wirtschaft, Politik und weltweit agierenden gesellschaftlichen Akteuren mit einer entsprechenden Erklärung auf Vorstandsebene aufgegriffen. Hiermit unterstreichen wir unsere Überzeugung, dass wir nur in einem konstruktiven Miteinander zu Ergebnissen kommen können.

Kampagne gegen Ausländerfeindlichkeit

Als unsere Verantwortung betrachten wir es auch, uns als Teil des Gemeinwesens entschieden zu Wort zu melden, wenn wir uns gefordert fühlen. Jüngstes Beispiel ist die zunehmende Ausländerfeindlichkeit in unserem Land, die konkrete Sorge bereitet. Wir verurteilen diese Entwicklung und machen uns dafür stark, entschieden und mit allen nötigen Mitteln gegen diese Aggression vorzugehen. Bereits seit 20 Jahren engagieren wir uns als Unternehmen, dessen Mitarbeiter aus rund 100 Nationen kommen, gegen Ausländerfeindlichkeit.

Die dargestellten Beispiele zeigen: Nachhaltiges Wirtschaften erfordert aktives Engagement nicht nur auf allen Entscheidungsebenen in unserem eigenen Unternehmen, sondern ebenso mit unseren nationalen und internationalen Partnern. Nur so können wir die Problemlösungskompetenz entwickeln, die Unternehmen benötigen, um die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu bewältigen.

Gesellschaftspolitisches Engagement der BMW Group in Großbritannien, -die Britische Automobilindustrie setzt Maßstäbe mit Nachhaltigkeitsstrategie

Als erster Wirtschaftszweig Großbritanniens ist die britische Automobilindustrie im März dieses Jahres mit einer Strategie für nachhaltige Entwicklung an die Öffentlichkeit getreten. Elf große Firmen aus der Automobilbranche haben sich auf Initiative des britischen Verbandes der Automobilhersteller und -händler, SMMT (Society of Motor Manufacturers and Traders), zur Herstellung eines neuen Gleichgewichts zwischen ökonomischem Fortschritt, Umweltschutz und sozialer Verantwortung verpflichtet.

Eckpfeiler nachhaltiger Entwicklung verankert

Grundgedanke der Verpflichtung der Automobilindustrie ist die Verankerung der drei Eckpfeiler nachhaltiger Entwicklung, das heißt der wirtschaftlichen, der ökologischen und der sozialen Wertsteigerung, in ihren Unternehmensstrategien, um Zukunft und Wachstumschancen der Unternehmen des Automobilssektors langfristig zu sichern.

Britische Regierung begrüßt Initiative

Die Erklärung wurde von der britischen Regierung begrüßt, die darauf hofft, dass andere Branchen dem Beispiel der Automobilindustrie folgen werden. Beverley Hughes, Ministerin für das Ressort Umwelt, Verkehr und Regionalpolitik, gab sich bei Bekanntgabe des Konzepts optimistisch: „Ich bin sicher, dass die beispielhafte Arbeit der Automobilindustrie in anderen Branchen und Sektoren Nachahmung finden wird - nicht nur in der produzierenden Industrie, sondern auch in allen anderen wirtschaftlichen Bereichen -, so dass bald weitere strategische Ansätze für eine nachhaltige Entwicklung folgen werden und alle von den Erfahrungen der anderen profitieren können.“

In ihrer Nachhaltigkeitsstrategie verpflichten sich die Unterzeichnerfirmen, jährlich über die Erfolge bei der Umsetzung der nachfolgenden Zielsetzungen zu berichten:

Umwelt

- Fortsetzung von Forschung, Entwicklung und Markteinführung umweltschonender

Technologien,

- Fortführung von Kontrolle und Reduzierung der industriellen Umweltbelastung,
- Senkung der Kraftfahrzeugemissionen,
- weitere Verbesserung der Kundeninformation beim Produkterwerb in Bezug auf Umweltaspekte,
- Fortführung der Anstrengungen zur Erhöhung der Recyclingquote bei Altfahrzeugen.

Wirtschaft

- Weitere Förderung des Wirtschaftswachstums und der Wettbewerbsfähigkeit in der globalen Wirtschaft,
- Sicherung und Erweiterung von Beschäftigungsmöglichkeiten, so weit möglich,
- Fortsetzung von Investitionen in neue Standorte und Projekte, soweit möglich, Unterstützung des Industrieforums, eines Qualitätssicherungsprogramms Großbritanniens unter Leitung des SMMT, um die Effizienz der Lieferkette weitmöglichst zu optimieren.

Gesellschaft

- Weitere Verbesserung von Ausbildungsmöglichkeiten, Einrichtungen und Chancen für Arbeitnehmer und Angestellte,
- weitere Förderung der Zusammenarbeit mit verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen.

Jährlicher Bericht über Stand und Umsetzung der Ziele

Der erste Geschäftsbericht der Initiative soll im Herbst dieses Jahres veröffentlicht werden und wird detaillierte und zuverlässige Informationen für Stakeholder, Kunden und Interessenverbände enthalten, anhand derer sich die Fortschritte genau messen lassen. Zudem wird er zur Unterstützung der Industrie bei ihrem Engagement für das Gemeinwohl aufrufen.

Roger Twiney, Umweltdirektor der BMW Group in Großbritannien und Vorsitzender des Umweltausschusses des Automobilverbandes SMMT, von dem die Strategie für nachhaltige Entwicklung erarbeitet wurde, betont, dass die definierten Verpflichtungen nur ein kleiner Schritt

auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung seien und noch vieles in Angriff genommen werden müsse. „Aber durch den Geschäftsbericht haben wir uns selbst in die Pflicht genommen. Wir werden unser Bestes geben, damit die Produktion, die Nutzung und die Entsorgung von Fahrzeugen langfristig nur noch minimale Auswirkungen auf die Umwelt haben, der Gesellschaft als Ganzes Nutzen bringen und wirtschaftliche Vorteile für unsere Aktionäre und Partner sowie die britische Wirtschaft insgesamt mit sich bringen.“

Neben der BMW Group sind an dem Projekt folgende Unternehmen beteiligt: Dunlop, Ford, Nissan, Rolls Royce and Bentley-Motor Cars Ltd, Tennex, Toyota, Unipart, Vauxhall und Vole

3. Nachhaltiges Wirtschaften in Hamburg

Beitritt Hamburgs zur Aalborg-Charta

Auftaktveranstaltung zur Erarbeitung einer Kommunalen Agenda 21

Senat der Freien und Hansestadt Hamburg,
Senatskanzlei, 16. Januar 1996

„Der Senat hat auf seiner heutigen Sitzung den Beitritt Hamburgs zur Aalborg-Charta beschlossen und die Erarbeitung einer Kommunalen Agenda 21 für Hamburg erörtert. Mit dem Beitritt zur Aalborg-Charta bekundet Hamburg seinen Willen, die besonderen Verpflichtungen, die den Kommunen in Artikel 28 der Agenda 21 von Rio de Janeiro aufgetragen sind, zu erfüllen. Damit stellt sich Hamburg der umwelt- und entwicklungspolitischen Verantwortung, die den europäischen Städten aufgrund ihres Lebensstandards in besonderem Maße zukommt. Mit der Unterzeichnung der Aalborg-Charta verpflichtet sich Hamburg, bis Ende 1996 einen Konsens über eine Kommunale Agenda 21 zu suchen.“

Auf der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro verabschiedeten über 170 Staaten - unter ihnen auch die Bundesrepublik Deutschland - das Aktionsprogramm Agenda 21. Die Agenda 21 ist Ausdruck eines globalen Konsenses und einer politischen Selbstverpflichtung auf höchster Ebene zur Zusammenarbeit im Bereich Umwelt und Entwicklung. In Kapitel 28 der Agenda 21 heißt es: „Jede Kommunalverwaltung soll in einen

Dialog mit ihren Bürgern, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft eintreten und eine Kommunale Agenda 21 beschließen.“

Die Kommunen werden ferner aufgefordert, den Austausch von Informationen über die Umsetzung und Erfahrungen mit der Umsetzung der Kommunalen Agenda 21 zu intensivieren. Zu diesem Zweck trafen sich 1994 Vertreter europäischer Kommunen, internationaler Organisationen, nationaler Regierungen und wissenschaftlicher Institute in Aalborg (Dänemark) zu einer Konferenz über „zukunftsbeständige“ Städte und Gemeinden, die von der Stadt Aalborg und der Europäischen Kommission veranstaltet wurde. Die Teilnehmer verabschiedeten die Charta von Aalborg (Charta of European Cities & Towns Towards Sustainability), die inhaltlich auf dem Aktionsprogramm Agenda 21 und auf dem fünften Umweltprogramm der Europäischen Union „Maßnahmen im Hinblick auf eine dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung“ basiert.

Die Aalborg-Charta besteht aus drei Teilen:

Die Erklärung „Europäische Städte und Gemeinden auf dem Weg der Zukunftsbeständigkeit“ (**Teil 1**) stellt fest, dass unsere derzeitige städtische Lebensweise, insbesondere das arbeits- und funktionsteilige System für viele Umweltprobleme wesentlich verantwortlich ist. Mit Hilfe der Idee der zukunftsbeständigen und umweltgerechten Entwicklung wollen die Städte und Gemeinden ihren Lebensstandard mit der Tragfähigkeit der natürlichen Umwelt in Einklang bringen.

In **Teil 2** der Charta wird eine Kampagne europäischer zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden ins Leben gerufen, die vor allem der Informationssammlung und -verbreitung und der gegenseitigen Unterstützung bei der Umsetzung der Kommunalen Agenda 21 dient.

In **Teil 3** der Aalborg-Charta verpflichten sich die Unterzeichner der Charta, in ihrer Stadt oder Kommune bis Ende 1996 einen Konsens über eine Kommunale Agenda 21 zu suchen und damit das Mandat zu erfüllen, welches den Kommunen durch Kapitel 28 der Agenda 21 gegeben worden ist.

Bisher haben 125 europäische Städte, Kommunen und Regionen voll, und weitere 49 provisorisch die Aalborg-Charta unterzeichnet. In Deutschland unter anderem die Städte Berlin, Lübeck, Rostock, Kiel und Dresden. In Hamburg haben die Fraktionen der Bürgerschaft im vergangenen Jahr die Diskussion über eine Kommunale Agenda 21 eröffnet. Mit dem Beitritt Hamburgs zur Aalborg-Charta soll diese Diskussion aufgegriffen und der Anstoß für die Erarbeitung einer Kommunalen Agenda 21 für Hamburg gegeben werden. Der heutigen gemeinsamen Auftaktveranstaltung von Senatskanzlei und Umweltbehörde werden in den nächsten Monaten öffentliche Foren zu den Themen folgen:

- Herausforderung Klimaschutz,
- zukunftsfähiges Produzieren und Konsumieren,
- dauerhaft umweltgerechte Verhaltensmuster,
- städtisches Grün und Natur in der Stadt - Ideen und Projekte für eine dauerhaft umweltgerechte Stadt- und Stadtteilentwicklung.

Nachhaltiges Wirtschaften

Ole von Beust (1999)

Obwohl Deutschland in vielen Bereichen des Umweltschutzes führend ist und sich das Wirtschaftswachstum vom Energieverbrauch und den Schadstoffemissionen entkoppelt hat, nehmen die Umweltschäden global gesehen weiter zu:

Klimaveränderungen, Abbau der Ozonschicht, Rückgang der biologischen Vielfalt. Auch wer nicht allen aufgezeigten Schreckensszenarien über den Zusammenbruch der Ökosysteme folgt, wird einsehen, dass wie handeln müssen.

Die Umsetzung einer nachhaltigen Wirtschaftsweise eröffnet hierfür eine hoffnungsvolle Zukunftsperspektive. Verursacher von Umweltschäden sind nicht nur große, sondern auch kleine und mittelständische Unternehmen. Da viele wirtschaftliche Aktivitäten negative Auswirkungen auf die natürliche Umwelt haben, sind die Unternehmen gefordert, die Prinzipien nachhaltigen Wirtschaftens zu beachten. Auf betrieblicher Ebene ist deswegen ein Umdenken erforderlich, das den Umweltschutz integriert. Nachhaltiges Wirtschaften verlangt, dass jedes Unternehmen prüft, welchen Beitrag es zu Umweltentlastungen und ökologischen Verbesserungen leisten kann. Aktiver betrieblicher Umweltschutz ist gerade unter erschwerten ökonomischen Bedingungen eine Chance für kleine und mittlere Unternehmen. Der sparsame Umgang mit Ressourcen, insbesondere mit Energie und Wasser sowie mit Abfallmengen führt zu Kosteneinsparungen und damit zu einem Wettbewerbsvorteil. Die Umweltschutzanstrengungen und Erfolge des Unternehmens spielen auch eine zunehmend wichtigere Rolle für das Vertrauen der Kunden und das Image bei Marktpartnern und gesellschaftlichen Interessengruppen.

Wichtiger Wettbewerbsvorteil

Zu einer Fortentwicklung in Richtung einer nachhaltigen Wirtschaftsweise müssen die Unternehmen neben ökologisch optimierten Herstellungsverfahren auch der Umweltverträglichkeit ihrer Produkte vermehrte Aufmerksamkeit widmen. Wurde der ökologische Zusatznutzen von Produkten in der Vergangenheit kaum honoriert, so ist er heute ein wichtiger Wettbewerbsvorteil und wird in Zukunft wichtige Voraussetzung für die Verkäuflichkeit der Produkte sein. Bei dem Handel von Lebensmitteln wird dieser Trend schon heute sichtbar: Während der Absatz mit konventionell hergestellten Lebensmitteln stagniert, verzeichnet der Handel mit Produkten aus ökologischem Anbau zweistellige Zuwachsraten. Dies gilt ebenso für den wachsenden Markt von Öko-Textilien. Seit 1995 besteht für gewerbliche Unternehmen die Möglichkeit, sich freiwillig an dem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung zu beteiligen. Die Unternehmen verpflichten sich zu einer kontinuierlichen Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes über die gesetzlichen Anforderungen hinaus. Nach Begutachtung ihrer Umwelterklärung durch einen externen Umweltgutachter können sich die Unternehmen in ein Standortregister eintragen lassen. Damit erhalten sie die Erlaubnis, mit der Teilnahmeerklärung standortbezogene Werbung zu betreiben.

Selbstkontrolle statt Verbote

Mit der „Hamburger Umweltkooperation“ zwischen der Umweltbehörde Hamburg und der Handelskammer Hamburg werden ökoauditierte Betriebe bereits mit Vollzugserleichterungen honoriert. Wo vorher die Kontrolleure der Umweltbehörde die Einhaltung der Grenzwerte kontrollierten, kümmern sich die Betriebe jetzt selbst darum. Die Umweltpolitik der letzten zwanzig Jahre hat sich auf das ordnungsrechtliche Instrumentarium mit Ge- und Verboten konzentriert. Trotz der erreichten Erfolge ist das Ordnungsrecht innovationshemmend, weil es den Stand der Technik manifestiert und keine Anreize bietet, mehr als vorgeschrieben zu tun. Ein administrativ geregelter Umweltschutz ist zudem ökonomisch wenig effizient, weil er in der Regel nicht dazu führt, dass Umweltschutzmaßnahmen dort ergriffen werden, wo sie am

kostengünstigsten sind. Das Ordnungsrecht bleibt zwar ein unverzichtbares Instrument, es muss aber vor allem durch marktwirtschaftliche Instrumente und Anreize ergänzt werden, um den Prozess einer nachhaltigen Wirtschaftsweise zu gestalten. „Mehr Marktwirtschaft für mehr Umweltschutz“ lautet das Motto. Hierbei spielen Zertifikatslösungen eine besondere Rolle, damit Umweltschutz weniger kostspielig wird. Ziel muss es sein, die Produktivität im Verbrauch von Energie und natürlichen Rohstoffen zu verbessern. Ein moderner Umweltschutz setzt dabei auf integrierte Konzepte statt auf „end of the pipe-Technologien“. Integrierter Umweltschutz ist langfristig günstiger als nachsorgender Umweltschutz, dies gilt sowohl für die betriebswirtschaftlichen als auch für die volkswirtschaftlichen Kosten. Auf der Grundlage des Kooperationsprinzips sind auch freiwillige Selbstverpflichtungen der Wirtschaft ein wichtiges Instrument.

Ökologische und ökonomische Effektivität

Hierbei bleibt es den Unternehmen überlassen, den ökologisch effektivsten und vor allem auch den ökonomischsten Weg für die Erreichung der angestrebten Ziele zu finden. Auch das bestehende Umweltrecht mit seinen über 10.000 Gesetzen, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften auf Bundes- und Länderebene muss vereinfacht werden, um die Unternehmen und Verwaltung zu entlasten. Begrüßenswert ist daher das Bestreben, eine Zusammenfassung der Umweltgesetze in einem einheitlichen Umweltgesetzbuch, das bestehende Umweltrecht zu deregulieren und damit vor allem für den Mittelstand überschaubar und praktikabler zu machen.

Der Aufbruch zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise wird nicht nur die Naturhaushalte entlasten, sondern zugleich wirtschaftliche Chancen eröffnen. Alle Bemühungen werden aber nur zum Erfolg führen, wenn es gelingt, Wirtschaft und Gesellschaft für das Konzept der Nachhaltigkeit zu gewinnen.

21 Fragen unseres Zukunftsrats zur Agenda 21 an die in der Hamburgischen Bürgerschaft vertretenen Parteien (Auszüge)

Zukunftsrat Hamburg (2001)

Im Frühjahr 2001 übermittelte der Zukunftsrat Hamburg an die Hamburger Bürgerschaftsfraktionen einen Katalog mit 21 Fragen zur aktuellen und zukünftigen politischen Umsetzung der von der Agenda 21 geforderten Nachhaltigkeitspolitik. Alle haben geantwortet.

Hier die Fraktionen und die verantwortlichen Absender der Antworten:

SPD: Olaf Scholz

GAL: Saskia Henze

CDU: Ole von Beust

REGENBOGEN: Heike Sudmann

- Der Vorstandsvorsitzende der BMW-Gruppe hat kürzlich "Nachhaltiges Wirtschaften als Erfolgsmodell" vorgestellt, in dem wirtschaftliche, ökologische und soziale Kriterien gleichermaßen berücksichtigt werden. Er hat darauf hingewiesen, dass sich weltweit diejenigen Unternehmen, die sich nach dem sogenannten Nachhaltigkeits-Index ("Dow Jones Sustainability Group Index") beurteilen lassen, überdurchschnittlich entwickeln. Sind Sie der Auffassung, dass in der Hamburger Politik die ökologische und die soziale Entwicklungs-Dimension den gleichen Stellenwert einnehmen wie die wirtschaftliche? Wie beurteilen Sie die Möglichkeiten sowie den Gestaltungsspielraum nachhaltigen*

*Wirtschaftens in Hamburg und der Metropolregion?
Welche überregionalen Kooperationspartner halten Sie
dazu für erforderlich?*

SPD:

Hamburg unterstützt Unternehmen im Rahmen der Agenda 21 beim betrieblichen Umweltschutz. Organisiert von B.A.U.M. Consult bietet Ökoprotit kleinen und mittleren Unternehmen Unterstützung beim Umweltcheck durch Erfahrungsaustausch, fachkundige Einzelberatung, Schwachstellenanalyse und Unterstützung bei der Umsetzung konkreter Maßnahmen. Für die erfolgreiche Teilnahme bekamen im April 2001 15 Unternehmen die Auszeichnung "Hamburger Ökoprotit-Betrieb" verliehen. Die Bilanz des Projektes kann sich sehen lassen: Jährlich werden 800.000 Kilowattstunden Energie und 9.000 Kubikmeter Wasser eingespart. 500 Tonnen Abfall werden vermieden. Die Ökomaßnahmen amortisieren sich nach spätestens zwei Jahren. Die SPD wird den produktintegrierten Umweltschutz weiterhin in Zusammenarbeit mit Industrie und Gewerbe fördern. Instrumente dazu sind zum Beispiel die Zertifizierung von Betrieben nach dem EU-Öko-Audit oder nach ISO 14.000. Wir wollen Betriebe dabei unterstützen, das dazu notwendige Know-how aufzubauen. Die Markteinführung von umweltschonenden Produkten ist zu unterstützen.

GAL:

Die ökologische und soziale Entwicklungsdimension hat in Hamburg im nationalen wie im internationalen Vergleich einen sehr hohen Stellenwert. Bei der "Sozialen Stadtteilentwicklung", die sich insbesondere der nachhaltigen und ausgewogenen Entwicklung benachteiligter Stadtteile widmet, nimmt Hamburg im Bundesvergleich eine Spitzenposition ein. Hamburg betreibt eine sehr aktive und auf Qualifikation ausgerichtete Arbeitsmarktpolitik - der Rückgang der Arbeitslosenzahlen ist in Hamburg überdurchschnittlich. Bei der Wohnungsbaupolitik hält Hamburg am sozialen Wohnungsbau fest und betreibt die aktive Förderung von Wohnprojekten.

Für die ökologische Entwicklungsdimension muss man ganz klar die Ressource Fläche als das große Problem ansehen. Die Ansprüche an die begrenzten Hamburger Flächen sind immens und

trotzdem ist es gelungen, den Anteil an Naturschutzgebieten von 5 auf 6 Prozent der Fläche Hamburgs zu erhöhen. Gleichzeitig ist mit der Novellierung des Hamburgischen Naturschutzgesetzes nun der Schutz der Hamburgischen Biotope möglich, erstmals gelten auch im Hafen Ausgleichsregeln bei Eingriffen in Wasserflächen, und die Verbandsklagerechte wurden deutlich ausgeweitet. In den innerstädtischen Bereichen soll Natur sichtbar sein und erhalten werden. In den ländlichen Regionen der Stadt kann durch das Konzept der Kulturlandschaft 2010 mit der Stärkung und des Ausbaus des ökologischen Landbaus der Erhalt des Naturraumes realisiert werden. Dazu beitragen wird auch die Überplanung der Vier- und Marschlande mit B-Plänen sowie die Erstellung einer agrarstrukturellen Entwicklungsplanung für das Alte Land.

Gleichwohl genießt die ökonomische Entwicklungsdimension nach wie vor die höchste Priorität. Deshalb setzen wir uns weiter dafür ein, dass sich Hamburg sozial ausgewogen und umweltverträglich weiter entwickelt. Dazu müssen wir besonders ökologische Technologien und humane Ressourcen entwickeln, damit die Hamburger in Zukunft auf dynamischen Arbeitsmärkten gute Chancen haben und in Hamburg zukunftsfähige Produkte entwickelt und hergestellt werden können.

In einer Wirtschaftsmetropole wie Hamburg gibt es sehr viele Ansatzmöglichkeiten für nachhaltiges Wirtschaften. Diese liegen nicht nur in der Produktion oder der Hafenwirtschaft sondern auch beim ökologischem Consulting, innovativen Dienstleistungen oder der Entwicklung von ökologischen Kompetenzzentren wie dem "Ö" in Ottensen. Der Gestaltungsspielraum der Stadt hängt wesentlich von den finanziellen Ressourcen ab, die sehr eng begrenzt sind. Ein Großteil der hier für Hamburg relevanten Gesetzgebung liegt beim Bund, von dem eine Reihe wichtiger Gesetzesnovellen erlassen wurden (Energieeinsparungsgesetz, Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz, Erneuerbare-Energien-Gesetz, Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz).

Für Hamburg wichtig ist insbesondere eine nachhaltige Mobilitätspolitik -hier bietet der neue VEP unserer Meinung nach erstmals eine akzeptable Richtschnur. Die Förderung autofreien Wohnens und der ökologischen Modernisierung

des Altbaubestandes sind ebenfalls wichtige Ziele. Als Kooperationspartner wären der Bund, die EU, die Konferenz der Nordsee-Anrainer-Staaten, NGO's und Forschungseinrichtungen denkbar.

CDU:

In der Theorie ist allen Zielen in dem Zieldreieck der gleiche Stellenwert einzuräumen. Nur in der Realität läßt sich das nicht immer so leicht umsetzen. Häufig kommt es gerade zwischen der Ökologie und der Ökonomie zu Zielkonflikten. Das aktuelle Beispiel der Airbus-Erweiterung zeigt einen sehr deutlichen Zielkonflikt auf: Einerseits besteht die Möglichkeit, mehrere tausend Industriearbeitsplätze in der Zukunftstechnologie Luftfahrt auf Jahrzehnte zu sichern, was unter dem ökonomischen Teilziel als nachhaltig bezeichnet werden kann. Andererseits wird dafür ein hochwertiges Ökosystem unwiderruflich zerstört. Nur über ökologische Ausgleichsmaßnahmen läßt sich dieser Konflikt entschärfen.

Eine Vielzahl Hamburger Unternehmen operieren unter harten internationalen Wettbewerbsbedingungen am Markt, so dass ihre Gestaltungsmöglichkeiten durch ökonomische Restriktionen begrenzt sind. Ökologische und soziale Standards sind nicht zum Nulltarif zu haben und stellen unter Kostenaspekten immer noch einen Wettbewerbsnachteil dar. Deshalb kommt vor allem der Durchsetzung internationaler Standards -etwa im Bereich des Arbeitsschutzes oder bei Grenzwerten für Emissionen- eine große Bedeutung zu. Um Unternehmen zu nachhaltigem Wirtschaften anzureizen, wollen wir die Forschungsaktivitäten fördern, die Produkt- und Prozessinnovationen zur Ökologisierung der Wirtschaft ermöglichen (zum Beispiel umweltentlastende Technologien). Für einen verbesserten betrieblichen Umweltschutz setzen wir auf die Eigenverantwortung der Betriebe. Mit Betrieben, die sich einer freiwilligen Öko-Audit oder DIN ISO 14001-Zertifizierung unterziehen, wollen wir eine Umweltpartnerschaft eingehen. Durch freiwillige Vereinbarungen mit den Branchenverbänden wollen wir die Eigenverantwortung stärken und die Betriebe mit hohen Umweltstandards vom Verwaltungsaufwand entlasten (zum Beispiel verlängerte Prüfzeiträume).

REGENBOGEN:

Das Prinzip der Nachhaltigkeit spielt aus unserer - und auch meiner ganz persönlichen Sicht - eine besonders wichtige Rolle. Wir fühlen uns diesem Ziel nicht zuletzt deshalb verpflichtet, weil bisher nicht erkennbar ist, dass eine andere in der Bürgerschaft vertretene Partei dafür ausreichend Sorge trägt. Wir mögen allerdings nicht abschließend beurteilen, inwieweit zusätzliche Daten für eine Bewertung der derzeitigen Situation hilfreich oder gar notwendig sind. Die zentralen Indikatoren für eine Orientierung der Stadt am Leitbild der Nachhaltigkeit sind unseres Erachtens primär der Umgang mit der endlichen Ressource Fläche, die Reduzierung der Umweltbelastung und die reale, also Ernst genommene und wirksame Beteiligung möglichst vieler Menschen an den Entscheidungsprozessen. In all diesen Politikbereichen hat der Hamburger Senat aus unserer Sicht nicht deutlich machen können, dass er sich tatsächlich diesem Ziel verpflichtet fühlt, denn ansonsten hätte er zum Beispiel:

- Von der Zerstörung des Mühlenberger Lochs absehen müssen,
- als Hauptaktionär den Einfluß auf die HEW nutzen können, um den Atomausstieg voranzubringen,
- die CO₂-Emissionen insbesondere durch Maßnahmen im Bereich Verkehr reduzieren müssen,
- ein Konzept zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen entwickeln müssen, das über einige Pilotprojekte hinaus geht,
- Werbekampagnen gestartet, um alle HamburgerInnen von der Sinnhaftigkeit einer nachhaltigen Entwicklung zu überzeugen.

Für uns gilt maßgeblich: Der ökologischen Entwicklungsdimension muss mindestens der gleiche Stellenwert wie der wirtschaftlichen Ebene eingeräumt werden.

8. *Die "Metropolregion Hamburg" hat im letzten Jahr den 1. Preis im Wettbewerb "Regionen der Zukunft" des Bundesbauministeriums gewonnen. Die Bewerbung stützte sich auf die Grundsätze der Nachhaltigkeit und der Agenda 21. Als gemeinsames Fortsetzungs-Projekt entwickelt die Handelskammer*

nun ein "Regionalmarketing-Konzept". Wie könnte dieses Konzept dazu beitragen, einerseits die Zukunftsfähigkeit der Region, andererseits zugleich aber auch den fairen Ausgleich mit anderen Regionen sowohl des reichen Nordens als auch des armen Südens zu erreichen? Wie können nach Ihrer Meinung einerseits mehr qualitativ hochwertige Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich geschaffen und andererseits sozial ungesicherte Arbeitsplätze verhindert werden?

SPD:

Für die Hamburger SPD ist eine faire Zusammenarbeit mit anderen Regionen zum beiderseitigen Nutzen ein erstrebenswertes Ziel. Vorrangig ist für unser Handeln aber natürlich die Interessenvertretung der Menschen in Hamburg im Sinne der Schaffung bestmöglicher Lebensbedingungen.

Die Schaffung qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze ist deshalb ein wichtiger Baustein sozialdemokratischer Politik. Wir haben in Hamburg einen stark expandierenden tertiären Sektor. Genannt seien hier die Unternehmen der sogenannten Neuen Medien, aber auch zum Beispiel die traditionellen Medienunternehmen, die Werbewirtschaft, Unternehmensberatungen und der Handel. Gerade in diesen Bereichen sind in den vergangenen Jahren Tausende neuer Arbeitsplätze entstanden, die mit hochqualifiziertem Personal besetzt wurden. Zu beobachten ist aber eine Tendenz auf dem Arbeitsmarkt, wonach eine zunehmende Vielfalt bei den Beschäftigungsverhältnissen entsteht. Dieser Entwicklung wird man nur bedingt entgegenwirken können, so zum Beispiel durch die neuen Regelungen zu den sogenannten 630 DM-Beschäftigungsverhältnissen.

GAL:

Im Rahmen der "Metropolregion Hamburg" geht es um insbesondere drei wesentliche Konzepte:

- Nachhaltige Siedlungs- und Freiraumentwicklung
- Nachhaltiges Wirtschaften
- Netzwerk lokaler Agenda- und Ressourcenschutzprojekte

Aus den Zielsetzungen dieser drei Themenschwerpunkte könnten Schlußfolgerungen für die Länder des Südens, mit denen Hamburg zusammenarbeitet, gezogen werden. Ein großer Teil der Resultate könnte sicherlich auch für die Länder des Südens angewandt werden. Dies würde jedoch einen längeren Diskussionsprozess mit den Ländern des Südens voraussetzen.

Im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung für die Länder des Südens (und Nordens) könnten folgende Schwerpunkte verstärkt werden:

- Nutzung regenerativer Energien und der Einsatz umweltgerechter und angepaßter Technologien (gutes Beispiel León, Nicaragua),
- bessere Nutzung lokal verfügbarer Ressourcen,
- Informationsaustausch mit Schulen, Lehrern, Universitäten über den Agenda 21-Prozess,
- Förderung der Städtepartnerschaften und Austausch von Fach- und Führungskräften,
- Nachhaltiges Wirtschaften,
- Förderung von Frauen.

Die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen wird langfristig nur dann gelingen, wenn alle Beteiligten sich dazu verpflichten, wie zum Beispiel in Hamburg im Rahmen der Initiative von Arbeit und Ausbildung. Die Schaffung von Arbeitsplätzen geht einher mit steuerlichen Gesichtspunkten und der Selbstverpflichtung von Unternehmen, in Arbeitsplätze und MitarbeiterInnen zu investieren und damit den Standort Deutschland zu sichern. Dennoch werden auch weiterhin sozial unabgesicherte Arbeitsplätze angeboten. Hier kann der Senat nur insofern gegensteuern, als wir im Rahmen der Initiative Arbeit und Ausbildung alles dafür tun, gemeinsam in Hamburg für existenzsichernde Arbeitsplätze zu sorgen.

CDU:

Die Regionalmarketingkampagne unter Federführung der Handelskammer hat vor allem die Förderung der Zusammenarbeit und die internationale Vermarktung der Region zum Ziel. Im Rahmen dieser Aufgaben wird die Möglichkeit bestehen, beispielsweise durch Informationsarbeit

dazu beizutragen, auf regionaler Ebene die Wahrnehmung der globalen Verantwortung zu fördern und ein entsprechendes Handeln unterschiedlicher Akteure zu unterstützen.

9. *Die langfristige Reduzierung der Arbeitslosigkeit und ein ausreichendes Einkommen durch eigene Tätigkeit ist ein Element wirtschaftlicher und sozialer Nachhaltigkeit. Wirtschaftswachstum zur Schaffung von Arbeitsplätzen verfehlt jedoch dann die ökologische Nachhaltigkeit, wenn es zu erhöhtem Ressourcenverbrauch und Abfallaufkommen führt. Wie stellen Sie sich eine Stärkung des Industriestandortes Hamburg und eine Verminderung der Arbeitslosigkeit unter Vermeidung von erhöhtem Ressourcenverbrauch und Abfallaufkommen vor? Welche neuen Formen und Rahmenbedingungen der Erwerbsarbeit erlauben nach Ihrer Ansicht eine bessere Verteilung von Arbeit?*

SPD:

Bei der Reduzierung der Arbeitslosigkeit hat Hamburg große Erfolge vorzuweisen: Waren zu Beginn des Jahres 1998 noch fast 100.000 Menschen in Hamburg arbeitslos gemeldet, so sind es derzeit 71.340 (Berichtsmonat April 2001). Das ist der niedrigste Stand im Monat April seit 1993. Besonders erfreulich ist die Entwicklung bei der Gruppe der Langzeitarbeitslosen sowie bei den unter 25-jährigen. Bei der Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist im fünften Jahr in Folge ein Zuwachs zu verzeichnen.

Das Ziel für das Jahr 2001 heißt "65.000 minus X". Damit würden wir die Arbeitslosigkeit in dieser Legislaturperiode um ein Drittel reduziert haben. Ein Baustein dieses Erfolgs ist eine effiziente Arbeitsmarktpolitik. Hierfür werden jährlich über 230 Millionen DM aus Hamburger Haushaltsmitteln zur Verfügung gestellt. Dazu kommen die Mittel des Bundes -auch für das erfolgreiche "Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit" (JUMP)- sowie weitere Mittel der Bundesanstalt für Arbeit.

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat unter anderem mit parlamentarischen Initiativen konkrete Ziele formuliert (Drucksachen 16/727; 16/1853; 16/2006). Aktuell läuft das Leitprojekt "Arbeit für Hamburg" der Fraktion: Neben weiteren parlamentarischen Initiativen stehen hier Besuche vor Ort bei Trägern und Einrichtungen der

Arbeitsmarktpolitik sowie Fachveranstaltungen mit Expertinnen und Experten aus dem In- und Ausland. Am 10.04.2001 wurde mit rund 150 Gästen in fünf Arbeitsgruppen über "Innovationen in der Arbeitsmarktpolitik" diskutiert. Ebenfalls weit über 100 Gäste nahmen am 26.03.2001 an der Veranstaltung "Frau und Beruf" teil und berieten über die Situation von Frauen in Arbeit und Ausbildung mit besonderem Blick auf die Dienstleistungsmetropole Hamburg. Die Erkenntnisse aus diesem Leitprojekt wird die SPD wiederum in konkrete Initiativen umsetzen.

Durch die Ökosteuern wird der Energieverbrauch belastet; die Kosten der Arbeit dagegen werden gesenkt und damit Arbeitsplätze geschaffen. Mit dem "Einstieg in den Ausstieg" aus der Atomenergie, dem Ökosteuern-Konzept und der Förderung erneuerbarer Energien beschreiten wir den Weg in eine zukunftsverträgliche Energieversorgung.

GAL:

Der Industriestandort Hamburg wird in Zukunft stärker durch die Nutzung von Wissen und Ideen geprägt werden. Diese Entwicklung wollen wir durch die Förderung ökologischer Innovationen nutzen und verstärken. Wir unterstützen die Ökologie als Innovationsstrategie, die ressourcenschonende Produkte und Produktionsverfahren wirtschaftlich nutzt und existenzsichernde und gesunde Arbeitsplätze langfristig sichert. Markantes Beispiel dafür ist die von der Umweltbehörde geförderte Hamburger Initiative für Arbeit und Klimaschutz, die die Verbesserung des Wärmeschutzes an Gebäuden erreichen will. Hier greifen ökologisches Wirtschaften und die Schaffung entsprechender Arbeitsplätze gut ineinander.

Hinzu kommen muss eine Umverteilung von Arbeit, die die wachsende wirtschaftliche Produktivität in einen Gewinn für die Menschen umsetzt. Arbeitszeitverkürzung und mehr Zeitsouveränität für die Einzelnen bleiben zentrale Zielsetzungen, für die sichere soziale Rahmenbedingungen entwickelt werden müssen. Die Umsetzung des Modells der Wahlarbeitszeiten im Hamburger Öffentlichen Dienst nutzt zum Beispiel die Bereitschaft vieler Beschäftigter, Arbeit und Einkommen zu teilen, wenn die sozialen Rahmenbedingungen (zum Beispiel Rückkehrrecht) stimmen. Wir favorisieren nicht eine bestimmte Art der Arbeitszeitverkürzung. Ob

am Arbeitstag, der Arbeitswoche oder der Lebensarbeitszeit angesetzt wird, sollte möglichst frei wählbar sein und sich mit einer gerechten Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit zwischen den Geschlechtern verbinden.

CDU

Ein starker industrieller Kern ist für den Wirtschaftsstandort Hamburg unverzichtbar. Insbesondere der Schiffs- und Flugzeugbau sowie die Mineralölwirtschaft bilden industrielle Schwerpunkte. Um eine Stärkung des industriellen Sektors durch Neuansiedlungen und Investitionen zu erreichen, lehnen wir die geplante Ausweitung des Verbandsklagerechts für Naturschutzverbände ab. Ein moderner Wirtschaftsstandort, der im internationalen Wettbewerb mit anderen Standorten auf der Welt konkurriert, gerade wenn es um die Realisierung von Großprojekten geht, kann sich langwierige Verfahren nicht erlauben. Ziel muss es vielmehr sein, die ohnehin schon viel zu langen Planungsverfahren zu beschleunigen. Das Beispiel der DASA-Erweiterung zeigt, dass zeitliche Verzögerungen - ausgelöst durch Rechtsstreitigkeiten - das Gesamtprojekt gefährden können.

Wirtschaftswachstum und ökologische Nachhaltigkeit müssen nicht zwangsläufig im Widerspruch zueinander stehen. So haben sich beispielsweise in Deutschland das Wirtschaftswachstum und der Kohlendioxid-Ausstoß voneinander entkoppelt: Während die Wirtschaft gewachsen ist, ist der Kohlendioxid-Ausstoß zurückgegangen. Durch ökoefiziente Produkte und Verfahren besteht die Möglichkeit, wirtschaftliches Wachstum und die Reduzierung der Arbeitslosigkeit bei sinkendem Naturverbrauch zu erreichen.

REGENBOGEN:

Hinsichtlich der Würdigung der "Metropolregion Hamburg" mit dem 1. Preis im Wettbewerb "Regionen der Zukunft" äußern wir unsere deutliche Skepsis. Wer derart massiv gegen den Naturschutz wie im Falle der EADS-Werkserweiterung in Finkenwerder vorgeht, hat mit nachhaltigem Wirtschaften nichts im Sinn. In ihrer Existenz bedroht ist durch die Werkserweiterung gerade auch der regionale Obstanbau im Alten Land. Der Senat verfährt hier nach dem Motto: „Wir hauen den bäuerlichen

Betrieben erst die Beine weg, versorgen dann ihre blauen Flecke und nennen das schlußendlich nachhaltiges Wirtschaften“. Beim Thema Reduzierung der Erwerbslosigkeit springt neben der EADS-Erweiterung beispielsweise auch die weitere Elbvertiefung ins Auge. Nach unserer Überzeugung muss sich Hamburg gegen Industrieansiedlungen aussprechen, die jeder nachhaltigen ökologischen Entwicklung Hohn sprechen. Wir sind uns sicher, dass mittels Arbeitszeitverkürzung (auch bei Lohnausgleich) neue Dienstleistungsprojekte und die Ausweitung bestehender Arbeitsplätze forciert werden können.

Wir visieren an, dass wirtschaftliche Großprojekte, öffentliche Aufträge, Kredite und Subventionen zukünftig an klare politische Vorgaben geknüpft sein müssen, also an die Umweltverträglichkeit, Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen und Frauenförderung. Es ist gerade die Aufgabe des Hamburger Senats, gemeinsam mit anderen Kommunen, dafür zu sorgen, dass die großen Wirtschaftsunternehmen in ihre Umwelt- und gesellschaftspolitische Pflicht genommen werden.

10. *Zukunftsfähiges Wirtschaften und Landwirtschaften dient auch dazu, hochwertige, sozial und ökologisch verantwortbare **Produkte** herzustellen, die die Lebensqualität der **Verbraucher** und die Umwelt erhalten und fördern. Für die Beschaffungen der Behörden fordert das Hamburgische Abfallwirtschaftsgesetz den Kauf möglichst umweltverträglicher Produkte. Wie beurteilen Sie den Verbraucherschutz beziehungsweise die Qualitätssicherung von Produkten in Hamburg? Was halten Sie von einer eigenen Verbraucherschutzbehörde oder einem „Landesamt für Qualitätssicherung und Verbraucherschutz“? Unterstützen Sie die geplante Einrichtung einer „Entwicklungsagentur für Kulturlandschaften“, die eine nachhaltige Regionalentwicklung durch Marketing, Öffentlichkeitsarbeit sowie Flächen- und Quartiersmanagement anstrebt? Was halten Sie von einer jährlichen Berichtspflicht des Senats zur Nachhaltigkeit der behördlichen Beschaffungen?*

SPD:

Die BSE-Krise hat zu einer tiefen Verunsicherung der Verbraucherinnen und Verbraucher geführt und hat den Stellenwert des Verbraucherschutzes wieder in den Mittelpunkt gerückt. Im Zentrum der Verbraucherschutzpolitik muss ein hoher

Standard der Lebensmittelsicherheit stehen, mit dem die Gesundheit der Bevölkerung geschützt und gefördert wird. Die BSE-Erkrankungen von Rindern sowie die illegale Verfütterung von Antibiotika an Schweine haben aufgezeigt, dass in der Tierhaltung und in der Herstellung von Futtermitteln einiges im Argen liegt. Aber auch bei der Lebensmittelherstellung und -kennzeichnung wurden Defizite offensichtlich. Die Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht auf eine lückenlose Information bezüglich der Herstellung und Inhaltsstoffe der Lebensmittel. Die SPD hat eine Große Anfrage "Verbraucherschutz und BSE" gestellt, um Probleme zu benennen und Handlungsnotwendigkeiten aufzuzeigen. Hamburg hat die Bundesregierung aufgefordert, eindeutige bundesrechtliche Voraussetzungen für die öffentliche Nennung von Herstellern oder Inverkehrbringern falsch deklarierter Lebensmittel zu schaffen. Dafür könnte ein Verbraucherinformationsgesetz erlassen werden oder das Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz geändert werden. Ferner setzt sich der rot-grüne Senat für eine Verbesserung der Kennzeichnungspflicht von Bestandteilen ein, die in Lebensmitteln enthalten sind. Die SPD mißt dem Verbraucherschutz höchste Priorität zu. Die geplante Stärkung des Verbraucherschutzes durch interne Bündelung mehrerer Abteilungen innerhalb der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales unter einer Leitung ist sinnvoll und kann eine noch effizientere Arbeit möglich machen.

Maßgeblich für die Nachhaltigkeit des Beschaffungswesens ist nicht, dass man das Vergabeverfahren mit weiteren sogenannten „vergabefremden Kriterien“ überfrachtet, sondern dass der einzelne Verbraucher wie auch der Großabnehmer Staat in seiner Nachfrage ökologische Mindeststandards voraussetzt, die das Produkt oder die Leistung zu erfüllen hat. Diese Mindeststandards haben sich in den letzten Jahren stets erhöht. Eine jährliche Berichtspflicht des Senats zur Nachhaltigkeit der behördlichen Beschaffungen dagegen stellt nur eine interpretationsfähige Statistik mehr im Jahr dar.

GAL:

Der Verbraucherschutz und die Qualitätssicherung von Produkten sollen in Hamburg verbessert werden. Hierzu sind zum einen die behördlichen Zuständigkeiten für den

Verbraucherschlitze klar zu regeln und Kontrollen zu verbessern. Zum anderen setzen wir uns für eine Optimierung der Kennzeichnung von Produkten ein. Wir wollen eine stärkere Förderung des Verbraucherschutzes auch mit öffentlichen Mitteln. Die Realisierung weiterer Vorschläge kann vor dem Hintergrund der begrenzt verfügbaren Mittel zurzeit noch nicht bewertet werden.

CDU:

Die Falschdeklaration von Wurst- und Fleischwaren im Zusammenhang mit dem Auftreten von BSE in Deutschland und die unbemerkt gebliebene Einfuhr und Verarbeitung britischen Schweinefleisches haben erhebliche interne Struktur- und Kommunikationsdefizite in der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales offenbart. Daher tritt die CDU-Bürgerschaftsfraktion nachdrücklich dafür ein, die verteilten Zuständigkeiten für den Verbraucherschutz in einem neu zu schaffenden Amt für Verbraucherschutz zusammenzufassen. Um die unregierbare Mammutbehörde SAGS zu verkleinern, ist dieses neue Amt für Verbraucherschutz mit dem aus der BAGS herauszulösenden Amt für Gesundheit in die Umweltbehörde zu integrieren. Die Einrichtung einer "Entwicklungsagentur für Kulturlandschaften" befürworten wir grundsätzlich, da sie für die genannten Aufgabenstellungen sinnvoll sein kann. Eine endgültige Bewertung werden wir aber erst vornehmen, wenn konkrete Pläne vorliegen.

Da bei der Beschaffung bestimmte Richtlinien einzuhalten sind, sollte nur durch Stichproben deren Einhaltung geprüft werden. Ein umfassender Bericht sämtlicher Beschaffungsvorgänge der Freien und Hansestadt Hamburg würde einen Arbeits- und Zeitaufwand verursachen, der nicht im Verhältnis zum Nutzen stehen würde.

REGENBOGEN:

Auch REGENBOGEN spricht sich für eine Wende in der Landwirtschaft hin zur Produktion unbelasteter und gesunder Lebensmittel aus. Wir treten besonders ein für eine artgerechte Tierhaltung und ökologischen Landbau, was - gemessen an den heute auch im Hamburger Raum noch üblichen Verfahren - eine rigorose

Umgestaltung der Landwirtschaft zur Folge haben muss. Zusammen mit verschiedenen Umweltverbänden fordern wir, dass die ökologisch bewirtschaftete Fläche bis 2010 planmäßig auf 50 Prozent ausgeweitet wird.

Auch der VerbraucherInnenenschutz gehört nach unserer Auffassung ausgebaut. Damit KonsumentInnen entscheiden können, welche Produkte (Lebensmittel, Medikamente, Kosmetik) sie kaufen wollen, müssen sämtliche Inhaltsstoffe klar und eindeutig aufgeführt werden. Dafür sind die notwendigen gesetzlichen Vorschriften zu erlassen. Wichtig ist gleichzeitig, dass die unabhängigen VerbraucherInnen-schutzeinrichtungen gestärkt werden. Die Einsparpolitik gegenüber der Hamburger Verbraucherzentrale ist zurückzunehmen, eine Ausweitung der Kapazitäten anzustreben. Im Übrigen halten wir eine jährliche Berichtspflicht des Senats zur Nachhaltigkeit der behördlichen Beschaffungen für eine geeignete Forderung beziehungsweise positive Maßnahme.

Drei Jahre Initiative Arbeit und Klimaschutz in Hamburg



Umweltbehörde Hamburg -Initiative Arbeit und Klimaschutz (2001)⁵⁶

Hamburg hat sich auf den Weg gemacht

Hamburg hat sich im Klimaschutz vergleichsweise früh auf den Weg gemacht. Bereits 1990 hat der Hamburger Senat ein 24-Punkte-Programm unter dem Titel „Hamburgs Beitrag zur Verminderung der Klimagefahren“ beschlossen. Es enthält 24 Maßnahmen vom Ausbau der Fernwärme über die Energieeinsparung im öffentlichen Bereich, den Ausbau der regenerativen Energien, die Linearisierung der Tarife bis zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs. Zur Umsetzung dient ein jährliches 20-Millionen-Mark-Programm. Davon wird etwa die Hälfte für energiesparende Maßnahmen in den öffentlichen Gebäuden der Stadt und die andere Hälfte in Form von

Zuschüssen an private Investoren eingesetzt.

Auch auf rechtlicher Ebene hat Hamburg reagiert. 1992 wurde eine eigene Hamburger Wärmeschutzverordnung mit strengeren Anforderungen gegenüber der Bundes-Wärmeschutzverordnung erlassen. Im Jahr 1997 hat die Bürgerschaft das Hamburgische Klimaschutzgesetz beschlossen und damit als erstes Bundesland den Klimaschutz auf eine gesetzliche Grundlage gestellt. Das Klimaschutzgesetz gibt dem Senat auch die Möglichkeit, eigene Rechtsverordnungen zum Klimaschutz zu erlassen.

In Hamburg werden derzeit jährlich rund 14 Millionen Tonnen CO₂ emittiert, davon 30 Prozent von Haushalten und Kleinverbrauchern, sieben Prozent sind durch Industrie und Gewerbe verursacht, neun Prozent durch die Raffinerien, 32 Prozent durch den Verkehr inklusive der hier betankten Schiffe und Flugzeuge. Die Kraft- und Fernheizwerke sind für 22 Prozent der Hamburger CO₂-Emissionen verantwortlich. 8,6 Tonnen CO₂ sind es pro Einwohner. Damit liegen wir deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 11,3 Tonnen, aber: Zukunftsfähig sind weltweit pro Kopf maximal 2,3 Tonnen beim heutigen (!) Stand der Weltbevölkerung.

Und: Hamburg ist eine Metropole mit einer dynamisch wachsenden Wirtschaft. Seit 1988 hat die Einwohnerzahl um 100.000 zugenommen, 50.000 Wohnungen wurden gebaut, die beheizt und beleuchtet werden müssen. Die Geräteausstattung von Haushalten und Büros und die Wohnungsgröße je Bewohner haben zugenommen. Die Raffinerien, die in der Hamburger Energiebilanz eine wesentliche Rolle spielen, haben ihren Absatz seit 1990 um rund 40 Prozent gesteigert.

Mit neuen kooperativen Ansätzen wollen wir in Hamburg Klimapolitik gegen diese Trends machen. Wir tun das mit anderen Akteuren, die neben dem Klimaschutz auch andere Interessen im Blick haben. Diese anderen, zum Teil wirtschaftlichen Interessen, sind nicht unmoralisch oder zweitrangig, sondern sie erlauben es, eine „win-win-Situation“ zu schaffen, von der alle Partner profitieren. Ein gutes Beispiel ist die Initiative Arbeit und Klimaschutz.

⁵⁶ Mit der neuen Legislaturperiode 2001:
Behörde für Umwelt und Gesundheit

Die Initiative Arbeit und Klimaschutz

Arbeit ...

Die Hamburger Bauwirtschaft befindet sich in einer schwierigen Situation. Die Umsätze im Baugewerbe nahmen in den letzten Jahren ebenso ab wie die Zahl der Arbeitsstunden und der Beschäftigten. In dieser Situation ist die Schaffung und Sicherung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen eine vordringliche Aufgabe.

Der Ersatz von Energieverbrauch durch innovative Technik und menschliche Arbeit könnte ein Schlüssel zu neuer Beschäftigung sein. Dazu bieten sich Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen am Hamburger Gebäudebestand an, denn diese Maßnahmen sind erfahrungsgemäß besonders beschäftigungsintensiv für das Handwerk.

... und Klimaschutz

Der Endenergieverbrauch Hamburgs ist gegenüber 1987 um ca. acht Prozent gestiegen. Berücksichtigt man die gestiegene Einwohnerzahl, ist der Pro-Kopf-Verbrauch in etwa konstant geblieben. Zusätzliche Investitionen in den Wärmeschutz sind notwendig, um den Energieverbrauch und damit die energiebedingten CO₂-Emissionen deutlich zu senken. Ziel der Initiative ist die energetische Sanierung des Gebäudebestands. In diesem Bereich liegt ein außerordentlich großes Potenzial zur CO₂-Minderung, mehr als ein Drittel der CO₂-Emissionen entfallen auf den Sektor Raumwärme.

Etwa 85 Prozent der Hamburger Wohngebäude sind vor 1978, das heißt vor dem Erlass der ersten Wärmeschutzverordnung gebaut worden. Der überwiegende Teil dieser Gebäude hat auch heute noch keinen ausreichenden Wärmeschutz. Im Durchschnitt verbrauchen diese Wohngebäude etwa 220 kWh/(m²a). Durch Wärmeschutzmaßnahmen lässt sich dieser Wert auf etwa die Hälfte reduzieren. Dies dient zugleich dem Schutz vor globalen Klimaänderungen.

Ein breites Bündnis

Diese große und wichtige Aufgabe kann die Stadt aber nicht allein und aus eigener Kraft umsetzen.

Sie ist auf die Kooperation mit allen am Bau Beteiligten angewiesen. Dazu wurde 1998 auf Einladung des Hamburger Senats die Initiative Arbeit und Klimaschutz gegründet. Der Name ist Programm: Ziel dieses breiten Bündnisses ist es, die Weichen für die energetische Modernisierung des Hamburger Gebäudebestands zu stellen und Arbeit bei Handwerk und Planern zu schaffen. Mehr als 50 Verbände und Organisationen haben sich in der Initiative zusammengeschlossen und bringen ihre Interessen in die Initiative ein.

Aus Sicht von **Handwerk und Baugewerbe** spricht die Baukonjunktur dafür, in der energetischen Gebäudesanierung einen neuen Schwerpunkt zu setzen. Bei zurückgehender Neubautätigkeit gilt es, einen Einbruch zu vermeiden und Arbeitsplätze zu sichern. Die Sanierung und Modernisierung im Bestand verspricht neue Chancen, da diese Maßnahmen erfahrungsgemäß besonders beschäftigungsintensiv sind.

Für die **Architekten und Ingenieure** bietet das Bauen im Bestand ebenfalls ein erhebliches Beschäftigungspotenzial. Gleichzeitig ist damit die Verantwortung verbunden, durch die Berücksichtigung gestalterischer Ansätze bei der Modernisierung das Hamburger Stadtbild zu erhalten, beziehungsweise zu verbessern.

Die **Mieter** haben ein Interesse an modernisierten Wohnungen und sinkenden Heizkosten. Der schlechte wärmetechnische Zustand der Gebäude belastet nicht nur das Klima, sondern auch den Geldbeutel der Bewohner. Aus der Sicht der **Eigentümer** dienen die Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen dem Werterhalt ihrer Gebäude und sichern die langfristige Vermietbarkeit.

Hochschulen und Bildungseinrichtungen können durch ein spezifisches Weiterbildungsangebot für die Akteure am Bau zum Gelingen der Initiative beitragen. Dazu gehört auch der Wissenstransfer aus Forschung und Industrie in die Praxis.

Behörden und Umweltverbände verfolgen in erster Linie energiepolitische Ziele. Die Gebäudesanierung ist dabei einer der wichtigsten Faktoren für die hoch gesteckten Ziele Hamburgs im Klimaschutz.

Die Träger der Initiative

- Arbeitsgemeinschaft Hamburgischer Wohnungsunternehmen AHW
- Architektur Centrum der Gesellschaft für Architektur und Baukultur e.V.
- Architekten- und Ingenieur-Verein AIV
- Ausbildungszentrum Bau in Hamburg
- Bau-Innung Hamburg
- BUND Hamburg
- Bund Deutscher Architekten e.V.
- Bund Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure e.V.
- Dachdecker-Innung Hamburg
- Deutscher Gewerkschaftsbund
- Fachhochschule Hamburg FB Architektur
- Grundeigentümerverband Hamburg
- GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen
- Hamburg Messe und Congress GmbH
- Hamburger Facility Management AG
- Hamburger Gaswerke GmbH
- Hamburger Ingenieurkammer Bau
- Hamburger Klimaschutz-Fonds
- Hamburgische Architektenkammer
- Hamburgische Electricitätswerke AG
- Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt
- Handwerkskammer Hamburg
- Hochschule für bildende Künste
- Industriegewerkschaft Bau Agrar Umwelt
- Industrieverband Heizungs-, Klima- und Sanitärtechnik Hamburg e.V.
- Innung Sanitär Heizung Klempner
- Innung Holz und Kunststoff
- Institut Energie und Bau
- Johann-Daniel-Lawaetz-Stiftung
- Landesinnung der Elektrohandwerke
- Landesinnung des Glaserhandwerks
- Landesverband Freier Wohnungsunternehmen Hamburg
- Maler- und Lackierer-Innung Hamburg
- Mieter helfen Mietern
- Mieterverein zu Hamburg
- Norddeutscher Baugewerbeverband e.V.
- Ring Deutscher Makler Landesverband
- SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft
- Schornsteinfeger-Innung
- Staatliche Gewerbeschule Bautechnik
- Staatliche Gewerbeschule Holztechnik, Farbtechnik und Raumgestaltung
- Staatliche Gewerbeschule Installationstechnik
- STATTBAU Hamburg
- STEG Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft Hamburg
- TU Hamburg-Harburg Bauphysik und Werkstoffe im Bauwesen
- TU Hamburg-Harburg Heizungs- und Klimatechnik
- Umweltbehörde Hamburg
- VDI Arbeitskreis Bautechnik
- VDI Arbeitskreis Technische Gebäudeausrüstung
- VDI Arbeitskreis Umweltschutztechnik
- Verband Beratender Ingenieure
- Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen e.V.
- Verbraucherzentrale Hamburg
- Vereinigung der Prüfingenieure für Baustatik
- ZEBAU Zentrum für Energie, Bauen, Architektur und Umwelt GmbH
- Zentrum für Energie-, Wasser- und Umwelttechnik (ZEWU)

Die Kernidee der Initiative ist die **Schaffung zusätzlicher Investitionen** in den Wärmeschutz - **finanziert aus der zukünftigen Einsparung von Heizkosten**. Das ist nichts anderes als der Ersatz von Ressourcenverbrauch durch handwerkliche Arbeit und Ingenieurverstand.

Besondere Bedeutung erhält dabei das **Kopplungsprinzip**. Die Maßnahmen zur Energieeinsparung im Gebäudebestand allein sind oft nicht wirtschaftlich. Wenn diese jedoch mit ohnehin erforderlichen Instandhaltungen oder Modernisierungen gekoppelt werden, kann die Wirtschaftlichkeit in vielen Fällen erreicht werden. Das bedeutet zugleich, dass die Initiative langfristig angelegt sein muss, denn der Zeitpunkt der Energiesparmaßnahmen hängt von der Fälligkeit der ohnehin erforderlichen Maßnahmen ab.

Mehr als 700.000 Wohnungen in Hamburg sind nur unzureichend wärmedämmend. Der Wärmeverbrauch von derzeit durchschnittlich 220 kWh/m²a soll durch Wärmeschutz halbiert werden.

Die Handlungsfelder

Die Rahmenbedingungen müssen stimmen, um mehr Investitionen in die energetische Gebäudemodernisierung zu initiieren. Hemmnisse müssen abgebaut und positive Ansätze gefördert werden. Die wesentlichen Handlungsfelder der Initiative sind:

1. Motivieren und Interesse wecken
2. Informieren und Beraten
3. Weiterbilden und Qualifizieren
4. Finanzielle Anreize geben
5. Qualität sichern

1. Motivieren und Interesse wecken

Wärmeschutz wird von der Bevölkerung als sinnvoll und notwendig erachtet. Andererseits ist das öffentliche Interesse am Thema Wärmeschutz eher gering und entsprechend die Initiierung zusätzlicher Maßnahmen schwierig.

Die Initiative hat in Zusammenarbeit mit der Hamburger PR-Agentur FischerAppelt-Kommunikation eine nach Zielgruppen

differenzierte Informationskampagne entwickelt. Die Idee der Kampagne ist es, mit Themen und Aktionen rund um den Wärmeschutz die am Bau beteiligten Akteure sowie die breite Öffentlichkeit und die Medien für diesen Themenbereich zu sensibilisieren. Für die Printprodukte der Kampagne wurde eine Designlinie entwickelt, die die Verbraucher emotional anspricht.

Das Logo der Initiative wurde durch einen Wettbewerb ausgewählt, es hat einen starken Bezug zum offiziellen Hamburg-Logo und verdeutlicht damit auch das Engagement des Senats.

Verbraucherkampagne „Heizen, Wohlfühlen und Sparen“

Mit ihrer Aktion „Heizen, Wohlfühlen und Sparen – Haben Sie die richtige Einstellung?“ unterstützte die Initiative Arbeit und Klimaschutz pünktlich zum Beginn der Heizperiode im Oktober 1999 Mieter- und Vermieterorganisationen. Die Aktion schaffte es, mehr Sensibilität für ein gesundes Raumklima bei der Hamburger Bevölkerung zu schaffen. Konkrete Tipps zeigten, wie Heizkosten gespart, Feuchtigkeitsschäden und somit auch Gesundheitsrisiken vermieden werden können. Mieter und Vermieter wurden durch Pressearbeit und das aktuelle Informationsmaterial animiert, selbst einen aktiven Beitrag zum richtigen Heizen und Lüften und damit zum Energiesparen zu leisten. Die Aktion „Heizen, Wohlfühlen und Sparen“ umfasste verschiedene Bausteine:

- Eine Pressemitteilung mit Checkliste,
- Plakate an über 300 Standorten in Hamburg,
- ein verbraucherorientiertes Falblatt zum Thema Heizen und Lüften,
- einen praktischen Türhänger mit den zehn wichtigsten Tipps zum Heizen und Lüften sowie einem Thermometerstreifen, der die Raumtemperatur anzeigt (Die Falblätter und Türhänger wurden zusätzlich über Mietervereine und Wohnungsbaugesellschaften direkt an die Mieter verteilt),
- Kooperation mit Tageszeitungen.

Die Bilanz der Aktion: Über 130.000 Broschüren und 15.000 Türhänger wurden von Verbrauchern, Wohnungsbaugesellschaften, Immobiliengesellschaften, Mietervereinen und Behörden bei der Initiative bestellt.

Herbstkampagne „Heute schon gedämmt?“

Unter dem Motto „Heute schon gedämmt?“ startete die Initiative im Herbst 2000 eine öffentlichkeitswirksame Aktion mit dem Ziel, Investitionen in die Wärmedämmung zu fördern und über das Thema Wärmedämmung zu informieren. City-Light-Plakate an über 300 Standorten in der Stadt wiesen auf die Aktion hin. Über 50.000 Faltblätter zum Thema Wärmeschutz wurden versandt.

Klima-Express

Der Klima-Express ist ein Newsletter, der sich direkt an die am Bau beteiligten Akteure richtet: Die Wohnungswirtschaft, Immobilienbesitzer, Handwerk, Architekten und Ingenieure. Er erscheint zwei bis dreimal im Jahr und informiert die Verbände über Wärmeschutz-Themen und aktuelle Projekte der Initiative. Der Klima-Express wird speziellen Verbandszeitschriften beigelegt und über die Partner der Initiative verteilt.

Thermo-Ticker

Unter dem Titel „Thermo-Ticker“ gibt die Initiative Arbeit und Klimaschutz mehrmals jährlich einen Fachpressedienst heraus, der Fachzeitschriften und Verbandsmedien mit Nachrichten und Hintergrundberichten zum Thema Wärmeschutz versorgt. Außerdem informiert der „Thermo-Ticker“ die Träger der Initiative über alle aktuell anstehenden Aktionen der Initiative. Als zusätzlichen Service zu den redaktionellen Beiträgen bietet die Initiative interessierten Journalisten Pressefotos und Infografiken zu verschiedenen Wärmeschutz-Themen.

2. Informieren und Beraten

Die Partner der Initiative Arbeit und Klimaschutz bieten Mietern, Hausbesitzern und Investoren transparente Informationen und Beratung und geben so Anreize für den Wärmeschutz.

Die Initiative schafft ein vernetztes und optimiertes Informations- und Beratungsangebot für Eigentümer, Mieter, Handwerker, Architekten und Ingenieure. Zur Unterstützung des persönlichen Informations- und Beratungsangebots erstellt die Initiative verschiedene verbraucherorientierte Folder und Ratgeber-Broschüren, die Informationen für die

einzelnen Zielgruppen enthalten und in individuell zusammen gestellten Infomappen erhältlich sind.

Über ein speziell für Beratungszwecke eingerichtetes Umwelttelefon können die gewünschten Informationen bestellt und Fragen rund um das Thema Dämmen, Heizen, Lüften beantwortet werden.

Informationszentrum für Umwelt und Entsorgung

Das Informationszentrum für Umwelt und Entsorgung in der Hamburger Innenstadt ist für Verbraucher die Anlaufadresse in Sachen Wärmeschutz. Hier erhalten sie alle Informationsmaterialien der Initiative Arbeit und Klimaschutz. Darüber hinaus finden im Informationszentrum regelmäßig Beratungstermine für konkrete Wärmeschutz-Vorhaben statt, die sich zum Beispiel mit rechtlichen Empfehlungen oder mit der zeitlichen und finanziellen Planung bei der Durchführung von Wärmeschutzmaßnahmen beschäftigen. Zudem macht jedes Jahr im Herbst eine Wärmeschutzausstellung der Initiative Arbeit und Klimaschutz im Informationszentrum Station. Die Ausstellung zeigt, was Wärmeschutz ist und stellt konkrete Beispiele vor.

Wärme-Check - Energieberatung durch den Schornsteinfeger

Im Mai 1999 startete die Initiative Arbeit und Klimaschutz zusammen mit der Hamburger Schornsteinfeger-Innung die Aktion „Wärme-Check“ - ein Beratungsservice der Schornsteinfeger für Eigentümer eines Ein- oder Zweifamilienhauses.

Beim „Wärme-Check“ beurteilt der Schornsteinfeger den wärmetechnischen Zustand der Heizungsanlage und informiert über Heizungsmodernisierung, mögliche Wärmeschutzmaßnahmen an Gebäuden und Hamburger Fördermöglichkeiten.

Der Wärme-Check als Initialberatung kostet 77 Euro, davon wurden 52 Euro durch die Umweltbehörde übernommen. Es wurden über 1.000 Wärme-Checks durchgeführt.

Hamburger Wärmepass

Eine detaillierte energetische Analyse des Gebäudes bietet der Hamburger Wärmepass, den

über 40 lizenzierte Energieberatungs-, Architekten- und Ingenieurbüros erstellen. Alle Gebäudedaten, die den Wärmeenergiebedarf der Immobilie maßgeblich beeinflussen, werden ermittelt und in ein speziell für Hamburg entwickeltes Softwareprogramm eingespeist.

Ergebnis ist eine energetische Bestandsaufnahme des Gebäudes mit Sanierungsvorschlägen für die Außenwände, Kellerdecke und Fenster. Darüber hinaus gibt er eine Energieprognose für den zukünftigen Wärmebedarf und wie viel CO₂ durch Wärmeschutzmaßnahmen vermieden werden kann. Die fachliche Beratung durch das Wärmepass-Büro gehört natürlich dazu.

Finanziell betrachtet ist der Wärmepass aber auch Voraussetzung dafür, dass Besitzer von Gebäuden eine finanzielle Förderung im Rahmen der Hamburger Klimaschutzprogramme erhalten, wenn sie Wärmedämm-Maßnahmen durchführen. Seit Einführung des Wärmepasses wurden für etwa 3.300 Gebäude Wärmepässe erstellt.

Heizspiegel

Der Heizspiegel wurde vom Mieterverein zu Hamburg, einem Träger der Initiative, in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Mieterbund e.V. ins Leben gerufen. Ziel des Heizspiegels ist es, aus dem Gebäudebestand diejenigen Gebäude zu identifizieren, die überdurchschnittlich viel Energie für die Beheizung und Warmwasserbereitung verbrauchen.

Mit dem Heizspiegel gibt die Initiative sowohl Mietern als auch Eigentümern ein Instrument an die Hand, mit dem sie selbst den Heizenergieverbrauch und die Heizkosten ihres Gebäudes überprüfen und einschätzen können.

Die Umweltbehörde hat für die Jahre 1998 und 2000 Heizspiegel in Form von Faltblättern herausgegeben. Vom Mieterverein werden dazu Beratungen mit Kurzauswertungen angeboten.

ZEBAU

Hamburgs neues Zentrum für Energie, Bauen, Architektur und Umwelt, kurz ZEBAU, wurde im Mai 2001 eröffnet. Die ZEBAU GmbH soll die bisher in Hamburg verstreut angesiedelten Kompetenzen auf dem Gebiet des energiesparenden Bauens bündeln und den Wissenstransfer von den Hochschulen in die Praxis fördern. Ihr Ziel ist es, energieeffizientes

Bauen und Sanieren auf hohem technischen Niveau zu realisieren – und zwar mit gemeinsamen Projekten der anwendungsorientierten Wissenschaft und der Planungs- beziehungsweise Baupraxis. Die ZEBAU unterstützt im Auftrag der Umweltbehörde auch verschiedene Aktivitäten zur Förderung der Passivhaus-Technologie.

Internet

Eine weitere Informationsplattform der Initiative Arbeit und Klimaschutz ist der Internetauftritt www.arbeitundklimaschutz.de. Unter dem Motto „Wohlfühlen in Hamburg – durch Wärmeschutz“ findet der Nutzer alle wichtigen Informationen über die Arbeit der Initiative sowie Namen, Adressen und Telefonnummern der benötigten Ansprechpartner. Investoren und Planer können sich hier auch über rechtliche Grundlagen und Fördermöglichkeiten informieren. Die Dokumentation ausgeführter Projekte soll zur Nachahmung anregen.

Mietrecht

Die Erfahrung zeigt, dass aus energiesparenden Modernisierungsarbeiten sowohl für den Vermieter als auch für den Mieter attraktive Vorteile erwachsen: Werterhalt und Wertsteigerung der Gebäude sowie langfristig gute Vermietbarkeit auf der einen Seite, Erhöhung des Wohnkomforts und Senkung der Heizkosten auf der anderen Seite. Bei der Durchführung von Modernisierungsarbeiten und den daraus folgenden Mieterhöhungen herrscht jedoch nicht immer Konsens zwischen Mietern und Vermietern.

Im Rahmen der von der Initiative Arbeit und Klimaschutz herausgegebenen Broschüre „Mietrechtliche Fragen bei Modernisierungsarbeiten“ haben sich die Hamburger Mieter- und Vermieterverbände auf gemeinsame Empfehlungen verständigt. So können mögliche Konflikte schon zu einem frühen Zeitpunkt vermieden werden.

3. Weiterbilden und Qualifizieren

An die Qualität von Energiesparmaßnahmen werden heute hohe Anforderungen gestellt, die technischen Möglichkeiten entwickeln sich rasant, ökonomische und ökologische Aspekte werden immer wichtiger. Die Initiative Arbeit- und

Klimaschutz trägt mit ihrem Weiterbildungs- und Qualifizierungsprogramm dazu bei, diesen wachsenden Bedarf zu decken.

Impulsprogramm

Im Rahmen des Impulsprogramms gibt die Initiative Arbeit und Klimaschutz durch die Bündelung und Aufbereitung von Fachwissen konkrete Anregungen für energiesparendes Bauen. Die Veranstaltungen des Impulsprogramms bieten Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch und vermitteln praxisnah die entsprechenden Fachkenntnisse. Die Initiative entwickelt dieses Angebot in Kooperation mit Hamburger Bildungsträgern für Planer, Handwerker und Investoren.

Forum „Energiesparendes Bauen im Bestand“

Die Fachtagung „Energiesparendes Bauen im Bestand“, die im April 1999 im Architektur Centrum Hamburg stattfand, bot zahlreiche Fachbeiträge rund um die Modernisierung und Sanierung von Gebäuden unter Berücksichtigung von Energiesparmaßnahmen, Stadtbild und Qualitätssicherung.

Bundesweit anerkannte Experten wie Prof. Ernst-Ulrich von Weizsäcker und der Architekt Christoph Ingenhoven verschafften den Teilnehmern einen Überblick über das immer komplexer werdende Geschehen am Bau. Das Interesse an der Veranstaltung war groß - mehr als 600 Personen nahmen an dem Forum teil.

„Faktor 4“

Eine vielseitige Veranstaltungsreihe wurde im Rahmen des Hamburger Architektursommers unter dem Motto „Faktor 4: doppelter Wert – halbiertes Verbrauch“ durchgeführt. Zehn unterschiedliche Institutionen, von den Hochschulen bis zu den Energieversorgern beteiligten sich an dem Kooperationsprojekt. In Vorträgen und Exkursionen wurden ökologisch innovative Gebäude, Technologien und Planungsprozesse im Detail behandelt. Sehr unterschiedliche architektonische und stadtplanerische Konzepte zum zukunftsfähigen Bauen und Wohnen wurden vorgestellt.

Hamburger Architekturseminar

Mit dem Thema Umbau und energetische Modernisierung des Gebäudebestands beschäftigte sich das Hamburger Architekturseminar, das vom November 1999 bis Februar 2000 im Architektur Centrum Hamburg stattfand. Das Spektrum reichte von Einführungsveranstaltungen über Diskussionsabende bis hin zu speziellen Vertiefungsseminaren zu technischen und planerischen Fragen. Als Referenten konnten viele bundesweit bekannte Experten gewonnen werden. Das Hamburger Architekturseminar wurde 2000/2001 unter dem Titel „Architektur und Energie – Eine neue Kunst des Bauens“ mit weiteren Themenabenden, Praxisseminaren und Exkursionen fortgesetzt. Großes Interesse fand auch ein Fachseminar zur neuen Energieeinsparverordnung und deren Auswirkungen auf die Architektenplanung.

Ausbildungszentrum Bau

Die Initiative Arbeit und Klimaschutz unterstützt die Qualifizierungsmaßnahmen des Ausbildungszentrums Bau (AZB). Das AZB ist die überbetriebliche Ausbildungsstätte der beruflichen Erstausbildung und gleichzeitig Zentrum für Fortbildungsveranstaltungen in der Bauwirtschaft.

Durch die Kooperation mit der Initiative und dem Arbeitsamt Hamburg hat das Ausbildungszentrum den neuen Schwerpunkt „Wärmeschutztechnik und Wärmedämmverbundsysteme“ in Theorie und Praxis einrichten können. Als Beitrag zum Sofortprogramm der Bundesregierung gegen Jugendarbeitslosigkeit und mit den Fördermitteln der Initiative qualifizierte das Ausbildungszentrum 120 junge Bauhandwerker im Wärmeschutz. Der überwiegende Teil von ihnen hat so den Sprung in den „ersten“ Arbeitsmarkt geschafft.

4. Finanzielle Anreize geben

Die Aktivitäten der Initiative für mehr Wärmeschutz in Hamburg werden durch mehrere finanzielle Förderprogramme flankiert. Für die Jahre 1999 bis 2001 hat die Umweltbehörde dafür jährlich etwa vier Millionen Euro bereit gestellt.

Auf Betreiben der Initiative wurden zudem Förderrichtlinien und Anträge der Hamburger Klimaschutzprogramme zusammengefasst, gestrafft und kundenfreundlich gestaltet.

Klimaschutzprogramm „Wärmeschutz im Ein- und Zweifamilienhaus“

Im Bereich der „kleinen Wohngebäude“ mit bis zu vier Wohneinheiten werden durchgeführte Wärmeschutzmaßnahmen mit Zuschüssen in Form von Festbeträgen bezuschusst. Gefördert werden Maßnahmen zur Dämmung der Außenwände, Kellerdecke beziehungsweise Kellersohle, Dach beziehungsweise oberste Geschossdecke und der Einbau von Wärmeschutzfenstern. Das Programm wird im Auftrag der Umweltbehörde vom Zentrum für Energie, Wasser und Umwelttechnik der Handwerkskammer Hamburg abgewickelt.

Klimaschutzprogramm „Wärmeschutz im Mehrfamilienhaus“

Einen neuen Weg beschreitet die Initiative bei der Förderung der energetischen Modernisierung von Mehrfamilienhäusern ab fünf Wohnungen. Die Förderhöhe bemisst sich hier an der konkret erzielten Energieeinsparung: Gezahlt wird je kWh eingesparte Energie - und zwar um so mehr, je höher die Einsparquote und je besser der erzielte Energiekennwert des Gebäudes ist. Dieses Förderprogramm führt die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt im Auftrag der Umweltbehörde durch.

Klimaschutzprogramm „Qualitätssicherung für Niedrigenergiehäuser“

Dieses Förderprogramm hat das Ziel, bei der Errichtung von Niedrigenergiehäusern eine hohe Qualität von Bauplanung und -ausführung sicherzustellen. Nur so können nach den bisherigen Erfahrungen die gewünschten Energiekennwerte tatsächlich erzielt werden. Gefördert werden die eingehende Beratung von Investor und Planer, Luftdichtheitsmessungen, Auswertung und Dokumentation.

Klimaschutzprogramm „Heizung + Solar“

Eine moderne Heizung sollte heute mit Solarenergie kombiniert sein. Um diesen Markt weiter zu entwickeln, werden in Hamburg thermische Solaranlagen und deren Kombination mit Energie sparenden Heizkesseln gefördert. Die Förderung richtet sich direkt an die installierenden Fachbetriebe, so können die Investoren zusätzlich die Förderung des Bundes in Anspruch nehmen. Das Förderprogramm wird vom Initiativpartner

Innung Sanitär Heizung Klempner im Auftrag der Umweltbehörde Hamburg betreut.

5. Qualität sichern

„Bauen mit Qualität“ bedeutet für die Initiative nicht nur die korrekte Einhaltung technischer Normen und Regeln, sondern bezieht sich auch auf den Planungsablauf, die verwendeten Produkte bis hin zur Architektur- und Stadtbildqualität bei Neubau und Bestand.

Wärmeschutz mit Qualität

An fünf Mehrfamilienhäusern wurde im Rahmen des Pilotprojekts „Wärmeschutz mit Qualität“ ein Verfahren entwickelt, das die Güte in der Planung und Ausführung von energetischen Sanierungsmaßnahmen erhöhen soll. Es basiert auf der begleitenden Qualitätsberatung durch einen unabhängigen Fachmann.

Die Erfahrungen aus dem Pilotprojekt flossen in einen „Leitfaden“ ein, der alle Stufen des Planungs- und Bauprozesses umfasst und als praktische Arbeitshilfe für den Qualitätsberater zum Beispiel Beurteilungskriterien und Checklisten enthält. Der Leitfaden wurde in Form einer CD-ROM veröffentlicht.

Qualitätssicherung im Niedrigenergiehaus

Bei der Errichtung von Gebäuden mit geringen rechnerischen Energiekennwerten wie etwa beim Niedrigenergiehaus, hat die Qualität der Bauplanung und -ausführung einen hohen Einfluss auf die tatsächlich erzielten Ergebnisse. Schon zu einem frühen Planungszeitraum muss das energetische Konzept in die Gestaltung des Baukörpers einfließen.

Durch integrale Planung können auch energetisch anspruchsvolle Konzepte umgesetzt werden, ohne die spezifischen Kosten in die Höhe zu treiben. Die Beratung von Investoren und Planern durch erfahrene Qualitätsberater und die Durchführung von Luftdichtheitsmessungen sowie Auswertung und Dokumentation werden finanziell unterstützt.

Architektur-Preis

Wenn Wärmeschutzmaßnahmen im großen Stil durchgeführt werden, dann hat das Auswirkungen auf das Erscheinungsbild der Stadt. Deshalb hat die Initiative im Juni 2001 erstmals den

Architektur-Preis der Hansestadt Hamburg vergeben.

Sanierung des Gebäudebestands in Hamburg zu erreichen.

Mit dem Preis „Energetische Modernisierung im Wohnungsbestand -Zweite Chance für Architektur und Stadtbild“ wurden Objekte in Hamburg ausgezeichnet, die in vorbildlicher Weise die technische Aufgabe der Energieeinsparung mit einer ästhetisch-architektonischen Gestaltung verbinden.

Die Bilanz nach drei Jahren

Die Initiative Arbeit und Klimaschutz hat einen deutlichen Schub für die energetische Gebäudesanierung bewirkt. Einige der Erfolge lassen sich in Zahlenwerten erfassen, andere nicht:

Bei mehr als 2.400 Gebäuden mit etwa 10.000 Wohnungen wurden Wärmeschutzmaßnahmen mit Fördermitteln der Umweltbehörde durchgeführt. Das führt zu einer Minderung des jährlichen Energiebedarfs in Hamburg von über 50 Millionen kWh. Etwa 75 Millionen Euro Investitionsmittel flossen durch diese Maßnahmen in die energetische Modernisierung des Hamburger Gebäudebestands ein. Darüber hinaus wurden nach Schätzungen weitere 10.000 Wohnungen mit Unterstützung des Modernisierungsprogramms der Baubehörde oder ohne öffentliche Förderung energetisch modernisiert.

Mehr als 1.000 Wärme-Checks wurden durchgeführt und mehr als 3.300 Wärmepässe ausgestellt. Die Veranstaltungen des Impulsprogramms wurden von etwa 2.500 Teilnehmern insgesamt besucht.

Die Zahlenwerte können aber nur einen Teil des Nutzens widerspiegeln, den die Aktivitäten der Initiative initiiert haben. In all den modernisierten Häusern ist die Wohnqualität gestiegen und der Gebäudewert ebenfalls. Der effiziente Umgang mit Energie sichert niedrige Betriebskosten für die Mieter und eine hohe Vermietbarkeit für die Immobilienbesitzer. Schließlich haben die ausgelösten Investitionen in nicht unbeträchtlichem Maß Arbeitsplätze geschaffen und gesichert.

Das Ergebnis zeigt aber auch, dass noch ein langes Stück Weg vor uns liegt, um das hochgesteckte und langfristig angelegte Ziel der energetischen

„Unternehmen für Ressourcenschutz – Das ist die Zukunft“

Meilenstein in Hamburgs Umweltpolitik

Behörde für Umwelt und Gesundheit, Pressemitteilung vom 28.02.02

Start eines ehrgeizigen Programms für Hamburgs Umwelt und Betriebe

„Unternehmen für Ressourcenschutz - Das ist die Zukunft“ ist ein neues Förderprogramm, das die Hamburger Behörde für Umwelt und Gesundheit jetzt gemeinsam mit der Handelskammer Hamburg, der Handwerkskammer Hamburg und dem **INDUSTRIEVERBAND HAMBURG** startet.

Im Rahmen der Auftaktpressekonferenz in der Speicherstadt stellte Senator Rehaag erstmals das Programm vor, zusammen mit den Partnern aus der Wirtschaft, Prof. Dr. Schmidt-Trenz, Hauptgeschäftsführer der Handelskammer, Dr. Hogeforster, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer, Dr. Marnette, Vorsitzender des Industrieverbands Hamburg und Dr. Mader, Werkleiter eines geförderten Unternehmens (National Starch & Chemical).

Senator Rehaag: „Wir unterstützen effizientes und nachhaltiges Wirtschaften, das weniger Ressourcen verbraucht und die Umwelt weniger belastet. Das stärkt sowohl die Unternehmen als auch die Lebensqualität in unserer Stadt. Damit stärken wir unsere Position als attraktiver Wirtschaftsstandort. Hierfür stellt meine Behörde nicht nur Fördergelder zur Verfügung, sondern auch unser Wissen und unsere Erfahrungen im

Umweltschutz. So orientieren wir uns am Kunden und verstehen uns als Helfer der Betriebe.“

Mit dem neuen Programm werden Umweltschutzinvestitionen in Produktions- und Dienstleistungsunternehmen und Handwerksbetrieben gefördert. Die Behörde für Umwelt und Gesundheit stellt in diesem Jahr dafür fast 800.000 Euro zur Verfügung. Erreicht werden soll damit ein ganzes Bündel von Umweltschutzmaßnahmen: Die Reduzierung der CO₂-Emissionen und anderer klimarelevanter Stoffe, der effizientere Einsatz von Energie, Wasser und Rohstoffen und eine Stärkung des vorsorgenden Umweltschutzes.

Die Betriebe setzen dann auf freiwilliger Basis Maßnahmen zum Erkennen und Ausschöpfen vorhandener Einsparpotenziale um. Damit soll dokumentiert werden, dass Investitionen in den Umweltschutz viel häufiger als vermutet auch betriebswirtschaftlich interessant sind. Diese gemeinsamen Vorteile für das Unternehmen und die Umwelt werden an Hand von erfolgreichen Beispielen herausgearbeitet und untereinander kommuniziert.

Im Rahmen des Programms „Unternehmen für Ressourcenschutz - Das ist die Zukunft“ wird den speziellen Belangen der teilnehmenden Unternehmen so weit wie möglich Rechnung getragen. Das Angebot reicht von individuellen Beratungen und Betriebschecks vor Ort über die Vermittlung externen Fachwissens, die finanzielle Förderung von Maßnahmen, die Bereitstellung von Infomaterial und Checklisten bis hin zu branchen- und technikbezogenen Standardprogrammen.

Die Kooperationspartner aus Wirtschaft und Behörde sehen den Programmstart als Meilenstein für den Beginn eines weiterführenden Dialoges zwischen Wirtschaft und Politik, um eine Umweltvereinbarung zu erarbeiten, in der gemeinsame Ziele für eine ressourcenschonende und nachhaltige Wirtschaft festgeschrieben werden.

Senator Rehaag: „Ich freue mich sehr über die zahlreichen Teilnehmer dieser wichtigen Auftaktveranstaltung und bin zuversichtlich, dass wir gemeinsam viel erreichen können.“

Green Shipping Hamburg

Ermäßigung von Hafengebühren für umweltfreundliche Schiffe

www.green-shipping-hamburg.de (28.07.01)

Schiffsabwässer, Abfälle, Luftschadstoffe, TBT-haltige Anti-Fouling-Mittel, sie alle können bereits heute weitgehend reduziert oder vermieden werden. Das ist technisch kein Problem mehr. Warum werden umweltfreundliche Technologien dennoch zu wenig eingesetzt? Weil sie im Wettbewerb oft als Kostenfaktor angesehen werden.

Ökonomische Anreizsysteme, als umweltpolitisches Instrument im internationalen Seeverkehr standen im Mittelpunkt der GREEN SHIPPING-Konferenz, die im Februar 2000 in Hamburg stattfand. Darauf aufbauend bereitet die Umweltbehörde gegenwärtig ein Pilotprojekt für den Hamburger Hafen vor und kooperiert mit anderen deutschen Häfen bei der Entwicklung umweltorientierter Differenzierungen der Hafengebühren.

Das Energiesparprojekt "fifty/fifty"

Vom Modellversuch zum Dauerprojekt

www.hamburger-bildungsserver.de

Ein Ergebnis des „Aktionsprogrammes Hamburger Behörden zur kommunalen Agenda 21“ war der Modellversuch "fifty/fifty" an Hamburger Schulen. Ziel des Modellversuchs war es einerseits, der „lernenden Generation“ einen bewussten Umgang mit den Ressourcen zu vermitteln; andererseits sollte dadurch auch der Heizenergie-, der Elektroenergie- und der Wasserverbrauch in den Hamburger Schulen gesenkt und damit ein Beitrag zur Klima- und Haushaltsentlastung geleistet werden.

Das Besondere dieses Modellversuches: Die Einsparungen beim Energie- und Wasserverbrauch sollen durch Verhaltensänderungen erzielt werden. Um die Schüler, Lehrer und Hausmeister zu einem sparsamen Umgang mit Energie und Wasser zu motivieren, wurde ein finanzielles Anreizsystem geschaffen. Die Hälfte der eingesparten Betriebskosten für Energie und Wasser wurden den Schulen als Prämie im Rahmen des Selbstbewirtschaftungsfonds für „Lehr- und Lernmittel und andere schulbezogene Ausgaben“ zur freien Verfügung gestellt.

Das Konzept

Eine zentrale Aufgabe im Projekt „fifty/fifty“ ist es, die verhaltensbedingten Einsparungen zu

quantifizieren. Dafür werden für jede einzelne Schule sogenannte Bemessungsgrößen für Elektroenergie, Heizenergie und Wasser gebildet. Sie ergeben sich aus den arithmetischen Mittelwerten der letzten (drei) Jahresverbräuche vor dem Projektstart. Für in diesem Zeitraum und während des Projektes an den Schulen durchgeführten technischen und baulichen Veränderungen, die den Energie- und Wasserverbrauch - unabhängig vom Nutzerverhalten - nennenswert beeinflussen, werden sogenannte Korrekturwerte gebildet und in die Bemessungsgrößen eingerechnet. Neben den baulichen und technischen Veränderungen werden auch die Veränderung der Schüler - beziehungsweise Klassenzahlen erfaßt, quantifiziert und durch Korrekturwerte in den Bemessungsgrößen berücksichtigt.

Das Konzept „fifty/fifty“ wurde von der Umweltbehörde Hamburg entwickelt und in enger Zusammenarbeit mit der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung (BSJB) an Schulen umgesetzt. Die technische Projektbetreuung, das heißt die Ermittlung der Ausgangsverbräuche, die Berechnung der Korrekturwerte, die Ermittlung der eingesparten Energie- und Wassermengen sowie die Berechnung der Prämie, wurde von der Umweltbehörde durchgeführt. Die Projektumsetzung lag in den Händen der schulischen Energiesparteams. Die BSJB übernahm dazu die verwaltungstechnische Betreuung und bot den Schulen eine fachliche und pädagogische Unterstützung durch die Umweltberatungslehrer.

Die Ergebnisse

Der auf drei Jahre angesetzte Modellversuch „fifty/fifty“ wurde im Oktober 1994 mit zunächst 24 von der BSJB ausgewählten Schulen aller Schulformen gestartet und im Juli 1995 auf 40 Schulen ausgeweitet.

Über die Laufzeit des Modellversuches (1994-1997) betragen die Energie- und Wasserkosten der beteiligten 40 Schulen rund 11,7 Millionen Euro. 92 Prozent dieser Kosten entfielen auf den Energiebereich, acht Prozent auf den Bereich Wasser. Der aus den Energieverbräuchen resultierende Kohlendioxid-Ausstoß (CO₂) betrug rund 62.000 Tonnen.

Die 40 beteiligten Schulen konnten im Modellversuch "fifty/fifty" zusammen 20.743

MWh (9,4 Prozent) Heizenergie, das entspricht einem Jahresverbrauch von etwa 2.000 Haushalten und rund 2,69 Millionen kWh (8,9 Prozent) Elektroenergie, das entspricht einem Jahresverbrauch von ca. 1.000 Haushalten, einsparen. Überdies verbrauchten die Schulen rund 31.000 m³ weniger Wasser (11,8 Prozent). Damit könnten ein Jahr lang etwa 340 Haushalte versorgt werden. Die Energie- und Wasserkosten konnten insgesamt um acht Prozent gesenkt werden. Das entspricht einer Kosteneinsparung von knapp 1 Millionen Euro Für den umweltbewussten Umgang mit Energie und Wasser wurden an die teilnehmenden Schulen Prämien in Höhe von rund 478.000 Euro ausbezahlt. Pro Schule waren das im Schnitt rund 12.000 Euro.

Einzelne Schulen konnten ihre Energie- und Wasserkosten um bis zu 22 Prozent senken. Die Energieverbräuche wurden um bis zu 30 Prozent reduziert. Die absoluten Kosteneinsparungen der Schulen betragen zwischen 3.600 Euro und 69.000 Euro. Die Erfahrungen des Modellversuches zeigen, dass einige von Hamburgs „fifty/fifty“-Schulen schon heute in der Lage sind, die CO₂-Emissionen um die bis zum Jahr 2005 geforderten 25 Prozent zu senken.

Insgesamt konnten die CO₂-Emissionen durch die sparsame Energieverwendung der Schüler, Lehrer und Hausmeister um 5.762 Tonnen reduziert werden. Das ist eine Verringerung um 9,2 Prozent.

Vom Modellversuch zum Dauerprojekt

Seit Januar 1997 ist aus dem Modellversuch ein Dauerprojekt geworden. Im Rahmen der Neuordnung der äußeren Schulverwaltung hat die Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung das „Energiesparprojekt fifty/fifty“ um den Bereich Abfall erweitert und auf alle 430 Hamburger Schulen ausgeweitet. Damit haben alle Hamburger Schulen die Möglichkeit, mit der Senkung ihres Energie- und Wasserverbrauchs sowie der Abfall- und Restmüllreduktion Einnahmen auf ihrem „Schulkonto“ zu erzielen.

Im ersten kompletten Jahr des „Dauerprojektes fifty/fifty“, dem Schuljahr 1997/98, haben sich rund 80 Prozent (407) der Hamburger Schulstandorte an dem Projekt beteiligt und vom

„fifty/fifty-Team“ eine Abrechnung erhalten. Die Bilanz: 7.000 Tonnen (sechs Prozent) weniger CO₂ und um 2,4 Millionen DM (sieben Prozent) verringerte Energie-, Wasser- und Abfallkosten. Die Schulen erhielten dafür rund 614.000 Euro als Prämien.

Das „Energiesparprojekt fifty/fifty“ hat damit nachweislich die Energieeffizienz der Hamburger Schulen gesteigert. Bei gleichem „output“ schulischer Leistungen - es hat ja nicht weniger Unterricht stattgefunden - konnte der „input“ an Ressourcen reduziert werden.

„fifty/fifty“ - nicht nur für Schulen

Prinzipiell ist die Durchführung eines nutzerorientierten Energie- und Wassersparprojektes für jede Dienststelle der Freien und Hansestadt möglich. Die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für die Beteiligung der Dienststellen an den von ihnen eingesparten Energie- und Wasserkosten sind im Haushaltsplan 1999 unter Artikel 4 Nr. 10 geschaffen worden. Mit Zustimmung der für die Finanzen zuständigen Behörde können 50 Prozent der im Bereich der „Bewirtschaftung von Grundstücken, Gebäuden und Räumen“ eingesparten Mittel auf andere Hauptgruppen des Einzelplanes übertragen werden.

Das Fazit

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat mit der Förderung von verhaltensbedingten Einsparungen ihre Bemühungen um Energie- und Wassereinsparungen in öffentlichen Gebäuden neben den bereits praktizierten technischen und baulichen Maßnahmen sowie der Betriebs- und Verbrauchsüberwachung in allen öffentlichen Gebäuden auf ein drittes Standbein gestellt. Am Ende des Modellversuches „fifty/fifty“ steht die Erkenntnis, dass das verhaltensbedingte Einsparpotenzial an den Hamburger Schulen in den Bereichen Energie und Wasser rund zehn Prozent beträgt. Verhaltensbedingte Einsparaktivitäten allein sind für die Entlastung des Klimas und der angespannten öffentlichen Haushaltskassen nicht ausreichend. In Kombination mit technischen und baulichen Maßnahmen bilden sie jedoch ein wichtiges Standbein, das mit seinem Einsparpotenzial erheblich zur Klima- und Haushaltsentlastung beitragen kann.

Kupfer, Cluster, Kommunikation

Nachhaltige Metallwirtschaft am Beispiel der Wirtschaftsregion Hamburg

www.nachhaltige-metallwirtschaft.de

„Wir exportieren 40 Prozent der Produktion!“ Wilfried Zschalich, langjähriger Geschäftsführer der Herose Werke in Bad Oldesloe, zeigt die gerade erst handschriftlich addierten Zahlen. Als er 1996 Firmeninhaber geworden war, hatte er der einstigen Metallgießerei neue Vorgaben gemacht. Wurden in der Vergangenheit Armaturen vornehmlich aus Bronze für den allgemeinen Industriebedarf, den Schiffbau und die Haustechnik in Deutschland gefertigt, sind es heute Sicherheitsventile für Gase, Dämpfe und Flüssigkeiten, die Drucküberschreitungen zum Beispiel in Dampfkesseln absichern, Armaturen, die als Regler auf Flaschen mit tiefkalten flüssigen Druckgasen wie Sauerstoff, Stickstoff, Argon und Krypton aufgeschraubt werden oder Hochdruckventile aus Chromstahl und Edelstahl für Drücke bis zu 630 bar, die ins Ausland verkauft werden.

„Die Tieftemperaturtechnik begann mit der Anfrage eines Kunden. Wir haben geforscht und entwickelt“, erzählt Wilfried Zschalich, „und heute haben wir Vertretungen in den USA, Südamerika, Australien, Südafrika und in Asien.“ – „Was aber wäre, wenn unternehmerischer Stolz und Erfolg nicht mehr darin läge, 40.000 Ventile von

Deutschland nach Übersee und ähnliche Stückzahlen aus Übersee nach Deutschland zu schaffen?“, fragt Dirk Jepsen vom Hamburger Institut für Ökologie und Politik. „Der Markt für Tieftemperaturventile ist ein globaler Spezialmarkt, der von wenigen Firmen beschickt wird. Aus ökologischer Perspektive ist das Hin- und Hergeschiffe leider das Hauptproblem solcher Produkte.“

Was wäre, wenn das Technologieunternehmen statt dessen sein Know-how und die Möglichkeiten seiner aufwendigen Prüftechnik verkaufte? Was wäre, wenn Armaturen und Ventile dann in Lizenz zum Beispiel in Japan hergestellt würden? Würden Menschen dort mit der gleichen Akribie fertigen und prüfen wie die Herose-Mitarbeiter, die ein angenehmes Unternehmensumfeld, zu dem auch die Nähe von Produktion und Entwicklung gehört, motiviert? Wie lassen sich ökonomischer Erfolg, die Sicherung der hiesigen Arbeitsplätze und kundennahe Fertigung in Einklang bringen?

Zurückfragen statt Vorhersagen

Die Frage „Was wäre, wenn“ gehört zum Handwerkszeug der Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, die sich zusammengeschlossen haben, um der Metallwirtschaft in der Region Hamburg einen Anstoß in Richtung Nachhaltigkeit zu geben. Aus vier Instituten, die zum Teil selbst interdisziplinär arbeiten, kommen sie im Spannungsfeld zwischen Theorie und Praxis zusammen. Das Bemühen der einen ist erkenntnisorientiert. Sie malen ein Szenario, um von einem Ziel in der Zukunft in Richtung Gegenwart zu kommen. „Was muss wann geschehen, damit das Ziel erreicht wird?“

In einer differenzierten Qualitätsproduktion kommen der Qualifikation und Motivation der Menschen besondere Bedeutung zu. Methodisch werden nicht alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit gleichzeitig angegangen. In Formen institutionalisierten Aushandelns wird festgelegt, warum Dimensionen zunächst nachrangig behandelt und wann sie nachgezogen werden. In der regionalen Perspektive allerdings erscheinen die sozialen Bezüge, insbesondere die kommunikativen Bezüge, als entscheidend. Im Gegensatz zum klassischen Branchenansatz werden Unternehmenscluster betrachtet. Information und Kommunikation in regionalen

Innovationsnetzen werden untersucht, die Aufnahme von Vertrauensbeziehungen anzuregen versucht.

Effizienzgewinnung durch Kooperation bei der Optimierung von Stoffströmen in der Region Hamburg

Die Austauschbeziehungen zwischen Gesellschaft und Natur sind in die Krise geraten. Das gilt sowohl für die Aufnahmekapazität von Abfällen als auch für den Vorrat an Ressourcen. Inzwischen werden schon Kupferlagerstätten ausgebeutet, deren Konzentration unter zwei Prozent liegt. Ein Umbau unseres Wirtschaftens in Richtung Nachhaltigkeit ist dringend nötig, gelingt aber, so die These, weder durch eine verbesserte Abfall-, noch durch reine Ressourcenwirtschaft. Betrachtet werden daher nicht die Schnittstellen zwischen Natur und Technosphäre, sondern der Umgang mit Stoffen in der Technosphäre selbst. Ziel ist eine nachhaltigkeitsorientierte Optimierung von Stoffströmen. Der Blick gilt daher nicht der Abfallvermeidung, sondern einer ökologischen wie ökonomischen Modernisierung von Produkten und Prozessen, und zwar bei Kupfer, Eisen und Stahl (inklusive Nickel und Chrom).

Nachhaltige Entwicklung des Sozialen

Metallerzeugende und verarbeitende Betriebe zählen häufig zu den „Global Players“. Arbeitsplatzabbau in den Ländern mit hohem Lohnniveau wie Lohn- und Umweltdumping in den Ländern des Südens können Folgen einer an kurzfristiger Gewinnmaximierung orientierten Geschäftspolitik sein. Für das Projekt rücken weitere soziale Aspekte ins Blickfeld, wenn statt Ressourcenmanagement Modernisierung angestrebt wird. In einer differenzierten Qualitätsproduktion kommen der Qualifikation und Motivation der Menschen besondere Bedeutung zu. Methodisch werden nicht alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit gleichzeitig angegangen. In Formen institutionalisierten Aushandelns wird festgelegt, warum Dimensionen zunächst nachrangig behandelt und wann sie nachgezogen werden. In der regionalen Perspektive allerdings erscheinen die sozialen Bezüge, insbesondere die kommunikativen

Bezüge, als entscheidend. Im Gegensatz zum klassischen Branchenansatz werden Unternehmenscluster betrachtet. Information und Kommunikation in regionalen Innovationsnetzen werden untersucht, die Aufnahme von Vertrauensbeziehungen anzuregen versucht.

Zwei Vorgehensweisen

Das Forschungsprojekt versucht, aus dem Spannungsverhältnis zwischen Theorie und Praxis Impulse zu ziehen. Ein Schwerpunkt liegt daher in der **erkenntnisorientierten theoretischen Betrachtung**. Dabei geht es vor allem um die Entwicklung von Kriterien zur Bewertung von Innovationen. Der zweite Schwerpunkt umfasst die **Umsetzung praxisorientierter Projekte**, zum Beispiel im Bereich der Metallnebenstoffströme, bei der Optimierung des Metallrecyclings und bei nachhaltigkeitsorientierten Produktstrategien. Zur Beurteilung wird als Werkzeug die Stoffstrommodellierung in „Umberto“ eingesetzt.

Grundsätzliche Perspektive

Ziel ist nicht die Durchsetzung von Innovationen, sondern die Verbesserung der Innovationsfähigkeit von Unternehmen wie auch der Gesellschaft insgesamt. Die Integration der drei Zielperspektiven der Nachhaltigkeit verlangt nicht nur eine Aufgabe der Branchenorientierung, sondern auch eine transdisziplinäre Zusammenarbeit der Wissenschaftler. Vier Institutionen arbeiten zusammen, die jeweils verschiedene Disziplinen vereinen.

Kommunale Entwicklungs- zusammenarbeit am Beispiel León

Direkt, belastbar, ausbaufähig

Umweltbehörde Hamburg und Zukunftsrat Hamburg

Nach dem Hurrikan Mitch steht León für viele Befürchtungen: Klimakatastrophen, Entwaldung, Epidemien, Erosion und eine Vielzahl hinterlassener ökologischer Rucksäcke sowie Hypotheken auf Natur und Zukunft. León steht aber auch für erfolgreiche kommunale Entwicklungszusammenarbeit und Solidarität. Die Bedeutung der Partnerschaft Hamburg-León ist nicht nur durch die dringend benötigten, materiellen Hilfen begründet, sondern auch durch die emotionalen Bindungen aus persönlichen Kontakten und gemeinsamen überschaubaren Projekten. Sie schaffen Vertrauen und Betroffenheit in guten Zeiten – für Krisenzeiten.

Zehn Jahre Partnerschaft

Das „Hamburger Modell“ der Entwicklungszusammenarbeit erwuchs vor 15 Jahren aus einer breiten Solidaritätsbewegung. Vor zehn Jahren, am 10. Mai 1989, haben die Bürgermeister von Hamburg und León die Partnerschaftserklärung feierlich unterzeichnet. Ihr Geist: „(...) Beide Städte wollen (...) diese Zusammenarbeit auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung, Gleichberechtigung und des wechselseitigen Nutzens (...) verwirklichen.“

Die Kooperation zwischen den Basisinitiativen und den kommunalen Einrichtungen haben sich wider Erwarten gegenseitig gut ergänzt. In León selbst sind bisher schon zahlreiche Projekte von Senat und Alcaida als auch von und mit den Zivilgesellschaften durchgeführt worden. Darunter waren soziale Wohnungsbauprojekte, Wiederaufforstungen sowie Unterstützungen für die Müllabfuhr, das Krankenhaus, die Feuerwehr und die Kindergärten. Viele öffentliche Bedienstete Hamburgs spenden die „Restpfennige“ ihres Gehalts für Hilfsprojekte in León.

Hilfe, wo sie am nötigsten ist...

Die Umweltbehörde hat direkte Kontakte zur Stadt- und Umweltverwaltung in León aufgebaut. Beim Besuch von Fachleuten aus der Umweltbehörde in León wurden jetzt konkrete Umwelt- und Entwicklungsprojekte definiert. Dabei sind insbesondere Projekte ausgewählt worden, die nach dem Hurrikan Mitch noch dringender geworden sind.

Mülldeponie

Leóns Deponie, die durch den Hurrikan Mitch zum Teil abgerutscht ist, verteilte ihren Müll über sechs Hektar. In der bevorstehenden Regenzeit droht das weitere Abrutschen. Vorrangig soll hier die Standfestigkeit der Deponie erreicht werden. Eine Entscheidungsmatrix für die Abwägung, den Weiterbetrieb oder die Wahl neuer Deponiestandorte zu favorisieren, soll León bereitgestellt werden. Seuchenhygienisch äußerst bedenklicher Abfall aus Kliniken und vom Schlachthof soll kurzfristig getrennt, gesammelt und entsorgt werden.

Abwässer

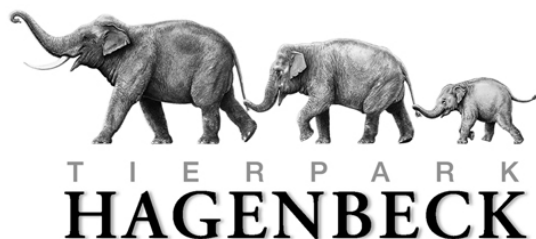
Die Gerbereiabwässer sollen kurzfristig durch Rückgewinnung der Jahreschromfracht (17 Tonnen) saniert werden. Insbesondere die Möglichkeiten der weitergehenden Reinigung sollen untersucht werden.

Aufforstung

Zur Überwindung der Rückschläge durch den Hurrikan Mitch sollen die verschiedenen

Baumschulen ihre Setzlingsproduktion erhöhen. Die Pflanzungen haben das Ziel einer nachhaltigen Holzwirtschaft, sollen gleichzeitig vor weiterer Erosion schützen und Ansätze von Agroforst und Obstbau stützen. Außerdem ist geplant, eine Grundausstattung bestehend aus entbehrlichen Geräten und Materialien für die Umweltlaboratorien der Universität León bereitzustellen.

Tierpark Hagenbeck - eine saubere Sache



Inmitten der Hansestadt Hamburg gelegen, bietet die 27 Hektar große, denkmalgeschützte Parkanlage mit altem Baumbestand eine zoologische und botanische Mannigfaltigkeit, die ihresgleichen sucht. Freisichtanlage und Panoramen, wie das berühmte Afrika-Panorama mit Vogelteich, Afrikanischer Steppe, Löwenschlucht und Hochgebirge, künstliche Seen und Felsen beherbergen rund 2.500 Tiere in 360 Arten aus allen Kontinenten sowie exotische Vertreter der Pflanzenwelt.

Heutzutage ist die Tiergärtnerei geprägt durch den Arche-Noah-Gedanken: Der moderne Zoo hat nicht nur die Aufgabe, Tiere zu zeigen und damit den Besucher für eine schützenswerte Umwelt zu sensibilisieren, sondern sich darüber hinaus aktiv an der Erhaltung vieler Tierarten zu beteiligen. Tiere in Zoologischen Gärten sind Botschafter ihrer in der freien Wildbahn vielfach von der Ausrottung bedrohten Artgenossen und werben für den Arten-, Natur- und Umweltschutz.

Der traditionsreiche Tierpark Hagenbeck ist nicht nur ein Refugium für bedrohte Tierarten, sondern gleichzeitig eine ökologische Nische für eine große Anzahl heimischer Tiere und Pflanzen. Im Sinne der Agenda 21 investiert der Tierpark Hagenbeck seit einigen Jahren kontinuierlich in die Einsparung von Energien und Ressourcen. Nur ein Beispiel ist die vorrangige Nutzung von Brauchwasser.

Durchgeführte Maßnahmen:

- Feste Ausbildungseinheiten zu dem Thema „Umwelt“ bei unseren Auszubildenden,
- Dosierspender für Reinigungsmittel in den Revieren,
- getrennte Papier- und Pappsammlung sowie Entsorgung,
- gesonderte Schrottsortierung durch die Handwerker,
- Tausch der Arbeitsausrüstung (alt gegen neu und anschließende gezielte Entsorgung beziehungsweise Altkleidersammlung),
- Kauf von umweltfreundlichen Lacken und Farben,
- Arbeitssicherheit: Vorbildliche Führung bescheinigt durch Ökoprot durch die Firma Streit (externe Betreuung); Neue Sicherheitsmaßnahmen zum Reinigen bestimmter Tiergehege; Erarbeiten einer neuen ausführlichen Arbeitsanweisung im Elefantenhaus in Form eines Handbuchs,
- neu eingeführtes betriebliches Vorschlagswesen,
- das 1996 eingeführte Brauchwassersystem spart jährlich 221.000 Euro Wasser- und SIELkosten ein (Amortisation nach fünf Jahren). Weiterhin werden seither jährlich ca. 80.000 Liter weniger des kostbaren Hamburger Trinkwassers verbraucht,
- das Energiemanagement umfasst einen vorhandenen Lastwächter und ein aktives Licht-/Strommanagement: Sensibilisieren der Mitarbeiter, Bewegungsmelder, Sparbirnen und regelmäßige Kontrolle,
- das Heizmanagement umfasst die regelmäßige Kontrolle der Anlagen, Sensibilisieren der Mitarbeiter und Kontrolle (Thermometer, Rundgänge) - Heizen nur, wenn wirklich notwendig,
- in neuen Gehegeplanungen werden bereits regenerative Energiequellen (Sonnenkollektoren) in die Architektur mit eingeplant (zum Beispiel geplante Elefantenfreilaufhalle),
- Einführung eines Elektrofahrzeuges in der Gärtnerei sowie eines Gastfahrzeuges für unsere Fahrer.

Unsere wichtigsten Maßnahmen:

Maßnahme	Kosten/Nutzen	Termin
Bau einer eigenen Mittelspannungsstation (nur noch eine Einspeisung für den gesamten Park), Anschluss eines Lastwächters	Optimierung der Tag- und Nachtarbeit (Kw/h) und somit der Stromkosten (Sondertarife), Investitionen: 1.790 Euro für den Lastwächter, der Rest ist nicht mehr genau zu ermitteln	1970
Einbau eines Brauchwasserkreislaufes	Einsparung von Trink- und Abwasserkosten von 577.000 Euro (seit Einführung) Investition: 577.000 Euro	1996
Rücknahme der Verpackungen durch Lieferanten	Reduzierung der PE-Fraktionen um ca. 90 m ³ und Einsparungen von ca. 3.970 Euro pro Jahr, Investitionen: keine	03/2000
Trennung von Papier und Pappen	Reduzierung des Restmülls um 120 m ³ und Einsparungen um ca. 3.800 Euro pro Jahr, Investitionen: keine	11/2000
Neufahrzeuge sollen rapsöltauglich sein	Verringerung der Emissionen, angeblich keine zusätzlichen Investitionen	Ab sofort
Einführung von Elektro- und Gasfahrzeugen	Verringerung der Emissionen, Investitionen: ca. 23.000 Euro	2002
Regenerative Energiequellen (zum Beispiel geplante Elefantenhalle)	Einsparungen von Heiz- und Stromkosten, die Kosten sind zurzeit noch nicht genau zu ermitteln	2003

Ökobilanz

Pro Jahr sparen wir ein:

Energie/Emissionen:	23.808 Euro an Stromkosten
Rohstoffe/Abfälle:	ca. 210 m ³ Restmüll, 7.342 Euro an Entsorgungskosten
Wasser/Abwasser:	ca. 80.000 Liter Trinkwasser, 216.065 Euro an Wasser/Sielkosten
Kosteneinsparung	247.215 Euro

„Wie können wirtschaftliche Interessen und Nachhaltigkeit in Einklang gebracht werden?“

Vortrag von Peter Cordes (Handelskammer Hamburg) anlässlich des Workshops „Nachhaltiges Bauen, zukunftsfähige Stadtentwicklung“ im Haus Rissen am 25. März 2002

Meine Damen und Herren,

auf 0,2 Prozent der Fläche Deutschlands werden in Hamburg ca. fünf Prozent des Bruttosozialprodukts hergestellt. Sie könnten zu der Auffassung gelangen, dass Hamburg im Sinne der in Rio beschlossenen Agenda 21 bei dieser hohen siedlungsmäßigen Verdichtung nicht zukunftsfähig ist und es daher auch keine Chancen für eine Stadtentwicklung gibt, die das Ziel „wachsende Stadt“ verwirklicht. Ich muss Sie enttäuschen! Hamburg ist zukunftsfähig! Auch unter Wachstumsgesichtspunkten. Das zeigt folgender kurzer Blick in die Leistungsbilanz. Sie liefert, so meine ich, eine gute Grundlage, auch in Zukunft wirtschaftliche Interessen mit der geforderten nachhaltigen Entwicklung in Einklang zu bringen.

Das ist mein Thema!

1. Ist-Zustand

Die Lebensqualität der Stadt ist hoch dank einer Siedlungsentwicklung, die zu einer grünen Stadt geführt hat. Gemessen an der Grundfläche verfügt Hamburg über den höchsten Anteil von Naturschutz- und Landschaftsschutzflächen aller Bundesländer. Es sind rund 30 Prozent.

Dem Schutz der Erdatmosphäre, sprich CO₂-Reduktion, dient eine Fülle wirksamer Maßnahmen. Keine andere Metropole verfügt über ein so dichtes Fernwärmenetz.

Die nicht mit fossilen Brennstoffen betriebenen Kraftwerke haben glücklicherweise noch einen hohen Anteil an der Hamburger Stromversorgung. Gäbe es diese Kraftwerke nicht, würde die derzeitige Gesamtmenge von jährlich 12 Millionen Tonnen Kohlendioxid bei 30 Millionen Tonnen liegen. Aber das Kapitel ist ja trotz der dadurch heraufbeschworenen klimapolitischen Widersprüche abgeschlossen - vorerst.

Die Entwicklung der Luftreinhaltung Hamburgs in den beiden vergangenen Jahrzehnten bis zum heutigen Tage ist eine reine Erfolgsgeschichte. Hamburgs Luft entspricht der der norddeutschen Tiefebene und übertrifft qualitativ die anderer Metropolen bei weitem.

In den letzten 20 Jahren verminderten sich die SO₂-Emissionen von jährlich 100.000 Tonnen auf unter 10.000 Tonnen. „Rauchende Schornsteine“ sind schon lange nicht mehr das Symbol für Wachstum und Wohlstand der Hamburger Industrie.

Die Norddeutsche Affinerie, größter europäischer Kupfererzeuger, ist nicht nur die sauberste Kupferhütte weltweit, sondern auch die rohstoff- und energieeffizienteste. Die Ertragsstärke zeigt, dass sich produktionsintegrierter Umweltschutz rechnet.

Hamburg behandelt als einzige Metropole in Deutschland seit 1998 praktisch den gesamten hier anfallenden Abfall - und darüber hinaus den anderer Gemeinden - thermisch und nutzt die Wärme für Stromerzeugung und Fernwärme. Die Abfallwirtschaft befindet sich in vollem Umbruch. Hamburg ist im Vorgriff auf das Jahr 2005 jetzt schon praktisch müllautark, das heißt unabhängig von Deponien.

Das wird sich auch ökonomisch durch vergleichsweise niedrige Entsorgungskosten auszahlen.

Es rechnet sich auch die Abfallverwertung, die gemessen an der Gesamtabfallmenge bei 40-50 Prozent für Haus- und Geschäftsmüll und bei 80-90 Prozent für Sonderabfall aus der Industrie liegt.

Für den Schutz der Nordsee haben wir durch eine Sanierung der in die Elbe mündenden Schmutzquellen Gutes geleistet. Die Elbe weist eine Wasserqualität auf, die der von

Badegewässern entspricht. Das war vor 20 Jahren noch Utopie.

Dem Schutz der Wasserressourcen widmet Hamburg höchste Aufmerksamkeit. Die Wassersparpolitik hat Erfolg. Durch rationelle Wasserverwendung in der Produktion trug die Industrie maßgeblich zur Senkung des gesamten Wasserverbrauches bei. So sank die Grundwasserförderung aus eigenen Brunnen zwischen 1980 und 1995 von 62 Millionen auf unter 30 Millionen Kubikmeter. Der Verbrauch der Großabnehmer (über 60.000 m³/Jahr) konnte von 1980 bis 1996 um ca. 42 Prozent auf 8,3 Millionen m³ reduziert werden. Damit leisteten die Unternehmen einen wesentlichen Beitrag zur Schonung der Wasservorräte und des eigenen Geldbeutels; denn Wasserzins und Abwasserabgabe können so reduziert werden.

Schließlich - und auch dies darf nicht unerwähnt bleiben - wendet Hamburgs Industrie jährlich im Durchschnitt rund sechs Prozent der Investitionsmittel für Maßnahmen des Umweltschutzes auf. In einzelnen Branchen - wie der Kupfererzeugung oder Mineralölwirtschaft - sind es 20-30 Prozent. Das muss verdient werden!

Schon aus dieser nur kurzen Zustandsbeschreibung lassen sich einige Handlungsempfehlungen ableiten:

2. Handlungsempfehlungen

Der erreichte Ist-Zustand ist entscheidend für die Definition des lokalen Agenda-Leitbildes und für die daraus abzuleitenden Ziele, Mittel und Maßnahmen. Nur bei Berücksichtigung dieses Zustandes gelingt auch die Verknüpfung und Abwägung mit ökonomischen und sozialen Belangen, was aber für die Akzeptanz der künftigen Umweltpolitik von entscheidender Bedeutung ist. Nur allzu sehr vertraut sind Konzepte, die auf Verbote, Regulierungen und Beschränkungen bauen.

Es sollte mehr auf spürbare Anreize, Unterstützung und freiwillige Vereinbarungen im Sinne von Selbstverpflichtungen gesetzt werden. Dies entspricht auch eher den Zielen der Agenda 21, die ein gemeinsames, kooperatives Vorgehen aller Beteiligten fordert.

Einen überragenden Stellenwert nimmt in diesem Zusammenhang der technische Fortschritt ein.

Gerade der produktionsintegrierte Umweltschutz, aber auch die „end-of-the-pipe“-Techniken werden in Zukunft zu weiteren Fortschritten bei Emissionsminderung und Ressourcenschonung führen.

Schließlich muss die künftige hamburgische Umweltpolitik die Frage beantworten, welche und wie viele Aufgaben des Umweltschutzes sinnvoller Weise in Hamburg selbst zu lösen sind, um dem Ziel der Nachhaltigkeit gerecht zu werden.

Priorität haben Flächenentwicklung, Klimaschutz und Energie. Keine Priorität hat die Ökologisierung des Hafens.

Ich will nur auf die Flächenpolitik eingehen. Sie ist ja sozusagen die Basis des Abwägungsprozesses zwischen ökonomischen und ökologischen Belangen.

Die künftige Hamburger Umweltpolitik muss sich die Frage gefallen lassen, ob die Ausweisung von Grünflächen oder Kleingärten zu Lasten der Wirtschaftsflächen Priorität hat. Angesichts der beklagten Gewerbeflächenknappheit ist es nicht nachvollziehbar, wo in Hamburg weitere Naturschutzgebiete ausgewiesen werden können, ohne ökonomische und soziale Belange einer zum Wachstum verpflichteten Stadt nachhaltig zu beeinträchtigen.

Der Verbrauch von Flächen für Siedlungs- und Gewerbebezwecke ist sicherlich überdenkenswert. Die pauschale Reduzierung der jährlichen Inanspruchnahme von Siedlungsflächen in Hamburg um 54 Prozent zu verlangen, greift jedoch massiv in ökonomische und damit auch soziale Belange ein.

Die Weiterentwicklung Hamburgs als Wirtschaftsstandort wäre damit praktisch in Frage gestellt. Die konkrete Vorgabe von Flächenminderungsraten führt zur unerwünschten Umkehr der ökologischen Entwicklung. Dann nämlich werden Supermärkte, Fabriken und Lagerhäuser auf den (noch) grünen Wiesen im Umland entstehen und zusätzliche Verkehrsströme erzeugt.

Zu klären ist auch, wie im Konflikt zueinander stehende Ziele der Flächennutzung miteinander in Einklang gebracht werden sollen. Forderungen, den gewerblichen Flächenverbrauch in Hamburg jeweils mit einer Ausgleichsmaßnahme zu

verknüpfen, führen in der Tendenz zur Verdoppelung des Bedarfs.

Die Nachverdichtung bestehender Wohn- und Gewerbegebiete soll sozialverträglich erfolgen. Dies scheint jedoch nur schwer möglich zu sein, wenn gleichzeitig die Versiegelung verringert und die Freiraumversorgung in den Wohngebieten verbessert werden soll.

Für die künftige Stadtentwicklung spielt der Hamburger Hafen eine ganz entscheidende Rolle. Seiner Ökologisierung gebührt aber weder Priorität noch besondere Notwendigkeit, selbst nicht unter dem Regime der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Schon heute sind immerhin sieben Prozent der Kaianlagen des Hamburger Hafens als naturnah eingestuft. In den letzten 20 Jahren wurden rund 53 km Uferrandbereiche durch Anpflanzungen ökologisch aufgewertet. Für Pflege und Begrünung stehen jährlich rund 700.000 Euro zur Verfügung. Freiwillig werden von Investoren und Nutzern rund zehn Prozent der jeweils gepachteten Flächen begrünt. Dieser Befund muss bei der Formulierung von Qualitäts- und Handlungszielen berücksichtigt werden.

Es ist nicht fair, das bisher Erreichte in den Hintergrund zu drängen, um desto härtere Forderungen nach mehr Umweltschutz stellen zu können. Soll der Hafen seiner Aufgabe als Rückrat der Hamburger Wirtschaft gerecht werden, würden ökologisierte Hafenbecken gerade diese Bedingung nicht erfüllen.

Die skizzierten Konflikte, die möglicherweise eine zukunftsfähige Stadtentwicklung beeinträchtigen können, rufen nach Instrumenten der Konfliktlösung. Damit komme ich zum dritten Teil meiner Ausführungen:

3. Instrumente

Im Instrumentenkasten sehe ich aus Sicht unserer Handelskammer fünf Werkzeuge:

- Mediation
- Selbstverpflichtung
- Deregulierung und Substitution
- Kooperation und Dialog
- Lizenzen

Mit ihnen können die Weichen vom nachsorgenden Umweltschutz der achtziger Jahre in Richtung eines vorsorgenden Umweltschutzes im Sinne der Nachhaltigkeit gestellt werden.

Zur Mediation:

Hier geht es im Wesentlichen darum, Einzel- oder Gruppeninteressen mit dem Gesamtinteresse zu versöhnen. Das ist eine klassische Kammeraufgabe, sozusagen Paragraph 1 des Kammergesetzes; denn wir sind zur Förderung des Gesamtinteresses aufgerufen. Dafür haben wir unter anderem das Instrument der Mediation entwickelt. Es kann in verfahrenen Situationen eingesetzt werden, wenn zum Beispiel Naturschützer mit Kraft versuchen, Löffelente und Wasserfenchel gegen eine Betriebsflächenerweiterung zum Beispiel im Mühlenberger Loch in Stellung zu bringen und nur professionelle Mediatoren aus der Konfliktsituation herausführen.

Zur Selbstverpflichtung:

Sie scheint uns besser geeignet, mehr Umweltschutz zu erzeugen als weiteres Ordnungsrecht zu schaffen, das wegen Übermaß nur Frust, Verweigerung und Vollzugsdefizite hervorruft. Künftig kommt es darauf an, nicht die Wege zum nachhaltigen Wirtschaften festzulegen sondern die Ziele, die dorthin führen.

Die von 19 Branchen getragene CO₂-Selbstverpflichtung der deutschen Wirtschaft ist gemessen an den CO₂-Einsparungen eine Erfolgsgeschichte. Komplexe Systeme lassen sich nicht verordnen, ist daraus die Lehre.

Das bedeutet:

- Monitoring statt akribische Einzelkontrolle,
- öffentlich-rechtliche Verträge statt Anordnungen und Auflagen,
- Förderung von Umweltmanagementsystemen

Dazu zwei Beispiele aus Hamburg:

1981 sollte Hamburg für den Aufbau eines amtlichen Emissionskatasters zum Belastungsgebiet erklärt werden. Unsere Handelskammer schlug vor, stattdessen - auf der Basis eines öffentlich-rechtlichen Vertrages, also freiwillig - Daten über die Luftverschmutzung zu sammeln, ohne stigmatisierende

Belastungsgebietsausweisung. Nach erheblichen internen politischen Kämpfen stimmte der Senat unserem Vorschlag zu.

Ergebnis: Unsere den Mitgliedsfirmen vorgeschlagene Selbstverpflichtung war ein voller Erfolg. Sie war im Übrigen die erste ihrer Art. Das Kataster war besser als es per Gesetz hätte werden können und das „Hamburger Modell“ diente dazu, ein schlechtes Bundesgesetz zu ändern. **Das EU-Öko-Audit oder EMAS** (Eco Management Audit System) ist ein Instrument nachhaltigen Wirtschaftens, das die Eigenverantwortung der Unternehmen für Umweltbelange stärkt und zu einer kontinuierlichen Verbesserung der betrieblichen Umweltbilanz führen soll. Bei der Umsetzung des EU-Öko-Audits belegt Deutschland mit 2.666 Standorteintragungen in Europa den ersten Rang. Hamburgs Anteil ist mit zurzeit 28 öko-auditierten Standorten eher bescheiden, obwohl sich die Teilnahme am Öko-Audit lohnt: So wurden von den Hamburger Unternehmen nach eigenen Angaben durch Maßnahmen im Gefolge des Öko-Audits 50.000 Tonnen Abfall und 4,5 Millionen Kubikmeter Abwasser vermieden und 6 Millionen Kilowatt Energie eingespart. Das schlägt sich positiv und dauerhaft in der betrieblichen Kostenrechnung und in der Hamburger Umweltbilanz nieder.

Mit ÖKOPROFIT, einem Öko-Light-System, werden seit 1999 auch kleine und mittlere Unternehmen mit gutem Erfolg an ein systematisches Umweltmanagement herangeführt. Bei bisher 16 Teilnehmern stehen nach Abschluss der Maßnahmen dauerhafte Kosteneinsparungen von jährlich 350.000 Euro einmaligen Aufwendungen von 400.000 Euro gegenüber - also ein hervorragendes Kosten-Nutzenverhältnis.

Ein schlechtes Beispiel der Selbstverpflichtung als Mittel des Ausgleichs ökonomischer und ökologischer Interessen ist übrigens der Grüne Punkt. Es stellt eine Vergeudung knapper Ressourcen dar, wenn für rund zwei Milliarden Euro 1,5 Prozent des deutschen Hausmülls eingesammelt und verwertet werden.

Zur Deregulierung:

In den letzten 25 Jahren hat sich die Umweltsituation in Deutschland tiefgreifend gewandelt. Heute geht es nicht mehr um die rasche Abwehr unmittelbarer Umweltgefahren, sondern um die vorsorgende Ausrichtung von

Wirtschaft und Gesellschaft am Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung. Dieser fundamentale Wandel des Umweltschutzes bedarf einer ebenso einschneidenden Neuorientierung in der Umweltpolitik:

Produktions- und produktintegrierter Umweltschutz, Modelle der Kreislaufführung und umfassende Umweltmanagementsysteme sind die Konzepte, die zur Bewältigung der Umweltprobleme von morgen dringend benötigt werden. Diese oft sehr komplexen Systeme lassen sich aber nicht einfach staatlicherseits verordnen. Sie sind vielmehr Ergebnis hochinnovativer Suchprozesse in den Unternehmen und bedürfen unverzichtbar weitreichender unternehmerischer Entscheidungsspielräume, die das Ordnungsrecht gerade beschneidet.

Die Umweltschutzregulierung in Deutschland hat ein unrühmliches Ausmaß angenommen. Mittlerweile existieren über 10.000 umweltschutzrelevante Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften auf Bundes- und Länderebene, die je nach Branche und Genehmigungstatbestand neben den ohnehin geltenden Bau- und betriebsrechtlichen Genehmigungen erfüllt werden müssen. Jetzt kommt die EU-Bürokratie noch hinzu. Das nehmen Bund und Länder zum Anlass, auf EU-Richtlinien deutsche Zusatzforderungen draufzusatteln. Wir wollen Vorreiter beim Umweltschutz sein und bleiben. Es verwundert nicht, wenn darunter allmählich die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen leidet.

Das Behördenengineering nimmt in umweltrelevanten Branchen - wie zum Beispiel der chemischen Industrie - bis zu 40 Prozent des zur Verfügung stehenden Zeitbudgets der betreffenden Fachabteilung in Anspruch.

Die Regulierungsdichte im Umweltschutz wie auch anderen Bereichen trifft darüber hinaus insbesondere den deutschen Mittelstand.

Und schließlich:

Die zunehmende Globalisierung von Umweltbeeinträchtigungen macht neue, international abgestimmte, flexible Problemlösungsstrategien notwendig.

Ein erfolgreicher Klimaschutz und ein Stopp der internationalen Meeresverschmutzung sind nicht durch herkömmliche, isolierte nationale Strategien und ordnungsrechtliche Instrumentarien zu erreichen, sondern bedürfen übergreifender Lösungsansätze in Kooperation aller betroffenen Staaten. Ich erwähne hier nur den Handel mit Emissionsrechten.

Gibt es einen Ausweg aus dem Dilemma?

Ja, die Deregulierung - also die Abschaffung von Gesetzen und Verordnungen - und die Substitution, verstanden als Ersatz behördlichen Handelns durch äquivalent eigenverantwortliches.

Mit dem Gesetz zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, dem Gesetz zur Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung sowie dem Gesetz zur Beschleunigung und Vereinfachung immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren hat die CDU/CSU-geführte Bundesregierung Ende 1996 eine deregulierungsorientierte Trendwende im deutschen Umweltrecht eingeleitet.

Eine Umfrage unserer Handelskammer im letzten Jahr zum Thema "Beschleunigung von Genehmigungsverfahren" bestätigt die positiven Folgen der Gesetzesänderung. Anzeigeverfahren, die Zulassung des vorzeitigen Beginns, Teilgenehmigungen oder Fristsetzung haben die Verfahrensdauer erheblich verkürzt.

Aber es gibt nichts Gutes, was sich nicht noch verbessern ließe. Wir haben in unserer erwähnten Analyse vorgeschlagen:

- die an Genehmigungsverfahren beteiligten Behörden besser und zeiteffizienter zu koordinieren,
- den Umfang der Antragsunterlagen zu verringern,
- die Beratung der Antragsteller zu verbessern und vor allem Umfang und Grad der Detaillierung der Antragsunterlagen mit ihnen abzustimmen,
- One-Stop-Shops einzurichten, um durch Zentralisierung Zeitverzögerungen und Doppelarbeit zu vermeiden,
- mit dem Direkten Firmen-Informationssystem DiFIS einen elektronischen Verwaltungswegweiser zu schaffen für die Transparenz behördlicher Zuständigkeiten.

Ziel muss es sein, die Genehmigungsbeamten zu Dienstleistungs- und Kooperationspartnern der Wirtschaft zu machen. Hamburg ist auf diesem Weg schon ganz gut vorangekommen.

Die Umweltbehörde versteht sich mehr und mehr als moderner Dienstleister, der zusammen mit den Unternehmen angepasste Lösungsvorschläge für betriebliche Umweltprobleme erarbeitet, die zugleich den Interessen der Wirtschaft und der Umwelt dienen. Dies setzt jedoch voraus, dass den Ämtern vor Ort Ermessens- und Entscheidungsspielräume eingeräumt werden und detaillierte untergesetzliche Regulierungen unterbleiben. Gerade dieses wird immer wichtiger im Zusammenhang mit zwei EU-Richtlinien, die alles in den Schatten stellen, was sich deutsche Regelungswut bisher ausgedacht hat. Es geht um die UVP (Umweltverträglichkeitsprüfung) und die IVU (integrierte Vermeidung von Umweltbeeinträchtigungen).

Sie beide werden bei größeren Genehmigungsverfahren eine immer größere Rolle spielen und angesichts des geforderten Prüfungsumfangs die Genehmigungsdauer von Verfahren nach BImSchG von heute 6-7 Monate auf 2 Jahre hinaufschrauben. Dem ist nicht mit dem germanischen, sondern nur dem romanischen Vollzug zu begegnen. Dieser ist durch Ausschöpfen maximaler Ermessensspielräume gekennzeichnet.

Einen guten Ansatz, wirtschaftliche Interessen und Nachhaltigkeit in Einklang zu bringen, sehen wir darin, EMAS-zertifizierte Unternehmen mit Deregulierung und Substitution zu belohnen und neue damit zu locken. 1998 haben wir in diesem Sinne mit der Umweltbehörde eine "Hamburger Umweltkooperation" vereinbart. Sie enthält 17 Vollzugs- und Verfahrenserleichterungen, die vom Abbau der Doppelarbeit bei Melde-, Mess- und Berichtspflichten, über Verminderung der Aufgaben von Betriebsbeauftragten, bis zur Rücknahme behördlicher Überwachung und Kontrolle reicht. Wir sind dabei, mit dem Senat eine Neuauflage und Erweiterung dieser Kooperation zu vereinbaren. Dazu zählen dann auch finanzielle Anreize wie zum Beispiel eine Verminderung von Genehmigungsgebühren.

Zu Kooperation:

Damit sind wir beim vorletzten Instrument einer auf Ausgleich von wirtschaftlichen Interessen und

Nachhaltigkeitsforderungen angelegten Umweltpolitik. Nur im ständigen Dialog mit der Wirtschaft - also auch mit unserer Handelskammer - sind die künftigen, meist globalen Ziele zu erreichen. Kooperation statt Konfrontation hört sich gut an. Aber meist ist nicht drin, was drauf steht. Das muss sich ändern.

Daher der neue Umweltpakt mit dem Senat, der handfeste und zeitlich terminierte Verpflichtungen enthalten soll - für beide Seiten.

Daher auch unsere Forderung, nicht nur eine Folgenabschätzung von Investitionen im Sinne von UVP oder IVU vorzunehmen, sondern auch die wirtschaftlichen Folgen von Gesetzen besser einzuschätzen. Ein Naturschutzgesetz, das nur Naturschutzverbänden ein Klagerecht gewährt, ist schief. So gesehen benötigen alle Verbände ein gesetzlich verbrieftes Klagerecht gegen interessenschädliche Planungsentscheidungen.

Daher auch die Forderung, nicht ständig auf europäisches oder internationales Recht im

Überbietungswettbewerb deutsches Recht draufzusatteln.

Wer hat uns eigentlich eingeredet, dass wir ständig weit vor dem Umweltgeleitzug fahren müssen? Es genügt doch, wenn wir den anderen Tuchfühlung bieten.

Zu den Lizenzen:

Grundgedanke ist, den lizenzpflichtigen Unternehmen maximale Freiheitsgrade bei der Erfüllung eines gesamtwirtschaftlich definierten Umweltzieles einzuräumen mit dem Ziel, bei höchster kosteneffizienz die ökologische Treffsicherheit zu erhöhen.

EU-weit soll dieses Modell ab 2005 für den Handel mit CO₂-Emissionsrechten in Gang gebracht werden.

Sie sehen:

Wirtschaftliche Interessen sind nicht alles, aber ohne sie ist alle Nachhaltigkeit nichts.

Verwendete Literatur

1. Grundlagen, Methoden, Begriffe

Agenda 21, Kap. 30: Stärkung der Rolle der Privatwirtschaft

Daly, E. (2000): Unwirtschaftliches Wachstum. Einige Bemerkungen über Wirtschaftstheorie und Globalisierungspraxis. In: Heinrich-Böll-Stiftung/ F. Hinterberger/ F. Luks (Hrsg.): Politische Ökologie, Nr. 66/2000, S.15. München

Empacher, C.; Kluge, T. (2001): Das Nachhaltigkeitsaudit als Instrument für Nachhaltiges Wirtschaften. Von der Umwelt- zur Nachhaltigkeitsberichtserstattung. In: UmweltWirtschaftsForum (Hrsg.): 9. Jg., Heft 1. März 2001

Figge, F.; Schaltegger, S. (2000): Erfolgreich enttäuschend. Nachhaltigkeitsindex auf dem Prüfstand. In: Jacob Radloff (Hrsg.): Politische Ökologie, Nr. 67-68/2000, S.98. München

Gege, M.; Oldeland, M. (1999/2000): Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit. Zeitreise von 1978 ins Jahr 2050 -Vision einer umweltorientierten Gesellschaft. In: Bundesdeutscher Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management e.V. Hamburg B.A.U.M. (Hrsg.): B:A:U:M Jahrbuch

Gleich, A. v.; Gottschick, M.; Jepsen, D. (2001): Wettbewerbsfähigkeit durch Nachhaltigkeitsorientierung. In: Institut und Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung GmbH (Hrsg.): Ökologisches Wirtschaften, Nr. 1/2001, S.17. Berlin

Hans-Böckler-Stiftung, Hrsg. (2001): Das Verbundprojekt „Arbeit und Ökologie“. In: Wege in eine nachhaltige Zukunft. Ergebnisse aus dem Verbundprojekt Arbeit und Ökologie. 2. Auflage. S.9. Berlin

Hans-Böckler-Stiftung, Hrsg. (2001): Zukunftsgestaltung als Politikaufgabe. In: Wege in eine nachhaltige Zukunft. Ergebnisse aus dem Verbundprojekt Arbeit und Ökologie. 2. Auflage. S.6. Berlin

Hollbach-Grömig, B.; Libbe, J. (2001): Nachhaltiges Wirtschaften in Kommunen. In: Deutsches Institut für Urbanistik DIFU (Hrsg.): 25 Jahre DIFU-Zukunftswerkstatt. (Webseite)

Karg, L. (.): Nachhaltiges Wirtschaften. In: B.A.U.M Consult GmbH (Hrsg.). Hamburg

Köppel, A.; Bauer, H.; Fritz, O.; Kanatschnig, D.; Wallner, H.P. (1999): Nachhaltige regionale Wirtschaftsentwicklung und Umsetzungsstrategien (Kurzfassung). Ergebnisse aus der Vorbereitungsphase für das Impulsprogramm Nachhaltig Wirtschaften. Wien

Loew, T. (2001): Unternehmen auf dem Weg zur Nachhaltigkeit. In: Institut und Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung GmbH (Hrsg.): Ökologisches Wirtschaften, Nr. 1/2001, S.11. Berlin

Menzel, H.-J. (2001): Das Konzept der „nachhaltigen Entwicklung“. Herausforderung an Rechtssetzung und Rechtsanwendung (Auszüge: Kap.1-3 / Kap.6). In: Zeitschrift für Rechtspolitik, Mai 2001

Simonis, U. (1999): Sechs Thesen über die „Zukunftsfähigkeit“. BAUM-Tagung 1999

Simshäuser, U. (2000): Kann der Staat nachhaltiges Konsumverhalten steuern? In: (Institut für ökologische Wirtschaftsforschung GmbH; Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung, Hrsg.): Ökologisches Wirtschaften, Nr. 5/2000, S.30. Berlin

Zundel, S. (2000): Alles easy mit der Nachhaltigkeit? Zum Bedeutungswandel der Leitbilder ökologischen Wirtschaftens. In: (Institut für ökologische Wirtschaftsforschung GmbH; Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung, Hrsg.): Ökologisches Wirtschaften, Nr. 2/2000 S.10. Berlin

2. Praktische Ansätze

Bayrisches Landesamt für Umweltschutz www.bayern.de (2000): KomMA21 Bayern: Vereinbarung zwischen der bayrischen Staatsregierung und der Bayrischen Wirtschaft, Baustein 2: Beteiligung der Wirtschaft an kommunalen Agenda-Prozessen

Entwicklung eines Bonusmodells zur Förderung sicherer und umweltfreundlicher Schifffahrt (2001)

Grohe, R.; Mittelbach, K. (2002): Unternehmen - Grünes Miteinander der Global Player. In: Punkt.um 5/2001, S.7

Guhle, W. (2002): EMAS als Nachhaltigkeits-Wegweiser in der wirtschaftlichen Praxis (Projektinformation)

Hamburger Abendblatt (23.04.02): Neue Zukunftsziele. Regierung beschließt Nachhaltigkeitsstrategie.
Hamburger Abendblatt

Milberg, J. (2000): Nachhaltiges Wirtschaften als Erfolgsmodell (BMW-Group). In: Politik-Brief, 25. Ausgabe Oktober 2000

„Punkt.um“ (): Mehr wirtschaftlichen Erfolg durch Nachhaltigkeit

Sustain Consulting GmbH (2001): Marktlücke Nachhaltigkeit - Professionelle Beratung gefragt (Otto-Group)

Verlagsgruppe Bauer (2001): Umweltschutz in der Verlagsgruppe Bauer

Zukunft bauen (2002): Österreichs Zukunft nachhaltig gestalten. Dialogkonferenz Wirtschaftsstandort Österreich

3. Nachhaltiges Wirtschaften in Hamburg

Behörde für Umwelt und Gesundheit, Pressemitteilung (28.02.02): „Unternehmen für Ressourcenschutz - Das ist die Zukunft.“ Meilenstein in Hamburgs Umweltpolitik,
www.hamburg.de/Behoerden/Umweltbehoerde/presse

Beust, O. v. (1999): Nachhaltiges Wirtschaften. In: Hamburger Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (Hrsg.): Offensive. Das Magazin für Hamburgs Mittelstand. H. 5/99, S.11

Cordes, P. (25.03.2002): Wie können wirtschaftliche Interessen und Nachhaltigkeit in Einklang gebracht werden? Vortrag von Peter Cordes, Handelskammer Hamburg, anlässlich des Workshops "Nachhaltiges Bauen, zukunftsfähige Stadtentwicklung" im Haus Rissen am 25. März 2002

Senat der Freien und Hansestadt Hamburg. Senatskanzlei (Hrsg. 1996): Beitritt Hamburgs zur Aalborg-Charta. Auftaktveranstaltung zur Erarbeitung einer kommunalen Agenda 21

Umweltbehörde Hamburg und Zukunftsrat Hamburg (Hrsg.): Direkt, belastbar, ausbaufähig. Kommunale Entwicklungszusammenarbeit am Beispiel León. In: Agenda Zeitung. Hamburg

Umweltbehörde Hamburg/Initiative Arbeit und Klimaschutz (12/2001): Drei Jahre Initiative Arbeit und Klimaschutz in Hamburg. Hamburg

www.hagenbeck.de: „Hagenbeck - eine saubere Sache.“

www.hamburger-bildungsserver.de/Klima: Das Energiesparprojekt „fifty fifty“. Vom Modellversuch zum Dauerprojekt. Die Wirtschaftsregion Hamburg: Kupfer, Cluster, Kommunikation. Nachhaltige Metallwirtschaft am Beispiel der Wirtschaftsregion Hamburg

www.green-shipping.de (28.07.01): Green-shipping Hamburg Ermäßigung der Hafengebühren für umweltfreundliche Schiffe. Hamburg

www.nachhaltige-metallwirtschaft.de: Kupfer, Cluster, Kommunikation. Nachhaltige Metallwirtschaft am Beispiel der Hamburger Wirtschaftsregion

Zukunftsrat Hamburg (2001): 21 Fragen unseres Zukunftsrates zur Agenda 21 an die in der Hamburgischen Bürgerschaft vertretenen Parteien (Auszüge). Hamburg

Weiterführende Hinweise - Kontakte - Internetadressen

Zukunftsrat Hamburg; Stiftung Zukunftsrat Hamburg e.V. (2001): Verbraucherverhalten in Hamburg – zukunftsfähig? Hamburg

e-mail: www.zukunftsrat-Hamburg@t-online.de; **Homepage:** <http://www.zukunftsrat.de>

Förderkampagne PRO-EMAS

www.pro-emas.de und:

Diplom-Volkswirt Wolfgang Guhle, BEWÖK Beratungsgesellschaft für Wirtschaft und Ökologie mbH
Uhlenhorster Weg 30, 22085 Hamburg, Tel. :040 / 227 86 77, Fax: 040 / 278 74 978, e-mail:
info@bewoek.de, www.pro-emas.de

Zukunftsrat Hamburg, Geschäftsstelle, Am Felde 2, 22765 Hamburg, Tel.:040 / 391097, Fax –35, e-mail:
zukunftsrat-hamburg@tonline.de, www.zukunftsrat.de, Ansprechpartner: Dr. Ulf Skirke: u.skirke@on-line.de
(Anfang September 2002 liegt der Endbericht über das Pilotprojekt vor und kann über BEWÖK GmbH angefordert werden)

System Consulting GmbH

Otto ist seit Mitte der 80er Jahre Pionier in der Entwicklung und Implementierung von Managementsystemen, die neben wirtschaftlichen Aspekten auch umwelt- und sozialverantwortliche Belange berücksichtigen. Die in langjähriger Praxiserfahrung gewonnene Kompetenz stellt Otto seit 1999 mit der Tochtergesellschaft System Consulting GmbH auch Drittkunden zur Verfügung. Kontakt:
Wandsbeker Straße 3-7, 22179 Hamburg, Tel.: 040/6422 –3628/29, Fax: 040/6461 – 6666

www.nachhaltigkeitsberichte.net: Informationen zu dem Projekt „**Schritte zur Nachhaltigkeitsberichterstattung**“, gefördert von der deutschen „Bundesstiftung Umwelt“

www.inem.org: International Network for Environmental Management **Internationales Netzwerk für umweltbewusstes Management**). Nach zehn Jahren umfasst das Netzwerk 25 Mitgliedsverbände, unter anderem auch den deutschen Mitgliedsverband B.A.U.M e.V. Der Verband zeigt Wege für kleinere und mittlere Unternehmen auf, Umweltschutz mit wirtschaftlichen Erfolg zu verbinden.

www.globalreporting.org: The „Global Reporting Initiative“ (GRI) was established in late 1997 with the mission of developing globally applicable guidelines for reporting on the economic, environmental and social performance, initially for corporations and eventually for any business, governmental organisation (NGO).

www.nachhaltigkeitsrat.de: Der **Rat für Nachhaltige Entwicklung** wurde in April 2000 von der Bundesregierung berufen. Ihm gehören 17 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens an. Aufgaben: Mithelfen, dass Deutschland Kurs auf Nachhaltigkeit nimmt. Nachhaltigkeit zu einem öffentlichen Thema machen, der Bundesregierung beim Thema Nachhaltigkeit zur Seite stehen.

www.econsense.de: Das „**Forum Nachhaltige Entwicklung**“ wurde auf Initiative des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI) im Sommer 2000 in Berlin gegründet. An dieser Initiative beteiligen sich eine Reihe großer Deutscher Unternehmen.

www.iclei.org/europe: ICLEI (The International Council for Local Environmental Initiatives) ist ein **Kommunalverband, ein Zusammenschluss von Städten, Gemeinden, Kreisen, Stadt-Umland-Verbänden und Regionen aus aller Welt**. 140 Städte, Gemeinden und Landkreise sowie acht Kommunalverbände aus 25 Ländern arbeiten im internationalen Rat zusammen. ICLEI arbeitet in Europa wie auch in allen anderen Teilen der Welt als internationale Umweltagentur der Kommunen.

www.nachhaltigkeit.at: Nur 13 Prozent der Deutschen konnten im Jahr 2000 überhaupt etwas mit dem Begriff „Nachhaltigkeit“ anfangen. Die österreichische Website widmet sich in ihrem Monatsthema der erfolgreichen Kommunikation von Nachhaltigkeit. Erläutert werden Probleme und Lösungsansätze bei der Vermittlung der Inhalte.

www.ecomAG-online.de/landkarte: „Worin liegt das Interesse von Unternehmen am Thema Nachhaltigkeit?“ Und „Wo zeichnen sich bereits heute tragfähige Entwicklungen in Richtung nachhaltiges Wirtschaften ab“? Waren die Kernfragen der Studie „Landkarte nachhaltiges Wirtschaften in NRW“. Dazu hat die ecom.AG etwa 100 Unternehmen untersucht, die bereits Erfahrungen zum Thema gesammelt haben.